

KAMPF DEM
FASCHISMUS!

17

FRANKREICH NACH
DER WAHL

24

RACAG:
MAULKORD FÜR LINKE

8

Jahrg. 4 Nr. 44/22. Mai 74

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

50 Pf.

SCHMIDT— NEUER KANZLER DES KAPITALS

Die immer rasendere Talfahrt Brandts in den letzten Monaten erreichte am 6. Mai mit seinem Rücktritt als Bundeskanzler ihren Tiefpunkt. Mit Helmut Schmidt, der nicht zufällig oft mit dem Arbeiterschlichter Noeke („Eimer muß den Bluthund machen“) verglichen wird, hat das Kapital einen Mann an die Spitze Brandts gesetzt, der für eine schärfere Gangart der Festschließung einsteht soll.

Dieser Wechsel wurde, der ganzen bisherigen Rolle Brandts gemäß, in die äußere Form einer Schmierkomödie gekleidet: die „Aufdeckung“ eines Spions, den man mindestens seit einem Jahr schon erkannt hatte; die „ehrenwerte“ Handlung Brandts, der mit großer Geste die Verantwortung

auf sich nahm; schließlich wilde Gerüchte und „Enthüllungen“ um Brandts „Privatleben“, das auch schon lange bekannt war.

Es sei „grotesk“, einen Bundeskanzler für erpressbar zu halten, sprach Brandt mit großem Pathos. Nun, „erpressbar“ gewiß nicht durch den Spion Guillaume und seine Chefs in der DDR – wohl aber „erpressbar“ durch die Bourgeoisie. Brandt war ein Spielball in den Händen derjenigen, die nicht erst seit dem 29. Mai 1973 (als Brandt offiziell vor Guillaume „gewarnt“ wurde), sondern mindestens schon bei Übernahme der Kanzlerschaft 1969 über das „Kuckucksei“ Guillaume Bescheid wußten, die auch Brandts „Privatleben“ kannten und

fortwährend bespitzelten – die westdeutschen Geheimdienste und hinter diesen die Bourgeoisie. Als Brandt 1969 Bundeskanzler wurde, lag die „Zeitbombe“ schon im Nest, das wissen wir heute.

Bezeichnend ist der Zeitpunkt, an dem die Bourgeoisie die Bombe dann platzen ließ, nämlich nach Erledigung wichtiger Aufgaben („neue Ostpolitik“, Aufrüstung des staatlichen Unterdrückungsapparats) und zu einem Zeitpunkt, wo die Wahlergebnisse in Hamburg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zeigten, daß Brandt schon auf der abschüssigen Bahn war. In einer Situation des Aufschwungs des Vertrauens zu Brandt – wie zur

Forts. Seite 2



Die Gründung des „Irish Rates“: Irische Bourgeoisie und Imperialisten an einem Tisch

Es lebe der Befreiungskampf des irischen Volkes

Im ersten Teil des Artikels (AK 43) gingen wir auf den geschichtlichen Verlauf des irischen Befreiungskampfes seit dem zwölften Jahrhundert, auf die Bürgerrechtsbewegung, die Spaltung der IRA sowie auf den Kampf im Norden und Süden ein. Im zweiten Teil befassen wir uns mit dem politischen Vorgehen des Imperialismus, mit der wirtschaftlichen Ausbeutung.

Politisches Vorgehen des Imperialismus

Nicht nur durch militärische Repression (Stationierung von Soldaten) versucht der britische Imperialismus seine Macht über Irland zu halten. In London haben sich in der letzten Zeit die „Klugen Köpfe“

durchgesetzt, die nach einer „politischen Lösung“ des Konflikts suchen, um so das irische Volk zu „beruhigen“.

Im März 73 legte der damalige Nordirlandminister W. Whitelaw das „Weißbuch zu Nordirland“ vor. Es wurde von der bürgerlichen Presse als „diplomatisches Meisterwerk“ und als „wegweisendes Dokument“ gefeiert. Doch das „Weißbuch“ zielt nur auf eine weitere Verschärfung der Unterdrückung durch den britischen Imperialismus und auf eine weitere Spaltung der protestantischen und katholischen Arbeiter ab. So wurden natürlich sämtliche Forderungen der Bürgerrechtsbewegung und der IRA/Sinn Féin nicht berücksichtigt.

Der Forderung nach Abzug aller britischen Truppen wird „entgegengesetzt“.

Forts. Seite 22

MACHTWECHSEL IN PORTUGAL



700 000 Menschen – fast die Hälfte der Einwohner der Stadt – waren am 1. Mai zu Demonstrationen und Kundgebungen auf den Straßen. Mit roten Nelken in den Gewehrklappen solidarisierten sich die Soldaten mit der jubelnden Bevölkerung. Viele Soldaten waren auch in Demonstrationen zu sehen. Auf Kundgebungen vor zehntausenden von Menschen sprachen Soares und Cunha, die Führer der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei.

Innerhalb von nur einem Tag gelang es am 25. April putschenden Teilen der portugiesischen Armee, die älteste faschistische Diktatur Westeuropas (Salazars Terrorherrschaft begann 1926) in einem fast unbblutigen Handstreich zu stürzen. „Regierungstreue“ Truppen, die sich den putschenden Soldaten und Offizieren entgegenstellten, liefen stattdessen geschlossen über. Über eine besetzte Rundfunkstation wurde verkündet, eine „Bewegung der Streitkräfte“ sei aufgestanden, um „das Land zu befreien“. Der Führer der „Bewegung der Streitkräfte“, der im Kolonialkrieg hochdekorierte General Antonio de Spínola, rief dann die neue Regierung des „Nationalen Heils“ aus und versprach: „Diese Regierung wird die Freiheit des Denkens, der Rede und der Tat garantieren.“ Die faschistische Regierung unter Ministerpräsident Caetano (seit 1968) dankte noch am selben Tag ab und wurde ins Exil geschickt.

Die erste Reaktion der portugiesischen Massen war Freude und Jubel. Tausende von Menschen begrüßten die in Lissabon einmarschierenden Soldaten mit Rufen wie „Es lebe die Armee“, „Es lebe die Freiheit“, „Nieder mit dem Faschismus“.

Die wesentliche Ursache für den Zusammenbruch des alten faschistischen Regimes lag in den traditionellen portugiesischen Kolonialpolitik in den „Überseeprovinzen“ Mozambique, Angola und Guinea-Bissau. Der seit dreizehn Jahren mit grenzenloser Brutalität geführte Vernichtungskrieg (vgl. bekannte, verurteilte Massaker an den einheimischen afrikanischen Bevölkerung) hat den siegreichen Vormarsch der Befreiungsbewegungen nicht verhindern können. Große Gebiete stehen unter Kontrolle der afrikanischen Revolutionäre, Guinea-Bissau konnte vor kurzem

sogar seine Unabhängigkeit erklären.

Die Erkenntnis, daß dieser Krieg mit militärischen Mitteln nicht zu gewinnen ist, war zwar schon vor Jahren keine Neuigkeit mehr; die „Ultras“ in Portugal, die die Interessen der weißen Siedler in den Kolonien vertreten, weigerten sich jedoch, daraus die Schlussfolgerungen zu ziehen. Anfang des Jahres versuchten sie sogar durch einen Rechtsputsch die Regierung Caetano zu stürzen, weil ihnen seine Kolonialpolitik noch „zu lasch“ war. Dieser Putsch scheiterte jedoch von Anfang an.

Um die Widersprüche des alten Regimes auf die Spitze zu treiben, mußte erst der im Guinea-Bissau-Krieg hochdekorierte General de Spínola kommen und in seinem Buch „Portugal und die Zukunft“ die Aussichtslosigkeit dieses Krieges massenwirksam nachweisen. Seine auf sein Buch hin verfügte Absotzung bewirkte eine rasche Polarisierung innerhalb der Armee.

Der Kolonialkrieg Portugals scheiterte jedoch nicht nur in den Kolonien selbst, sondern stieß auch auf Grenzen und Widerstand im eigenen Land. Portugal wandte zuletzt über die Hälfte seiner Staatsausgaben für militärische Zwecke auf, ohne sichtbaren Erfolg und absehbares Ende. Trotz finanzieller und technischer Unterstützung durch die NATO lastet die Hauptlast des Krieges auf Portugal, das nur eine sehr unterentwickelte Industrie besitzt und das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen Westeuropas hat. Von den 9 Millionen Einwohnern sind allein etwa 1,5 Millionen emigriert, weil sie in Portugal nicht leben und arbeiten können. Tau-

Forts. Seite 23

‘Mitbestimmung’ Ärzte-Streit am Krankensett des Kapitalismus

Scheinbar ist über die Frage der „Mitbestimmung“ seit mehreren Monaten zwischen Regierung und Opposition, zwischen SPD und FDP, zwischen DGB und Kapitalisten, zwischen DGB und Regierung, aber auch innerhalb der Parteien, ein lebhafter Streit im Gange, der möglicherweise nach dem Rücktritt Brandts und dem damit verbundenen Machtwechsel der SPD noch einmal neue Nahrung bekommen wird.

SPD und FDP haben sich inzwischen weitgehend auf einen „Kompromiß“-Entwurf zum „Mitbestimmungsgesetz“, von dem SPD-Sprecher sagen, er sei „die ganz große Chance für eine offensive Arbeitnehmerpolitik“ (Staatssekretär Müllert), während die FDP darin „einen großen Schritt in unsere (!) Richtung“ sieht (Genschler).

Zu diesem Regierungsentwurf erklärte DGB-Chef Vetter, er enthalte „in entscheidenden Fragen schwerwiegende Mängel, die wir als Gewerkschafter nicht hinnehmen können“. Auch „linke“ Sozialdemokraten, so der Bezirksparteitag der süddeutschen SPD im April, erklärten sich mit dem

Regierungs-„Kompromiß“ unzufrieden.

Andererseits wurde der Regierungsentwurf im April durch die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat (Vertreter der Bundesländer) als zu weitgehend zurückgewiesen. In der CDU/CSU hat sich auf dem Hamburger Parteitag im letzten November der von Partei-Manager Biedenkopf (ehem. Manager des Waschmittel-Konzerns Henkel) geprägte Entwurf durchgesetzt, den jedoch die CDU-„Sozialausschüsse“, unterstützt von Teilen der Jungen Union, für „inkonsequent“ erklärt haben. Der „Wirtschaftsrat“ der CDU wiederum – ein extrem reaktionäres und kapitalhöriges Gremium – erklärte, der Biedenkopf-Entwurf würde die „Tür zur partiellen Mitbestimmung“ öffnen, diese aber für die „Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des demokratischen Sozialismus“.

Einige Kapitalisten gar, wie der Reaktionär Schleyer – Chef des Kapitalistenverbandes BDA – haben ein Gesetz angestimmt, als würde ihnen

Forts. Seite 9

Forts. Schmidt

Zeit des gescheiterten Mißtrauensvotums der CDU/CSU 1972 – hätte ein „Fall Guillaume“ Brandt eher noch stärkere Sympathie bringen können („Jetzt erst recht!“). In einer Situation des Niedergangs aber war diese „Affäre“ tödlich. Schmidt und Wehner blieb es nur noch überlassen, das von der Bourgeoisie zur Verfügung gestellte, von der CDU/CSU und der bürgerlichen Presse gewetzte Messer schließlich zuzusetzen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß in der Mai-Nummer der Kapitalistenzeitschrift „Capital“, die wenige Tage vor Brandts Rücktritt erschien, bereits Brandt und sein kommender Nachfolger Schmidt einander gegenübergestellt wurden: „Ab in die Resignation – Warum Willy Brandt nicht regieren kann“ und „Werden auf die Flut – Kann Helmut Schmidt regieren?“ „Das „Capital“ (und das Kapital!) bejahten vorerst diese Frage: Schmidt sei „Einseitiger“ und „Weichensteller“. Von ihm wird erwartet, daß er „Volkes (?) Wille vollstreckt, die längst geachteten Wahrheiten (?) ausspricht, vorhandene Opferbereitschaft abfordert...“, Schwitzer feuert, Köpfe rollen läßt“. „Nur ein Macher wie Schmidt kann die SPD vom Mangel der Handlungsunfähigkeit befreien...“ (Zitate aus „Capital“). Schmidt soll der „forsche Pragmatiker“ sein, der „Aktienstudium“ und „Theoriediskussion“ haßt („Spiegel“ 20/74). „Notstands-Spezialist und -Fan, ehemaliger Minister der „Verteidigung“.

Als Hamburger Innenminister, als „Notstands-Spezialist und -Befürworter, als Minister für „Verteidigung“ scheint Schmidt der richtige Mann als Kanzler des Übergangs zwischen dem zum gültigen, aber allzu weichen „Gottvater über den Wolken“ stilisierten Brandt und den auf Abbruch berechneten Rechtsaußen von der CDU/CSU – Strauß, Dregger, Carstens, Kohl und Biedenkopf. Ob diesem Übergangskanzler mehr als nur ein paar Monate beschieden sein werden, ist ungewiß. Die Möglichkeit von Neuwahlen ist sichtbar.

Schmidt hat angekündigt, in der „Westpolitik“ stärker aktiv werden zu wollen (Stabilisierung der EG), die „Östpolitik“ zwar „fortzusetzen“, aber „ohne finanzielle Zugeständnisse“. Die „Östpolitik“ des BRD-Imperialismus ist ganz offenbar aus der Phase heraus, wo die Imperialisten durch demonstrative Kniefälle und

Friedens-Salvaderei etwas zu erreichen hoffen: auch auf diesem Gebiet wird die Tonart schärfer. Das zeigt sich nicht zuletzt auch an der Instrumentalisierung der „Affäre Guillaume“ im Sinne des „Kalten Krieges“ und antikommunistischer Hexenjagd.

Innenpolitisch will Schmidt dem „Bedürfnis der Deutschen nach Recht und Ordnung“ ist sicher kein bloßes Phantasieprodukt. Es ist eine reale, politisch desorientierte Reaktion von Teilen des Volkes, vor allem im Kleinbürgertum, aber sicher nicht nur dort, auf die zunehmende gesellschaftliche Verunsicherung, die mit der Spätphase des Kapitalismus und seiner Krisenentwicklung einhergeht: Gefährdung des erreichten Lebensstandards, Gefährdung des Arbeitsplatzes, „Gewalt

Was sich aber zeigt, ist die Verschärfung und Zuspitzung aller gesellschaftlichen Widersprüche. Bundeskanzler zu sein ist heute selbst in der BRD keine Lebensstellung mehr wie zu Adenauers Zeiten. Steht man über die Grenzen der BRD hinaus, so zeigt sich fast in allen imperialistischen Ländern der Staat in ständiger „Regierungs-„Regierungskrisen“, „Regierungskrisen“, in Dänemark, Belgien, Kanada und Israel; „Regierungskrisen“ als Dauererkrankung in Italien; das Ende des Gaullismus in Frankreich; der Sturz Ceaescos in Portugal; der Sturz von Nixon und „Watergate“; eine Labour-Regierung in Großbritannien; die nur eine hauchdünne Mehrheit hat.

Nicht „unregierbar“ werden heute schon die bürgerlichen Staaten, wie manch Berufsoptimist vorläufig verkünden mag, aber doch schwer regierbar. Manche seit Jahren auf Regierung abonnierte Partei gerät in die Krise – der Gaullismus, die italien-

näre Linken auch, international, um den sich verschärfenden Klassenkampf eine revolutionäre, nicht reformistische und erst recht nicht reaktionäre Alternative zu öffnen – dafür gilt es angesichts der beschleunigten Tempos der Fachisierung verstärkt zu kämpfen.

„Linke“ Kleinbürger über Spionage empört

Mit bemerkenswerten Beiträgen zur „Affäre Guillaume“ warteten der KBW und die „KPD/ML“ auf.

In der „KVZ“ des KBW versichert ein gewisser W. Maier mit großartigem moralischen Pathos, daß „die fortschrittlichen Arbeiter und Angestellten... diese Spionagemethoden nicht imponierend, sondern verächtlich“ finden. „Bürgerliche Staaten verfahren so gegeneinander, auch in Friedenszeiten. Sie betreiben bedenkenlos die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des jeweils anderen Staates... Die herrschende Arbeiterklasse unterhält keine Vorimmersionen in anderen Ländern.“ („KVZ“ 9/74)

Während die „KVZ“ auf die moralische Entrüstung ihrer sozialen Basis, nämlich des „links-liberalen Kleinbürgertums“ – vorwiegend in der „weltfälligen Intelligenz“ – spekuliert, macht die „KPD/ML“, entsprechend dem ihr verbliebenen politischen „Reservoir“, wieder einmal offen in Antikommunismus.

Der „Rote Morgen“ der „KPD/ML“ erschien mit der Schlagzeile „Kein Pardon für Moskauer Spione!“ – Kein Wort im ganzen Artikel über die Spitzel- und Provokateurstätigkeit der westdeutschen Bourgeoisie gegen die DDR seit deren Gründung, sondern stattdessen sogar noch Entrüstung, weil „die Bonner Regierung noch nicht einmal offiziell gegen die Spionagetätigkeit Moskaus protestiert“ hat.

„Selbst die sowjetischen Sozial-Imperialisten den Kampf um die Vorherrschaft in der Welt gegen die US-Imperialisten aufgenommen haben, gehören Spionage und Agententätigkeit zu den Mitteln, mit denen sie in die Einflugsgebiete des US-Imperialismus einzudringen versuchen.“ Das sei „eine Warnung an das ganze deutsche Volk.“ („RM“ 18/74)

KBW und „KPD/ML“ treiben der klar antikommunistischen Stoßrichtung der bürgerlichen Kampagne um den „Fall Gui-

laume“ nicht nur nicht entgegen, sondern versuchen, mit dem Strom zu schwimmen.

Jeder weiß, daß die Kommunisten die Spionage nicht erfinden haben. Es sollte aber für einen Kommunisten klar sein, daß ein sozialistischer Staat sich auf allen Ebenen gegen die Imperialisten zur Wehr setzen muß. Der sozialistische Staat unterhält eine schlagkräftige Armee (entgegen pazifistischen Wunschträumen mancher Kleinbürger), er unterhält einen schlagkräftigen Apparat gegen konterrevolutionäre Verschwörungen und er arbeitet selbstverständlich auch im imperialistischen Ausland, um die Kriegs- und Konterrevolutionspläne des Klassenfeindes auch auf dieser Ebene zu vereiteln.

Solchen Menschen, wie z.B. dem Ehepaar Rosenberg, die dem damals noch sozialistischen Sowjetunion haften, das Atomwaffen-Monopol des US-Imperialismus zu brechen (und deswegen in den USA als „Spione“ hingerichtet wurden), wird die revolutionäre Arbeiterbewegung immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Nun ist allerdings die DDR kein sozialistischer Staat unter der Herrschaft der Arbeiterklasse – und das muß der entscheidende Punkt für eine klassenmäßige Einschätzung der Sache sein, und nicht „moralische“ Empörung über den „Schöffler“.

Liest man zudem etwa in der „Bild“ vom 29. April, daß Guillaume durch seine Tätigkeit Einblicke in eine Liste „mit Namen von mehr als hundert BND-Mitarbeitern in der DDR“ hatte (BND = Bundesnachrichtendienst; westdeutsche Spionageorganisation) und daß durch seine Hinweise „vier Spionagenetze und rund 20 weitere BND-Mitarbeiter in der Zone verhaftet“ werden konnten, so scheint seine Arbeit auch im Interesse der Arbeiterklasse der DDR und der Verteidigung von deren noch verbliebenen gesellschaftlichen Errungenschaften nicht völlig nutzlos gewesen zu sein.



Im Auftrag des Kapitals

und Kriminalität“, Kriegsgesfahren. Diese Verunsicherung wird von der Bourgeoisie und ihren Parteien, einschließlich der SPD, noch durch übertriebene Darstellungen der Lage verstärkt. Man denke nur an Ex-Kanzler Brandt, der während der „Ökrisis“ sich mit bierernster Miene hinsetzte und verkündete: „Wir haben eine Anstrengung vor uns, die vergleichbar ist mit den Anstrengungen, die unser Volk nach dem Krieg auf sich nehmen mußte.“ (Zitat nach „Welt“ vom 28.11.73)

Solange es der Bourgeoisie ungeht, die wachsende soziale Unzufriedenheit und Unruhe zu einem großen Teil in den Ruf nach „Recht und Ordnung“, nach dem „starken Mann“ münden zu lassen, kann von einer bedeutenden „Linksentwicklung“ nicht ernsthaft die Rede sein.

sche Christdemokratie und zeitweise auch die CDU/CSU in der BRD, die „Arbeiterpartei“ in Israel, die Sozialdemokratische Partei Schwedens u.a. Dies bedeutet aber noch nicht eine Krise des bürgerlichen Staats und der bürgerlichen Macht, solange sich im besten Fall nur reformistische Scheinalternativen anbieten („Linksunion“ in Frankreich, PCI und „historischer Kompromiß“ in Italien) oder gar zunächst einmal die Parteien der erklärten Rechten gestärkt werden (die CDU/CSU in der BRD, die Likud in Israel, die „bürgerlichen Parteien“ in Schweden).

Überwindung der politisch-ideologischen und organisatorischen Zersplitterung der revolutionären Linken und der ArbeiterInnen, Aufbau kommunistischer Parteien der Arbeiterklasse, Zusammenarbeit der revolutionären

FÄLSCHER AM WERK!



ORIGINAL

Demonstration und Kundgebung der Metall in Bremerhaven

(das Original stammt aus einer DKP-Betriebszeitung, die während des Streiks in Bremen erschien)



FÄLSCHUNG

So hätten's die DKP-Führer gern: Für Mitbestimmung

Die beiden hier abgedruckten Fotos – Original und Fälschung – zeigen die Demonstration und Kundgebung der Metallarbeiter in Bremerhaven während des dreiwöchigen Streiks im Unterwesergebiet. Diese Massendemonstration war nun einer Organisation gerade gut genug, um den versammelten Arbeitern ihre Organisationspolitik auf's Auge zu drücken. Geschickt wird das im Mittelpunkt des Bildes stehende Transparent mit der Parole „Streik bis zum 1. Mai.“ – dann legen wir 6 Wochen Urlaub dabei! – kurzerhand etwas „verändert“ und plötzlich heißt die Parole: „Für Mitbestimmung gegen Unternehmerwut!“

Erschienen ist diese Fälschung in einer Auflage von zigtausend Exemplaren zum 1. Mai in Hamburg.

Veröffentlicht wurde das ganze nicht etwa von den DGB-Führern, sondern verantwortlich sind hierfür Vertreter der „einzigen Partei der Arbeiterklasse“, der DKP, die mit dieser Fälschung die Titelseiten ihrer Betriebszeitungen zierte.

Offensichtlich fehlte der Partei ein Foto, auf dem Arbeiter in Massen für das Mitbestimmungsgesetz der DKP- und DGB-Führer demonstrierten. Kein Wunder – wenn es den Gewerkschaftsführern zwar noch gelingt, Illusionen über die Mitbestimmung zu verbreiten, so haben sie es bis heute aber nicht geschafft, die Arbeiter hierfür zu begeistern.

Solche Fälschungen scheinen inzwischen zum festen Bestand der DKP zu gehören. So sind in einem Flugblatt der Hamburger DKP nach dem 1. Mai gleich zwei Fotos „bearbeitet“ worden: Ein Foto, das die Demonstration zeigen soll, ist in Wahrheit aus zwei Teilen zusammengesetzt worden – nur mit DKP-geheime Parolen, versteht sich. Auf ein Foto von der Abschlussschuldung sind plump die Worte „DGB“ und „Für Mitbestimmung“ auf zwei Transparente geklebt worden.

Die DKP-Führer erweisen sich einmal mehr als die treuesten Anhänger der Gewerkschaftsführer. Dabei bedienen sie sich so übler Methoden, wie der Fälschung und Täuschung der Leser ihrer Betriebszeitungen.

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Wie aus einem Kommunisten ein 'Rauschgiftändler' gemacht wurde

Mit Schlagzeilen wie „Regierungsin-spektoren wärten als Rauschgifthändler verhaftet“ berichtete die bürgerliche Presse in den Monaten Januar bis März über das Vorgehen der Polizei gegen den ehemaligen Vorsitzenden des Stadtjugendringes von Arnberg (NRW).

Peter T. war in Arnberg als Kommunist bekannt, er gehörte einer fortschrittlichen Jugendgruppe an und war als Delegierter der DGB-Jugend zum Vorsitzenden des Stadtjugendringes gewählt worden. Von der katholischen Kirche und der Stadtbürokratie wurde Peter T. besonders heftig angefeindet. Ende Dezember wurde Peter T. nach Dortmund versetzt, so daß er durch die lange Fahrzeit täglich 12 - 13 Stunden aus Arnberg entfernt war.

Im Januar gelang es dann der Jungen Union, aufgrund der vorangegangenen Hetzkampagne gegen Peter T., eine knappe Mehrheit bei der Neuwahl des Jugendring-Vorstands zu gewinnen.

Eine Woche später, am 15. Januar, drohten Leute vom „Verfassungsschutz“ und „Rauschgiftdezernat“ ohne Durchsuchungsbefehl in Peters Wohnung ein, um angeblich „einige 1.000 LSD-Trips“ zu suchen, die laut einer anonymen Zeugenaussage in der Wohnung versteckt sein sollten. Beschuldigt wurden linke Bücher sowie politische und persönliche Aufzeichnungen. Peter wurde zunächst nach Dortmund verschleppt und am nächsten Tag wurde gegen ihn ein Haftbefehl „wegen Fluchtgefahr“ ausgestellt. Trotz mehrerer Beschwerden wurde diese Haft fast drei Monate aufrechterhalten.

Gleichzeitig entfaltete die Bourgeoisie eine systematische Kampagne zur Kriminalisierung aller fortschrittlichen Arnberger Jugendlichen und zur Verhetzung der Bevölkerung. Insgesamt wurden fünf Hausdurchsuchungen durchgeführt, wobei jedenfalls die „Suche nach Drogen“ als Vorwand diente.

Tatsächlich wurden aber offenbar Drogen weder gesucht noch gefunden, sondern die Aufmerksamkeit konzentrierte sich auf politische Literatur, Aufzeichnungen, Feststellungen politischer Aktivitäten. Außerdem wurden über 40 Genossen und Sympathisanten verhaftet, wozu man sie ohne weiteres von ihrem Arbeitsplatz oder aus ihrer Schule fortchleppte.

In der Presse wurde Peter als „gefährlicher, links-extremer Rauschgifthändler mit wilden politischen Ideen“ diffamiert, bei dem 1.000 LSD-Trips gefunden worden seien, mit denen er sogar Kinder „auf die Reise geschickt“ habe usw.

Am 3. April war der Prozeß gegen Peter. 100 Jugendliche hatten sich aus Protest dagegen und aus Solidarität mit Peter im Amtsgarten versammelt, nur 13 wurden aber als Zuhörer in den Saal gelassen. Obwohl die Anklage wegen Rauschgift-handel offensichtlich zusammenbrach und die Zeugen berichtet hatten, wie sie von der Polizei unter Druck gesetzt worden waren, meinte das Gericht, Peter doch wegen „Besitz von Rauschgift“ zu einem Jahr Gefängnis (auf zwei Jahre zur „Bewährung ausgesetzt) und zu einer Geldstrafe von 1.500 Mark verurteilen zu können.

Eine detaillierte Schilderung dieser Vorgänge erscheint in den nächsten Wochen in Form einer Dokumentation, die direkt von uns oder über das „Arbeiterbuch“ bezogen werden kann. Sie enthält u.a. auch die wichtigsten Presseartikel.

Voraussetztlicher Preis: -60 DM + Porto.

Unsere Anschrift: IKG, 577 Arnberg, Altes Feld 3.

Um die 1.500,- DM Geldstrafe aufbringen zu können, bitten wir eine Solidaritätskassende auf das Konto 430 1016 - a. Gollnick - bei der Stadt Sparkasse Arnberg Initiative für eine kommunistische Gruppe (Arnberg/Neheim-Hüsten)



Leubetalbrücke - für ihn und auf sein Leben kann jede Hilfe zu spät

Neue schwere Arbeitsunfälle

Das Leben eines Arbeiters ist den Kapitalisten ein Druck wert

Am 18. April wurde der Polizist Uwe Faden während eines Schuttschutts bei einem Banküberfall getötet.

Dieser junge Polizist wurde nicht zuletzt das Opfer einer Polizei-Politik, bei der die „Cohr“ immer lockere sitzen, bei der immer mehr Menschen „irrtümlich“ oder „verwehrt“ von der Polizei erschossen werden und bei der die einzelnen Polizisten vom Staat animiert werden, sich mit ihren Schießwaffen wie wildgewordene Wildwest-Helden aufzuführen.

Die Bourgeoisie aber will den toten Polizisten nachträglich dazu brauchen, um für eine weitere Verstärkung der Polizei, für einen noch zuverlässigeren Schußwaffengebrauch Stimmung zu machen. Diesem Zweck diene z.B. eine Serie in der „Bild“, wo 19 seit 1945 in Hamburg im Dienst ums Leben gekommene Polizisten als Helden gefeiert wurden.

Wie aber verhält es sich mit dem „Berufungsrisiko“ eines gewöhnlichen Arbeiters, der nicht mit einem Schießens ausgerüstet ist, sondern „nur“ an schwebende und ungerade Maschinen, auf mörderische Baustellen, um geschickt wird? Alle zwei Stunden ein tödlicher „Arbeitsunfall“ (für den oft das Wort „Mord“ zureichend wäre), alle sieben Minuten ein schwerer Unfall und alle 13 Sekunden ein „normaler“ Unfall (nach IGM-Zeitung „Gewerktschaffter“ 4/73).

Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß die für das Leerpelz vorantreibende Firma eines Tag vor dem Unglück zwei Monteure und einen leitenden Angestellten zur Baustelle schickte, um zehn am Brückengerüst festgestellte Mängel zu beseitigen. Offensichtlich waren die Reparaturarbeiten noch nicht beendet, als die Brücke einstürzte. Allerdings soll das nicht die alleinige Ursache des Unglücks sein. Der mit der Untersuchung beauftragte Münchner TU-Professor Latzke soll weitere Mängel bei der Beschichtung der Baustelle festgestellt haben. (Angaben nach „Kölner Stadtanzeiger“ vom 10.5.74)

Dieses ist innerhalb von zweieinhalb Jahren der dritte schwerwiegende Brückeneinsturz. Beim Bau der Koblenzer Rheinbrücke kamen 1971 13 Arbeiter ums Leben und 1972 sechs Arbeiter bei einem anderen Bauabschnitt der gleichen Brücke.

Explosion bei Dynamit Nobel

Am 4. März 1974 explodierten im Zweigwerk der Dynamit Nobel AG in Burbach-Wüggendorf (Kreis Siegen) 250 kg Sprengstoff, wobei fünf Arbeiter getötet wurden: der ganze Bunker flog in die Luft. - In fahrbaren Kesselwagen wurde Nitroglycerin mit Pulver gemischt und von Hand mit Stangen umgeführt. Die Umstellung auf Fernsteuerung eines Mischhauses würde 1,5 Millionen DM kosten, das ist den Kapitalisten zu teuer.

Einsturz der Leubetalbrücke

Neun Arbeiter wurden getötet und 12 zum Teil schwer verletzt, als am 30. April 1974 die im Bau befindliche Leubetalbrücke bei Kempen im Allgäu einstürzte. Die Autobahnbrücke der Linie Ulm-Kempen sollte vierspurig ausgebaut werden. Das Leerpelz stand, und am Morgen des 30.4. um 3.00 Uhr begannen die Betonierungsarbeiten. Um 6.45 Uhr, als etwa 140 Kubikmeter Beton, das ist ein Achtel der vorgesehenen Menge, auf der Verschallung lagen, brach das Gerüst zusammen und 22 Arbeiter, 15 Meter in die Tiefe. Noch am Vortage war die Baugerüst von einer Ingenieursfirma überprüft worden, allerdings hatte diese nur die Ausführung mit den Plänen zu vergleichen (Fehler in den Plänen zu beanstanden, gehörte nicht zur Überprüfung), und es gab es keine Beanstandungen, obwohl einer der Bautechniker gesagt haben soll: „Da würde ich nicht aufgehen.“ („Süddeutsche Zeitung“ vom 2.5.74)

Zynischerweise wurde von einigen Leuten behauptet, an Unglück solle ein Fluchtag schuld sein, das die Schallmauer über dem Werksgelände durchbrach; dabei ist dies nicht das erste tödliche Unglück in dieser Firma. 1970 und 72 starben insgesamt fünf Arbeiter bei Explosionen. Seit 1948 verunglückten 19 Arbeiter allein in diesem Werk tödlich! Der Sprengmeister des Werkes Karl Diehl erklärte die Unfälle auf seine Art: „Das ist wie Autofahren, jeder weiß, daß er jede Minute verunglücken kann.“ („Kölner Stadtanzeiger“ vom 6.5.74) Damit wären natürlich alle Fragen nach den Schuldigen geklärt: das ist eben „Berufungsrisiko“. Laut Diehl wird die Ursache des letzten Unglücks ebenso ungeklärt bleiben wie bei den vorhergehenden Katastrophen. „Nach so einer Explosion bleibt nichts mehr übrig.“ („UZ“ vom 7.5.74)

Betriebszelle Roentgenmüller
KB/Gruppe Hamburg

HSW - Prozeß:

Erste Runde an die Kollegen

Im Prozeß der aus dem Betrieb ge-
feuerten drei Mitglieder der Vertrauens-
körpersleitung in den Hamburger
Stahlwerken (wir berichteten in AK
42 und 43 hierüber) ist in erster
Instanz der Urteilspruch gefällt.

Danach muß die Geschäftsleitung
der HSW die drei zu Unrecht gekündigten
wieder einstellen und die
Kosten des Verfahrens übernehmen.

In der mündlichen Begründung
des Urteilspruchs führte der Ar-
beitsrichter hierzu aus:
„Die Arbeit des VK-Vorstandes,
insbesondere der offene Brief, ist
durch das Grundgesetz (freie Mei-
nungsäußerung) voll gedeckt. Jeder,
der dieses Recht nicht anerkennt
oder sogar mit Entlassung androht,
zeigt damit, daß er dieses Recht ein-
schränken will.“

Zum Verhalten der Gewerkschafts-
führung:

„Spannungen und Meinungs-
verschiedenheiten innerhalb einer Be-
legschaft, des Betriebsrats und der
IGM müssen auf demokratischen We-
ge behoben werden. Der Ausschuss
einer anderen Meinung zählt nicht
mehr zu einer demokratischen Aus-
einandersetzung.“

Zum Auftreten des Betriebsrats:
„Die derzeitigen Mehrheitsver-
hältnisse im BR sind sicherlich
um wenigsten für die Interessenver-
tretung der Kollegen geeignet.“

Dem Urteilspruch ging die 3. Ver-
handlung voraus.

Auch diesmal begann der Prozeß
damit, daß zusätzliche Zuschauer-
bänke und Stühle in den Saal getragen
werden mußten. Ca. 40 Kollegen,
Freunde und Verwandte waren er-
schienen, um die Gekündigten zu
unterstützen und von zu lernen.

Die drei waren „Sand im Getriebe des Betriebs“

Die HSW-Vertreter hatten offen-
sichtlich einen Erfolg in erster In-
stanz abgesprochen und gaben sich
keinerlei Mühe, ihre wahren Ent-
lassungsgründe zu verbergen.

Die drei in dieser Verhandlung
aufgeführten „Zeugen“ waren durch-
weg ein Reinfall für sie:

„da war zunächst der Sekretär der
KGM-Ortsverwaltung Erhardt Prehn,
der die Übereinstimmung in der Be-
urteilung der Entlassung zwischen
IGM-Führung und HSW-Kapitalisten
bezeugen sollte. Unter dem Ge-
dächtnis aller Zuschauer verkündete
der Richter: „Der Zeuge Prehn hat
sich für heute entschuldigen lassen.
Er hat eine wichtige Sitzung bei der
AOK.“ Beim jetzigen Stand der Ver-
handlungen und bei der regen Be-
teiligung von Zuschauern hatte es
es offensichtlich vorgezogen, zu krei-
fen.“

„Der „Zeuge“ S. wollte zu einem
der Hauptvorwürfe gegen die drei
Vertrauensleute, sie hätten für ihren
Offenen Brief „unter falschen An-
gaben während der Arbeitszeit“ Unter-
schriften gesammelt, nur zu sagen, daß
das nicht so war und er die Unter-
schrift in der Mittagspause geleistet
habe.“

„Der „Zeuge“ M. schließlich wollte
nur mitteilen: „Mir wurde ein
solcher Brief nie vorgelegt.“

Das Zeugengedöbe war zusam-
mengebrochen, es blieb allein noch
die Schlussbegründung des HSW-An-
walts:

„Die Kollegen haben sich zwar „rech-
tlich“ nicht zuschulden kommen las-
sen (!). Durch ihre ständigen Dis-
kussionen und Meinungsäußerungen
waren sie „Sand im Getriebe“ des
Betriebes. Meins Mandant (die HSW-
Kapitalisten, die Red.) verlangt aber
Rein im Betrieb!
Deshalb gehört Politik, noch dazu sol-
che, wie sie die Kollegen vertreten, nicht
in den Betrieb.“

Das war eindeutig und deckt sich
mit der Aussage des Betriebsratsvor-
sitzenden Venohr vom 21. März:
„Die drei Gekündigten hatten eine
politische Meinung, die sie verbreiten
wollten, deshalb mußten wir ihnen
kündigen.“

Das Ziel der HSW-Kapitalisten ist
es, mit diesen eindeutig politischen
Entlassungen ein abschreckendes
Exempel zu statuieren.

Das Urteil: ein politischer Erfolg

Mit diesem Urteilspruch haben die
drei Vertrauensleute einen Erfolg er-
zielt. Es ist ihnen gelungen, die
Praktiken und die wahren politischen
Ziele der HSW-Kapitalisten offenzu-
legen und durch die rege Beteiligung
an dem Prozeß und die Veröffentli-
chung der Ereignisse, diese Erfah-
rungen einem größeren Kreis von
Kollegen zur Verfügung zu stellen. Die
Praxis der politischen Entlassungen
blößgelegt und das Zusammenspiel
zwischen Kapitalisten, reaktionären
Betriebsräten und partnerschaftlichen
Gewerkschaftsführern aufgedeckt zu
haben, darin besteht der Erfolg dieses
Prozesses.

Das konkrete Urteil, Wiedereinstel-
lung, ist dabei untergeordnet, da es
bei allen Erfahrungen mit der bürger-
lichen Klassenjustiz nur auf dem Pa-
pier steht. Nach der Aufhebung des
Urteils durch HSW beginnt jetzt der
lange Weg durch die Instanzen. Be-
reits jetzt sind mit der Entlassung
der drei fast vier Monate vergangen,
weitere 3 - 4 Monate werden bis zur
Berufungsverhandlung vergehen.
Selbst bei günstigem Verlauf der wei-
teren Prozesse würde jedenfalls ein
„großzügiger“ Vergleich für die drei
Herausbringen: eine Abfindungs-
summe. Eine Wiedereinstellung nach so
langer Zeit wird es nicht geben, da
sie „der Unternehmensleitung nach so
langer Zeit nicht mehr zumutbar
ist“ (ähnliche Urteile mit dieser Be-
gründung wurden wiederholt gefällt).

Eine weitere Erfahrung - und da-
her erklärt sich auch dieses positive
Urteil - ist es, daß die Bourgeoisie
in den unteren Instanzen der Ar-
beitsgerichte auch weitest liberale
Richter und solche Urteile duldet, um
das Bild einer klassenunabhängigen,
„über den Dingen stehenden“ Justiz
zu malen.

Dennoch sind solche Prozesse -
vor allem ihre Veröffentlichung - ein
wichtiger Bestandteil im Kampf gegen
die politischen Entlassungen und die
Unternehmenswillkür in den Betrieben.

Betriebszelle HSW
KB/Gruppe Hamburg

Druckerei Severin Schmidt 3. Lehrjahr auf die Straße gesetzt

Seitdem die Flensburger Druckerei
Severin Schmidt im März letzten
Jahres den Konkursbetrieb Christian
Wolff „übernommen“ hat, sind die
Kollegen über Werke fortwährend
durch Entlassungen und Rationalisie-
rungsmaßnahmen bedroht. Durch die
Anfang dieses Jahres erfolgte Zusam-
menlegung (hauptsächlich der Setze-
rei, Druckerei und Buchbinderei) wur-
den zahlreiche Kollegen „eingespart“,
d.h. auf die Straße gesetzt.

Kürzlich nun erhielten alle 10 Aus-
zubildenden, die im Juni ihre Prüfung
machen, ein „vorgerichtet“ Kündi-
gungsschreiben. Darin wird ihnen mit-
geteilt, daß sie „wegen Arbeitsmangel“
nicht in ein ordentliches Arbeitsver-
hältnis übernommen werden.

Mit verächtlichem Zynismus wird
den Kollegen am Schluß des Briefs
für ihr weiteres Berufsleben „alles
Gute“ gewünscht. Die meisten haben
jedoch bei der derzeitigen Arbeitslo-
sierung in der Flensburger Druck-
industrie keine Chance, in ihrem Beruf
unterzukommen. Hinzu kommt, daß
viele der jungen Kollegen im Herbst
bzw. Ersatzdienst rechnen müssen, so
daß deren Möglichkeiten, für diesen
kurzen Zeitraum Arbeit zu finden,
noch geringer sind. Diese Kündigun-
gen bedeuten also für viele dieser Ko-
legen Arbeitslosigkeit bei einer Un-
terstützung von ca. 5 DM täglich.

Es gehört zur Politik dieses „ehr-
würdigen“ Flensburger Druckbetrie-
bes, in jedem Jahr alle Ausgeleiteten
auf die Straße zu setzen. Vor allem
weil die Lehrlinge zu den fortschrit-
tlichsten Kollegen im Betrieb zählen,
versuchen die Kapitalisten, sich rech-
zeitig auf elegante Weise möglicher
späterer „Störfaktoren“ zu entledigen.
Die Rechte der jungen Kollegen
wurden in der letzten Zeit stark einge-
schränkt. So wurden die Lehrlings-
versammlungen, die einen Ansatz zu
fortschrittlicher Jugendarbeit waren,
abgeschafft zugunsten „reiner“ Ju-
gendversammlungen. An ihnen dürfen
nur noch Kollegen, die jünger als 18
Jahre sind, teilnehmen. Dies betrifft
hauptsächlich Kollegen des 1. Lehr-

jahres, die wegen ihrer Unerfahrenheit
bei betrieblichen Auseinandersetzun-
gen leichter von den anderen Kolo-
gen zu trennen sind.

Nach dem geltenden bürgerlichen
„Recht“ haben die Auszubildenden
keinerlei Möglichkeit, gegen diese
Kündigungen vorzugehen. Im Gegen-
teil: War im alten Mantelvertrag der
Druckindustrie die, allerdings be-
iderseitige, Verpflichtung zu einer Wei-
terbeschäftigung von einem halben
Jahr festgelegt, so sagt das neue Be-
rufungsrecht: „Das Berufsaus-
bildungsverhältnis endet mit dem Ab-
lauf der Ausbildungszeit“, d.h. nach
dem Tage der bestandenen Prüfung.
Das neue Gesetz enthält weder eine
vorherige Mitteilungspflicht, noch
braucht in diesen Fällen der Betriebs-
rat gehört zu werden. Es stellt eine
weitere Einschränkung der Rechte der
Auszubildenden dar.

Die Geschäftsleitung (GL) und ihr
Sprachrohr, BR-Vorsitzender Mar-
quardsen, rechtfertigen die Kündigun-
gen mit folgenden Begründungen:
Severin Schmidt ist ein Ausbil-
dungsbetrieb, es wird also nicht
nur für den „Eigenbedarf“, sondern
vor allem für den „Arbeitsmarkt“
ausgebildet.

Das heißt: Severin Schmidt setzt
nach der Prüfung ständig fast alle
Lehrlinge wegen angeblichen Arbeits-
mangels auf die Straße, stellt aber
auch in diesem Sommer wahrschein-
lich wieder etliche Auszubildende als
billige Arbeitskräfte ein. Die Kapi-
talisten sind nicht vorrangig interessiert
an der Ausbildung der Lehrlinge zu
qualifizierten Facharbeitern, sondern
an der Ausbeutung der Lehrlinge mit
ihren relativ niedrigen Vergütungen.

Zweitens, so die GL, würde eine
Weiterbeschäftigung der gekündig-
ten Kollegen den Profit des Betriebs
und seine „Wettbewerbsfähigkeit“, al-
so unser aller Arbeitsplätze, gefährden.

VK und BR gegen die Kollegen!

Mit der richtigen Einschätzung, daß
ihre Kräfte alleine, ohne die älteren

Kollegen, zu schwach sind, um den
Entlassungen effektiv entgegenzutun
zu können, beschließen die Jugend-
lichen des Werks, eine Unterschriften-
sammmlung durchzuführen. Zumal die
Entlassungen der 10 Lehrlinge sich ja
nicht grundsätzlich unterscheiden von
der Entlassung bei Hilfs- oder Fachar-
beitern.

Obwohl sich die meisten Kollegen
einig sind in der Ablehnung der Ent-
lassungen, kam eine breite Solidarität
nicht zustande. Die Unterschriften-
aktion wurde wieder eingestellt.

Ein Grund dafür war, daß die ge-
werkschaftlichen Vertrauensleute
(VL) nicht mit einbezogen werden
konnten. Wie schon zur Mantel- und
Lohnstarfrunde und anderen wichti-
gen Fragen boykottierte der VL-Spre-
cher die Aktivitäten der Kollegen,
indem er sich weigerte, eine Sitzung
einzuberufen. BR-Vorsitzender Mar-
quardsen und Freigestellter Stock
versuchten gar, die Kollegen dadurch
einzuschüchtern, daß sie die Unter-
schriftensammung als „paläolithisch“,
als „letzte und aufwiegere“ be-
schimpften. Jede selbständige Regung
der Belegschaft wird von der Mehrheit
des BR delegiert, um die Kollegen
vom Kampf für ihre Interessen abzu-
halten. Sie sehen ihre Aufgabe darin,
für die Kapitalisten vor, „Käseföh-
rer“ ausfindig zu machen und richten
ihre Angriffe nach verstärkt gegen
fortschrittliche BR-Mitglieder, die ver-
suchen, eine Politik im Interesse der
Belegschaft zu entwickeln.

Ein weiterer Grund für das Zurück-
weichen vieler Kollegen vor den Schlä-
gen der Kapitalisten besteht in den
negativen Erfahrungen, die viele beim
Wolff-Konkurs und in der nachfolgen-
den Zeit machen mußten. (Wolff ist
ein Druckbetrieb, der von Severin auf-
gekauft wurde und wo dann scharf
rationalisiert und gefeuert wurde.)

Es wird den Severin-Kollegen all-
erdings nichts nutzen bei Angriffen der
GL zurückzuweichen, da diese Hal-
tung die Kapitalisten nur zu weiteren
Übergreifen ermutigt.

Druckzelle, KB-Gruppe Flensburg

Wohnungsprobleme in der BRD

4. erweiterte Auflage
64-Seiten Kleinformat 1,50



Anzeige

Die Arbeiterklasse hat ein
Recht auf menschenwür-
dige Wohnverhältnisse. In
der BRD sind Mietwucher
und Betonsilos Ergebnis der
„freien und sozialen Markt-
wirtschaft“. Wir drucken
in dieser Broschüre Artikel
aus verschiedenen Num-
mern des ARBEITER-
KAMPF ab, die sowohl
die Situation der Wohn-
verhältnisse analysieren,
als auch auf die Kämpfe,
die in diesem Bereich statt-
gefunden haben, eingehen.

zu bestellen bei:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

erhältlich bei:
Arbeiterbuch
2 Hamburg 13
Grindelhof 45

5. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier

Unter dem Motto 'Solidarität ist unsere Kraft' fand vom 22.-24. März im zentralen Schulungsheim der IG Druck und Papier in Springe/Taunus die 5. DruPa-Bundesjugendkonferenz statt. 55 Delegierte reisten an, um über die Politik von gut 30 arbeitenden DruPa-Jugendgruppen zu beraten. Hinzu kamen 'Kraft Amtes' die Mitglieder des Hauptjugendausschusses (HJA). Als Gäste nahmen u.a. teil: Loni Mahlein (1. Vorsitzender der IG DruPa), Heinz Müller (Hauptvorstand), hohe Jugendfunktionäre des DGB, der IG Chemie usw.

Die „Jugendpolitik“ des Vorstandes ...

Die DruPa-Führer messen der Jugendarbeit große Bedeutung bei. Der Tätigkeitsbericht des HJA drückt dies so aus:

„Wenn gewerkschaftliche Bildungsarbeit tatsächlich erfolgreich sein soll, muß Gewerkschaftsarbeit auch dahin verstanden werden, daß die heute noch Unbewußten an die Organisation herangeführt werden. Auch sie müssen erkennen, daß der organisierte Kampf des Kapitals nur die organisierte Macht aller Lohnabhängigen wirksam gegenüberstellen kann. Die Jugendlichen von heute sind das Kapital (1) der Organisation von morgen.“

Es sind heute aber gerade noch die jungen Kollegen, die ihre Interessen am konsequentesten vertreten: klassenbewußte Kollegen, oft Kommunisten, die arbeitenden Jugendgruppen anleiten. Anders als noch Mitte der sechziger Jahre sind die Kollegen in den Jugendgruppen nicht mehr bereit, sich auf die Bildung von Hobbygruppen und Werbeaktionen für die Gewerkschaften zu beschränken. Um die jungen Kollegen als „Potential der Organisation von morgen“ zu gewinnen, läuft die Jugendarbeit an der langen Leine, poliert die Gewerkschaftsführung hier ein klassenkämpferisches Image auf, peilt hier darauf ab, daß es nicht zur „Gefahr“ auswachse. Dazu der HJA-Tätigkeitsbericht:

„Gewerkschaftliche Jugendarbeit geht nicht von irgendeiner Form von Sozialpartnerschaft aus, sondern vom Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital.“

Dieses Vorgehen der Gewerkschaftsführer bestärkt zudem bei vielen jungen Gewerkschaftern Illusionen in die Reformierbarkeit der Gewerkschaften; die Illusion in eine „linke, sozialistische Fraktion“ beim Vorstand. So wird verschleiert, wo objektiv die eine Figur der anderen beim Arbeitererrat in die Hände arbeitet.

Solche Jugendkonferenzen dienen der Gewerkschaftsführung weiter zur

genauen persönlichen Einschätzung der Jugendfunktionäre, zur Auswahl der Jugendvertreter von morgen.

DruPa-Vorsitzender Mahlein machte dann auch in seiner Begrüßungsrede deutlich, wofür die Gewerkschaft eintritt: „...um das Leben der abhängig Beschäftigten humaner, menschlicher zu machen. Machtpositionen zu erwerben, die die Macht des Kapitals einschränken.“ Gemessen an den „Kämpfen“ dieser „Arbeitnehmervertreter“ (Mantel u. Lohntarifabschluß) eine linke Rede. Verglichen mit dem HJA-Bericht: kein Wort mehr von der Überwindung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, der Arbeiter bleibt abhängig Beschäftigter, dessen Los im Kapitalismus erleichtert werden soll. Orientierung auf die „Mitbestimmung“, die Sozialpartnerschaft mit den Kapitalisten! Die jungen Kollegen mit scheinradikalsten Phrasen, anknüpfend an ihre Interessen in die Organisation, bringen, und sie dort langsam auf die bürgerliche Sozialpartnerschaft trimmen, das ist der Handlangerdienst der Gewerkschaftsführer für den Klassenfeind.

...und ihre Unterstützung durch die DKP-Karrieristen

Doch nicht nur die Gewerkschaftsführung, auch die DKP muß dieser Konferenz besondere Bedeutung bei. Durch ihre bekannte Grenzüberschreitung hatte sie bei den Wahlen in den Landesbezirksjugendausschüssen (!) die stärkste Fraktion errungen, vor allem in Hessen und Westberlin (SEW). In zwei Großadressen, eine von der SDAJ, die andere von Parteivorstand Mies persönlich, wurde den Delegierten „viel Erfolg“ gewünscht. Zusammen mit einigen Jusos verfügte die DKP über eine große Mehrheit, die sie besonders in der Behandlung der Anträge in überster Weise gegen Konsequente, klassenbewußte Kollegen ausspielte.

Die über 80 Anträge aus den Landesbezirken stellten größtenteils fortschrittliche Forderungen zur Ausrichtung des gewerkschaftlichen Kampfes, zur innergewerkschaftlichen Demokratie, zu Fragen des proletarischen Internationalismus. Doch die Gewerkschaftsführung hatte vorgebeugt, da auch ein angestammter Antrag für sie keinen verbindlichen Charakter erhält, sondern nur als „Vorschlag“ an den Gewerkschaftstag, den Vorstand, den DGB usw. weitergeleitet wird. So wird wahrscheinlich der Antrag auf Streichung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, der auf der Konferenz angenommen wurde, verschwinden, ohne daß den Gewerkschaftsmitgliedern je darüber Rechenschaft abgelegt wird. Diesem

Antrag stimmte auch die DKP-Fraktion zu, „da die Satzung zum Ausschluß von Gewerkschaftsfeinden ausreicht.“ Einerseits stimmte die DKP durchaus Anträgen zu, die den Machenschaften der Gewerkschaftsführung entgegenstehen, andererseits waren diese „Genossen“ ständig bemüht, sich durch verzerrte Worte einzuschmeicheln und sich insbesondere durch eine schweinsche „Abgrenzung“ von den anwesenden Kommunisten bei der Gewerkschaftsführung zu empfehlen. Klassenbewußte Kollegen wurden als „Chaoten“ beschimpft, HJA-Redner der DKP mit ständigem Redeschrei machten hier von zu üblen Beschimpfungen gegen Kommunisten Gebrauch, Abstimmungen wurden vom Vorstandsschicht durch Handzeichen gesteuert usw. So schaffte es die DKP, den heissen Antrag auf Durchsetzung der „Mitbestimmung“ durchzubringen, den sie als Hebel zur Sicherung der Arbeitsplätze, zur Erhöhung der Löhne und zur Durchsetzung stabiler Preise verkauft. So schaffte sie es, den Antrag „1. Mai – Kampftag der Arbeiterklasse“ aus Nordrhein-Westfalen zu Fall zu bringen. Als der Freiburger Delegierte von der Klassenkämpferischen gewerkschaftlichen Mai-Demonstration '73 und ihrer Stärke berichtete, fragte ein DKP'ler demagogisch, ob Freiburg nicht Universitätsstadt sei! So werden von der DKP Aktionen klassenbewußter Kollegen diffamiert, wenn sie nicht in ihre Politik des Zurückweichens und der Sozialpartnerschaft passen. In einem Initiativantrag forderte ein Kollege von Bauer-Druck Köln den Ankauf des Films „Die Maschine“ zu Schulungszwecken. Der Film berichtet über den Kampf der Kölner Arbeiter um die Besetzung der Tiefdruckrotation, über den spontanen Streik aller Kollegen dieses Betriebes zur Verhinderung von 120 Entlassungen und Umbesetzungen. Ein SEW'ler brachte den Antrag zu Fall mit der Behauptung, der Film enthalte anti-gewerkschaftliche Tendenzen (gemeint ist die richtige Kritik der Betroffenen am Vorgehen der Gewerkschaftsführung).

Es wird klar, in welche Kerbe die DKP, die auf der Konferenz z.T. von führenden „Genossen“ vertreten wurde, schlägt. Sie erfüllt nur zu genau die Anforderungen der Gewerkschaftsführung in der Jugendarbeit. Sie kann linke Phrasen vertreten, durch Aktionen zahlende Mitglieder gewinnen und diese dann Schritt um Schritt an die sozialdemokratische Ideologie der Sozialpartnerschaft und des Arbeiterverrats binden. Hier arbeiteten Arbeitervertreter mit verteilten Rollen Hand in Hand gegen die Kollegen.

Druck-Kollegen

NSI-Hamburg:


Statt Kündigungsschutz Antikommunismus

Anfang April wurden bei der „Norddeutschen Schleifmittel-Industrie“ (NSI) 13 Arbeiterinnen gekündigt.

Als Kündigungsgrund gab die Geschäftsleitung „Aufragsmangel in der Konfektionsabteilung“ an.

Diese 13 Kündigungen dürften nur der Anfang einer großangelegten Umstrukturierung des NSI-Konzerns sein. Dabei soll die gesamte Produktion in Hamburg stillgelegt werden (derzeit arbeiten dort ca. 1.100 Arbeiter und Arbeiterinnen) und in die „Niedriglohnländer“ Spanien, Griechenland etc.) in denen die faschistischen Regimes den westdeutschen Kapitalisten die niedrigen Löhne garantieren verlagert werden. Seit dem Aufbau des Unternehmens im Jahre 1922 hat sich die NSI zum größten Schleifmittelproduzenten Europas entwickelt, der stolz verkündet: „Wir beherrschen die gesamte Oberfläche.“

ren. Mit formalem Geschwätz suchten die Herren Sozialdemokraten jede Debatte über ihre Praktiken zu verhindern. Als die Kollegin daraufhin ihren Antrag schriftlich stellte und den versammelten Betriebsrat und Vertrauensleute vorlegte, packte den BR-Vorsitzenden Günter Paulsen, stadtkannter Kommunistenfresser der IG Chemie (u. a. stellvertretender Vorsitzender der Verwaltungsstelle Hamburg, Mitglied des ehrenamtlichen Hauptvorstandes etc.) die Wut. Er warf der Kollegin „Verletzung gewerkschaftlicher Prinzipien“ (schöne Prinzipien!) und letztlich gar „Gewerkschaftsfeindschaft“ vor. Die Kollegin hatte richtig in ihrem Antrag geschrieben, daß das Vorgehen des BR „verantwortungslos“ sei und die „partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung“ kritisierte.



NORDDDEUTSCHE SCHLEIFMITTEL-INDUSTRIE
CHRISTIANSEN & CO.
2 HAMBURG 93
GESCHÄFTSLEITUNG

(Februar 1973)

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

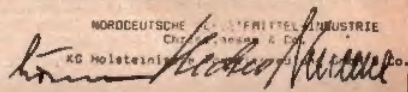
Das Jahr 1973 liegt hinter uns, wir haben viel erreicht, aber es hat uns gezeigt, daß Wohlergehen und hoher Lebensstandard keine Selbstverständlichkeit sind, sondern immer wieder erarbeitet werden müssen.

Diese Erkenntnis hat in Zukunftswort unsere Nachkriegsgeschichte, die gekennzeichnet wurde von fortwährend steigenden Ansprüchen im privaten und öffentlichen Bereich, in den Hintergrund getreten.

Das Jahr 1974 wird uns lehren, auf Gruppenegoismus Wirtschaft und Gesellschaft verzichten kann. Nur Besinnung auf das Gemeinwohl und nicht Klassenkampf kann diese Entwicklung verhindern. Nach dieser Leitlinie wollen wir gemeinsam mit Ihnen in unserem Unternehmen handeln und wir sind sicher, daß wir dann allen kommenden Schwierigkeiten erfolgreich begegnen können.

Das gibt uns den Mut, Ihnen und uns trotz aller düsteren Aussichten ein gutes und erfolgreiches neues Jahr zu wünschen.

NORDDDEUTSCHE SCHLEIFMITTEL-INDUSTRIE
Christianesen & Co.
Kd. Holstein



Iduna Hamburg „Von euch Holzköpfen wähle ich keinen“

Am 7. Mai fanden Aufsichtsratswahlen bei der Hamburger Großversicherung Iduna statt. Auf dem ersten Blick scheint alles beim alten geblieben. Drei von vier Vertretern wurden wiedergewählt. Kandidaten waren im wesentlichen DAG-Betriebsräte, die auch in der Hauptverwaltung in Hamburg die Mehrheit im Betriebsrat innehaben. Die Kapitalisten-Zeitung „Weg und Ziel“ bei Iduna machte den großen Werberummel für

diese Wahlen. Der gewählte Kandidat Paul Fechner konnte offen für „partnerschaftliche Zusammenarbeit“ werben. Die Betriebsgruppe der Gewerkschaft HBV („Handel, Banken und Versicherungen“ - im DGB), die keinen Kandidaten aufgestellt hatte, war auf der vorausgegangenen Betriebsversammlung gegen Mitbestimmungssituationen vorgegangen. Zur Wahl war eine ZUR SACHE, Branchenzentrale des KB, erschienen. Aufgestellt wurden die Forderungen: „Keine Stimme für den Aufsichtsrat“ und „Rüber mit den Schmiergeldern“. Von den HBV-Betriebsräten war die Forderung aufgestellt worden, die DM 100.000,- „Vergütung“ für den Aufsichtsratsposten in einen Fond für einen Betriebskindergarten einzuzahlen.

Von den betroffenen Kandidaten wurde sinnigerweise behauptet, daß diese Forderung ungesetzlich sei, obwohl ein Teil der Gelder erwiesenermaßen in den DAG-Fond fließt. Doch gleichzeitig war auch aufgedeckt worden, in welcher Weise sich die Kandidaten zu bereichern gedanken. „Schulden-Paule“, den Namen wird Paul Fechner noch des öfteren zu hören bekommen, hatte bereits angeschafft, er muß jetzt Schulden abtragen.

DAG-Betriebsrat Bentin baut Häuser im Grünen und Arndt (ebenfalls DAG-BR), wie die beiden anderen ge-

wählt, hat mehrere Eigentumswohnungen?

Bei der Wahl wurde in der Hauptverwaltung von 80 - 100 Kollegen aktiv gegen die Aufsichtsratswahlen Stellung bezogen. Etwa 50 Kollegen wählten ungültig mit zahlreichen Kommentaren auf den Wahlzettel geschrieben, wie etwa: „Mir schenkt auch niemand mein Geld“ oder „Von euch Holzköpfen wähle ich keinen.“

Weiterhin hatten eine Reihe Kollegen, wie in ZUR SACHE aufgeführt worden war, die Wahl boykottiert, d.h. sich gar nicht erst beteiligt. So war auch die Wahlbeteiligung erheblich gesunken, gegenüber den letzten Betriebsratswahlen mit einer Wahlbeteiligung von 80 %. Diesmal gingen in der Hauptverwaltung nur noch 60 % überhaupt zur Wahl. Das stellt angesichts der Tatsache, daß hier zum ersten Mal gegen die Mitbestimmungssituationen zu Felde gezogen worden war, einen nicht unbeträchtlichen Erfolg dar. Diese Entwicklung hatte sich auch schon auf der Demonstration zum 1. Mai gezeigt, wo mehrere hundert HBV-Kollegen riefen: „Mitbestimmung hat kein Zweck, das Kapital muß reitend weg.“

Betriebsrat Iduna
KB/Gruppe Hamburg

Mit dem „Gemeinwohl“ können „wir gemeinsam“ alle kommenden Schwierigkeiten erfolgreich begegnen – Zynischer gehts nicht anbrachten der Entlassungen!

Bereits heute gibt es in 61 Ländern Produktionsbetriebe des NSI-Konzerns. Hamburg soll demnach ausschließlich die „zentrale Verwaltung des Konzerns“ beherbergen.

Betriebsrat schlägt Kollegen zur Kündigung vor

Bereits auf der Betriebsversammlung im Dezember 73 kündigte die Geschäftsleitung „Maßnahmen“ an, um aus den angeblich „roten Zähen des Hamburger Hauses“ herauszukommen.

Bis zur Kündigung der 13 Kolleginnen wurden allerdings weder von den Kapitalisten noch vom Betriebsrat (BR) irgendwelche konkreten Informationen gegeben.

Doch in einer anderen Frage wurde der BR aktiv. Als es darum ging, wer „in den sauren Apfel beißen“ sollte, gab die Geschäftsleitung den rechten sozialdemokratischen Betriebsratsführern des Vorschlagsrecht – was diese dankend annahmen und ausführten. Offensichtlich sieht so die Mitbestimmung sozialdemokratischer Couleur aus.

Wer ist hier gewerkschaftsfeindlich?

Auf einer gewerkschaftlichen Wochenendschulung stellte eine Kollegin den Antrag, über die bevorstehenden Kündigungen bei der NSI zu diskutie-

Einige Tage später, auf der Vertrauensleuteversammlung am 3. Apr., peitschten die rechten Demagogen so gleich den Beschluß durch, die „aufmüpfige“ Kollegin rauszuwerfen, die „jemand, der die Gewerkschaft in dieser Weise angreift, in diesem Vertrauensleutekörper keinen Platz hat.“

Den versammelten Kollegen wurde vom rechten Vertrauensleutevorstand das Recht abgesprochen, über diesen Antrag zu diskutieren. Trotz Protesten einzelner Kollegen wählten sich die rechten Vögel durch.

Ermutet durch das Abstimmungsergebnis weiterte Paulsen so dann seine auf Hamburger Chemieveranstaltungen bekannten faschistischen Hetzreden gegen die Kommunisten, Chaoten und Kojoten, ganz im Stile seines Lehrmeisters Freiherrn von Kolloditz herüber.

Dabei ging er schon so weit, allen Kollegen, die nicht „aktiv“ die Kommunisten verteideln, als „falschverstandene Demokratieverständnis“ vorzuwerfen. Auch die berühmten „DDR-Fahrtkarten-Verklücker“ krochen wieder aus ihren Löchern („Och doch lieber“) und selbst die schon modrigen Kamellen von der angeblich „bitteren Not unserer Brüder und Schwestern im Osten“ wurden auf der Vertrauensleuteversammlung wieder aufgeführt.

Unter der orangefarbenen Maske einiger SPD-Demagogen schillert die braune Grönderung immer deutlicher hervor.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Raents, Verlag ARBEITERKAMPF,
2 Hamburg 13, Rutschbahn 39, verwerst.
Redaktions: Kai Ehlers, Auflage: 13.900
Erscheinungsweise: dreiwöchentlich,
Verkaufspreis: 80 Pfg., Verlagskonten:
Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378
J. Raents, und Postcheckkonto Hamburg
Nr. 240 596, J. Raents

Hamburg: Entlassungen bei „Heidenreich & Harbeck“

Auf der Betriebsversammlung vom 27. März wurden die Gerichte um Kündigungen bei H & H offiziell bestätigt. Nach den Angaben der Geschäftsleitung sollen zunächst 30 Kollegen durch „Änderungskündigungen“ innerhalb des Betriebes „umgesetzt“ werden. 43 Kollegen, vorwiegend Angestellte, sollen gekündigt werden. Einzelne sind schon gefeuert worden.

Generalsvollmacht Klemme gab die Zielsetzung der Unternehmung an: Kostensenkung – dazu müsse H & H 5-6 Millionen Mark einsparen. (Das entspricht nach ihrer Planung der „Einsparung“ von etwa 170 Kollegen) und Rationalisierung, d. h. Verschärfung der Arbeitsstempel und Rausschleusen derjenigen Produktionsteile, die nicht genug Gewinn abwerfen.

Und das sind die bisher erkennbaren Auswirkungen der Vorstands-politik:

➤ Seit dem ersten März werden für die Kegelradfertigung keine Fremdaufträge mehr übernommen. Ende 1974 sollen nur noch 3 Kegelradhobelnmaschinen für die eigene Fertigung in Betrieb sein.

➤ In der Dreherei wurden 2 Arbeiter entlassen – jetzt ist nur noch 1 Arbeiter für Dreherei und Flachschleiferei zuständig.

➤ Inoverdings tauchen fertig bearbeitete Zahnräder aus Jugoslawien auf, obwohl in der Zahnräderfertigung nicht genügend Arbeit ist.

Kapitalistische Rationalisierung für den Profit

Spätestens mit Übernahme von H & H in den Gildemeister-Konzern Mitte 1970 waren derartige Einsparungen beschlossene Sache. Zur Sicherung des Marktanteils beschlossenen die Kapitalisten schon damals: „Ausschöpfung aller Rationalisierungsmaßnahmen in allen 5 Werken“. Die bisherigen Ausläufer dieses Vorhabens waren:

➤ Verschärfung des Arbeitsstempels bei H & H.

➤ Einbußen der Kollegen beim Jubiläumsgeld und der betrieblichen Rentenzahlung.

Alle diese Maßnahmen werden durchgeführt, um den Kapitalisten höheren Profit zu sichern, dabei wird auf die Lage der hiervon betroffenen Arbeiter und Angestellten nur so weit „Rücksicht“ genommen, wie es zur Vermeidung von größeren Unruhen nötig ist. Eine wichtige Rolle spielen hierbei für die Kapitalisten sozialdemokratische Betriebsräte und Gewerkschaftsführer, die mögliche Kampfmaßnahmen der Arbeiter gegen die kapitalistische Rationalisierungspolitik in die Sackgasse von Verhandlungen um Sozialpläne und Vorbeugung der „überschlimmsten Auswirkungen“ dieser Politik führen sollen.

Spiel mit verdeckten Karten

Schon auf der Vertrauensdelegation Anfang März wurde der Betriebsrat um Verständnis für die Maßnahmen der Geschäftsleitung:

„Der Wasserkopf muß schrumpfen“ hieß es da, und „rechtlich gibt es keine Möglichkeit, Kündigungen zu verhindern“, da dies „eine unternehmerische Entscheidung“ sei. Während die Kollegen über den Umfang der Entlassungen im Unklaren gelassen wurden, haben sich offensichtlich schon einige Betriebsräte mit der Geschäftsleitung geeinigt. So wird z. B. in einem Schreiben des Betriebsrats an die Geschäftsleitung vom 10.4.74 von einer „größeren Einschränkung in dem schon wiederholt (!) protokollierten Umfang von ca. 170 Mitarbeitern“ gesprochen.

Und was geschieht an konkreten Maßnahmen?

DKP-Betriebsrat Gutzeit stellte die „größte“ Forderung auf: „das Senken der Gemeinkosten darf nicht auf einen Betrieb abgewandt werden“, sondern „gleichmäßig auf alle Gildemeister-Betriebe verteilt werden“. Außerdem fordert er, daß „auch einmal die Aktionäre in so einer Situation auf ihre Dividende verzichten können“ und bejammert das Fehlen der Mitbestimmung.

SPD-Betriebsrat Herzberg hat sich in Zynismus. Die Umbesetzung von 30 Kollegen lobte er so: „kann erhält Lohnnebenkosten ... es geschieht nichts gegen den Willen des Einzelnen, nur mit seiner Einwilligung.“ Ja, was bleibt den Kollegen bei „freier“ Wahl zwischen Entlassung oder anderem Arbeitsplatz wohl anderes übrig, als das kleinere Übel zu wählen? Auf der Betriebsversammlung setzte Herzberg sich sogar mehr kämpferisch in Position und verkündete, daß der Betriebs-

rat eine „Spezialliste“ aufgestellt habe, auf der leitende Angestellte zur Kündigung und Einsparung vorgesehen seien – nur auf diese Art und Weise können Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten jedoch nicht verhindert werden.

Mittlerweile hat sich auch die IGM-Ortsverwaltung eingeschaltet. Der ehemalige H & H-Betriebsrat Otto Mohr, jetzt Sekretär der IGM-Ortsverwaltung, und IGM-Rechts-Experte Engelmann ließen den Kollegen mitteilen: „Die Rechtsstelle der IGM steht voll hinter euch“. Dazu Engelmann schriftlich an die Geschäftsleitung, die IGM fordert, daß „im Fall einer doch realisierten größeren Entlassungswelle aus Gründen des absehbaren Rechtsfriedens die Eingangsstelle des Interessenausgleichs mit einem Sozialplan beraten und beschließen sollte ... es erscheint wirtschaftlich vernünftig, sich bald zu einigen.“

Es wird deutlich, daß von diesen sogenannten Interessensvertretern eine wirkliche Unterstützung und Vertretung der Arbeiterinteressen nicht zu erwarten ist. Für sie sind die Pläne der Kapitalisten geläufig und sie arbeiten allein daran, aufkommende Wogen zu glätten (Sozialplan, Gerede von der Mitbestimmung usw.). In keiner Situation haben sie auch nur jemals die Möglichkeit eines Kampfes gegen die Maßnahmen der Kapitalisten erwogen, geschweige denn, daß sie es für nötig halten, die Belegschaft über alle Pläne und Maßnahmen offen und vorbehaltlos zu informieren.

Seine ganze üble Gesinnung offenbart Betriebsrat Herzberg, wenn er auf der Betriebsversammlung erklärt: „Bringen Sie (gemeint ist die Geschäftsleitung) die Führungsmit-

wieder in Ordnung, zeigen Sie, wo es hingehen soll, dann wird die Belegschaft die Karte wieder aus dem Dreck ziehen.“

„Die Karte wieder aus dem kapitalistischen Dreck ziehen“, um früher oder später wieder dort zu landen. So hielten's die Kapitalisten gern! Angeschmiert sind dabei immer die Arbeiter und Angestellten.

Wir sprechen uns nicht dagegen aus, daß man sich bemüht, für die von Entlassungen und Rationalisierungen betroffenen Belegschaften z. B. auch über Sozialpläne etwas herauszuholen. Man kann aber nur dann optimal etwas erreichen, wenn man auch bereit ist, hierfür einzutreten und die Belegschaft eines Betriebes hierauf vorbereitet – d. h. sie über alle Pläne und Folgen aufzuklären und deutlich zu sagen, daß das, was heute passiert, morgen ohne weiteres wieder eintreten kann. Dazu benötigen wir eine Gewerkschaft, die sich als eine Kampfgewerkschaft für die Interessen der Arbeiter und Angestellten versteht.

Stattdessen erleben wir, wie Betriebsräte und Vertreter der IGM bemüht sind, abzuwiegeln, zu beschönigen, zu verschweigen und hinter dem Rücken der Kollegen fertige Pläne auszuverteilen. Auf diese Art und Weise erreichen sie den Kapitalisten ihr Geschäft und stehen einer wirklichen Vertretung von Arbeiter-Interessen im Weg.

Wer auf den Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierungsmaßnahmen von vornherein verzichtet, der ist auch nicht in der Lage, in Verhandlungen für die Belegschaft mehr herauszuholen als faule Kompromisse auf Kosten der Arbeiter und Angestellten.

Betriebsrat H & H
KB-Gruppe Hamburg

GEWERKSCHAFTSAUSSCHLUSS IN WESTBERLIN

Wir drucken hier einen Brief nach, den die ÖTV Westberlin an ihre Mitglieder schickte, um den Ausschluss eines Kollegen aus der ÖTV zu „begründen“.

Grund ist, wie da zu lesen ist, daß der betreffende Kollege im letzten Jahr die Mai-Demonstration der SEW unterstützt hat.

Dieses Beispiel aus der „Frontstadt“, in der das antikommunistische Klima schon immer rauer war als in der BRD, zeigt auch, daß die DKP sich im Irrtum befindet, wenn sie meint, sich als effizienter Chaotenjäger in Empfehlung bringen zu können. Bourgeoisie und DGB-Führer lieben den Verrat, aber nicht den Verräter.

Sind erst – mit Hilfe der DKP! – die „Chaoten“ aus der Gewerkschaft gekippt, so sind die Kollegen von der DKP als nächste dran. Die Begründung dürfte ähnlich aussehen wie im folgenden Schreiben.

Gewerkschaft
ÖTV
Betriebsverwaltung
Berlin

11. März 1974

Beitrag: Ausschlussantrag des Betriebsvorstandes Berlin gegen Dieter Gleib

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

In vielen Protesten, aber auch Befürwortungen in Sachen Gleib, haben Kompetenz und weniger Kompetenz Stellung genommen. Alle Proteste gehen davon aus, daß der Betriebsvorstand Berlin den Ausschuß beantragt

habe, weil Dieter Gleib die Durchführung des 1. Mai 1973 kritisiert habe. Dies ist schlicht und einfach falsch.

Dieter Gleib hat im Bezirksamt Tempelhof seine Jugendgruppe aufgefordert, an einer Demonstration um 10.30 Uhr im Bezirk Neukölln teilzunehmen, deren Treffpunkt und Marschroute mit einer SEW-Demonstration identisch waren.

Es geht also um einen Aufruf zu dieser SEW-Demonstration. Wer unter dem Emblem der ÖTV zu solch einer Demonstration aufruft, erwacht nicht nur den Eindruck, daß die ÖTV – Berlin mit dieser antidemokratischen Organisation gemeinsame Sache macht, sondern sich durch die Teilnahme an solchen Demonstrationen mit den Zielen dieser Partei identifiziert. Hier kann und wird die ÖTV-Berlin nicht folgen.

Wenn unser ständiges Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der BRD ein echtes Bekenntnis ist, wollten alle, die die Satzung der ÖTV anerkennen, sich nicht zu „nützlichen“ Idioten machen lassen. Wer schriftlich per Aufruf deren Unterstützung angeht, den kann man nicht als einen anerkannten Staat beseitigen wollen, der hat mit einer demokratischen Gewerkschaft nur solange Gemeinsamkeiten, solange da ihm Möglichkeiten bietet, politische Ziele zur Beseitigung des demokratischen Staates zu verfolgen. Wer dies verkennet, wird sich nicht wundern dürfen, daß eines Tages ohne ihn Politik gemacht wird.

Und wann denn möchten wir uns nicht!

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Hackbart

George Meany was here

Folgende kleine Zeitungsnote fanden wir auf der Wirtschaftswelt von Springer's „WELT“ am 29.4.74:

Gemeinsames Seminar Arbeitgeber – Gewerkschaft

dpa, Freiburg

Ein gemeinsames Betriebsräte-Seminar hat der Wirtschaftsverband Stahle und Erden Baden-Württemberg mit der IG Bau, Stahle Erden in Freiburg durchgeführt. In Freiburg mitgeteilt wurde, handelte es sich dabei um die erste derartige Veranstaltung in der Bundesrepublik. Anlaß für das Seminar war die Bestimmung des Betriebsverfassungsgesetzes, nach der „Unternehmensleitung und Betriebsrat zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebs vertrauensvoll zusammenarbeiten sollen“.

Die unter ihrem ehemaligen Vorsitzenden Georg Leber – heute „Verteidigungsminister“ – stramm antikommunistisch ausgerichtete Führung der IG Bau, Stahle Erden hat wieder zugeschlagen: das gemeinsame Betriebsräte-Seminar auf diese Ebene

ist unseres Wissens beispiellos in der BRD. Bisher gab es nur vom BDA (Arbeitgeberverband) organisierte Betriebsräte-Schulungen, auf denen auch gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte vertreten waren, ohne daß die Führer der DGB-Gewerkschaften hiergegen protestierten.

Während die Bauarbeiter im letzten Jahr mit Lohnhöhungen von 9 Prozent abgesiegt wurden, während Massenentlassungen, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zusehends die Existenz der Bauarbeiter gefährden, gehen die Führer ihrer Gewerkschaft eifrigst daran, diese mehr und mehr zu einem Musterexemplar einer sauberen „Arbeitnehmerorganisation“ zu entwickeln: gestützt von allen Elementen einer konsequenten Interessenvertretung der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter und Angestellten.

Wobemerkt dieses Seminar fand nicht in Chicago unter Führung Georg Meany's statt, sondern im April 1974 in Freiburg/BRD unter Führung der IG Bau!

Metal-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg:

ÖTV-Arbeitskreis Gesundheitspolitik aufgelöst

Ende April wurde der Arbeitskreis Gesundheitspolitik (AKGP) vom Hamburger Bezirksvorstand der ÖTV für aufgelöst erklärt. Als Begründung wurde den empörten Kollegen mitgeteilt: Der Arbeitskreis habe „nur nutzlose politische Diskussionen“ geführt.

Keine Arbeitsergebnisse vorgelegt, gegen die Satzung verstoßen, und gewerkschaftsfeindliche Positionen vertreten.

Diese Vorwürfe wurden allerdings nur zur Rechtfertigung des bereits gefällten Beschlusses nachgeleiert. In den 4 Monaten des Bestehens des AKGP wurde eine entsprechende Kritik nie offen geäußert, eine inhaltliche Auseinandersetzung fand nicht statt. Der Auflösungsbescheid ist ein völliger Willkürakt. Die Beschuldigten hatten nicht mal die Gelegenheit, sich zu verteidigen: Als die Kollegen von dem bevorstehenden Beschluß Wind bekommen hatten, versuchten sie mehrfach erfolglos, ihren Standpunkt dem Vorstand noch mal vorzutragen!

So undemokratisch der Beschluß gefaßt wurde, so verlor ich seine Begründung. Der Arbeitskreis hat in der kurzen Zeit eine Menge für die Entwicklung der Gewerkschaftsarbeit getan, aber nichts, was einer guten Interessenvertretung schaden könnte!

Seit Ende letzten Jahres haben bis zu 130 ÖTV-Mitglieder aus nahezu allen Krankenhäusern Hamburgs, darunter Krankenschwestern, Pfleger, Ärzte und technisches Personal im Arbeitskreis Gesundheitspolitik mitgearbeitet. Die Gründung hatte unter anderem den Zweck, die Zersplitterung der im Gesundheitswesen Beschäftigten aufzuheben. Bisher gab es ständige Vertretungen für die einzelnen Berufsgruppen: die ÖTV-Arzte waren im „Bund gewerkschaftlicher Ärzte“, das Pflegepersonal im „Bund freier Schwestern und Pfleger“ organisiert usw. Ziel des AKGP war und ist es, aktive gewerkschaftliche Arbeit an den Krankenhäusern auf die Beine zu stellen (z.B. Lohnkampf, Arbeits- und Ausbildungsbedingungen), als auch gesundheitspolitische Fragen im Sinne einer Verbesserung der medizinischen Versorgung zu diskutieren.

So wurde versucht, den von der ÖTV vor einem halben Jahr beschlossenen Aufbau von Betriebsgruppen voranzubringen, nachdem dies von den Vertrauensleuten der meisten Krankenhäuser bisher hintertrieben wurde.

Zur Tarifrunde wurden den späteren Tarifforderungen der Gewerkschaftsführung unsere Forderungen entgegengesetzt und eine Demonstration der im Gesundheitswesen Beschäftigten beschlossen, die der Arbeitskreis jedoch nicht platzen ließ.

In einer Resolution wurde die ersatzlose Abschaffung des § 218 gefordert (Daraus leiteten die ÖTV-Führer einen Satzungsverstoß ab, da

sich die DGB-Führung „demokratisch“ auf die Fristenlösung festgelegt habe).

Der Vorwurf der „nutzlosen politischen Diskutiererei“ bezieht sich vor allem auf die ausführliche Dis-



kussion über die Pläne der Gesundheitsbehörde, die Krankenhäuser auf Kosten der Patienten und des Pflegepersonals zu „rationalisieren“.

So sollen in Hamburg mindestens 2.000 Betten eingespart werden, vor allem indem der „Durchlauf“ der Patienten beschleunigt wird. Das heißt, die Liegezeiten werden verkürzt, die Patienten einfach früher rausgeschmissen, ohne, daß Nachorgeklinten eingerichtet werden und ohne, daß die ambulante Versorgung verbessert wird. Gegen diese kriminellen Pläne des Hamburger Senats und gegen die in diesem Zusammenhang beschlossene Schließung des „Allgem. Krankenhauses Hamburg“ protestierte der AKGP entschieden. Der Vorwurf von seiten der ÖTV-Führung, die Diskussion über die geplante „Stille-gung“ von 2.000 Krankenhausbetten und der Protest dagegen seien „fruchtlos“, ist unsozialistisch, als die DGB-Führung in konkreter Gesundheitspolitik völlig inaktiv ist.

Die ÖTV-Arbeit kam in den letzten Jahren immer mehr zum Erliegen.

gen, die Mitgliederzahlen sanken, Mitglieder- und Vertrauensleuterversammlungen fanden teilweise schon zwei Jahren nicht mehr statt. In dieser Situation vermachten 130 meist junge Kollegen, wieder mit aktiver



Gewerkschaftsarbeit anzufangen, was natürlich nicht ohne Kritik an der Bremserfunktion der ÖTV-Führung abging. Diese reagierte zunächst garnicht, dann aber ruck-zuck über die Köpfe hinweg mit der Auflösung des AKGP.

Wieder einmal bestätigt sich hier das gewerkschaftsschädigende Verhalten der SPD-Gewerkschaftsführer, denen jedes Mittel – Gewerkschaftsausschluß, Auslösung ganzer Gremien, Spaltung der Gewerkschaft – recht ist, wenn sie ihren Kurs der Sozialpartnerschaft und Klassenharmonie sowie der aktiven Unterstützung sozialdemokratischer Kommunalpolitik durch die Arbeit aktiver Gewerkschafter bedroht sehen.

Der AKGP hat sich nicht aufgelöst. Er setzt seine Arbeit fort und kämpft im Moment durch eine Unterschriftensammlung darum, als offiziell anerkannter gewerkschaftlicher Arbeitskreis weiterarbeiten zu können.

Gemessen der Bezirksorganisation
KB/Gruppe Hamburg



hat das Ziel, die Verbindung mit den kommunistischen und fortschrittlichen nationalen Kräften in der ganzen Welt zu stärken. Deshalb besteht ein großer Teil der Zeitung aus Texten ausländischer Organisationen und Gruppen. Wir haben diese Artikel nicht nach dem Prinzip ausgesucht, daß sie unsere Meinung wiedergäben und unsere Politik bestätigen sollten, sondern wir wollten versuchen, ein objektives Bild der Klassenkämpfe in der Welt zu zeichnen.

„die internationale“ erscheint wöchentlich

HDW – Hamburg

Die große Säuberung

Die Werft-Bosse wollen es jetzt offenbar wissen: Nachdem Ende März 74 bereits zwei Jugendvertreter der HDW fristlos entlassen worden sind, mußten noch weitere sechs Kollegen des 1. Lehrjahres dran glauben, die ihre dreimonatige Probezeit noch nicht hinter sich gebracht hatten.

Der Kapitalist ist bei Kündigungen dieser Art in der angenehmen Lage, keinerlei Begründungen mitteilen zu müssen.

Da der größte Teil der gekündigten Lehrlinge weder durch schwache Leistungen und Versäumnisse anderer Art (Zuspätkommen, unentschuldigtes Fehlen etc.) – noch durch besonders „radikales“ öffentliches Auftreten aufgefallen war, können Geschäfts- und Ausbildungsleiter ihre Kündigungsgründe nur von angeworbenen Denunzianten – oder dem Versäumnis selbst besorgt haben. Daß das keine Spekulation „ins Blaue“ ist, wird u. a. auch daran deutlich, daß z. T. die Ausbildungsleiter der betroffenen Lehrlinge bei diesem Coup nicht ins Vertrauen des Ausbildungsleiters gezogen wurden – obwohl ja gerade sie am ehesten wissen müßten, wie es um die Leistungen „ihrer Zöglinge“ bestellt ist.

Kurzum: Hier geht es um eine zentral eingefädelt und auf langfristige Wirkungen bedachte Säuberungswelle, wobei u. E. vor allem drei Ziele anvisiert werden:

1. Die Liquidierung der klassenkämpferischen Jugendvertretung durch Kündigung – wenn nötig aller im Oktober des vergangenen Jahres gewählten Lehrlingsvertreter.

Zwei von ehemals fünf Jugendvertretern wurden (wie berichtet) im März 74 fristlos gefeuert. Vor wenigen Tagen hat noch ein weiterer Kollege die Jugendvertretung verlassen, nachdem er von der Geschäftsleitung „verwarnt“ und von seinen Eltern zur Aufgabe seines Engagements gezwungen wurde.

2. Mit den erwähnten Kündigungen der Lehrlings-Anfänger wird offenbar bezweckt, jeden auch nur scheinbar „unsicheren Kandidaten“ von vornherein von der Ausbildung und damit vom Betrieb fernzuhalten.

Nach dem Vorbild der „Berufervorbereitung“ Praxis im Öffentlichen Dienst (Lehrer etc.) wird jeder Bewerber auf „Hetz und Nieren“ geprüft, wobei erweisen müssen die fachliche Qualifikation – hier wie dort – vergleichsweise gering bewertet wird.

Allemal wird in Zukunft für den „Lehrherrn“ die „Geinnung“ im Mittelpunkt des Interesses stehen – und darüber entscheiden, ob ein Schüler auf der HDW eine Lehrstelle erhalten oder/und die Probezeit „überwiesen“ wird.

3. Die Masse der Lehrlinge soll durch den Terror gegen Einzelne eingeschüchtert werden.

Neben gezielten Schlägen gegen Einzelne wurde die Masse der Lehrlinge auch direkt angegriffen: Rund 80 Kollegen wurden schriftlich „verwarnt“, nachdem sie im März eine Versammlung – gegen den erklärten Willen von Ausbildungsleitung und Betriebsrat – in eigener Regie durchgeführt hatten (siehe hierzu auch AK 42).

Darüber hinaus wurde fast allen Eltern der nahezu 200 HDW-Lehrlinge ein erpresserischer Brief der Geschäftsleitung zugestellt, in dem unvernünftig die Kündigung des Lehrverhältnisses angedroht wird. Die Eltern der Lehrlinge werden an ihre „erzieherischen Aufgaben“ erinnert und ermahnt, stärker auf das Wohl- (bzw. Fehl-) Verhalten ihrer Kinder zu achten.

Die Absicht der HDW-Kapitalisten, die innerbetrieblichen Repressalien gegen die Lehrlinge noch durch Zunder aus dem Elternhaus zu ergänzen, ist zumindest teilweise aufgegangen: Mehrere Kollegen wurden von ihren Eltern „ins Gebot“ genommen (z. B. wurde einigen verboten, sich auch nur noch einmal mit den Jugendvertretern „einzulassen“).

Die Haltung des von reaktionären Sozialdemokraten beherrschten Betriebsrats war in den jüngsten Auseinandersetzungen wieder einmal äußerst „prinzipiellfeindlich“. Diese Leute haben alle u. Maßnahmen der Geschäftsleitung (Kündigungen, Verwarntungen etc.) durch Unterschrift ihrer Zustimmung gegeben – und darüber hinaus die Unternehmenspolitik in der Belegschaft unterstützt und gegen Kritik verteidigt. (das gilt insbesondere für die Auseinandersetzung im Vertrauenskörper der IG Metall).

Der Regisseur im Hintergrund:
Personalchef Heinz Scholz

Die oben geschilderten Säuberungsmaßnahmen, die gegenwärtig noch fast ausschließlich auf den Ausbildungsbereich beschränkt sind, fallen in den Verantwortungsbereich des neuen HDW-Personalchefs Heinz Scholz, IG Metall-Betriebsleiter a. D.

Dieser Mann, der seit Juli letzten Jahres Vorstandsmitglied der Werft ist, wurde bestimmt nicht von ungefähr mit dem bedeutenden Ressort „Personalfragen“ betraut:

Scholz hat jahrelang die „Arbeitnehmerinteressen“ als Gewerkschaftsführer verwaltet – in einer Art, die ihm zwar die Verachtung der klassenbewußten Metalller Norddeutschlands einbrachte (bei Klöckner in Bremen z. B. konnte sich dieser Kerl nicht mehr auf Betriebsversammlungen blicken lassen), die ihn aber bei den Kapitalisten als „Spezialisten“ in Empfehlung brachten.

Dieser sozialdemokratische Gewerkschaftsführer wechselte just in dem Moment seine Firma, als die HDW-Konzernleitung die ehemals größte Werft der Welt, das Werk Hamburg Finkenwerder, dichtgemacht- und Erweiterungsinvestitionen großen Stils für die verbliebenen Werftanlagen in Kiel und Hamburg in Aussicht genommen hat.

Die Kapitalisten brauchen gerade für die Hamburger Werke Ross und Reiterhiesig einen „Kenner“ von der Art des Heinz Scholz, weil hier Rationalisierungen anstehen, die für die Werftarbeiter bedeutende „Umstellungen“ mit sich bringen werden. Vermutlich nach dem Vorbild der Kieler HDW-Werke, wo die Arbeiter schon heute nach mörderischen Programmen- und Prämienlohnsystemen ausgequetscht werden, sollen auch in Hamburg die Arbeitsprozesse „rationalisiert“ (sprich: profitabler) organisiert werden. Die Pläne hierfür liegen gewöhnlich noch in der Schublade – aber die Bildung eines „Arbeitskreises Lohnfindung“ beim Betriebsrat (der dem Vernehmen nach das bestehende „Lohnsystem“ überarbeiten soll) soll den aufhorchen lassen.

Als qualifizierter Vertreter seiner Klasse machte sich der Personalchef H. Scholz zusätzlich jedoch daran, die politischen Angriffe gegen die Positionen der Arbeiterschaft einzuleiten und so weit als möglich durchzusetzen:

1. „Säuberung“ der Werft von den Linken – vornehmlich durch Kündigungen (siehe AK 42).

2. Schaffung einer neuen Arbeitsordnung, die in ihren reaktionären Bestimmungen weit über den allgemeinen Rahmen des BetrVG hinausgeht – und an die Stelle der bisherigen, vergleichsweise harmlosen Verhaltensregeln von 1951 tritt; speziell hierzu wird im folgenden noch einiges zu sagen sein.

3. Reorganisation der „Sicherheits“-Einheiten Feuerwehr und „Werksschutz“. Parallel zur Neufassung der Arbeitsordnung wurden unlängst beide Einheiten personell aufgelöst und organisatorisch verschiedenen Leitungen unterstellt. Der Werksschutz kann auf diese Weise effektiver ausgebaut, trainiert und zur Durchsetzung der hausgemachten „Betriebsjustiz“ (Arbeitsordnung) eingesetzt werden.

Entwurf einer „Arbeitsordnung“ für die HDW – Hamburg/Kiel – bei den Faschisten abgeschrieben

Unmittelbar nach der Machtübernahme der Nazis verordnete der faschistische Staat der Bourgeoisie, daß „im Betrieb ... der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Arbeiter und Angestellten als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat (arbeiten)“ (Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit, 1934).

Beachtlich sind die Paragraphen 2 und 3 des geltenden Betriebsverfassungsgesetzes in Anlehnung an dieses faschistische Grundprinzip formuliert worden – und schränken die Vertretung der Arbeiter und Angestellten entsprechend ein.

Was außerhalb des allgemeinen Gesetzes in „freier Vereinbarung“ zwischen Betriebsräten und Kapitalisten an „Arbeitsordnungen“ für Einzelbetriebe abgeschlossen wird, geht erfahrungsgemäß noch deutlicher in Richtung der Einschränkung demokratischer Rechte!

So auch jetzt bei der HDW! Hier soll in Zukunft jeder Kollege verpflichtet sein, „zum Schutze des betrieblichen (1) und persönlichen Eigentums“ und „zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Betrieb (1) ... nach besten Kräften beizutragen.“ („Entwurf“)

„Der Arbeitnehmer hat alles zu unterstützen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder gefährden kann (1) ...“ („Entwurf“)

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial ...“ (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur“ dem Betriebsrat die „parteiliche Betätigung“ verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Be-

terlassen, was den Betriebsfrieden (1) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (1) ... stören oder

Auer-Druck, Hamburg: BR-Mitglied soll fristlos gekündigt und aus der DRUPA ausgeschlossen werden!

Wie wir zuletzt im AK 41 berichteten, will die Führung der SPD-eigenen AUER-DRUCK GmbH im Rahmen einer groß angelegten „Rationalisierung“ vorerst 100 Arbeiter und Angestellte ausschließen. 170 Entlassungen hatte das Arbeitsamt der AUER-DRUCK schon vor ca. 10 Wochen „geheimt“.

Wie der „Berliner Extradienst“ in seiner jüngsten Ausgabe berichtet, soll die „Hamburger Morgenpost“ (SPD) scheinbar ganz und gar dicht gemacht werden. (Die „Morgenpost“ wird bei AUER-DRUCK hergestellt.) Daß in diesem Rahmen mit mehr als „nur“ 170 Entlassungen zu rechnen ist, kann nicht ausschließen werden. Von den bisher 170 vorgemerkten Entlassungen sind bisher ca. 120 erfolgt.

Gleichzeitig mit der Welle von Massenentlassungen in der Hamburger Druckindustrie nehmen auch die politischen Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse zu.

Nach der Zerschlagung des Betriebsrates und der politischen Kündigung eines Vertrauensmannes bei Springer, nach der ebenfalls politischen Kündigung des VK-Sprechers bei Broschek, versuchte nun auch die SPD-Geschäftsleitung von AUER-DRUCK, dem linken BR-Mitglied Karl-Heinz W. zu kündigen.

Der gekündigte Betriebsrat ließ sich jedoch nicht einschüchtern, sondern ging seinerseits mit einer Erklärung in die Gegenoffensive, die er veröffentlichte und in der er den politischen Charakter der Kündigung enthüllte. Gleichfalls legte er dar, daß er sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen werde.

Gegen dieses Rundschreiben vom 16.4. setzte die AUER-Leitung beim Arbeitsgericht eine „einstweilige Verfügung“ durch.

Begründung des AUER-Anwaltes: „... (W.) kündigt im letzten Absatz ... an, er werde die im Rundschreiben angestrebten Maßnahmen in einer VK-Sitzung diskutieren ...“ und W. lasse ... weiterhin eindeutig erkennen, daß er auf der Sitzung einen Ausschluß der Hauptbetriebsleiter Doming aus der Gewerkschaft betreiben werde.“ (Doming hatte Lügen und Unterstellungen im Betrieb verbreitet, die von der Geschäftsleitung als Vorwand zur Kündigung benutzt wurden.)

als Vorwand zur Kündigung benutzt wurden.)

Wie zuletzt die HSW-Kapitalisten bliesen auch die SPD-Chefs zum Angriff auf die Gewerkschaften, indem sie sich erdreisten, darüber zu befinden, was in gewerkschaftlichen Gremien behandelt werden darf.

Gegen diese einstweilige Verfügung legte W. durch seinen Anwalt Widerspruch ein.

Inzwischen hatte auch die Hamburger DRUPA-Führung die öffentliche Erklärung W.'s zum Anlaß genommen, beim Hauptvorstand der DRUPA Antrag auf Ausschuß W.'s aus der DRUPA zu stellen. Im Schreiben der Hamburger DRUPA-Chefs an W. heißt es, in W.'s öffentlicher Erklärung „werden nicht nur Mitglieder der IG Druck und Papier (Doming, d. Red.) der falschen Aussage und der Lüge beschuldigt, sondern darüber hinaus ... der Ortsvereinsvorstand verunglimpft, ... u. a. behauptet, daß der DVP ... den Mitgliedern bei Auerdruck die gewerkschaftliche Solidarität verweigert habe ...“

Im Stile der schon bekannten „Begründungen“ wird auch hier nicht der Schimmer eines Beweises gegen die Behauptungen W.'s angeführt, was auch schwerfallen dürfte. Vielmehr „erfüllt“ die Existenz der Behauptungen „den Tatbestand ... - gewerkschaftsschädigendes Verhalten“.

Arbeitsgericht: 1. Akt

Am 10.5. fand die erste Verhandlung vor dem Arbeitsgericht statt, bei der erneut veranschaulicht wurde, was Klassenjustiz ist.

Zu Anfang versuchte der „Gesetzmann“, W. davon abzubringen, gegen die einstweilige Verfügung der AUER-Chefs anzugehen. „Wir können die einstweilige Verfügung ja bis zur Hauptverhandlung belassen ...“, in der die AUER-Leitung die fristlose Kündigung durchsetzen will.

Als W. auf diesen „Vorschlag“ nicht einging, meinte der Richter: „Ich bin am Überlegen, wie ich für den Betriebsfrieden etwas tun kann. Das muß das Arbeitsgericht ja!“

Damit war die Sache gelaufen, zumal W.'s Anwalt auch noch verantwortungslos schlecht vorbereitet war.

Im Urteil schloß sich der Richter der Auffassung der AUER-Geschäftsleitung an, d. h. die einstweilige Verfügung bleibt wirksam.

leitung an, d. h. die einstweilige Verfügung bleibt wirksam.

W. darf nur noch behaupten, daß die Arbeit des VK durch die Entlassung von Vertrauensleuten angegriffen wurde.

Arbeitsgericht: 2. Akt

Am 15.5. fand der Termin in Sachen fristloser Kündigung gegen W. statt.

Nachdem die anfänglichen Kündigungsgründe der rechten BR-Mehrheit „zu dünn“ waren, um eine Zustimmung vor der Belegschaft „glaubhaft“ machen zu können, kam das Arbeitsgericht erneut zum Zuge.

Die AUER-Chefs gaben sicherheitsheißer gleich mehrere Kündigungsgründe an:

- 1) „beherrliche Arbeitsverweigerung und Betrug“
 - 2) „Störung des Betriebsfriedens und beleidigende Angriffe auf die Geschäftsleitung durch die persönliche Erklärung (W.'s) vom 16.4.“
- Von der Stichtaglichkeit dieser „Gründe“ scheint selbst nicht überzeugt, knallte der AUER-Anwalt dem Richter zu Beginn der Verhandlung die neuesten „Erkenntnisse“ auf den Tisch:

W. sei mit den Kommunisten im Bund und spiele dem DRUCKARBEITER (Zeitung des KB für die Hamburger Druckarbeiter) betriebsinterne Informationen zu.

Hier sah sich der Richter veranlaßt, ein „Zwischenspiel“ zu geben. Mit „Befremden“ stellte er fest, die neuesten Kündigungsgründe seien ihm nur aus dem DRUCKARBEITER bekannt. Die AUER-Geschäftsleitung solle doch mehr die Form wahren, den BR von neuen Vorwürfen offiziell unterrichten und dem Gericht rechtzeitig entsprechende Anträge einreichen, auch wenn das mit Arbeit verbunden sei.

Danach verlas der Arbeitsrichter den neuesten Schriftsatz der AUER-Anwälte, in dem es heißt:

„W. ... hat ... vertrauliche Schreiben ... sodann an die Kommunistische Zeitung, DER DRUCKARBEITER, weitergeleitet und veröffentlicht lassen.“

Und weiter: „Er ergab sich hieraus (!), daß W. auch nicht die geringste Loyalität gegenüber der Arbeitgeberin (gemeint sind die AUER-Chefs) empfindet (!), so daß ein weiteres Verbleiben der Beteiligten (W.) im Betrieb ... unmöglich ist.“

Genau das waren die Punkte, bei denen sich Klassenjustiz, Geschäftsleitung, und ihre Helfer in der DRUPA und dem AUER-BR die Bälle zuspielten.

und dem AUER-BR die Bälle zuspielten.

So hatte der BR in einer seiner letzten Sitzung versucht, W. darauf zu verpflichten, die Kollegen des Betriebs nicht mehr über die „Arbeit“ des BR zu informieren. Es offenbart sich hier ein schon pervernes Verhältnis der BR-Mehrheit zu denen, die den BR gewählt haben und denen er Rechenschaft über seine Arbeit geben muß.

Der BR W. tat in dieser Situation das einzig Richtige: Er wandte sich mit einer weiteren öffentlichen Stellungnahme an die Kollegen, enthüllte das ungeheuerliche Ansinnen und legte gleichzeitig seine Vorstellungen dar, wie sich ein Betriebsrat gegenüber den Arbeitern und Angestellten zu verhalten hat. Unter anderem schreibt W.: Ich bin nicht der Auffassung, daß ein Betriebsrat seine ohnehin schon beschränkten Möglichkeiten der Informationspolitik noch zusätzlich durch selbst auferlegte „Maukörbe“ einschränken darf. In diesem Sinne halte ich es für richtig, den Kollegen Material ... aus der BR-Arbeit zugänglich zu machen, damit die BR-Arbeit für die Kollegen durchsichtig und kontrollierbar wird. ... Sollten die Geschäftsführung oder einige BR-Mitglieder der Meinung sein, daß ich gegen die Interessen der Kollegen oder schwerwiegend gegen das BYG verstoße, so steht ihnen jederzeit der Weg zum Arbeitsgericht offen.

Andernfalls sollen sie, um meine BR-Arbeit nicht weiter zu stören, ungerechtfertigte Anschuldigungen und Drohungen unterlassen.“

In der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht griffen die AUER-Anwälte auch diese Stellungnahme des Karl-Heinz W. auf:

„Aus der Stellungnahme ergibt sich eindeutig, daß (W.) nicht gewillt ist, vertrauliche Mitteilungen des BR bei sich zu behalten, sondern daß er diese politisch auszuwerten gedenkt, wie er es bisher getan hat und sie sogar in die Öffentlichkeit gelangen läßt!“

Dem ganzen Schmutz setzen die Vögel - gewissermaßen zur Abrundung - den Schlusssatz nach: „Er fragt sich, was noch passieren muß, bevor (as) möglich wird, (W.) zu kündigen!“

Der Richter - immer in Wahrung seiner „Neutralität“ - möchte dieser so plump, offenerherzigen „Argumentation“ nicht unmittelbar folgen. Ihm fiel was anderes ein:

„Wir kommen heute nicht zu Ende, schlage vor, in 14 Tagen weiterzukommen.“

Der AUER-Anwalt begriff sofort und zog noch eine Schaul, abblättert heftig im DRUCKARBEITER und protestierte mit dem Hinweis, da könnten doch jeden Tag neue Sa- protestierte mit dem Hinweis, da könnten doch jeden Tag neue Sa-

chen (DRUCKARBEITER) kommen, gegen eine Verfügung.

Nach am selben Tag stimmte der AUER-BR der fristlosen Kündigung zu und gab W. damit zum Abschluß auch nach außen hin frei. Wenige Stunden später sprachen die AUER-Chefs ein generelles Hausverbot gegen W. aus.

bleibt anzumerken, daß der AUER-Anwalt, Stier, der Rechtsvertreter der Gewerkschaft NGG in der Hauptverwaltung ist.

Widerstand regt sich

Trotz der verschärften Situation in der Hamburger Druckindustrie, die durch u.a. Massenentlassungen gekennzeichnet ist, hat es sowohl in den Betrieben, als auch in der DRUPA eine Reihe von positiven Entwicklungen gegeben, die den sich herausbildenden Widerstand gegen den zunehmenden Druck seitens der Kapitalisten und der Gewerkschaftsführer wiederspiegeln.

So haben die AUER-Kollegen für ihren angegriffenen Betriebsrat spontan einen größeren Geldbetrag gesammelt, der dazu dienen soll, daß W. seinen Anwalt bezahlen kann, da ihm durch den beantragten Gewerkschaftsausschluß auch der gewerkschaftliche Rechtsschutz in seinem Arbeitsgerichtsprozess vorzuenthalten wird.

So hat die letzte Delegiertenversammlung der Hamburger DRUPA mit deutlicher Mehrheit einen Beschluß angenommen, der sich gegen den Ausschlußantrag des Ortsvereinsvorstandes gegen W. wendet und gewerkschaftliche Solidarität für die von politischen Entlassungen und Massenentlassungen bedrohten Kollegen fordert.

Inzwischen hat sich auch eine Aktionsseinheit der DRUPA-Linken in Hamburg gebildet, von der eine Kommission mit der Ausarbeitung einer Dokumentation beauftragt wurde, die sich mit den politischen Entlassungen, den Gewerkschaftsausschlüssen und Fragen der durch die kapitalistische Rationalisierung drohenden Massenentlassungen befassen soll, um auch die Solidarität in der Hamburger DRUPA voranzutreiben.

Der Erlös aus dem Vertrieb der Broschüre soll zu einem Teil den Betroffenen zugute kommen.

Im nächsten ARBEITERKAMPF werden wir uns mit der Arbeit dieses Kreises in der Hamburger DRUPA näher befassen, der jetzt auch begonnen hat, eine Unterschriftenaktion gegen den Ausschluß des AUER-BR W. zu organisieren.

Druck-Komitee KB/ Gruppe Hamburg

Druck-Komitee KB/ Gruppe Hamburg

Broschek, Hamburg: VK-Sprecher gewinnt in erster Instanz

Am 8. Mai fand vor dem Arbeitsgericht die Hauptverhandlung des von Broschek geführten VK-Sprechers gegen die Kapitalisten statt. Seit des Rauswurfs am 15. November 1973 ist über ein halbes Jahr (!) vergangen (siehe AK 37).

In der Begründung für den Rauswurf fällt ein charakteristisches Merkmal auf, daß sich durch alle Schriftsätze zieht:

„Die Absicht des Klägers (des VK-Sprechers), den Betriebsfrieden zu stören, zeigen im übrigen zwei Veröffentlichungen.“ (gemeint sind der DRUCKARBEITER und ein Blatt des KBW, d. Red.). „Aus dem Inhalt der Flugblätter wird deutlich, welche Ziele der Kläger (?!?) mit seinem Rundbrief verfolgt hat und daß dieser Rundbrief nur ein Teil eines langfristigen Programms ist.“

Dort, wo die Kapitalisten dem VK-Sprecher in der Sache Recht geben müssen, wird sofort das antikomunistische Strickmuster benutzt, daß selbst wenn die Kommunisten die Wahrheit sagen, sie das nur tun, um ihre langfristigen dunklen Ziele durchzusetzen. Und weil man die eben nicht beweisen kann - da diese ja dunkel sind - braucht man das auch nicht zu beweisen!

In diesem Sinne sollte auch der Abteilungsdirektor des VK-Sprechers

als Zeuge auftreten:

„Der vom Kläger verfaßte Rundbrief... paßt in das Beurteilungsbild des (VK-Sprechers), der in der Zeit... wiederholt von seinem Abteilungsleiter aufgefordert werden mußte, politische und klassenkämpferische Agitationen... zu unterlassen.“

Der Richter schien sich der Auffassung des VK-Sprechers angeschlossen zu haben, der darauf hinwies, daß die Broschek-Vertreter die wahrheitsgemäßen Aussagen des Rundbriefes nicht widerlegen können, und deshalb Unterstellungen und Spekulationen über angebliche Hintergedanken des VK-Sprechers zum besten geben und diese als Kündigungsgrund angeben.

So fragte der Richter den Zeugen der Geschäftsleitung Görlitzer, ob er denn den Inhalt der Reden des VK-Sprechers dem Gericht darstellen könne. Nach einigem Drücken mußte Görlitzer zugeben, daß er zum Inhalt der Reden nichts sagen könne.

Daraufhin stellte der Richter fest, dieser Zeuge der Geschäftsleitung könne zur Behauptung der Broschek-Vertreter gar keine inhaltlichen Aussagen machen und schickte den ziemlich verdutzten Görlitzer weg.

Auch der zweite Zeuge der Geschäftsleitung, das dritte Mitglied der VK-Leitung als BR-Mitglied (!) konnte

nichts zur Sache beitragen! Auch er wurde schnell beseitigt.

Da aber auch keine Möglichkeit bestand, den VK-Sprecher in der Sache an den Wagen zu fahren, war dem Richter wohl nicht recht wohl dabei, offen die politische Gesinnung des VK-Sprechers verurteilen zu müssen. Diesen „Schwarzen Peter“ wird er der nächsten Instanz überlassen.

Er beschloß, die „Politik außen vor“ zu lassen und sich nur an Tatsachen zu halten. Ergebnis: Die fristlose Kündigung sowie eine hilfsweise fristgemäße Kündigung ist nicht gerechtfertigt! Der VK-Sprecher hat zu den alten Bedingungen wieder eingestellt zu werden. Die Kosten des Verfahrens trägt Broschek.

Der Streitwert liegt bei 4.350,- DM. Die Kapitalisten gehen mit Sicherheit in die Berufung, denn: „Aufgrund der gesamten Ereignisse halten wir eine weitere Zusammenarbeit mit dem Kläger (VK-Sprecher) für die Belegschaft (Broschek) für unmöglich.“

So das Schlußwort des Broschek-Anwalts. Die Kapitalisten sind sicher zufrieden mit diesem „unpolitischen“ Richter, aber sie können zuversichtlich sein.

Die Justiz ist ein Instrument der herrschenden Klasse und wird als solches auch letztendlich die Interessen der herrschenden Kapitalistenklasse wieder „vollständig“ wahrnehmen.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN

Bremen:
F. Köppl
285 Bremen 1
Postfach 00 31 60

Eutin:
H. Lenkau
242 Eutin-Großmainedorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postfach A 02 25 83

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 80 07 47

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rathsbahn 35

Kiel:
W. D. Schoel
23 Kiel 1
Postfach 098 831 A

Oldenburg:
Th. Pieppgras
29 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße“
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Kontaktadresse Hannover:
Buchhandlung Ernst-Thälmann
Großstraße 13
Dienstag 18.00 - 18.30 Uhr

Lübeck:
W. Blankenheim
24 Lübeck
Postfach 082 322 A

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen:

Reichhold, Hamburg:

Maulkorb für die Linken — Die Prozeßwelle rollt an

Wie bekannt, besiegelte der Bescheid des Ausschusses der IG Chemie mit seiner Entscheidung vom 21.3.74 den Ausschluß von 11 linken Arbeitern, Angestellten und Lehrlingen aus der Gewerkschaft. (siehe Berichterstattung in AK 42)

Damit begünstigt die Gewerkschaftsführung allerdings nicht. Sie versucht jetzt die Auseinandersetzung mit den Linken bei Reichhold um eine Arbeitspolitik in den Gerichtssaal zu verlagern. Ziel dabei ist, jedem einzelnen betroffenen Kollegen langwierige, teure Prozesse anzuhängen und zu erreichen, daß der eine oder andere vor diesen Konsequenzen zurückbebt und klein beigibt. Letztendlich soll jeder vor die „Alternative“ gestellt werden, entweder seine materielle Existenz zu gefährden oder seiner politischen Überzeugung abzuschwören.

Zwei Prozesse stehen den Reichhold-Linken ins Haus:

Der 1. Prozeß

Die IG Chemie hat jetzt Einspruch gegen die im Dezember erlassene einstweilige Verfügung erhoben, die es ihr verbietet, die linken Gewerkschaften von der Beteiligung an der Vertrauenskörper-Wahl durch Ausschlussverfahren abzuhalten. (Daraufhin verbot die IG Chemie-Führung die Wahl auf unbestimmte Zeit!)

Nachdem jetzt der Hauptinhalt der einstweiligen Verfügung nicht mehr zur Debatte steht (die ausgeschlossenen Kollegen sind ohnehin von jeder zukünftigen VLK-Wahl ausgeschlossen) — will die Verwaltungsstelle nun juristisch feststellen lassen, daß die Verfügung ohnehin zu Unrecht erlassen worden ist.

Zu diesem Zweck versucht sie in einem dicken Schriftsatz dem Gericht nahe zu bringen, daß die Antragsteller der „einstweiligen Verfügung“ (die Linken), „Gewerkschaftsfeinde“ sind, und also von der Teilnahme an der Wahl zu Recht ausgeschlossen worden sind. Sinn und Zweck dieser Aktion liegt darin, den Kollegen die Kosten für die einstweilige Verfügung, die Anwälte, das Gericht usw. aufzubringen — denn wird eine einstweilige Verfügung abgelehnt oder aufgehoben, zahlt der Antragsteller.

Abgesehen von dieser finanziellen Seite ist es sehr interessant, sich die politischen Argumente der Verwaltungsstelle in ihrer Prozeß-Schrift näher anzusehen. (Folgendes ist aus dem

insgesamt 21 Seiten starken Schriftsatz zitiert):

„3. ... Die Gewerkschaften sind berechtigt, zu verhindern, daß Mitglieder sich in einer Weise betätigen, die den gemeinsamen Interessen der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder der Antragseinerin zuwider laufen (vgl. BAG E 10, 223, 230). Gerade aber derartige Aktivitäten waren Gegenstand des Ausschlussverfahrens. Durch ihre Aktivitäten haben die Antragsteller gegen die Bestimmungen der Satzung (§ 7 Ziff. 1 a und c) sowie des Anhangs 3 zur Satzung (Ziff. 1) verstoßen. Die gegenwärtige politische Lage in den Gewerkschaften ist so beschaffen, daß Kommunisten, und zwar gerade solche, die noch links von der DKP stehen, die Gewerkschaften unterwandern und im Sinne ihrer Ziele umfunktionieren wollen. Beweis: Leitsätze des kommunistischen Bundes Westdeutschlands zur Arbeit in den Gewerkschaften.

ANLAGE I

In dieser für die Zukunft der Gewerkschaften entscheidenden Situation muß es den Gewerkschaften gestattet sein, im eigenen (!) Hause für klare Verhältnisse zu sorgen (!). Es heiße die Dinge auf den Kopf stellen, die Anwendung der sattsam bekannten Regeln als unethisches Verhalten zu diffamieren.

Die Suspendierung der Mitgliedschaft trifft die Antragsteller weder in beruflicher noch in wirtschaftlicher Hinsicht; (Das behauptet die

Führung einer Organisation, die eigens zum Schutz der Arbeiterklasse gegen die wirtschaftlichen und politischen Angriffe seitens der Kapitalisten geschaffen wurde!!) in dem Vorgehen der Antragseinerin kann daher weder eine offensichtliche Unbilligkeit oder ein grober Mißbrauch der Vereinsgewalt noch ein Verstoß gegen § 826 BGB erblickt werden. Eine weitergehende gerichtliche Nachprüfung wäre unschlüssig (!). (vgl. Denecke, BGB-RGRK, 11. Aufl., § 39 Anm. 9)

IV.

Es ist nicht Aufgabe dieses Verfahrens, zu klären, ob die Einleitung des Ausschlussverfahrens berechtigt war. Da der Ausschluß sowie die Suspendierung von den Mitgliedschaftsrechten in den gültigen Bestimmungen der Satzung der Antragseinerin ihre Stütze finden, ist eine weitere gerichtliche Nachprüfung der Vereinsentscheidung durch das Gericht nicht gestattet (vgl. BGHZ 29, 352, 361 f; 36, 105). Allenfalls kann geprüft werden ob die Tatsachenfeststellung oder die Subsumtion offensichtlich wörtlich waren oder ob das Vorgehen der Antragseinerin offenbar unbillig war (vgl. Sauter-Schweyer, Der eingetragene Verein, 8. Aufl. 1972, S. 57 ff.; Schlosser, Vereins- und Verbandsgerichtsbarkeit, 1972, S. 94 ff.). Wenn — wie hier — das Ausschlussverfahren damit begründet wurde, die Antragsteller hätten durch ein näher dargelegtes Verhalten grüßlich gegen die Gewerkschaftsinteressen verstoßen, so hat das Prozeßgericht nur zu prüfen, ob ein grüßlicher Verstoß gegen die Gewerkschaftsinteressen in der Satzung als Ausschlussgrund vorgesehen ist. Dagegen hat es nicht zu prüfen, ob das Mitglied die ihm zur Last gelegten Handlungen tatsächlich begangen hat (!) und ob diese als grüßlicher Verstoß gegen die Gewerkschaftsinteressen zu bewerten sind (vgl. Sauter-Schweyer, a.o.).

Selbstherrlicher geht's wohl nicht! Ganz offensichtlich würde es der Gewerkschaftsführung wenig in den

Kram passen, wenn selbst ein bürgerliches (!) Gericht die „Ausschlussgründe“ sinnslos nachprüfen würde! Dies allerdings sollte man ihr nicht ersparen!

Der 2. Prozeß

Die juristische Attacke der Verwaltungsstelle gegen die Linken ist noch unversämter und politisch weitreichender. Per einstweilige Verfügung wurde Mitte Mai den Linken unter Androhung hoher Geldstrafen verboten, bestimmte Aussagen über die Gewerkschaftsführung zu machen. Wir zitieren wichtige Auszüge aus dieser einstweiligen Verfügung:

„Im Wege einer einstweiligen Verfügung — der Dringlichkeit wegen ohne mündliche Verhandlung — wird den Antragseinerin bei Vermeidung einer vom Gericht für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten verboten

1. Seit über einem Jahr hätten die Hamburger Gewerkschaftsführer, allen voran Kodolitsch und Holst, bei der Reichhold-Albert-Chemie AG die „Gewerkschaft“ im Betrieb verschleimt.

2. Der Verwaltungsstellenvorstand habe den Vertrauensaußenkörper wegen angeblicher kommunistischer Unterwanderung aufgelöst.

3. Die Gewerkschaftsführer hätten bei heute die Neuwahl des Vertrauensaußenkörpers sabotiert.

4. Als die Herausgeber des Flugblatts auf der zentralen Vertrauensaußenkonferenz 1973 drei bestimmte Anträge gestellt hätten, hätten die Gewerkschaftsführer gleich von kommunistischen Forderungen gesprochen.

5. Die Gewerkschaftsführer hätten die Tariffrage 1973 zu einem „Kommunisten- und Chaotenritual“ umfunktioniert.

6. Die Holst, Kodolitsch & Co. hätten auf über 170.000 bedruckten Seiten übelste Kommunistenhetze im Stil von Strauß und Springer betrieben.

7. In den Gewerkschaften würden zunehmend demokratische Rechte abgebaut.

8. Dieser Abbau ende mit der Diktatur der Vorstände über die Mitglieder.

9. Der Gewerkschaftsvorstand habe angedroht, den Vertrauensaußenkörper bei der Texaco aufzulösen.

10. Der Gewerkschaftssekretär Kodolitsch habe eine persönliche Hetze gegen einzelne Kollegen betrieben.

11. Die Vorstände der Gewerkschaft setzen einmütig und ohne Kontrolle gemeinsam mit den Unternehmern Löhne und Gehälter fest.

12. Die Kosten des Verfahrens fallen den Antragseinerin als Gesamtschuldnerin nach einem Streitwert von DM 50.000, — zur Last.

Vertreter der Gegenseite ist direkt der Hauptvorstand der IG Chemie, vertreten durch Haunschild (1. Vorsitzender) und Vitt (stellvertretender Vorsitzender) — der berühmte „Linke“ im Vorstand.

Diese „einstweilige Verfügung“ bedeutet eine neue Qualität des Vorgehens der Gewerkschaftsführer. Es ist durch zahlreiche Zeugen bezeugt, daß es sich bei den meisten der aufgeführten „unterlassenen Behauptungen“ um die Feststellung von Tatsachen handelt. Andere Äußerungen sind durch das Recht auf Meinungsäußerung gedeckt.

Die IG Chemie Führung spekuliert demgegenüber offenbar darauf, daß es sich mit dem Riesengewicht des — von den Mitgliedern zusammengebrachten — Gewerkschaftsvormögens schaffen kann, einen oftmals sehr langen Prozeß zu führen, bei dem sie sogar die offenkundige Wahrheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung unterdrücken kann. Ziel ist wiederum die Einschüchterung linker Gewerkschafter, die vor dem Gespenst eines langen, kostspieligen Prozesses zurückschrecken und kapitulieren sollen.

Dem kann in zweierlei Hinsicht entgegengewirkt werden: breitet mögliche Veröffentlichung dieser unerhörten Sauerlösung. Dabei muß in Diskussionen besonders darauf hingewiesen werden, daß der Gewerkschaftsapparat mit Millionen Beitragsgeldern im Rücken, teure Prozesse gegen einfache Lohnabhängige (z.T. Lehrlinge!) führt. Zweitens wird die Frage der unmittelbaren Solidarität wieder aktuell. Die Reichhold-Linken brauchen unter anderem Geld, um diesen Kampf — auch vor dem Gericht — durchzusetzen. Wir veröffentlichen deshalb nochmal das Solidaritätskonto:

Hamburger Sparcaso „Unterstützungskonto Reichhold“ — 12 90 / 120 060 c/o M. Jemachke und H.J. Bock
Betriebszelle Reichhold, KB/Gruppe Hamburg

Rentenwillkür in der BRD

Am Beispiel des Kraftfahrers Georg K. enthält die Fernschneidung „Report“ am 22.4.74 die ungeheure Praxis westdeutscher Rentenbehörden. Der Arbeiter hatte Durchblutungsstörungen am Bein, was damit erwerbs- und berufsunfähig und bekam Rente. Die Durchblutungsstörungen wurden allerdings so stark, daß ihm das Bein abgenommen werden mußte. Und jetzt bekam er plötzlich keine Rente mehr, da er ja auch keine Durchblutungsstörungen mehr hatte — ohne Bein!

Unglaublich, aber wahr. Bein weg — Rente weg!

Georg K. (53) kam 1949 aus der DDR und war zunächst Hilfsarbeiter. Seit 1954 war er nachweisbar ununterbrochen bis zu seiner Krankheit für eine Firma als Lastkraftwagenfahrer tätig. Aufgrund der Durchblutungsstörungen wurde Georg K. erwerbsunfähig, konnte seinen Beruf nicht mehr ausüben und bekam Rente.

Die Krankheit verschlechterte sich soweit, daß ihm das Bein am Oberschenkel amputiert werden mußte.

Nun pamierte das Unglaubliche. Die Rentenversicherung entzog Georg K. seine Rente. Im Rentenbescheid hieß es: „Die zuerkannte Rente wird Ihnen mit Ablauf des Monats August 1967 entzogen.“

In der Begründung hieß es: „Nach § 124 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung ist berufsunfähig ein Versicherter, dessen Erwerbsfähigkeit infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen oder Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte auf weniger als die Hälfte derjenigen eines körperlich und geistig gesunden Versicherten mit ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesetzt ist. Da nach diesem Verschiede die Tätigkeit eines Kraftfahrers aber weder als Lehr- noch als Alenberuf anerkannt ist, kann er für sich nicht den Berufsschutz des § 124 der Reichsversicherungsordnung in Anspruch nehmen.“

Georg K. sagt dazu: „Ich kann das nicht verstehen. Man hat mich nun 100 % erwerbsfähig gemacht, obwohl ich durch die Amputation 70 % schwerbeschädigt bin.“ „Ich werde

um meine Rente betrogen, weil Kraftfahrer damals nicht als Beruf galt. Obwohl ich jahrelang Invalidenmarken geklebt habe.“ (Report) Heute arbeitet Georg K. als Kartoffelführer. Für die Rentenbehörde heißt das, ein 100 % erwerbsfähiger Kartoffelführer.

a. Daß Georg K. Invalide ist, — daß er keine beruflichen Aufstiegschancen hat, — daß er DM 500, — weniger als zuvor mit nach Hause bringt, interessiert die Rentenversicherung nicht.

Georg K. verklagte daraufhin die Rentenbehörde. Seine Klage wurde ohne wirkliche Begründung lapidar abgemottet: „Die Einlassung des Klägers, daß er als Kraftfahrer wesentlich mehr verdienen würde und daher die jetzt von ihm ausgeübte Tätigkeit als Kartoffelführer einen sozialen Abstieg zur Folge habe, kann der Klage keine Stütze geben.“

Georg K. fürchtet inzwischen auch um sein zweites Bein. Wegen Knochendurchbruch im zweiten Weltkrieg ist sein Bein schon einmal „berentet“ worden. Doch auch diese Rente strich die Behörde Georg K., weil das Bein angeblich „von medizinischer Seite gut verheilt sei“. Durch die Amputation rult aber das gesamte Körpergewicht auf dem einen Bein.

„Es sind erhebliche Schmerzen wieder aufgetreten. Ich habe versucht, was in die Wege zu lenken, aber mir ist alles abgelehnt worden.“ — Zu den 70 % schwerbeschädigt kommt noch einiges durch das ande-

re Bein hinzu.“ (Georg K. in „Report“)

Für die Behörde zählt dies alles nicht. In der Ablehnungsbegründung drückt sich die ganze Unmenschlichkeit der kapitalistischen Gesundheits- und Rentenpolitik aus. Jede Härte der Gesetzgebung wird gegen die Arbeiterklasse angewandt, um nur möglichst wenig von den Millionen der Arbeitersteuern (!) rauszurücken.

Für die Rentenbehörde besteht Georg K. aus Einzelteilen. Daß zwei Beine zu einem Menschen gehören, zählt nach den Richtlinien nicht.

„Die Mehrbelastung des rechten Beins ist nur auf die Amputation zurückzuführen, die keine Schädigungsfolge ist. Im übrigen waren die Verwundungsfolgen am rechten Bein vor der Amputation so gering, daß keine wesentliche Gehbehinderung bestand.“ (Vorgangsnr. in „Report“)

Georg K. ist kein Einzelfall. Tausende Arbeiter müssen jahrelang Prozente zahlen, großenteils ohne Erfolg, um wenigstens teilweise die über zig Jahre eingezahlten Rentenversicherungsbeiträge auch zu bekommen. Fast jede zweite Rente in der BRD ist vorzeitig fällig. Die Arbeitsetze führt zu immer früherem „Rentenalter“.

Für die Behörden heißt dies, noch mehr auf Beschäftigung zu arbeiten, damit sie nicht von staatlicher oder gar Unternehmensebene „Rentenausweise“ oder ähnliches bezahlt werden müssen. Jeder, der noch aufrecht gehen kann, soll arbeiten und damit nicht der Rentenbehörde auf der Tasche liegen. Georg K. wurde nicht „ungesetzlich“ behandelt. Nach Gesetz und Richtlinien ist ihm sogar „Recht“ geschehen. Wessen Recht und Richtlinien das allerdings sind, zeigt wieder einmal die Praxis.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Kapitalistische Rationalisierung im Brauerei-Gewerbe

Am 22.2. dieses Jahres erfuhren die Kollegen der Karlsruher-Brauerei in Bremerhaven auf einer Betriebsversammlung, was schon am Vortage als Gericht durch den Betrieb ging: der Brau- und Abfüllbetrieb wird eingestellt, der Betrieb in eine Niederlassung umgewandelt. Damit verloren 34 Kollegen ihren Arbeitsplatz. Der Betriebsrat war im Stille einer Überumpelungsaktion ganze zwei (!) Tage vorher von den geplanten Maßnahmen unterrichtet worden.

Die Karlsruher-Brauerei mit ihren rund 100 Beschäftigten gehört zur Bremer Haake-Beck-Brauerei AG, die wiederum zu 51 % von der Beck's-Brauerei gehalten wird. Mit einem jährlichen Umsatz von 56.000 hl ist sie ein relativ kleiner Betrieb (jährlicher Gesamtertrag der Beck's-Gruppe: 850.000 hl).

Als Gründe für die Stilllegung führte Haake-Beck-Vorstandsmittel Gribkowsky an, daß bei der Betriebsgröße der Karlsruher-Produktionskosten zu hoch seien: in Bremerhaven erzeuge ein Brauereiarbeiter durchschnittlich 1.500 hl, in Bremen dagegen über 3.000 hl. Deshalb werde das Karlsruher-Bier zukünftig in den Bremer Betriebsstätten gebraut werden.

Hier wird deutlich, was sich auch in allen anderen Wirtschaftsbereichen zeigt: daß der Kampf um eine Steigerung des Marktanteils zu immer größeren Betriebsseinheiten führt, die in der Lage sind, billiger zu produzieren; um die Profite zu erhöhen, nicht etwa, damit die Bierpreise sinken.

Für die Karlsruher-Kollegen bedeutet das, daß sie in Zukunft zur Arbeit nach Bremen fahren „dürfen“, oder, wenn das eine erhebliche Verlängerung ihres Arbeitstages nicht auf sich nehmen wollen, mit einer finanziellen Abfindung aus dem erstellten Sozialplan sich nach einer neuen Arbeit in Bremerhaven umsehen müssen.

Bei der Erstellung des Sozialplans hatten die Haake-Beck-Kapitalisten Gelegenheit, ihre „soziale Gewinnung“ zu beweisen. Der vom Betriebsrat in Abstimmung mit der Belegschaft erstellte Entwurf wurde vom Tisch gefegt und die Kapitalisten setzten schließlich ihren Entwurf durch, der — versteht sich — erheblich unter dem BR-Entwurf liegt.

Die Stilllegung bei der Karlsruher ist nicht die erste einschneidende Rationalisierungsmaßnahme der Haake-Beck-Kapitalisten: bereits 1972 wurde in gleicher Weise bei der Winterhuder Brauerei in Hamburg vorgegangen, auch dort wurde der Brau- und Abfüllbetrieb eingestellt. Die weitere Marschroute ist offensichtlich auch schon festgelegt: wenn die „schlechte Geschäftslage“ anhält, wäre als nächstes die ebenfalls zum Konzern gehörende Hemelinger Brauerei (Bremen) dran, so Gribkowsky.

Was auf die Kollegen im Brauereigewerbe noch zukommen wird, kann man auch daraus ersehen, daß es bereits Brauereien mit einem pro Kopf-Ausstoß von 7.000 hl gibt. Die Rationalisierung und Konzentration steht also praktisch erst am Anfang und wird sich in Zukunft noch erheblich verschärfen und damit der Druck auf die Kollegen in Form von verschärfter Arbeitsintensität und Unsicherheit über den Fortbestand des Arbeitsplatzes.

Wie sich die ständige Bedrohung des Arbeitsplatzes durch kapitalistische Rationalisierung zusätzlich gegen die Kollegen wenden läßt, zeigt ein Ausspruch von Haake-Beck-Manager Gribkowsky. Mit Blick auf die anstehende Tarifrunde drohte er gegenüber Betriebsräten: „Wenn ihr euch nicht zurückhaltet mit Lohnforderungen, dann fliegen noch mehr Kollegen raus.“

Auffang-Zelle
KB/Gruppe Bremerhaven

Forts. Mitbestimmung

das Messer schon an der Kehle sitzen. Tatsächlich wird diese – ohnehin von den arbeitenden „Öffentlichkeit“ ausgelagerte – „Mitbestimmung“-Diskussion nicht um weltbewegende Fragen geführt, sondern um Details: Fragen einer „Reform“, die an den wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnissen nichts ändern wird.

Die Entwürfe

Der vorläufige Regierungs-Entwurf steht vor, daß die „Mitbestimmung“ ab Anfang 1975 in etwa 650 Betrieben mit mehr als 2.000 Beschäftigten eingeführt wird.

In den Aufsichtsräten sollen dann zehn Kapital-Vertreter und zehn „Arbeitnehmer-Vertreter“ sitzen. Diese sollen sich folgendermaßen zusammensetzen: sieben müssen aus dem Betrieb sein, darunter jeweils mindestens ein Arbeiter, ein Angestellter und ein „Leitender Angestellter“. Die anderen drei Vertreter sind außerbetriebliche Gewerkschafts-Funktionäre. Die zehn „Arbeitnehmer-Vertreter“ sind indirekt gewählt worden. D.h. die Beschäftigten des Betriebs wählen eine „Wahlmännerversammlung“, die dann einerseits die „Arbeitnehmer-Vertreter“ zu bestimmen hat.

Im Normalfall wird zumindest der „Leitende Angestellte“ mit der Kapitaleite stimmen, so daß die wirkliche Verhältnis im Aufsichtsrat zumindest nicht „Parität“ (zehn: zehn) wäre, sondern eine Mehrheit von elf: neun für die Kapitaleite. (Die würde voraussetzen, daß die übrigen neun „Arbeitnehmer-Vertreter“, einschließlich mindestens ein Angestellter, geschlossen gegen die Kapitaleite stimmen; in der Regel wird die Mehrheit für die Kapitaleite größer sein als elf: neun). Falls es jedoch wirklich einmal zu einem „Unentschieden“ (zehn: zehn) im Aufsichtsrat kommen sollte, ist im Regierungs-Entwurf die zusätzliche Bestimmung eingebaut, daß dann die Aktionäre-Hauptversammlung (also das Kapital) die Entscheidung zu treffen hat.

Die DGB-Führung kritisiert an diesem Entwurf, daß die Zahl der außerbetrieblichen Gewerkschafts-Funktionäre im Aufsichtsrat (drei) zu gering sei; sie bringt Einwände im Detail gegen die Definition des „Leitenden Angestellten“; sie fordert, daß bei Stimmengleichheit im Aufsichtsrat nicht die Aktionäre-Hauptversammlung, sondern der Aufsichtsrats-Vorsitzende das letzte Wort haben müsse.

Diese Einwände wären aber überhaupt nur unter der Voraussetzung von Belang, daß die zehn „Arbeitnehmer-Vertreter“ (einschließlich des „Leitenden“) eine konsequente einheitliche Frontstellung gegen die Kapital-Vertreter beziehen würden, denn die Frontstellung der „Arbeitnehmer-Vertreter“ ist in der Regel alles andere als konsequente Arbeiter-Vertreter sein.

Es geht also bei der Diskussion zwischen SPD- und DGB-Vertretern darum, wie stark die zusätzlichen Sicherungen sein müssen, die für den „Notfall“, die dominierende Rolle des Kapitals im Aufsichtsrat sichern sollen. Die SPD-Führer, bestärkt von den FDP-Führern, hätten die Sicherungen gern etwas stärker. DGB-Führer wie Vetter und Loderer meinen dagegen, daß kleinere Sicherungen auch ausreichen und netter aussehen – denn schließlich wird es ihre Aufgabe sein, der Arbeiterklasse die „Mitbestimmung“ als großen gesellschaftlichen Fortschritt zu „verkaufen“.

Der rechte FDP-Füßler hätte es dagegen lieber, wenn zwei „Leitende Angestellte“ in den Aufsichtsrat kämen, um die sichere Position des Kapitals auszubauen.

Auf dem Hamburger Bundesparteitag der CDU im letzten November wurde folgendes „Mitbestimmungs“-Modell geschlossen: Der Aufsichtsrat besteht aus einer gleichen Zahl von Vertretern des Kapitals und „Arbeitnehmer-Vertretern“. Unter diesen müssen mindestens ein Arbeiter, ein Angestellter und ein „Leitender“ sein. Zwei der „Arbeitnehmer-Vertreter“ dürfen „außerbetrieblich“ sein; für diese haben sowohl die Gewerkschaft wie der Betriebsrat bei der Wahl

ein Vorschlagsrecht.

Kommt es im Aufsichtsrat zu einem „Unentschieden“, so entscheidet der Vorstand. Bei der Besetzung des Vorstands hat jedoch im Zweifelsfall die Aktionäre-Hauptversammlung das letzte Wort.

Vom Regierungs-Entwurf unterscheidet sich der CDU-Entwurf im Wesentlichen also nur in der Frage der Gewerkschafts-Vertreter. Der Regierungs-Entwurf garantiert der Gewerkschaft drei Sitze im Aufsichtsrat, während der CDU-Entwurf der Gewerkschaft nur die Möglichkeit zu Wahlvorschlägen geben will, wobei dann die im Betrieb Beschäftigten diese Vorschläge durch Wahl unterstützen können oder auch nicht. Dahinter steckt die Hoffnung der Kapitalisten, daß sie es mit aus dem Betrieb rekrutierten Gefolgsleuten leichter haben als mit außerbetrieblichen Gewerkschafts-Funktionären.

Gemeinsames Ziel: Rettung des Kapitalismus

Aus der Gegenüberstellung der Entwürfe von Regierung und Opposition wird deutlich, daß die zum Teil sehr hochgespielten Unterschiede nur Details betreffen, aber nicht das Wesen der Sache.

Nicht umsonst drehen sich alle Detail-Auseinandersetzungen darum, den Kapitalisten in jedem Fall das Entscheidungsrecht zu sichern. Wie könnte es auch anders sein, da die

kam: „Die institutionelle Mitbestimmung der Arbeiter im Unternehmen ist geeignet, die Marktwirtschaft auch politisch zu sichern.“

Wenn auch ein Reaktionsler namens Eick in der „Frankfurter Allgemeinen“ („FAZ“) vom 20.11.73 die schwächelnde Behauptung aufstellte, die „Mitbestimmung“ sei „ursprüngliches deutsches Gewächs, entsprungen des Nährbodens marxistischer Ideologie“, so gehört sie in Wirklichkeit in den Bereich jener famosen Rezepturen, mit denen eifrige Ärzte das Leben des Kapitalismus zu verlängern trachten.

Das Programm der italienischen Faschisten enthielt bereits 1919 die Forderung nach „Kontrolle moralisch und sachlich geeigneter Arbeiterkomitees über Betriebe der öffentlichen und privaten Wirtschaft“. Mussolini erklärte 1920: „Die Arbeiter sollen nicht nur die Fabriken besetzen, sondern auch das Mitbestimmungsrecht an der Betriebsführung erhalten.“

In diesem Satz wird unmittelbar deutlich, daß die „Mitbestimmung“-Demagogie nichts anderes war als eine Reaktion von Teilen der italienischen Bourgeoisie auf einen revolutionären Aufschwung der italienischen Arbeiterbewegung, vor allem auf eine Welle massenhafter Betriebsbesetzungen. Die Arbeiter, die begannen hatten, die Betriebe selbst in die Hand zu nehmen, sollten mit „Mitbestimmungs“-Versprechen verschaukelt werden.

In Deutschland war es besonders

und Plänen der Marxisten“. Dies gilt natürlich sinngemäß auch für die „Mitbestimmung“, von der es in einem Beschluß des CDU-Parteitags heißt, sie sei „Ausdruck christlich sozialer Gedankengutes“ und „eine Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft“, sie solle „ein partnerschaftliches Verhältnis“ zwischen „Arbeitnehmern“ und Kapitalisten „gewährleisten“.

Die DGB-Führer betonen entsprechend ihrer politischen Funktion natürlich mehr die angeblich fortschrittliche Seite der „Mitbestimmung“, die die Macht des Kapitals einschränke, dem Arbeiter neue Rechte bringe etc. Immerhin gibt es aber auch auf Seiten des DGB klare politische Eingeständnisse des wirklichen Sinns der „Mitbestimmung“:

„Das Montanmitbestimmungsgesetz aus dem Jahre 1951 war ein erster Schritt auf dem Wege zur Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital. Es hat sich auch in schweren Zeiten hervorragend bewährt. Die großen Strukturveränderungen in der deutschen Montanindustrie (Zechen-Stilllegungen und Entlassungen zehntausender Bergleute – Anm. AK) hätten ohne die qualifizierte Mitbestimmung zu ernsthaften sozialen und politischen Folgen geführt. Der DGB und seine Gewerkschaften erklären sich bereit, den durch das Montanmitbestimmungsgesetz vorgezeichneten Weg der Zusammenarbeit fortzusetzen und damit die Stabilisierung und Fortentwicklung unserer demokratischen Ordnung zu sichern.“ So steht



Kapitalisten doch noch nie bereit waren, kampffähig wirtschaftliche und

Hugenberg, Besitzer eines rechtsradikalen Presse-Konzerns, Führer der

es in einer Entscheidung des 7. Ordentlichen Bundeskongresses des

Kapitalisten doch noch nie bereit waren, kampffähig wirtschaftliche und damit politische Macht abzutreten.

Hier ist an die von der Bourgeoisie festgestellten „positiven“ Erfahrungen mit der bereits bestehenden „Mitbestimmung“ im Bereich der Montanindustrie zu erinnern. Vor einigen Jahren kam die noch unter der Regierung Kiesinger eingesetzte „Biedenkopf-Kommission“ (unter Führung des jetzigen CDU-Chefmanagers Biedenkopf) zur Schlussfolgerung, daß die Montan-„Mitbestimmung“ von den befragten Kapitalisten „überwiegend positiv beurteilt“ werde und sich „bewährt“ habe. Die „freie Unternehmerinitiative“ (d.h. das kapitalistische Profit-Streben) sei „nicht beeinträchtigt“ worden. Die Gewinnverteilungs-Vorschläge der Kapitalisten seien bei den „Arbeitnehmervertretern“ in der Regel „nicht auf Widerstand gestoßen“. Negative „Auswirkungen auf das Lohnniveau“ seien von der „Mitbestimmung“ auch nicht zu befürchten.

Der Vorteil der „Mitbestimmung“ sei – so die Biedenkopf-Kommission – daß sie „geeignet“ sei, „dem Arbeitnehmer das Gefühl des Ausgegliedertseins“ an eine von ihm nicht beeinflussbare Leitung und Organisationsgewalt zu nehmen und es durch ein Gefühl der Mitwirkung und Mitbestimmung abzubauen.“ – Es geht also, wie hier klar ausgesprochen wird, darum, den Arbeitern das illudische Gefühl zu geben, sie hätten irgendwas „mitzubestimmen“, und damit der Unzufriedenheit mit Zuständen der kapitalistischen Gesellschaft die Spitze zu nehmen. Kein Wunder, daß die Biedenkopf-Kommission abschließend zur Feststellung

Hugenberg, Besitzer eines rechtsradikalen Presse-Konzerns, Führer der ebenfalls rechtsradikalen Deutschen Nationalen Partei und Verbänderte der NSDAP in der „Marzburger Front“ (1931), der sich für ähnliche Projekte stark machte. „Wir wollen die kapitalistische Wirtschaft menschlich erhalten, indem wir die Notwendigkeit der Abschneidung etwaiger Auswüchse betonen“, sagte Hugenberg im März 1919 vor der Nationalversammlung. Er meinte, die Kapitalisten wollten „den Arbeitern und Angestellten einen Teil der Fabrik geben“, um eines „engere Gemeinschaft mit dem Werk“ zu schaffen. Dies sollte durch die Ausgabe von Kleinaktien geschehen – also ein Vorläufer heutiger Pläne zur sogenannten „Vermögensbildung“.

Daß „Vermögensbildung“ und „Mitbestimmung“ den Kapitalismus retten sollen, wird vor allem von der CDU/CSU offen gesagt. Jakob Kaiser, ehemaliger Vorsitzender der CDU-„Sozialausschüsse“, sagte dazu Anfang der 50er Jahre: „Mit der Praxis der Mitbestimmungsrechte wird der Klassenkampfgedanke endgültig zu Grabe getragen werden müssen... Das Schweregewicht des Mitbestimmungsrechts liegt darin, daß eine neue Brücke des Vertrauens zwischen dem Arbeiter und seinem Betrieb gebaut wird.“

In den „programmatischen“ Äußerungen des Hamburger Parteitags der CDU vom letzten November zur „Vermögensbildung“ heißt es, dieses „Programm“ sei „eine Kampfansage an die Gegner unserer Gesellschaftsordnung; es ist überzeugende Antwort und konsequente Alternative zu den kollektivistischen Vorstellungen

es in einer Entscheidung des 7. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB, 1966.

Die Aufgaben der Linken

Die DKP beteiligt sich eifrig am „Mitbestimmungs“-Theater. Die „Mitbestimmung“ wird marktreichlich angepriesen als „Waffe zur Einschränkung des Großkapitals“, „Instrument zur Veränderung der Machtverhältnisse in der BRD“, „Mittel zur Durchsetzung einer demokratischen Wirtschaftspolitik“ etc. Das ist dieselbe Politik wie 1971, als den Arbeitern in Zusammenhang mit den „Ostverträgen“ von der DKP das Blaue vom Himmel runtergelassen wurde – sichere Arbeitsplätze, Frieden und Entspannung und sogar Fortschritte bei der Krebs-Bekämpfung.

Man könnte erwarten, daß die DKP zumindest irgendwelche eigenen Vorstellungen zur „Mitbestimmung“ entwickelt hat. Dies ist aber nicht der Fall. Zwar gab es kurz nach Gründung der DKP noch einige „linke“ Revisionisten, die ein eigenes Modell zur „Mitbestimmung“ entwerfen wollten, das sich von den Vorstellungen der DGB-Führer unterscheiden sollte. Stattdessen setzte sich die Linie durch, sich schlicht an den DGB anzuklammern.

Heute vermeidet es die DKP sogar, in der betrieblichen Agitation klar gegen den Regierungs-Entwurf Stellung zu nehmen, sondern meint offenbar, sie hätte ihre Pflicht getan, wenn sie „wirksame Mitbestimmung“ forderte – worunter sich ja jeder vorstellen mag, was er will.

In einer Situation, wo sich alle

bürgerlichen Parteien zur „Mitbestimmung“ bekennen, wo sich die Entwürfe der Regierung und der Opposition zur „Mitbestimmung“ wirklich nur in unwesentlichen Details unterscheiden, halten sich die Revisionisten anscheinend trotzdem für ungeheuer kämpferisch, wenn sie – wie z.B. am 1. Mai in Hamburg – die Parole rufen: „Wir haben es kaputt – für Mitbestimmung wird marschiert!“ – Da marschiert sogar die CDU mit.

Auch in ihrer schwächlichen „Kritik“ am Regierungs-Entwurf wagen die DKP-Revisionisten sich nicht weiter vor als es ihnen DGB-Führer wie Vetter, Loderer u.a. vormachen, die den Regierungs-Entwurf bereits als „Sache, die wir nicht tolerieren können“ (Vetter), bezeichnet haben. Diese Kritik, die nicht mit Taten verbunden ist, die vor allem nicht mit einer Massenmobilisierung verbunden ist – was von den DGB-Führern nicht zu erwarten wäre, die selbst bei der Annahme der „Notstandsgesetze“ die Massenmobilisierung nicht entwickelt, sondern abbremsen – diese Kritik ist etwas Theater, mit dem die Anpassung an den Regierungs-Entwurf verschleiert wird. Es ist bezeichnend, daß die DGB-Führer nicht und auch nicht die DKP eine breite politische Aufklärungskampagne gegen den Regierungs-Entwurf führen.

Es wäre allerdings falsch, wenn wir uns nun darauf beschränken würden, den Illusionen, letztlich betrügerischen Charakter der „Mitbestimmung“ aufzuzeigen. Wir müssen zugleich deutlich machen, daß DGB- und DKP-Führer noch nicht zugleich deutlich machen, daß DGB- und DKP-Führer noch nicht einmal bereit sind, für ihre angeblich „reformistischen“ Vorstellungen zu kämpfen, sondern gegenüber den Kapitalisten und ihrem Staat zurückzuweichen, indem sie den Regierungs-Entwurf (der sich seinerseits kaum von dem der CDU unterscheidet) allenfalls gelegentlich in Worten kritisieren, aber weder eine politische Kampagne noch gar eine Massenmobilisierung dazu zu führen versuchen. Sie sind also, wie sich hier wieder einmal zeigt, noch nicht einmal ehrliche Reformisten.

Weiterhin ist zu sehen, daß zwar die „Mitbestimmung“ prinzipiell im besten Fall eine Illusion, im schlimmsten Fall ein Betrug ist; dennoch wäre es falsch, die Differenzierungen und taktischen Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien, zwischen DGB und Regierung u.a. für gänzlich bedeutungslos zu halten und darzustellen. Auch die Auseinandersetzung um die „Mitbestimmung“ ist ein Kampffeld, auf dem die Bourgeoisie die Linke, in diesem Fall die reformistische Linke vor allem in den Gewerkschaften und in der SPD, zu schlagen und zurückzudrängen versucht. Der Regierungs-Entwurf ist eine einheitliche

ten und in der SPD, zu schlagen und zurückzudrängen versucht. Der Regierungs-Entwurf ist eine eindeutige

Niederlage für diejenigen, die an die „Mitbestimmung“ reformistische Illusionen knüpfen. Der Entwurf der CDU versucht dies noch ein kleines Stück weiter zu treiben. Die „Mitbestimmungs“-Auseinandersetzung ist insofern auch Bestandteil der angeheizten Kampagne gegen die reformistische Linke innerhalb der SPD.

Schließlich muß noch festgestellt werden, daß es sich bei der von monopolkapitalistischen Kräften geführten Kampagne gegen die „Mitbestimmung“, vor allem gegen den Regierungs-Entwurf (man bedenke aber, daß z.B. der „Wirtschaftsrat“ der CDU sogar den CDU-Entwurf scharf ablehnt) nicht nur um ein Ablenkungsmanöver mit verteilten Rollen handelt. Vielmehr kommt darin auch die politische Tendenz stärker kapitalistischer Kreise zum Ausdruck, die noch nicht einmal zu „Zugeständnissen“ auf dem Gebiet reformistischer Illusionen bereit sind, sondern deren Kurs besonders scharf auf die rein gewaltsame (und nicht so sehr demagogische) Seite der Faschisierung gerichtet ist.

Dieser Aspekt, der für die Einstellung mancher kämpferischer Arbeiter zur „Mitbestimmung“ bestimmend ist (die für die „Mitbestimmung“ sind, weil Kapitalisten wie Schreyer & Co. das sagen sind), muß von uns berücksichtigt werden. Als Kommunisten haben wir diesen Arbeitern nicht nur zu sagen, daß die „Mitbestimmung“ illusionär ist, sondern müssen gleichzeitig die richtige antikapitalistische kämpferische Haltung ihrer Kollegen aufnehmen und unterstützen.

1. MAI

Berichte

INTERNATIONALER

KBW gegen Aktionseinheit

Bielefeld

In Bielefeld fand die Demonstration der Gewerkschaftsjugend eine für die bisherigen Verhältnisse gute Beteiligung, mit 1.200 Demonstranten. KBW (Ortsaufbaugruppe), KJV (Jugendorganisation der „KPD“), Liga gegen den Imperialismus und KAB „D“ nahmen mit eigenen Parolen an der Demonstration teil. Unter diesen Parolen marschierten auch zahlreiche nicht politisch organisierte Arbeiterjugendliche, Schüler und Studenten mit.

Natürlich waren aber auch die gewohnten „Mitbestimmungs“-Slogans („Mitbestimmung – Macht gewinnen“) vertreten.

Die Rede von Oberbürgermeister Hinnendahl auf der Abschlußkundgebung ging im lautstarken Protest eines größeren Teils der Anwesenden unter, so daß er seine Rede abbrach.

Der zweite Redner, Schmidt vom DGB-Bundesausschuss, setzte sich besser durch und bekam für „linke“ Einlagen (z.B. die Aufforderung, der Innenminister von NRW, Weyer, –

ein berechtigter Kommunistenfeser – möge doch zum Sportbund abwandern) sogar Beifall.

Auch in Bielefeld zeigte sich die Notwendigkeit einer Aktionseinheit der Linken, diese wurde aber vom KBW (AOG) mit der irrationalen Begründung abgelehnt: der 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse hätte einen so allgemeinen Charakter, daß eine Aktionseinheit für konkrete Teilziele nicht angebracht sei. Und da der KBW sowieso die allgemeinen und weitgehendsten Forderungen propagierte, brauche man sich nur auf das Programm des KBW zu stellen...

Der – zumindest optisch – relativ starke Einfluß der Linken auf der Demonstration der Gewerkschaftsjugend führte zur Ankündigung „gewerkschaftsinterner Konsequenzen“ von Seiten der Funktionäre: Zum 1. Mai 75 soll jede Parole erst durch den KJA genehmigt werden; „nicht genehmigte“ Parolen sollen durch Schlägertrupps (rechte Betriebsräte u.ä.) aus dem Zug geholt werden. Wahrscheinlich wird diesem bislang nur geplanten Vorgehen die Mehrheit des KJA zustimmen.

Ein Sympathisant

„Zur Vorbereitung und Durchführung der Maidemonstration bildet der KBW keine sogenannten gewerkschaftlichen Aktionskomitees oder Aktionsgruppen mit anderen Organisationen. Am 1. Mai gibt es nur zwei Möglichkeiten: Maidemonstration der Gewerkschaften, an der sich die Kommunisten mit selbständigen Parolen beteiligen oder Maidemonstration, zu der die Kommunisten als Vorhut der Arbeiterklasse aufrufen.“

So steht es in einer Anweisung des ZK des KBW zum 1. Mai 74, woraus auch hervorgeht, daß die Herrschaften unter „die Kommunisten“ nur noch ganz allein sich selbst verstehen.

Das ZK des KBW tritt mit diesem Aktionsinhalts-Verbot würdig in die Fußstapfen antwortender Beschlüsse der SPD- und DKP-Führer. Sie alle konnten aber nicht verhindern, daß sich gerade in diesem 1. Mai der Gedanke der Aktionseinheit verstärkt durchsetzt.

Örtliche KBW-Führer unternahmen zusätzliche „politische“ Vorkehrungen, um das Aktionsinhalts-Verbot irgendwie auch für die besondere Situation am Ort zu „begründen“.

In Hamburg z.B. führten die KBW-Größen an, die Parolen der Aktionseinheit von KB, „KPD“, RBJ, Liga gegen den Imperialismus u.a. zum 1. Mai seien schlecht. Die Herren hatten allerdings auf allen vorbereitenden Gesprächen, wo diese Parolen diskutiert und festgelegt wurden, trotz mehrfacher Einladung durch Abwesenheit gegläut. Was blieb ihnen auch anderes übrig, da ihr ZK die Beteiligung an Aktionseinheiten generell verboten hatte? Nur soll man sich dann nachher nicht auf die „schlechten Parolen“ ausreden.

und festgelegt wurden, trotz mehrfacher Einladung durch Abwesenheit gegläut. Was blieb ihnen auch anderes übrig, da ihr ZK die Beteiligung an Aktionseinheiten generell verboten hatte? Nur soll man sich dann nachher nicht auf die „schlechten Parolen“ ausreden.

Ein gewisser „Leo“ hatte sich für einen Artikel in einer Zeitung des Hamburger KBW noch eine kleine Schweinerei ausgedacht: KB und „KPD“ würden auf der gewerkschaftlichen Mai-Demonstration einen eigenen Block bilden und das bedeute doch „Absonderung und Isolierung“.

Dazu ist zu sagen, daß wir erstens auf der DGB-Demonstration keinen „eigenen Block“ gebildet haben (vgl. Bericht dazu), und daß vor allem zweitens es im letzten Jahr gerade der KBW selbst war, der in Hamburg als „eigener Block“ hinter der gewerkschaftlichen Mai-Demonstration hertrötete, von einem dünnen Ordnerkeitschen der SDAJ in respektvollem Abstand vom Rest des Zuges gehalten! (Was von uns in UNSER WEG 20/21 kritisiert wurde!)

Das jämmerliche Schauspiel der KBW-Führer beweist einmal mehr:

gegen die Aktionseinheit gibt es keine Argumente, sondern nur faule Ausreden.



Bremen



Bremen



Zynischer Mißbrauch des 1. Mai: In Bremen demonstrierten rechte Gewerkschaftler (?) für die Berufsverbote im Öffentlichen Dienst

In Bremen hatte die DGB-Führung im letzten Jahr am 1. Mai eine böse Überraschung erlebt: der sich formierende Zug war von roten Fahnen und kämpferischen Parolen dominiert gewesen, und die DGB-Führung sagte die Demonstration ab – die dann unter Führung der Genossen des KBW dennoch erfolgreich durchgeführt wurde.

In diesem Jahr hatte die Bremer DGB-Führung von Anfang an in Bremen-Stadt nur eine Kundgebung vorgesehen. Lediglich in Bremen-Nord sollte, auf Initiative von Genossen des KBW, eine Demonstration stattfinden.

Die Kundgebung in Bremen-Stadt an diesem 1. Mai wurde für die DGB-Führung eine „böse Schippe“, wie die (SPD-freundliche) „Morgenpost“ in der Bremer Ausgabe am 2. Mai schrieb. „Die Gewerkschaften waren gestern bei der Maidemonstration auf dem Domhof gegenüber den Mitgliedern und Sympathisanten des Kommunistischen Bundes eindeutig in der Minderheit... „Chaos beherrscht das Feld.“

Unter den 2.500-3.000 Teilnehmern der Kundgebung waren die Genossen des KBW mit ihren Parolen vorherrschend, die anfangs auch die provokatorischen Reden der DGB-Führer durch Sprechrohre unterbrachen.

Bremer Sympathisanten des KB

Zahlen-Akrobaten

Der KBW „interpretiert“ seine Niederlage

Die Hamburger Ortsgruppe des KBW kam zum 1. Mai gegenüber den Gruppen der Aktionseinheit (u.a. KB, RBJ, „KPD“ u.ä.) in arge Bedrängnis und baute ihre Isolierung und ihren schlechten Leumund tatkräftig aus. Gegenüber der sozialistischen Maidemo (der Aktionseinheit) mit über 4.000 Teilnehmern, brachte der KBW nur ein kleines Häuflein von knapp 200 Menschen zu seiner Kundgebung zusammen, die überdies noch den angestauten Ärger von DKP- und SPD-Leuten über sich ergehen lassen mußten.

Wie hat nun der KBW seine Niederlage verarbeitet?

1. Akt: Nach den Aktionen, aber noch am 1. Mai, gaben „einfache“ und führende („mittlere Ebene“) Genossen des KBW ausmunden und mit belämmerten Gesichtern eine Zahl von „knapp 200“ zu. („Ich glaube, da waren nicht mal alle, die bei uns organisiert sind. Vielleicht haben sie uns nicht gefunden.“)

2. Akt: Nach dem 3. Mai wird in der KBW-Buchhandlung „offiziell“ eine Zahl von „knapp 400“ verkündet. Diese Übertreibung hält sich im üblichen Rahmen von KBW-Mittelungen. Bei den schriftlichen Äußerungen ist man allerdings noch vorsichtig. Ein „Extra-Blatt“ der „KVZ“ (Zeitung des KBW), das sofort nach dem 1. Mai in hoher Auflage verteilt wird, vermeidet jede „Festlegung“ (KBW-Jargon) auf der Ebene von Teilnehmerzahlen. In einer am 3. Mai herausgegebenen „Betriebszeitung am „Dein“ (das ist ein wissenschaftliches Institut), versucht sich der KBW durch bewußt schwammige Formulierung etwas im Erfolg der Aktionseinheit zu sonnen. Es heißt da: „Mehrere Tausend Menschen zeigten sich der Kundgebung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und der von KPD und

KBW an.“ Kein Wort vom inneren Kräfteverhältnis und davon, daß es hier ausdrücklich um zwei alternative Veranstaltungen ging.

3. Akt: Es erfolgt der „Eingriff der Ortseitung“. Festgelegt wird: „Auf der Kundgebung des KBW waren 1.500 bis 2.000 Menschen!“ Zu Befehl! Ab jetzt verkündet ein Plakat im Buchladen diese stolze Zahl.

4. Akt: Offenbar gab es einige Bedenken aus der Organisation. So wurde erneut etwas manipuliert und in der „KVZ“ (Nr. 10 vom 15. Mai) war denn endgültig (?) zu lesen, daß „ein fester Kern von 1000 Menschen“ an der Kundgebung teilnahm, aber „weiter“ waren es auch „bis zu 2.000 Menschen“. Das ganze wurde dann mit etwas scheinheiliger „Selbstkritik“ garniert. Man habe „nicht rechtzeitig“ (das eigene Vorgehen offensichtlich dargelegt), wodurch dann „entweder die Initiative gegenüber der Gruppe Rote Fahne und dem Kommunistischen Bund Nord verloren“ ging. Das ist überhaupt so einer der Lieblings-Schnacks vom KBW: Die Politik („politische Linie“) war zwar richtig, man habe sie nur nicht genug „bekannt gemacht“, nicht genug „mobilisiert“. Die hinter diesen Schnacks stehende Absicht der KBW-Führer ist klar: einen Grund zur kritischen Überprüfung der „politischen Linie“ abzuwehren. Kritisiert werden muß die „Basis“, die zu wenig mobilisiert hat, zu wenig Flugblätter verteilt, zu wenig Plakate geklebt hat usw. – Tatsächlich ist es der KBW, der bei jeder Gelegenheit den größten Wirbel macht, so natürlich auch wieder zu diesem 1. Mai. „Abgerundet“ wird die „Beicht“erstattung in der „KVZ“ schließlich mit dem Hinweis auf eine Teilnehmerzahl von 2.000 auf der Demo der Aktionseinheit. Diese Angabe hat der KBW aus Springers „Bild“-Zeitung entnommen. Prost!

Sammlung am 1. Mai verboten

Das „Initiativkomitee Arbeiterhilfe“ (IKAH) Hamburg stellte bei der Arbeits- und Sozialbehörde Anfang April Antrag auf Genehmigung einer Sammlung während der Demonstration am 1. Mai. Der Erlös der Sammlung war für Kollegen bestimmt, die von den Hamburger Stahlwerken (HSW) und der Howaldt-Werft (HDW) aus politischen Gründen entlassen worden waren und außerdem von Gewerkschaftsausschlüssen betroffen sind.

Die Arbeits- und Sozialbehörde weigerte sich, eine Genehmigung zu erteilen. Es sei nämlich „zu befürchten“, daß diese Sammlung „zu Tätlichkeiten ausarten“ könnte, falls sich rechte Gewerkschaftsfunktionäre „provokieren“ fühlen würden. Wie die Behörde dazu mittelste, sei das auch die Auffassung des DGB.

Nach dem Verbot einer Solidaritäts-Sammlung für Chile vor einigen Monaten ist dies ein weiterer Fall, wo das Recht zu Sammlungen ausgehöhlt wird.

Entsprechend kann die Behörde willkürlich jede nicht genehme Sammlung mit dem Hinweis verbieten, daß sich irgendwelche Reaktionen oder Faschisten dadurch „provokieren“ und zu „Tätlichkeiten“ gereizt fühlen könnten.

Wie aus gewerkschaftlichen Kreisen berichtet wird, benutzte Hamburgs DGB-Chef Saalfeld gleich die Gelegenheit, um eine von der Gewerkschaftsjugend bräutigamte Sammlung für Chile am 1. Mai zu verbieten. Die Polizei könne ja sonst nicht unterscheiden, welches die „verbotenen“ Sammler seien, um diese festzunehmen.

Trotz Verbot spendeten Teilnehmer der Maidemonstration spontan etwa 500 Mark für die entlassenen Kollegen.

KAMPFTAG DER ARBEITERKLASSE

— Ein Lesebrief — **Zum Verhalten von DKP/SDAJ auf der Hamburger Mai-Demonstration**

Ich befand mich im sehr leistungsfähigen Berufsschulblock von G 1, G 10 und Berufsschule Schlankreys in diesem Block von fast 150 Lehrlingen befanden sich eine große Zahl unorganisierte Lehrlinge, die zum Teil das erste Mal auf einer Demonstration waren. Sie waren aber sehr aktiv und unterstützten die fortschrittlichen Parolen.

Vor uns befanden etwa 20 bis 30 SDAJ-Schüler, die wiederholt von SDAJ und MSB sowie DGB-Bildnern teilweise mit Megaphonen zum Überhören unserer Parolen verstärkt wurden (die Zahl der Störer betrug bis zu 100). Mehrfach vernahmen diese Vögel, uns abzupfeilen wie wollten uns abdrängen und eine Lücke zwischen uns und den vor uns gehenden aufzureißen. Dieser Versuch scheiterte zweimal, da wir mehrere Reihen mit roten Fahnen und dem G 1 Schild an den Seiten vorbeiklauseuten und die Provokateure wiederum einkesselten, was

ihnen absolut nicht behagte, so daß sie jeweils nach kurzer Zeit diese Manöver einstellten.

Nun aber das Schärfsche: Unsere antifaschistischen Parolen waren diesen Jung-Reis Anlaß, ihrerseits oblie Parolen auszuhecken. Da brachten es diese SDAJ-Schüler doch tatsächlich fertig, mehrfach folgende Sprechchöre anzustimmen:

„Linksfaschismus hat keinen Zweck, die Choten müssen weg!“ und „Faschismus hat keinen Zweck, die Choten müssen weg!“

Derartige Verkommenheit sogenannter Kommunisten auf einer Demonstration zum internationalen Kampftag der Arbeiterklasse ist wohl kaum zu überbieten! Deutlich wird auch, wie weit die Verhetzung geht, wenn man bedenkt, daß die Sprechchöre von Leuten kommen, die gerade erst am Beginn der Entwicklung politischen Bewusstseins stehen (Schüler).

Unsere Kritik daran (später auch

die Androhung von Schlägen, die ihre Wirkung nicht verfehlten) wurde immerhin von drei der Leute aufgenommen, die ihre „Genossen“ beten, die Sprechchöre einzustellen.

Noch ein Vorkommnis auf dem Legienplatz stand ich mit etwa acht Lehrlingen von der Berufsschule G 10 zusammen und wir riefen lautstark die Parole „Lohnraubkanzler“ und diskutierten zwischendurch über die Brand-Mai-Provokation. Da schob sich auf einmal ein zur bekannter (lediglich nicht samentlich) MSB-Student an uns vorbei — ihm war es zu laut — und grüßte uns an „Jahr solltet lieber mal arbeiten!“ Die acht — durchweg nicht-organisierten Lehrlinge waren empört, und der eine wollte am liebsten gleich hinterher und dem „Pöbel“ ein „vor's Schott hauen!“ Ich erzählte ihnen, was das für ein MSB-Vogel ist, wir diskutierten dabei auch noch einmal das Verhalten von DKP/SDAJ an diesem ersten Mai. ■

Berichte

Bremerhaven

Den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern ist es gelungen, eine Demonstration an diesem 1. Mai zu verhindern. Erklärtes Ziel ihrer Anstrengungen zu verhindern, daß die „Roten mit ihren Parolen“ den 1. Mai zu dem machen, was er seiner Tradition und aktuellen Bedeutung nach sein muß — Kampftag der Arbeiterklasse.

Was sie wollten, war etwas anderes: den 1. Mai „zumzufunktionieren“ zu einer Feiersunde der Klassenharmonie, zu einer „Kampferveranstaltung“ für die abgewirtschaftete SPD-Regierung.

Die DGB-Meister im Parkhotel war gekennzeichnet von „einem unüberhörbaren Bekenntnis zur Politik der sozialliberalen Regierung“, wußte die „Nordsee-Zeitung“ zu berichten.

Und in der Tat, der als Redner engagierte NGG-Vorsitzende Stadelmaier bestritt den größten Teil seiner Rede mit der Hochjubel der angeblichen Reform- und Arbeiterfreundlichkeit der SPD-Regierung.

Nicht fehlen durfte aber auch das übliche Beiwerk solcher Veranstaltungen ein bißchen auf die Kacke

hauen, ein bißchen scheinschradistisches Gerede gegen Preistreiber der Kapitalisten und einige andere „Auswuchs der Marktwirtschaft“ — wie die Sozialdemokraten sich auszudrücken pflegen.

Wer des Geredes der DGB-Führer überdrüssig war, wie sich, statt Loblieder auf die Regierung anzuhören, lieber an Diskussionen über die aktuellen Probleme der Arbeiterbewegung beteiligen wollte, der hatte in diesem Jahr Gelegenheit dazu. Der KB führte am Nachmittag des 1. Mai eine Veranstaltung durch, an der sich knapp 90 Kollegen und Genossen beteiligten. Neben der wichtigen Auswertung der Erfahrungen der jüngsten Kämpfe in Betrieb und Stadtteil, neben der Einordnung dieser Erfahrungen in die gesamtgesellschaftliche Entwicklung und Bestimmung der nächsten Aufgaben der Arbeiterbewegung hatte diese Veranstaltung noch ein weiteres positives Ergebnis: Über DM 220,- wurden zur Unterstützung des Kampfes des chilenischen Volkes gegen die festschüttende Terrorherrschaft gesammelt. ■

KB/Gruppe Bremerhaven

DGB-Führer und Bullen — Hand in Hand

Auf der Hamburger 1. Mai Demonstration der DGB-Jugend führte ich zur Unterstützung der Rulparolen ein Megaphon mit. Als wir im Demonstrationszug vor dem Legienplatz ankamen, wurden wir durch mehrere auf



DGB-Führer und Bullen — Hand in Hand

men, wurden wir durch mehrere auf der Straße stehende DGB-Ordnerbänke getrennt.

Diese Situation wurde zur „Säuberung“ des Demonstrationszuges ausgenutzt. Auf mich stürmten ca. 6 Bullen los, zerrten mich an den Straßenrand und nahmen mir das Megaphon ab, das ich in einer Tasche trug.

Wie mir ein Genosse erzählte, waren die Bullen gezielt von einem DGB-Ordner auf mich gejagt worden. Scheinbar war die Befürchtung vorhanden, daß Brand's Worte — mit mehreren tausend Watt über den Platz ausgestrahlt — nachteilig zurückgeworfen werden könnten.

Auf mein mehrfachen Fragen nach der Begründung für diesen Überfall wurde zuerst festgestellt, ob ich „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ geleistet hätte. Das verneinte die Bullen, die meine Arme noch fest im Griff hatten.

Schließlich wurde mir erklärt, es sei aufgefordert worden, Megaphone abzugeben, was nicht stimmt, da seien für die Kundgebung nicht genehmigt. Nach der Kundgebung würde ich es wieder erhalten.

Das Megaphon wurde beim DGB-Ordner-Wagen abgegeben, wo mich

Harry v. Bergen (KJA-Vorsitzender und DKP-Student) und Marianne Lohse (Leitender der Demonstration und Verantwortliche für DGB-Jugendbildung) sehr schwer mit einer Begründung täten. Sie täuschen dieselben „Argumente“ wie die Polizei auf: Um die „antigewerkschaftlichen Choten“, also uns Kommunisten, mundtot zu machen, scheuen sich H v. Bergen und M Lohse nicht, diesen Polizeiberfall nachträglich zu rechtfertigen und im Sinne der Polizeimentalität zu begründen.

Ein Ende fand diese Geschichte vorerst, als die Polizei erneut gerufen wurde, da man sich die Auseinander-

setzung mit den „Choten“ über den Diebstahl des Megaphons schenken mußte.

So nahm schließlich der Einsatzleiter für die Demonstration Burkhardt (Demonstrationsnummer 8635) die Verantwortung auf seine Kappe und das Megaphon war erst einmal „sicher gestellt“.

Nach einem Hin und Her zwischen DGB und Polizeiwache fand mich mein Megaphon in trauter Eintracht mit zwei anderen einermerten in den Räumen der DGB-Jugend wieder.

Ein Genosse der Bezirks-Organisation

schiedliche Auffassungen zu schließen. Ferner wenig kann es das Ziel einer Kundgebung sein, unterschiedliche Auffassungen zu propagieren.

Wir werden wie geplant im Anschluß an die DGB-Kundgebung eine KBW Kundgebung durchführen, in der wir unsere Auffassungen über die gegenwärtige Lage im Klassenkampf und die Aufgaben der Arbeiterklasse darlegen werden. Euch bleibt es unbenommen, eine eigene Kundgebung durchzuführen.

Zu diesem sophistischen Schwachsinn ist anzumerken, daß es das Wesen von Aktionsseinheiten ist, daß unterschiedliche Auffassungen in einer Reihe von Fragen bestehen, und daß diese Meinungsverschiedenheiten im Rahmen der Aktionsseinheit auch öffentlich dargestellt — also nicht verweigert — werden.

Der KBW verließ sich in diesem Fall — erfolgreich — auf die größere Phonetik seines Lautsprechers, mit der er nach Schluß der DGB Kundgebung die Abhaltung einer halbständigen Rede erzwingen, in deren Verlauf die meisten Teilnehmer der DGB Kundgebung angeboten das Feld räumen bevor dann noch „gnädigerweise“ vor etwa 3.400 verbliebenen Menschen Vertreter des KSV und der KAG sprechen „dürften“.

Die Herrschaften vom KBW sollten sich allerdings auf die Dauer an den Gedanken gewöhnen, daß nicht alle politischen Auseinandersetzungen durch die Stärke des Lautsprechers entschieden werden. ■

Flensburg

Die Flensburger DGB-Führung hielt es auch in diesem Jahr wie schon in den Jahren zuvor nicht für nötig, den 1. Maikampftag der Arbeiterklasse zu begehen.

Statt einer gewerkschaftlichen Maidemonstration oder Kundgebung veranstaltete sie wiederum einen „Tanz in den Mai“ am 30. April.

In Flensburg fanden bis zum Anfang des sechziger Jahre regelmäßig Maidemonstrationen mit über 10.000 Teilnehmern statt. Dann „erwetzten“ die Gewerkschaftsführer die Demonstrationen durch Kundgebungen, und schließlich ließen sie auch diese fallen und veranstalteten ihre Rotten „Maidänze“.

Angeblickt hätten nämlich die Kollegen kein Interesse mehr an einer Demonstration ihrer gewerkschaftlichen Forderungen.

Angeachtet der Politik der Gewerkschaftsführer ist das „sunkende Interesse“ der Kollegen auch kein Wunder. So machte sich der Flensburger DGB Vorsitzende Heinz Poduchan, in seiner Rede auf dem Mai Tanz Sorgen um die Zukunft der „freien Marktwirtschaft“.

Wie schon in den letzten beiden Jahren war auch in diesem Jahr der KB die einzige Organisation, die aus 1. Mai die Forderungen der Arbeiterklasse in Flensburg propagierte.

Vor dem 1. Mai waren verschiedeneleinke Organisationen angeschrieben und zur Aktionsseinheit aufgefordert worden.

Frankfurt

Etwa 10.000 Menschen demonstrierten in Frankfurt am 1. Mai vom Opernplatz aus zur Abschlußkundgebung auf dem Römerberg.

Der Zug lief, wie in den letzten Jahren, auch diesmal durch die vielen belebten Geschäftsstraßen der Innenstadt. Er war geprägt, stärker noch als im letzten Jahr, von roten Fahnen und kämpferischen Parolen.

Auch die ausländischen Kollegen waren in diesem Jahr wieder mit eigenen starken Bannern, zahlreichen Fahnen und Transparenten vertreten. Der griechischen Kollegen traten unter der Parole „Nieder mit dem Faschismus und seiner Junta - Vorwärts für ein freies, unabhängiges Griechenland“ auf.

Auf der Abschlußkundgebung

sprach unter starkem Beifall zuerst Frau Allende, Vorstandsmitglied der chilenischen Gewerkschaft CUT. Sie dankte für die bisherige Unterstützung des chilenischen Widerstands und hat „im Namen Tausender Kollegen meiner Heimat um aktive Solidarität“.

Protestrufe erntete dagegen Heinz Woll, Landesvorsitzender der OTV in Hessen, der nach Frau Allende sprach und eine Wehrde für die SPD mit eingebauten Seitenhieben gegen die Choten hielten wollte.

Die „KPD“, die in einem eigenen Block in der Demonstration mitgegangen war, führte anschließend noch eine eigene Demonstration mit etwa 100 Teilnehmern durch das Nordend und Bornheim durch. Der KBW veranstaltete nach Schluß der DGB Kundgebung eine eigene Kundgebung

KB/Gruppe Frankfurt

Eiertanz des KBW

In Göttingen bemühte sich die mit dem KB sympathisierende Kommunistische Arbeitergruppe (KAG) um das Zustandekommen einer Aktionsseinheit zum 1. Mai. An den vorbereitenden Gesprächen nahmen außer der KAG Vertreter des KBW, des KSV (Studentenverband der „KPD“) und der IK/KIB (eine örtliche Studenten-gruppe) teil.

Man kam zunächst überein, im Anschluß an die DGB Kundgebung eine eigene Kundgebung durchzuführen auf der Vertreter des KBW der KAG, und des KSV sprechen sollten (in dieser Reihenfolge).

Nach Zustandekommen dieser Vereinbarung verließ der KBW Vertreter die Sitzung, um wenig später zusammen mit einem Vertreter der KBW Ortsleitung zurückzukommen und die Vereinbarung wieder aufzuheben. Dies wurde vor allem mit der Teilnahme des KSV „begründet“ — ein „Studenten Redner“ habe auf einer Arbeitserkundung „nicht zu stehen“ (vgl. der „ehrenpöhlische“ KBW Führer) — und eine eigene Klassenherkunft aus der „veralteten in Teilgenossenschaft“ völlig verlogen kann in der sich anschließenden Diskussion stimmen. Die KBW Vertreter jedoch der Vereinbarung erneut zu, da ihre „Argumente“ ihnen wohl selbst peinlich waren.

Daß diese Zustimmung jedoch ein

opportunistischer Schritt war, zeigte sich, als wenige Tage später ein Brief vom KBW einlief, in dem esieß:

„Wir, die Genossen, bei den Absprachen bezüglich der Kundgebung am 1. Mai sind von den von uns dafür Beauftragten Fehler gemacht worden, die wir hermit korrigieren. Der Auftrag der Ortsleitung des KBW lautet dahingehend, daß über die Koordination der von uns im Anschluß an die DGB-Kundgebung geplanten Kundgebung und einer möglicherweise von euch geplanten Kundgebung gesprochen werden sollte, da mit im selbstigen Interesse auf dem Kundgebungsplatz kein Gesagtes entsteht.“

Herausgenommen ist aus den Besprechungen mit euch jedoch keine Koordination von Kundgebungen, sondern eine Kundgebung, die die Darstellung verschiedener politischer Richtungen zum Inhalt hat. Eine solche Kundgebung halten wir für falsch und schädlich, wir meinen, sie kann auch gar nicht in eurem Interesse liegen.

Bei dieser Sache kann es sich offenkundig nicht um eine Aktionsseinheit handeln, denn Aktionsseinheiten scheitern vor auf der Grundlage von gegenseitigen Teilforderungen mit dem Ziel gemeinsamer Aktion ab. Es wäre widerständig, Aktionsseinheiten zwecks gemeinsamer Propaganda für unter-

1. MAI

Göttingen



Etwa 2.000 Menschen demonstrieren am 1. Mai in Göttingen. Aufgerufen hatte die DGB-Führung, die sich jedoch öffentlich von Aufrufen kommunistischer Gruppen distanziert und auf die Unvereinbarkeitshinweise hingewiesen hatte. Auch die „Kommunistische Arbeitergruppe“ (KAG) hatte zur DGB-Demonstration und Kundgebung aufgerufen und demonstrierte unter politischen Parolen gemäß der Mai-Plattform des KB. Die große Mehrheit der Demonstranten forderte in Sprechchören, „Unvereinbarkeitshinweise müssen weg!“ und „Weg mit den Berufsverböten!“ Viele Demonstranten riefen die Sprechchöre der KAG „Gewerkschaftsführer und Bourgeois bekämpfen Arbeiterdemokratie!“, „Das Streikrecht wird mit Füßen getreten – dagegen die Kampffront aller Proleten!“, „Nationalismus und Rassismus sind Verrat am Proletariat!“

Eine Gruppe von Kollegen der Firma Hubert & Co. trug aus Anlaß der Entlassung eines fortschrittlichen Vertrauensmannes das Transparent „Gegen politische Entlassungen fortschrittlicher und konsequen-

ter Kollegen.“

Der gewerkschaftliche Arbeitskreis der Göttinger DGB-Jugend führte mehrere klauenkämpferische Transparente mit, darunter „Gegen den Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie – gegen Extremistenentlassungen“.

Auf der Kundgebung am Markt waren 2.500-3.000 Menschen versammelt. Der Göttinger DGB-Kreisvorsitzende S. Krüger erlaubte sich am Anfang der Kundgebung die Provokation zu behaupten, der Jugend sprecher, der die Jugendrede halten sollte, hätte „abgesagt“. Tatsächlich war es jedoch so, daß Krüger die Jugendrede so stark zensuriert hatte, daß der KJA es ablehnte, eine solche verästelte und sozialpartnerschaftlich umgetextete Rede zu halten. Sie wurde von S. Krüger vorlesen. Vor zwei Jahren hatte sich schon einmal das Gleiche abgespielt. Krüger erhielt den verdienten „Applaus“ massenweise Pfiffe und Buhrufe. Ebenso erging es dem „Starredner“ der DGB-Führung, dem 2. Vorsitzenden der GfW Helmut Lohmann, dessen reaktionäres Gewäsch in der üblichen Kapitalistenlüge gipfelte, „unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung“ sei die denkbar beste, „wir“ hätten eine „gute Regierung“, und es gelte, sie gegen alle „Feinde“ zu verteidigen. Die kleine Schwester der SPD, die DKP, beschränkte sich am 1. Mai nicht auf den Verkauf von roten Notizen mit einer „UZ-Extra“ dabei einer SDAJ-Gruppe war es gerade recht, mit jämmerlichen Songs „Ja, hätten wir die Mitbestimmung, wär das nicht passiert...“ das offizielle Kundgebungsprogramm der rechten DGB-Führer abzurufen.

Im Anschluß an die DGB-Kundgebung sollte ursprünglich auf Initiative der KAG eine oppositionelle Kundge-

bung stattfinden, auf der mehrere revolutionäre Organisationen zu Wort kommen sollten. Die Leitung der KBW-Gruppe schnappte jedoch wie gewohnt – im letzten Moment über fuhr nach dem Motto „Wir sind die Großen!“ mit einer Anlage mit zehn Lautsprechern auf und ödete die Kundgebungsteilnehmer über eine halbe Stunde lang mit noch größeren Plattheiten an, als wir es aus „KVZ“ und Göttinger Ortsbeilage ohnehin kennen.

Inmitten konnte die KAG da nach ihre Mai-Rede noch gut 300-400 Menschen zu Gehör bringen. Über die Anlage der KAG sprachen ferner Vertreter der Sympathisierengruppe des KSV und des Antimperialismus-Komitees. Zum Abschluß wurde eine Grußadresse an die palästinensischen Genossen verlesen.

Am Abend des 1. Mai führte die KAG eine Saalveranstaltung durch, die von gut 100 Menschen besucht wurde. In drei Referaten wurde der Standpunkt des Kommunistischen Bundes zu den zentralen Fragen des Klassenkampfes dargelegt. Das erste Referat behandelte schwermütig die Faschisierung von Staat und Gesellschaft, es ging hier in erster Linie darum, das Gesicht, die Absichten und die Verbündeten des Klassenfeindes zu enthüllen, um deutlich zu machen, daß sowohl die Verhinderung des Faschismus als auch die Erklämpfung des Sozialismus kein gradliniger vorwärtsschreitender Sturm-marsch ist (wie es der KBW den Arbeitern mit neuen meilen Plättchen und Haarspaltreibern vorgaukelt) – sondern daß in erster Linie durch konkrete Enthüllung der wirklichen Angriffe der Kapitalisten und ihres Staates in der Arbeiterklasse das politische Bewußtsein von der praktischen Notwendigkeit, zu kämpfen, sich zusammenzuschließen, zu lernen und vorwärtszuschreiten, entwickelt werden muß. Diese Frage stand auch im Mittelpunkt der Referate zur Ge-

werkschaftsfrage (Ausschlußpolitik) und zur Frage der Schaffung der Kommunistischen Partei.

Die KAG gab insbesondere den anwesenden KBW-Vertretern reichlich Gelegenheit, ihre politische Linie vorzuführen. Man höre die Bourgeois nie in der Defensive, die Massen wol-

len „linken“ Theatertonnen in der praktischen Konsequenz rechtsopportunistischen Charakter der KBW-Politik deutlich zu machen. Zugleich gelang es, eine Reihe von politisch Interessierten für die organisierte Arbeit mit dem ARBEITERKAMPF zu gewinnen.



May-Kundgebung in Göttingen

War es bisher fast stets so, daß sich die KAG aus der öffentlichen Diskussion in der Göttinger Linken „herausheilt“, so gelang es diesmal, offensiv die Positionen des Kommunistischen Bundes darzulegen.

Anlaß der 25. Jahr Jubelfeier des BRD-Imperialismus wird die KAG in einer größer angelegten Veranstaltung die Auseinandersetzung um die richtige revolutionäre Linie im Klassenkampf fortsetzen. KAG-Göttingen

len nach links, die Wahlerfolge der CDU seien Ausdruck der Unzufriedenheit der Massen, Zeichen des Abwärtstrends der SPD, die Kommunisten müssen den demokratischen Kampf „offensiv“ führen, denn er sei das „Hauptkettenglied“ zur Erreichung des Sozialismus. In dieser Diskussion gelang es den KAG-Rednern und einem Redner des IK/KBW, der über die Mehrheit der Versammelten den imperialistischen und bei al-

Hamburg

In Hamburg hatten sich dieses Jahr der KB, die „KPD“, der Ring Bündnischer Jugend (RBJ), der Liga gegen den Imperialismus und einige andere Organisationen auf ein gemeinsames Vorgehen zum 1. Mai geeinigt.

- Teilnahme an der Demonstration der Gewerkschaftsjugend mit eigenen Parolen –
- Teilnahme an der DGB-Kundgebung (Hauptredner Ex-Kanzler Brandt) mit Protestrufen und Sprechchören –
- Nach der Brandt-Rede (also noch während der DGB Kundgebung) Fortsetzung zu einer eigenen Demonstration mit gemeinsamer Abschlussskundgebung.

Die DGB-Führung hatte ihre Ordner vorher angewiesen, Gruppen mit nicht genehmigten Parolen aus der Mai-Demonstration der Gewerkschaftsjugend „abzudrängen“. „Es ist ja so, daß wir starke Ordnergruppen haben und daß wir diese Pläne (der Aktionsvereinigung) ohne weiteres verhindern können“, hatte Hamburgs DGB-Chef Saalfeld vorher auf einer Ordner-Besprechung „involger“ Verleumdung des realen Kräfteverhältnisses gepöhlte. Bei dieser Gelegenheit deutete Saalfeld auch die Möglichkeit an, nach Ermessen die Polizei „einzuschalten“, um oppositionelle Gruppen aus dem Zug zu jagen. Wenn der Zug ein chaotisches Bild bietet, wurde so Saalfeld, „nehmen wir ihn einfach“.

Tatsächlich hielt sich die DGB-Führung, am 1. Mai ihre kraftmeistlichen Drohungen in die Tat umzusetzen. Abgeworfener Ordnung, die rasch „abgedrängt“ wurden, verließ der Zug ohne handgreifliche Auseinandersetzungen.

Umso stärker war allerdings die politische Konfrontation über die ganze Länge der Demonstration von etwa 10.000 Menschen waren Parolen gegen Faschisierung und Abbau demokratischer Rechte, gegen die Lohnraub-Politik der Regierung gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse zu sehen und zu hören. Den vor allem von den Jungrevolutionären SDAJ gerufenen „Mitbestimmung“-Parolen (Wir haben es kaputt für Mitbestimmung wird markiert!) antworteten Sprechchöre wie: Wir haben es kaputt-

mit Mitbestimmung sind wir angeschmort“ und „Mitbestimmung hat kein Zweck, das Kapital muß restlos weg“.

Unter diesen Umständen hielt es die Gewerkschaftsführung für geraten, die Demonstration immer wieder von der Polizei aufhalten zu lassen und die Kundgebung mit Brandt vorzeitig beginnen zu lassen, um wenigstens diese möglichst „störungslos“ über die Bühne gehen zu lassen als die Kundgebung eröffnet wurde, marschierte gerade die Spitze der Demonstration auf den Platz ein. Als Brandt seine Rede begann, war noch nicht einmal die Hälfte des Zuges auf den Platz gelangt.

Dies hunderte aber nicht, daß die-

Platz, um sich in der Nähe zur sozialistischen Mai-Demonstration zu formieren. Es waren mehr als 4.000 Menschen, die durch St. Georg zur Abschlussskundgebung auf dem Hans-Platz zogen, wo Vertreter der „KPD“, des KB, des RBJ und der Liga gegen den Imperialismus sprachen.

Dieser Verlauf des 1. Mai ist zweifellos ein Sieg der revolutionären Kräfte, der ihre zunehmende politische Stärke bestätigt, und eine Niederlage der DGB- und SPD-Führer, deren Vorstellungen von einem „Regenbogen-Mai“ durchkreuzt wurden. Ihr eigenes Stöppchen kochten an diesem 1. Mai die „KPD ML“ und der KBW.

ter ein Großteil von Buhlern der SDAJ und SPD, die auf diese Weise ihren Ärger über die „Chaos“-abregierten. Dies hundert den KBW nicht, nachträglich von 1.500 - 2.000 Teilnehmern zu sprechen.

Ein wichtiger Fortschritt, außer dem für die revolutionäre Linke erfolgreichen Verlauf des 1. Mai, war das gemeinsame Vorgehen von „KPD“ und KB. Dieses drückte sich nicht nur in solidarischem Vorbesprechungen und im erfolgreichen gemeinsamen Vorgehen am 1. Mai aus, sondern auch in einer gemeinsamen Veranstaltung gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse einige Tage vorm 1. Mai, an der weit über 2.000 Menschen teilnahmen.

heit, Volkseinheit – Für den Sozialismus“ und „Hinein in die Gewerkschaft – stärkt die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung“.

Wir meinen, daß unsere erste Parole klar eine bestimmte Richtung bürgerlicher Politik angibt, gegen die es zu kämpfen gilt (Faschisierung), während die Parole der „KPD“ die Stoßrichtung des Kampfes künstlich einengt auf eine bestimmte Regierung (die es heute schon nicht mehr gibt) und auf einen Teil der Kapitalistenklasse, wenn auch deren mächtigsten (Monopolkapital).

Zur Gewerkschaftsparole meinen wir, daß die Parole der „KPD“ im ersten Teil sich nur an nicht organisierte Arbeiter zu wenden



er (letzte) Profilierungsversuch von Brandt in Sprechchören und anderen Kundgebungen des Proletats unterlag.

Zudem dürfte die Teilnehmerzahl der Kundgebung (maximal 15.000, nach dem Zug vollständig auf den Platz gelangt) eine alte Blamage sein (die DGB-Führung hatte Brandt vorher mindestens 30.000 Kundgebungs-Teilnehmer versprochen, wovon 20.000 Sozialdemokraten direkt zur Kundgebung erwartet wurden ohne sich zuvor an der Demonstration zu beteiligen).

Unmittelbar nach der Rede Brandts während DGB-Chef Vetter sprach, strömten Tausende vom

Die „KPD ML“ rief lächerlicher Weise dazu auf, die beim DGB demonstrierenden Arbeiter allein zu lassen“ und einen deutlichen Trennungspunkt zu ihnen zu ziehen. Etwa 150 Menschen schlossen sich der Aufforderung zur Kapitulation vor den DGB-Führern an.

Der KBW rief zu einer Kundgebung im Anschluß an die DGB-Kundgebung auf. Obwohl der Kundgebungsplatz des KBW direkt neben der DGB-Kundgebung lag und von den meisten Teilnehmern dieser Kundgebung auf dem Hinweg zwangsläufig passiert werden mußte, blieben nur etwa 350 Menschen stehen, um den Worten des KBW zu lauschen. Darun-

Vertreter von KB und „KPD“ brachten zum Ausdruck, daß sie die Aktionsvereinigung zum 1. Mai nicht als Einseitigkeit betrachten, sondern die Zusammenarbeit fortsetzen wollten.

Es wäre jedoch unrealistisch, die noch bestehenden großen Meinungsverschiedenheiten sowohl in den allgemeinen Linien unserer Politik wie auch in der praktischen Anwendung zu unterschätzen. Die „KPD“ stellt z.B. unseren Parolen gegen die Faschisierung und Machen mit der Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse ihre Parolen gegenüber „Gegen Monopolkapital und Brandt-Regierung Arbeiterrein-

scheidet (Hinein...) und im zweiten Teil zur Stärkung einer „revolutionären Gewerkschaftsbewegung“ aufruft, die es nach unserer Einschätzung noch gar nicht gibt. Immerhin verstehen wir es aber als einen Schritt in die richtige Richtung, daß die Genossen der „KPD“ ihre früheren Parolen zur „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO) zurückge stellt haben.

Wir werden uns zukünftig stärker als bisher哥chen mit der Politik der „KPD“ befassen, zunächst in einem Artikel in der nächsten Nummer von UNSER WEG. Wir hoffen, daß auch die Genossen von der „KPD“ verstärkt die politische Ideologische Auseinandersetzung suchen werden. ●

1. MAI

Hannover

Etwa 4.000 Menschen folgten am 1. Mai dem Aufruf des DGB. In mehreren Demonstrationen zur offiziellen Kundgebung zu marschieren.

Der DGB verteilte ein schwarz-rot-goldenes umrahmtes Flugblatt, auf dem es, neben kräftiger Wahlpropaganda für die SPD, hieß: „Wir kennen uns zu unserem Staat, wir werden seine Grundordnung zu verteidigen wissen.“ DGB-Funktionäre sammelten an den Demonstrationen längs, um „gewerkschaftsschädigende“ Parolen zu suchen. ÖTV-Führer Kreiwanger wollte gar im politischen Amok aus Transparent zerschneiden, auf dem ÖTV-Kollegen aus Burgdorf geschrieben hatten: „Für innergewerkschaftliche Demokratie – für mehr Mitgliederbeteiligung“. Kreiwanger blitzte jedoch ab.

Es war auch in Hannover versucht

Kassel

In Kassel fand nach sechsjähriger Pause wieder eine große Mai-Demonstration des DGB statt, an der sich ca. 4.000 Arbeiter und Angestellte, Schüler und Studenten beteiligten.

Ein gemeinsames Vorgehen der linken Gruppen Kasselns an diesem 1. Mai war leider nicht möglich, da die Vor-

stellungen des „Rote Fahne-Freundeskreises Kassel“ (RFFK, der „KPD“ nahestehend) von einem „oppositionellen Block“ keine Zustimmung fanden und da die studentischen Sympathisanten des KBW von ihrem ZK von vornherein auf einen aktiveren Kurs und auf das Verbot einer Aktionseinheit eingeschwenkt waren.

Die Kommunistische Arbeiterjugend/Aufbaugruppe (KAJ/AG), eine noch kleine Gruppe von Lehrlingen, jungen Arbeitern und Angestellten, die in den Berufsschulen, den AEG-Fabriken Kassel und in der HBV und KfM ansatzweise – ihren Kräften entsprechend – arbeitet, verteilte zum 1. Mai ein Flugblatt und führte eine Veranstaltung durch.

In unserem Flugblatt, das vor allen Berufsschulen, einigen Metallbetrieben, in der Innenstadt und während der Abschlusskundgebung des DGB am 1. Mai verteilt wurde, versuchten wir darzustellen, wie die westdeutsche Bourgeoisie gezwungen durch die internationale Entwicklung, immer schneller und umfassender die

Rechte und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung angreift. Daß zwar der Widerstand in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen dagegen wächst, aber vorerst noch spontan, unorganisiert und vereinzelt ist. Und wenn die Arbeiterklasse und die übrigen Teile des Volkes den Kampf gegen die Angriffe der Bourgeoisie führen will, zum Kampf um mehr

Rechte und um den Sozialismus, muß sie die Gewerkschaften wieder zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse machen und die kommunistische Partei aufbauen.

An der Demonstration des DGB nahm die KAJ/AG teil mit den Parolen „Gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse auf die Lebensbedingungen der Werktätigen“, „Für die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse“, „Gegen den beschleunigten Abbau demokratischer Rechte und die Militarisierung von Staat und Gesellschaft“.

KJA-Vorsitzender Caro und DGB-Jugendsekretär Kauer waren erfolgreich bemüht, die Parolen der KAJ/AG am Ende des Zuges zu drängen. Caro hielt es außerdem für nötig, sich durch das Zerreißen von „ARBEITER KAMPF“-N, die am Rande der Demonstration verkauft wurden, in Szene zu setzen.

KAJ/AG

ten, und die „Ortsaufbaugruppe“ des KBW hatten zu dieser Demonstration aufgerufen.

Ganz entgegen dem Geschmack der DGB-Ortsämter wurde die Demonstration eindeutig beherrscht von roten Fahnen, klauenkämpferischen Parolen und Transparenten.

Auf der Kundgebung des DGB sprach der Chef der IG Bau-Stone Erden, Sperner, der Pfiffe und Protestrufe ertönte.

Da auf dieser „offiziellen“ Gewerkschaftskundgebung die tatsächlichen Interessen und Forderungen der Kollegen nicht zur Sprache gebracht werden konnten, führte der KB (in Aktionseinheit mit der ehemaligen ZB-Gruppe) und der KBW im Anschluß daran eine sozialistische Kundgebung mit mehreren hundert Teilnehmern.

Lübeck

In diesem Jahr stief die Gewerkschaftsführung in Lübeck erstmals wieder zu einer Kundgebung unter freiem Himmel auf. Obwohl die DGB-Führung fast gar nicht mobilisiert hatte, kamen immerhin etwa 2.500 Menschen.

Trotz vorheriger gewaltiger Sprüche, es seien eine starke „Ordnungstruppe“ und einige Dutzend zivile Bullen bereitgestellt, um gegen rote Fahnen und klauenkämpferische Parolen vorzugehen, verlief die Veranstaltung ohne Zwischenfälle.

Der KB hatte andere linke Gruppen aufgefordert, gemeinsam vorzugehen. Darauf hatte nur die „KPD/ML“ geantwortet und zwar mit einer Ablehnung.

So führte der KB allein nach der DGB-Veranstaltung eine Kundgebung durch, an der etwa 200-250 Menschen teilnahmen. Die DGB-Führung versuchte, teilweise nicht ganz ohne Erfolg die Kundgebung des KB mit dem Orchester zu übertönen.

Die „KPD/ML“ machte in Lübeck-Moosling eine eigene Demonstration unter dem Motto „Reform oder Revolution“. Sie meinten, es müßte ein „klarer Trennungsschnitt“ gezogen werden, der letzten Endes darauf hinausläuft, dort die Arbeiter und ganz woanders die „KPD/ML“. 50 Menschen folgten dem Aufruf der „KPD/ML“, wie zu hören ist, war auch eine schwarz-rot-goldene Fahne als Zeichen „des Kampfs gegen die Supermächte“ im Haufen der „KPD/ML“ zu sehen.

Am 22. April hatte der KB in Lübeck zur Vorbereitung des 1. Mai eine Saalveranstaltung durchgeführt, an der etwa 65 Menschen teilnahmen.

KB/Gruppe Lübeck

Oldenburg

Wie schon in den letzten Jahren führte die Oldenburger DGB-Führung auch dieses Mal wieder eine Mai-„Feier“ in der Weser-Ems-Halle durch. Als Starredner wurde Arbeitsminister Arendt präsentiert, neben ihm der Oldenburger DGB-Chef Bittner und Oberbürgermeister (und Kapitalist) Fleischer, sowie ein Sprecher des KJA.

Von der DKP war nicht zu erwarten, daß sie dem Humbus einer

solchen Mai-„Feier“ teilnahm. Die DGB-Führung entgegengetreten würde. Sie hatte bereits einige Tage vor dem 1. Mai eine eigene Veranstaltung durchgeführt, zu der ein geratener Raum gewählt wurde, daß er nicht einmal die eigenen Mitglieder fassen konnte. Und da die DKP-Führer sich auf dem Boden des Klassenkampfes wohl selbst auch nur noch so wohl fühlen, wie der Ekel auf dem Eis, schwangen sie denn auch nach einer einleitenden Rede lieber das Tanzbein als die Faust zu ballen. Sicherlich ist das im „Zeitalter der Entspannung“ auch angepaßt.

So gab es denn nur zwei Veranstaltungen in Oldenburg, die dem 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse mehr oder weniger gerecht wurden. Zum einen eine Veranstaltung des KBW, zwei Tage vor dem 1. Mai, mit ca. 70 Teilnehmern, auf der allerdings in der von DGB bekannten Manier allerlei wehrtauernde Hochstimmung über die gegenwärtige Situation des Klassenkampfes in unserem Land verbreitet wurde.

Zum anderen eine Veranstaltung am Abend des 1. Mai, zu der gemeinsam vom Ring Bändischer Jugend (RBJ), dem Oldenburger Jugendbundeskreis „Wertstadt“ und der Oldenburger Gruppe des KB aufgerufen wurde, und an der ca. 110 Freunde und Genossen teilnahmen. Mitglieder der Hamburger RBJ-Gruppe führten hier ihr Informations- und Liederprogramm „Freiheit für Griechenland – Solidarität im antifaschistischen Kampf“ auf, das auch schon in anderen Orten mit viel Erfolg stattfand. Anschließend hielt der KB einen Redebeitrag über die Festschreibung in der BRD, woran sich noch mehrere weitere Diskussionsbeiträge zu diesem Thema knüpfen. Da am diesem Tag bei weitem nicht alles „ausdiskutiert“ werden konnte, aber durchaus noch Interesse bestand, wurde die Diskussion über diese Fragen am nachfolgenden Sonntag (2. Mai) weitergeführt.

KB/Gruppe Oldenburg

Westberlin

In Westberlin ist es in Jahren zur Tradition geworden, daß am 1. Mai eine große Demonstration in den Arbeiterbezirken Neukölln und Kreuzberg durchgeführt wird.

Außer der „KPD“ und der „KPD/ML“ – die jeweils eigene Demonstrationen machten – beteiligten sich daran alle bedeutenden Organisationen verschiedener politischer Richtungen in der Arbeiterbewegung, Gewerkschaftsjugendgruppen und andere oppositionelle Gruppierungen in den Gewerkschaften, Organisationen ausländischer Arbeiter und Studentenorganisationen.



Westberlin. Kopf des KB Blocks

Der DGB hatte seit Jahren, seit es ihm nicht mehr gelang, den 1. Mai zum „Kampftag“ des Antikommunismus und der Feindschaft gegen die DDR zu gestalten, auf Straßendemonstrationen verzichtet.

Unter der Parole „Überlaßt die Straße nicht den Kommunisten“ trauten sich die DGB-Führer in diesem Jahr erstmals wieder aus ihren Rattenlöchern, was prompt „voll in die Hosen“ (Westberliner „Bild“-Zeitung, 2. Mai) ging.

Die DGB-Führung hat in ihrer Art auf die aus den Betrieben kommenden Forderungen nach einer DGB-Demonstration am 1. Mai und auf den von den Demonstrationen in Neukölln und Kreuzberg ausgehenden Druck reagiert. Mit antikommunistischen Parolen, mit der Aufstellung von 500 „Ordnern“, z.T. gegen Bezahlung angeheuert, mit kraftmeyerischen Drohungen, „Störer“, rote Fah-

nen und Flugblättern dazu aufgerufen. Sie waren von der Notwendigkeit ausgegangen, die traditionelle Mai-Demonstration in den Arbeiterbezirken zu verteidigen (die DGB-Demonstration fand fern von Arbeiterwohnstätten statt). In ihren Flugblättern hatten KB und AG zugleich die Scheinheiligkeit der SEW kritisiert, die mit der Gewerkschaftsführung im Betrieb und in der Gewerkschaft beim Kampf gegen links eng zusammenarbeitet, Ausschlußanträge gegen kämpferische Gewerkschafter unterstützt oder selbst beauftragt (wie bei Krone, wo der VLK-Vorsitzende, SEW-Mitglied, einen Revers an alle IGM-Mitglieder zur Unterschrift verteilen wollte, daß sie keinen „gewerkschaftsfeindlichen“ Gruppen angehören).

Etwa 15-20.000 Menschen nahmen an der SEW-Demonstration teil, darunter etwa 200 in einem Block des KB und AG. Während ihrer Demonstrationen

Nach dem 1. Mai ist einzuschätzen, daß es zweifellos ein Erfolg war, daß die DGB-Führer die gewünschte antikommunistische Stoßrichtung auf



Mai-Demonstration der SEW in Berlin

Die Westberliner SEW-Führung hatte zuerst eine Aufforderung zur „Aktionseinheit“ an Sicker geschickt, war aber abgeblitzt. So rief die SEW auch in diesem Jahr wieder zur Demonstration in Neukölln und Kreuzberg auf.

Fast alle anderen Organisationen der Westberliner Linken riefen zur Beteiligung an der DGB-Demonstration auf (mit Ausnahme der „KPD/ML“, die auch in Westberlin den „Trennungsschnitt“ zwischen Reform und Revolution“ zu ziehen wünschte). So die „KPD“ (die in diesem Jahr ihre eigene Demonstration auf den Nachmittag verschob), der KBW (der auf eigene Parolen verzichtete und da zu aufrief, sich unter „fortschrittlichen“ Parolen die vielleicht aus Betrieben oder Gewerkschaften kamen, „einzureihen“) und die Trotz-koten (die in ihren Erklärungen die SEW als „Spalter“ beschimpften, weil diese in Neukölln und Kreuzberg

„ihrer“ Demonstration nicht durchsetzen konnten. Geplagt ist allerdings das Argument mancher Organisationen, man müsse zum DGB gehen, weil dort „die Massen“ seien. Soweit dort „Massen“ waren, so fast ausschließlich deshalb, weil linke Organisationen und gewerkschaftsoppositionelle Gruppen die dorthin mobilisiert hatten. Daß die Mobilisierungsfähigkeit der DGB-Führer zu solchen Gelegenheiten nahezu gleich Null ist, hat sich erneut gezeigt.

Die DGB-Demonstration bestimmt und Sicker am Rande gehindert zu haben, in ein Bild. Politisch unwirksam aber wäre es nach unserer Auffassung, wenn die Westberliner Linke o h n e Sicker, Schütz & Co gemeinsam in Neukölln und Kreuzberg demonstriert hätte und damit zugleich das reale Kräfteverhältnis noch deutlicher sichtbar gemacht hätte.

KB/Westberlin

Kiel

In Kiel hat der DGB in diesem Jahr nach langer Zeit wieder eine Kundgebung auf dem Rathausplatz durchgeführt.

„Für die jugendlichen Kollegen“ (und darüber hinaus eine gewerkschaftliche Mai-Demonstration statt. Obwohl die rechten Gewerkschaftsführer aktiv demobilisierten die He rausgab eines KJA Aufrufs verhielten sie und mit dem Einsatz von Polizei gegen „Störer“ und „Chaoten“ drohten, beteiligten sich 8.900 Jugendliche an der Demonstration. Auch der KB (in Aktionseinheit mit der ehemaligen „KPD/ML ZB“, die zuvor auf einer gemeinsam ausgearbeiteten Plattform eine Aktionseinheit bild-

Stimmen die Profite nicht, machen die Kapis den Laden dicht

Weitere Betriebsstilllegungen und Rationalisierungen

Unvermindert rollt eine Welle von Rationalisierungsmaßnahmen über die kapitalistischen Betriebe. Während hierbei die großen Konzerne und Monopole (Vergleiche hierzu AK 42).

Doch noch auf andere Weise äußert sich der verschärfte Konkurrenzkampf der Kapitalisten untereinander und fordert eine "Opfer" im kapitalistischen Lager zunehmend sind Klein- und Mittelbetriebe von Konkurrenz betroffen und über Nacht wird der Laden dichtgemacht.

Gleichwohl, ob nun die Konzernverwaltungen Betriebe zur Stärkung ihrer Marktposition stützen oder ein Familienunternehmen der Konkurrenz der Großkonzerne nicht mehr gewachsen ist, in allen Fällen wird der Konkurrenzkampf der Kapitalisten um marktbeherrschende Stellungen und den höchsten Profit auf Kosten der Arbeiter und Angestellten der Betriebe umgetragen.

Sie sind es, die von heute auf morgen auf der Straße sitzen, vielfach sieht ihnen noch zurückgebender Lohn zu, eine neue Stellung zu finden wird im Augenblick immer schwieriger und auf eine gleichwertige Arbeit muß in den meisten Fällen verzichtet werden.

— Die konkreten Gründe für die Zunahme der Konkurrenz sind vor allem folgende:

— Klein- und Mittelbetriebe werden von den Konzernen aufgekauft und hinfertig stillgelegt, aus einzelnen Betrieben werden übernommen (besonders im Maschinenbau und in der Metallindustrie).

— zunehmende Konzentration in Branchen, die bisher noch hauptsächlich aus einer Vielzahl von Klein- und Mittelbetrieben bestehen (Textilindustrie, vgl. AK 41).

— zunehmender Kapitalexport: Errichtung von Produktionsstätten im Ausland — die Zunahme der Auslandsinvestitionen verdoppelte sich 1973 gegenüber dem Vorjahr auf mehr als 12 Milliarden Mark (betroffen ist hiervon vor allem die Textilindustrie, die Stahlindustrie und mehr

und mehr die Automobilindustrie, VW, man beachte auch die rasche Geschäftstätigkeit von über 100 Vergrößerern der westdeutschen Kapitalisten im Iran).

— strukturelle Schwächen nach Jahren des Booms und dauernder großstündiger Investitionen (Baubund-1970).

Es ist sicherlich falsch, aus den zunehmenden Meldungen über Betriebsstilllegungen, Rationalisierungsmaßnahmen etc. zu schließen, daß

Schrittmacher der Monopolisierung: des Finanzkapitals

Eine wesentliche Rolle bei dieser Entwicklung spielen die Vertreter des Finanzkapitals in den Banken. Sie steuern und regulieren diesen Prozeß durch ihre Kreditpolitik (zur Zeit die Politik des harten Geldes) d.h. durch Verweigerung von Krediten für in rote Zahlen gelandete Klein- und Mittelbetriebe, durch großzügige Kredite beim Firmenaufkauf, bei Fusionen und beim Kapitalexport.

In einem Interview mit dem „Welt am Sonntag“ gab der Vorstandspräsident der Deutschen Bank, Ulrich, an, in welchen Fällen diese Entwicklung gefördert wird bei Betrieben, in denen „geschäftspolitische Fehler und Mängel in der Unternehmensführung“ bestehen (eine freundliche Umschreibung der „Opfer“ des Konkurrenzkampfes) und dort, wo sich Firmen „zum Aufgeben in einen großen Unternehmen — sei es durch Verkauf oder Fusion — oder auch zur Liquidation“ entschließen.

„Das ist oft kein Verlangen, sondern eine vernünftige Reaktion aufgrund höherer Gewalt (!). Eine stiller Abwicklung bringt manchmal einen guten Nutzen für alle Beteiligten einschließlich der Mitarbeiter (!), wenn dadurch ein befriedigender Sozialplan ermöglicht wird.“

Konkurrenz der Monopolbetriebe

In allen diesen Fällen wurde auch versucht, mit „befriedigenden und großzügigen“ Sozialplänen die Belegschaften vom Kampf gegen die Rationalisierungsmaßnahmen abzuhaken.

Die großzügige Unterstützung des Finanzkapitals ist ihnen gewiß. So schreibt das „Handblatt“ vom 3. März 1974:

„Zu lange haben wohl auch die Banken, und das gilt nicht nur für diese Fälle, immer mehr gutes Geld dem Schlechten nachgeschmissen.“ und die WamS vom 5. März.

„Die Härte der Bundesbankiers bei ihrer Politik des teuren Geldes

brachte Schwächen der Unternehmen und Fehler ihrer Führung. Daß von Jahren des Booms gütig gedacht, bräutet aus Licht.“

Lenin beschrieb 1917 in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ die Bedeutung der Banken bei der Monopolisierung.

Aus den zerplitterten Kapitalisten entsteht ein einziger kollektiver Kapitalist. Die Bank, die das Kontokorrent für bestimmte Kapitalisten führt, tät schenbar eine rein technische, eine bloße Hilfsoperation aus. Sobald aber diese Operation Riesendimensionen annimmt, zeigt sich,

Bestellt!

UNSER WEG Sonderausgaben des KB

- ☐ Zum Nahost-Problem
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF
50 Seiten, 2. erweiterte Auflage DM 2,-
- ☐ Zur Politik des KBW (NRF)
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF und UNSER WEG
76 Seiten DM 3,-
- ☐ Chile: Vom „friedlichen Übergang“ zur faschistischen Militärdiktatur
3. geänderte und erweiterte Auflage DM 4,-
- ☐ Der Metallarbeiter-Streik in Schleswig-Holstein 1966/67
Eine ausführliche Analyse der Flensburger KB-Gruppe
16 Seiten DM 1,-
- ☐ Arnis raus aus Indochina!
Nachdruck von KB-Reden, ARBEITERKAMPF-Artikeln und wichtigen Dokumenten
2. erweiterte Auflage, 26 Seiten DM 0,50
- ☐ Wem nützen die Bomben bei Springer?
Nachdruck von Referaten auf der Großveranstaltung des KB anlässlich der Baader-Meinhof-Kampagne der Bourgeoisie
32 Seiten DM 1,50
- ☐ Von Pinelli zu Fettrinati — politischer Mord in Italien
In einer präzisen politischen Analyse wird die „kapitalistische Strategie der Bomben, der Provokation und Bespitzelung, des geplanten politischen Mordes und Einsatzes faschistischer Kommandos“ im Kampf gegen die kommunistische und Arbeiterbewegung am Beispiel Italien enthüllt.
44 Seiten DM 1,50
- ☐ Wohnungsprobleme in Deutschland
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF seit März 72
44 Seiten DM 1,50
- ☐ Die Emanzipation der Frau in Palästina
Von uns kommentierte und übersetzte Propaganda-Broschüre der PFLP zu diesem Thema
24 Seiten DM 1,-
- ☐ Zum Aufbau eines sozialistischen Studentenbundes Teil 2
40 Seiten DM 1,50
- ☐ Nachdrucke von Artikeln der KAB-Arbeiterzeitung zu zentralen Fragen der Arbeiterbewegung
Teil 1, 58 Seiten DM 2,-
Teil 2, 62 Seiten DM 2,-
- UNSER WEG, Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung**
- ☐ 16 Ausführliche Analyse der Metallarbeiterfrage 1971
Zur Diskussion im Kommunistischen Bund
28 Seiten DM 1,50
- ☐ 16/17 Zur Auseinandersetzung mit den ABG-München
40 Seiten DM 1,50
- ☐ 18 Kampf zweier Linien in der KP-China
Die Leitungstätigkeit und den Arbeitssitz verbessern
Die politische Arbeit im Stadteil
32 Seiten DM 1,-
- ☐ 19 Zur Faschismuskritik
32 Seiten DM 1,-
- ☐ 20/21 Zum 1. Mai 1973
Die chinesische Kulturrevolution
62 Seiten DM 2,-
- ☐ 22 Schädliche Illusionen über den Kampf der arabischen Völker
Kritik eines griechischen Genossen
Neue antikomunistische Broschüre der Hamburger IG Chemie
LehrerInnenverhandlungen 73
Zum Betrugsversuch des NRF (KBW)
am IRA Komitee Zeitungsboykott
37 Seiten DM 2,50



15. Mai 74: Etwa 1.500 Arbeiter der zum Rhein Stahl-Konzern gehörenden Edeltahlwerke Witten legten spontan die Arbeit nieder, um zum Tagungsort der gerade stattfindenden Aktions-Hauptversammlung zu marschieren. Der Protest der Arbeiter richtete sich gegen den Plan, mehrere hundert Kollegen „wagzonalisieren“, wie es die Konzernherren mit der Mannesmann Thyssen/Rhein Stahl-Direktionen heißt.

Am selben Tag fand ein Warnstreik gegen Rationalisierungsmaßnahmen bei den Edeltahlwerken in Remscheid statt.

Letzteres wurde überall dort deutlich, wo Großkonzerne fusionierten und kleinere Unternehmen aufkauften, um sie hinterher zu liquidieren: bei Thyssen-Rhein Stahl (die stille Abwicklung vollzieht sich hier über mehrere Jahre), bei Krupp, Flick, Mannesmann und Klöckner etc. Die „höhere Gewalt“ war hier die erdrückende



Dortmund: An der Spitze des Zuges die Solidaritätsbekundung mit den 1700 Arbeitern, die nach der Pohl-Scheider-Pläne den Erhalt ihrer Arbeitsplätze fordern.

1973/74: das Jahr der Konkurrenz

— 1973 stieg die Zahl der Konkurrenz gegenüber dem Vorjahr um 20% und 74 ist der Anstieg bisher noch wesentlich größer (genauere Zahlen sind noch nicht veröffentlicht). Allein die Zahl der Millionenpleiten hat sich verdoppelt (Angaben nach „Welt am Sonntag“ vom 4.5.74).

westdeutsche Kapitalismus befindet sich in der schwersten Krise. Völlig neu wird das Zusammenbrechen des Kapitalismus durch zunehmende Konzentration und Monopolisierung der Produktion, zunehmender Kapitalexport. Diese Entwicklung wird zur Zeit durch den verschärften Konkurrenzkampf der imperialistischen Länder untereinander beschleunigt und verschärft (EG, USA, Japan).

NACHRUUF

70-jährig verstarb unser Genosse Hartmut

am 20.4.74 infolge eines Motorradunfalls.

In Trauer um den Verlust einer der besten der Arbeiterklasse organisierten, hofungsvollen Kraft KB-Gruppe Bonn und Kiel

Forts. Profite

daß eine Handvoll Monopolisten sich die Handels- und Industrieoperationen der ganzen kapitalistischen Gesellschaft unterwirft, indem sie - durch die Bankverbindungen, Kontokorrenten und andere Finanzoperationen - die Möglichkeit erhält, sich zu nicht über die Geschäftslage der einzelnen Kapitalisten genau zu informieren, dann sie zu kontrollieren, sie durch Erweiterung oder Schwächung, Erleichterung oder Erschwerung des Kredits zu beeinflussen und schließlich ihr Schicksal selbst zu bestimmen, die Höhe ihrer Einkünfte zu bestimmen, ihnen Kapital zu entziehen oder ihnen die Möglichkeit

zu geben, ihr Kapital rasch und im großem Umfang zu erhöhen usw." An einigen der folgenden Beispiele von Betriebsstillegungen und Entlassungen im Maschinenbau und in der Metallindustrie wird dies deutlich

POHLSCHRÖDER, Dortmund

In den beiden Werken der Büromöbelfabrik in Dortmund-Aseln und Körne wurde seit Januar kurzgearbeitet. Ende April erfuhr die 1700 Beschäftigten des Büromöbelherstellers mit dem zweitgrößten Umsatz in der BRD über Nacht und durch Zufall von der völligen Stilllegung des Betriebes. Schon im Mai

wurde nicht mehr gearbeitet.

Die Firma hat zur Zeit etwa 60 Millionen Mark Bankschulden, noch 1973 erhielt Pohlchröder einen Bankkredit von 22,5 Millionen Mark aufgrund einer Bürgschaft des Land des Nordrhein-Westfalen, mit der „hier ein wesentlicher Beitrag des Firmas zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur im östlichen Ruhrrevier honoriert werden sollte“ („Welt“ vom 26.4.74).

Mittlerweile haben die Banken jede weitere Unterstützung verweigert. Pohlchröder löste aufgrund von Fehlinvestitionen nicht mehr Wertieren im folgenden eine Stelle aus dem „Handelsblatt“ vom 25.4. aus dem „Pohlchröder-Konkurs, die die kapitalistischen Gesetze des Profits und

Damit wird die Belegschaft auf 1900 sinken (1971 waren es noch 3000).

Als Ziele und Gründe gaben die Kapitalisten offiziell an: „Die Entlassungen sind keine Folge der konjunkturellen Entwicklungen“, sondern man vollziehe lediglich „Strukturveränderungen“ durch den „Übergang zu nationaler produzierbarer Großtechnik“. Trotz Reduzierung der Belegschaft soll der Umsatz jedoch um 15% auf 100 Millionen Mark steigen (nach „Handelsblatt“ v. 20.4.74).

Der Betriebsrat verweigerte die Zustimmung zu den Entlassungen. Doch Geld und Macht der Kapitalisten suchten und fanden auch hier einen Ausweg. Man erlangte einen toten Clou: Der Hauptaktionär (90%) und

Streibelwerke, Mannheim

„Ein Konkurs nach Art des Havaras für Mannheims Streibelwerke ist der Ofen aus“ (Welt der Arbeit, 22.2.74). In der Tat: 2400 Arbeiter und Angestellte werden auf die Straße gesetzt, nur 250 (10%) von ihnen haben bisher neue Arbeitsplätze gefunden - dies jedoch auch nur mit Lohnverlusten, denn die Streibelwerke zahlte überaus schlecht. Für die anderen 2150 Kollegen steht die Lage außerordentlich düster aus. In Mannheim (wo die Streibelwerke sitzen) ist die Arbeitslosenquote auf 2,2% (über 5.000) geschnitten und steigt weiter! Vom Arbeitslosengeld kann niemand leben - ein Arbeiter mit

Bücher und Broschüren

- ☐ Palästina
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Führung
120 Seiten DM 6,-
- ☐ Die chinesische Kulturrevolution
In Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau“ aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten DM 8,-
- UNSER WEG Revisionismuskritik
180 Seiten DM 4,50
- ☐ Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen I
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten DM 6,50
- ☐ Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
180 Seiten DM 4,50
- ☐ Kampf dem Faschismus
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten DM 6,50

Preis zuzüglich Portokosten

Abonnement

ARBEITERKAMPF

Zeitung des Kommunistischen Bundes

- ☐ für 6 Ausgaben DM 4,80
- ☐ für 12 Ausgaben DM 9,80
- ☐ Förderabo für 6 Ausgaben ab DM 6,-
- ☐ Förderabo für 12 Ausgaben ab DM 12,-

DIE INTERNATIONALE

Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

- ☐ für 6 Ausgaben DM 4,80
- ☐ für 12 Ausgaben DM 9,80
- ☐ Förderabo für 6 Ausgaben ab DM 6,-
- ☐ Förderabo für 12 Ausgaben ab DM 12,-

UNSER WEG

Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

- ☐ für 6 Ausgaben DM 6,-

Anschrift

Zahlungen bitte im voraus auf das Postcheckkonto Hamburg 2405 95 203 an Verlag ARBEITERKAMPF, J. Reents, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35

Verlags-Katalog

kostenlos

In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.



Die Wilhelmshütte-Belegschaft protestiert

der Rücksichtslosigkeit gegenüber den Arbeitern der Betriebe verdeutlicht

„Die Unternehmenspolitik ganz auf Expansion ausgerichtet war, ist seit 1971 ein Investitionsprogramm von 45 Mill. DM beschlossen worden. Davon ist mit einem Aufwand von 35 Mill. DM eine neue Produktionsstätte ... in Dortmund-Aseln gebaut worden, was auch durch die Enge des alten Werkes unbedingt notwendig war, aber dann durch die verschlechterte Marktsituation nicht voll ausgelastet werden konnte. Das Unglück (!) wollte es, daß das neue Werk gerade in dem Moment zu produzieren begann, als schlechtere Zeiten angebrochen waren.“

Außer roten Zahlen war nicht mehr viel drin. Die Banken ließen Pohlchröder fallen.

Was kümmert die Kapitalisten die Situation der 1700 Beschäftigten?

mehrere Fabrikant Kreidler zieht mehr als 8 Mill. DM aus dem Stammkapital zurück, dadurch gerät die Firma in Schwierigkeiten, ihre Investitionen zu finanzieren - es ist den Kapitalisten ein leichtes, jetzt die „Notwendigkeit“ von Entlassungen nachzuweisen (nach „UZ“ vom 24.4.).

Maybaum Elektrogerätfabrik, Sondern

Anfang Mai eröffnet die Firma aus dem Sauerland ein Konkursverfahren, wenige Tage später heißt es in einer kurzen Meldung des Kölner Stadtanzeiger vom 8.5. nur die über 500 Beschäftigten werden wegen Stilllegung am 10.5. entlassen.

fünfköpfiger Familie bekommt beispielsweise 87,40 DM (!). Ein Kollege kennzeichnete die Lage auf einer Protestversammlung so ich weiß nicht mehr wovon ich meine Familie ernähren soll.

Alle 2400 Streibelwerke und einer besonders üben und zynischen Stilllegung zum Opfer gefallen. Die Streibelwerke gehören zu den führenden Heizkesselherstellern und standen auf dem Weltmarkt an zweiter Position. Aufträge waren vorhanden - die Produktion von daher also gesichert. Allerdings geht es auf dem Heizkesselmarkt nicht mehr so rapide bergauf wie vor einigen Jahren, und die Konkurrenz von Stahlkesseln (Stiebel baul Gußkessel) wird stärker.

Es war also längerfristig abzusehen, daß die Produktion hier nicht mehr so viel Profit wie sonst abwerfen würde. Interessant ist,

nicht mehr so viel Profit wie sonst abwerfen würde. Interessant ist,

Wilhelmshütte, Wetzlar

Für die 730 Beschäftigten der zu den Buderus'schen Eisenwerke (Flick Konzern) gehörenden Gießerei ist an ihrem alten Arbeitsplatz Feierabend die Gießerei wird Anfang nächsten Jahres stillgelegt. Die Eisenwerke planen eine Konzentration und Umstrukturierung der Fertigung im Bereich der sogenannten Hinterlandwerke“ heißt es lapidar in einer Pressemitteilung („Welt“ 4.4.74). Flick's Lakaien hatten „Trost“ für die Beschäftigten parat: durch die Umstrukturierung würden auch einige zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen!

Kienzle, Schwenningen

Schon im Februar beschloß die Unternehmensleitung der Uhrenfabrik Rationalisierungsentscheidungen. 300 Kollegen sollen gefeuert werden.

Maschinenfabrik Wespert, Heilbronn

170 Arbeiter demonstrierten Anfang Mai in Heilbronn gegen die Schließung des Werkes, das schon vorher nach und nach 290 Kollegen entließ.

A. Rentrop GmbH

Nach der Kurzarbeit im Februar entließ der Zulieferbetrieb für die Automobilindustrie 300 der 1700 Beschäftigten in den Werken Stadt Hagen und Neustadt.

Stahlwerke Mannheim

Spätestens bis zum 20. Juni soll die Stahlgießerei geschlossen werden und die 300 Beschäftigten sitzen auf der Straße.

nicht mehr so viel Profit wie sonst abwerfen würde. Interessant ist, wie die Stilllegung bzw. der Konkurs durchgezwungen wurde. Es gab beispielsweise durchaus Bestrebungen, den Betrieb weiterzuführen, diese Bestrebungen scheiterten letztlich an der Deutschen Bank, die weitere Unterstützung verweigerte und für 45 Mill. DM Kredite im Werke stecken hatte. Der größte Konkurrent der Streibelwerke, Buderus, gehört zum Flick Konzern, zwischen Flick und der Deutschen Bank bestehen nun bekanntlich sehr „enge“ Bindungen. Es liegt auf der Hand, daß hier kaltblütig im Interesse des höchstmöglichen Profits 2400 Arbeiter auf die Straße gesetzt wurden. Die Deutsche Bank, die in den beiden größten Heizkesselproduzenten direkt oder indirekt drinist, unterscheidet „außerhalb“ der Produktion und Stilllegung.

Metal Komitee
K.B. Gruppe Hamburg

Ernst Thälmann

ÜBER

GEWERKSCHAFTEN

Beiträge auf dem 10. Plenum des EKKI, Juli 1929

Ernst Thälmann hielt auf dem 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale ein Referat über „Die Wirtschaftskämpfe, unsere Taktik und die Aufgaben der Kommunistischen Parteien“.

Anzeige

mieten auf Spaltung der Gewerkschaften erfordert im gegenwärtigen Moment die Aufhebung der größten Zäsur und Ausdecker durch die Kommunisten um für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen.

100 Seiten

DM 3

erhältlich im ARBEITERBUCH
2 Hamburg 13
Grindelhof 43

Kampf dem Faschismus

Wir veröffentlichen hier eine Reihe von Berichten über antifaschistische Aktionen. Es zeigt sich hier, daß wir so oft mit einem bürgerlich-liberalistischen und pazifistischen Herangehen an den antifaschistischen Kampf zu tun haben gegen faschistische Zusammenrottungen dürfen man zwar „friedlich und diszipliniert“ demonstrieren, man dürfe aber nicht versuchen, sie zu verhindern. Denn dies sei „undemokratisch“, man dürfe den Faschisten „nur mit den Waffen des Geistes“ entgegenzutreten etc.

Wenig verbreitet ist offenbar die Sehnsucht, mit den Faschisten zu „diskutieren“. Die „KPD/ML“ treibt das so weit, daß die faschistischen Hetzreden gegen die DDR begeistert zustimmt. Da sei man sich in einig. Der KBW wiederum wünscht anscheinend die Faschisten für die Wählbarkeit der Offiziere durch das Volk zu gewinnen.

Ähnlich vermahnte der KBW z.B. in Hamburg schon während der Bürgerstabskassen die (nicht mehr zahlreichen) Besucher von CDU-Veranstaltungen für das imperative Mandat zu gewinnen, was zur humoristischen Aufheiterung dieser Veranstaltungen sehr beitrug.

Dieses bürgerlich-liberale Herangehen geht von einer völligen Verkenntnis des Wesens des Faschismus aus.

Die Faschisten sind nicht irgendeine Gruppe, die man reden lassen und „mit Argumenten bekämpfen“ muß. Die Faschisten sind der terroristische Vortrupp der äußersten Reaktion, die Nachfolger der Hitlerdiktatur, die Freunde der Mörder unserer chilenischen Klassenkämpfer. Hier gilt die alte Arbeiterweisheit, daß vorbeugen (dem Faschismus) besser ist als heilen und daß auf einen großen Klotz ein großer Keil gehört.

Man darf sich auch nicht davon trüffeln lassen, daß die Faschisten gegenwärtig bei solchen Gelegenheiten meist „friedlich“ auftreten und scheinbar auf ihr „demokratisches Recht“ pochen. Wenn diese Leute heute auf offenen Terror verzichten, dann nur unter taktischen Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung des Kräfteverhältnisses. Es sei dann erinnert, daß unter anderen Bedingungen in Italien kaum ein Tag ohne faschistischen Mordanschlag vergeht. Erinnert sei auch daran, daß letztes Jahr in Frankreich mehrere arabische Kollegen von Faschisten ermordet wurden, die damit ihren Rassismus blutig ausübten.

Wo die Faschisten heute schon das Kräfteverhältnis auf ihrer Seite haben, verfahren sie auch in der BRD mit äußerster Brutalität. Das berüchtigte Beispiel ist der NPD-Krawall im Frankfurter Cantate-Saal vor einigen Jahren, wo einige bürgerliche Demokraten, die in pazifistischer Absicht gekommen waren, von den NPD-„Ordnern“ blutig zusammengeschlagen wurden. Es gibt darüber hinaus zahlreiche Beispiele, wo die Faschisten in dieser Weise vorgehen.

So verurteilte z.B. auch 1971 nach der Verhinderung einer NPD-„Großveranstaltung“ (als Redner war Thadden vorgesehen gewesen) durch 1.500-2.000 Antifaschisten in Hamburg einen Haufen faschistischer Schläger in voller Kriegsbemalung nachträglich noch eine Schlägerei anzuzetteln. Die Faschisten wurden daraufhin durch die Straßen gejagt und – soweit sie nicht von der Polizei in „Schutzhäuser“ genommen wurden – gestellt und entwaffnet. Hier wurde allerdings ein Fehler gemacht: Die Faschisten wurden mitsamt ihren Waffen (Stahlruten, Gummiknüppel, Schlagringe) der Polizei übergeben, die sie natürlich laufen ließ. Hier wäre es richtig gewesen, die Waffen der Faschisten sicherzustellen und zu dokumentieren (Veröffentlichung von Fotos) für die antifaschistische Propaganda zu verwenden; außerdem hätte man versuchen können, selbständig die Personalien der ergriffenen Faschisten festzustellen, da die Polizei dies sowieso meist nicht tut.

Bei den faschistischen Zusammenrottungen sind – um auf ein weiteres Argument der Liberalisten einzugehen – bisher auch in der Regel durchaus noch nicht „die Massen“ festzustellen, vor denen diese linksliberalen Kleinbürger ihren „Kampf der Argumente“ aufzuführen möchten.

Hamburg Altona: Spitzel mattgesetzt

Etwa 200 Personen besuchten die 1. Mai-Veranstaltung der KB-Bezirkszelle Altona am 24.4.74 in der „Rathaus-Gaststätte“ in der Altonaer Bahnhofstraße.

Unter den Veranstaltungsteilnehmern befand sich auch ein Herr im mittleren Alter, der sich interessiert handschriftliche Notizen machte. Wegen seiner Geschäftigkeit war er bereits mehreren Genossen aufgefallen, ohne daß etwas gegen ihn

nieren. Da man ihn jedoch nicht aus den Augen ließ, gab er es auf und verschwand.

Hinterher erst wurde klar, daß er in der Gaststube weniger telefonieren als sich in die Gesellschaft eines zweiten (verdeckten) Spitzels begeben wollte, wie wir den ihm abgenommenen Unterlagen entnehmen konnten.

Bei den Unterlagen handelte es sich um zwei Mitteilungen und eine

den Dünung anweist, was dieser mit dem Einsatz zu beauftragen hat. Scholz hat Dünung das Schreiben an Engler gleich beigelegt.

Herrn Engler:
Da in den ankündigenden Veranstaltungsmittteilungen verschiedene Zeiten (16.00 oder 18.00 Uhr) angegeben sind, bitte zwecks Klärung mit der Rathaus-Gaststätte Verbindung aufnehmen.

Die Veranstaltung dann in bürgerlicher Kleidung überwachen. MV-Eintragungen fertigen.
Herr Birkmann befindet sich im Hause und kann dort bei besonderen Anlässen erreicht werden.

Scholz

Handwritten note:
Herrn Engler
Da man ihn jedoch nicht aus den Augen ließ, gab er es auf und verschwand.
Hinterher erst wurde klar, daß er in der Gaststube weniger telefonieren als sich in die Gesellschaft eines zweiten (verdeckten) Spitzels begeben wollte, wie wir den ihm abgenommenen Unterlagen entnehmen konnten.
Bei den Unterlagen handelte es sich um zwei Mitteilungen und eine

Handwritten note:
Herrn Engler
Da man ihn jedoch nicht aus den Augen ließ, gab er es auf und verschwand.
Hinterher erst wurde klar, daß er in der Gaststube weniger telefonieren als sich in die Gesellschaft eines zweiten (verdeckten) Spitzels begeben wollte, wie wir den ihm abgenommenen Unterlagen entnehmen konnten.
Bei den Unterlagen handelte es sich um zwei Mitteilungen und eine

unternommen wurde.
Als er kurz vor Ende der Veranstaltung den Saal verließ, folgten ihm einige Genossen und stellten ihn am Ausgang der Gaststätte.

Der Herr wurde aufgefordert, Unterlagen, die bei ihm bemerkt worden waren, herauszugeben, ebenso seine Notizen. Sichtlich überrascht über das plötzliche Auftauchen und die drohende Haltung der Genossen, ließ er sich seine Papiere aus der Hand reißen, bis auf einen Zettel, den er, wenn auch beschädigt, retten konnte. Wütend fuhr er die Genossen an und fauchte: „Lassen Sie das sein, Sie wissen doch wohl, wer ich bin“ (erraten!).

Darauf ging der Spitzel in die Gaststube, um angeblich zu telefo-

Photokopie des zu dieser Veranstaltung aufrufenden Flugblatts.

Die erste Mitteilung war an Herrn Dünung gerichtet mit folgendem Text:

„Herrn Engler bitte zur Überwachung der Veranstaltung in der Rathaus-Gaststätte in bürgerlicher Kleidung einsetzen und entsprechend im Wachseinsatzplan eintragen.“

Scholz

Ab 16.00 oder 18.00 Uhr – bitte klären lassen.“

Die zweite Mitteilung ist ebenfalls handschriftlich und wie die erste von dem gewissen Herrn Scholz unterzeichnet. Scholz ist offensichtlich der Vorgesetzte, der

Eine anhängende Fotokopie des Flugblattes des Bezirkszells Altona die ebenfalls dem Spitzel abgenommen wurde, trägt die handschriftliche Eintragung:

„Herrn Manfred Fritz, 43 99 537“

Als Engler vor der Gaststätteneinfahrt anhalten wurde, befand sich ein zweiter verdeckter – Spitzel wahrscheinlich der genannte Birkmann, in seiner Nähe, vermutlich im Kneipen-Vorraum. Dementsprechend haben wir davon auszugehen, daß jeweils der sich um Einsatz befindliche Spitzel durch einen oder mehrere „Verdeckte“ geschützt wird.

Bezirkszelle Altona
KB-Gruppe Hamburg

Gaststube, um angeblich zu telefonieren. Offensichtlich der Vorgesetzte, der

FASCHISTISCHE GEHEIMNAT TERRORISIERT DIE BEVÖLKERUNG IN KASSEL

Überall „wo wir hinkommen, ist Ruhe“ und „So was braucht die Stadt“ sagte der Einsatzleiter der faschistischen Abwehrorganisation Gerd NIMM und Sohn. Und führte eine nachrichtliche eine militärisch geführte Übung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in der Kasseler Innenstadt durch.

15 uniformierte Faschisten der „privaten“ Kilierruppe, dazu sieben Funkwagen und fünf Hunde, die aus-

sehen „wie kleine Käiber“ blickten auf öffentlichem Gelände „Häuserfronten und Gebäude abriegeln“ und „Straßen durchqueren“.

Wenn sich bislang diese faschistische Terrorgruppe auf „Objektschutz“, „Industriespionage“ und „Bespitzelung“ (wofür Kapitalisten, pro tausend Arbeitsschmer jährlich 156.000 DM plus Spesen bezahlen) „beschränkt“ hat, so gingen sie in dieser jüngsten Nachtaktion dazu über, die nachschaffende Bevölkerung zu terrorisieren. Ihr Übungsziel, im Rahmen einer Ausbildung für „Agenten im gehobenen Dienst“ lautete: Wie umstellt man ein Haus? Wie durchgeht man eine Gasse? Diese Aufgabe wurde gelöst.

Auf Anfrage sagte der Kasseler Polizeipräsident Herbert Ahlborn (SPD): „Wir haben keine Möglichkeit, in die Maßnahmen (!!) einer Privatfirma (!!!) einzugreifen. Der Einsatz war uns vorher bekannt gegeben worden“. Immerhin sei es aber noch möglich, daß das Gewerbeaufsichtsamts (!!!) etwas beanstandet.

Tatsächlich geschah von dieser Seite her gar nichts.

Hiermit wurde die Zusammenarbeit zwischen Stabsapparat und „privaten“ faschistischen Militärorganisationen wieder mal deutlich.

Genossen der Bezirksorganisation, KB-Gruppe Hamburg

Cuxhaven:

Spontane Aktion gegen Faschisten

Vor einigen Wochen hatten Stader NPD-Faschisten einen Stader vorm Cuxhavener Kaufhaus Karstadt aufgebaut. Die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) verteilten Flugblätter und sammelten auch noch für ihre Organisation Geld. Das war natürlich ein Anstoß für viele fortschrittliche Menschen, und als dann ein Arbeiter beim Anlaufen eines ihrer Plakate von einem JN-Schläger Prügel bezug, kam es unter etwa 30-40 Jugendlichen zu spontanen Reaktionen. Man bildete einen Sprechchor und rief z.B. „Nieder mit der braunen Pest!“.

Viele Passanten beschimpften die JN. Die Plakate wurden abgerissen und der Stand immer mehr bedrängt. Einige schnappten sich das Propagandamaterial und warfen es durch die Luft. Die Faschisten da nur mit drei Mann angetroffen waren, hatten es mit der Angst bekommen und die Polizei gerufen die auch sofort mit zwei Wagen aufkuzte und die Faschisten freundlich begrüßte. Man

Entfaltung der Faschisten.

Erfolgreiche Verhinderung einer Nazi-Veranstaltung

Nach dem Protest gegen die NPD-Stände, wurde die für den 14. Mai geplante Veranstaltung der NPD eine Platte frühzeitig regelten etwa 30 Antifaschisten den Eingang zum Veranstaltungsort ab und blieben gegenüber allen Versuchen, die Demonstranten einzuschüchtern und die Abzögerung zu durchbrechen (u.a. auch durch einen zivilen Trupp der Polizei (sahen Polizei) konsequent und hielten die Reihen geschlossen. Trotz angestrebter Bemühungen der NPD, die uniformierte Polizei herbeizurufen, griff diese diesmal nicht ein. Obwohl später noch einige Faschisten auf überheblichen Umwegen im Lokal gelangen konnten, blieben sie mit rund 15 Leuten doch unter sich und konnten ihre Verarmungsmittel mit 1300 Verarmung und auf in dieser kleinen Besetzung begeben. Damit war zumindest erreicht, daß die Nazis an diesem Abend ihre Hetze nicht über den eigenen Kreis hinaus an den Mann bringen konnten.

KB Sympathisanten in Cuxhaven



NA, ÜBER DEN SOZIALIMPERIALISMUS SIND WIR UNS JA EINIG, ABER WAS HALST DU VON DER WAHL DER OFFIZIERE DURCH DAS VOLK?

Stattdessen sind auf den faschistischen Veranstaltungen fast immer die selben verarmelten „harten Kerne“ anzutreffen, bei denen nicht lange Reden, sondern eine militante Abfuhr am besten ankommt.

Wir müssen die Faschisten als eine feindliche Armee betrachten und sie entsprechend behandeln. Ebenso wie im Kampf gegen eine feindliche Armee sind dabei Schlichtes, „am jeden Preis“, auch unter harten ungünstigen Bedingungen, zu vermeiden. Als Beispiel sei die KPD/ML erwähnt, die Anfang Mai in Hamburg, an einem Sonntag, wo kaum jemand auf den Straßen war, und ohne die geringste öffentliche Mobilisierung, unbedingt mit 40 Mann einen NPD-Parität verhindern wollte. Mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen, hätte dieselbe Wirkung gehabt.

Im Kampf gegen eine feindliche Armee spielt neben der rein militärischen Seite (d.h. hier die militante Auseinandersetzung, Verhinderung faschistischer Zusammenrottungen, Entwaffnung und Bestrafung faschistischer Schläger) auch die politische Zersetzung des Gegners eine Rolle – und es wäre ein Fehler, diese Seite außer Acht zu lassen.

Es gibt zahlreiche Gelegenheiten, bei denen junge Menschen, die von der faschistischen Demagogie eingefangen worden sind, politisch angesprochen werden können und müssen. Dies darf aber die militante Konfrontation nicht entgegenge-setzt werden. Ein entschlossenes antifaschistisches Auftreten ist oft ein Rebell, um bei jenen Gefolgsleuten des Faschismus die ihnen eingeimpfte Mentalität von der – auch kräftemäßigen – Überlegenheit des Faschismus aufzubrechen. So ist selbstverständlich, daß wir in der politischen Arbeit gegenüber solchen Leuten keinerlei Zugeständnis an den Antikommunismus machen (Über die DDR sind wir uns natürlich einig o.ä.), sondern ihnen offen entgegenzutreten und vor allem die arbeit- und volkshenliche Konsequenz ihres Treibens aufzuzeigen.

Es ist, daß wir alle Kampfmittel gegen den Faschismus einsetzen müssen, miteinander kombinieren müssen, ohne entweder die rein gewalttätige Seite oder die rein „politische“ Seite dabei einseitig zu betonen.

Am 1. Mai rief das „Gewerkschaftliche Mitkomitee“ (in dem auch die Sympathisanten-Gruppe des KB mitarbeitet) mit einem Flugblatt auf „Stopp Löwenthal am 1. Mai!“ Der SDS Hannover verteilte ebenfalls Handzettel ähnlichen Inhalts. Es galt die Provokation des gewerkschaftsfeindlichen CGB (christlichen Gewerkschaftsbund) zurückzuweisen der dessen Reaktion auf einer „Mitkundgebung“ sprechen lassen wollte Thema „Freiheit in Gefahr!“ Aus dem Aufruf-Flugblatt ging hervor, daß es sich hier um eine Hetzveranstaltung in faschistischem Stil handeln würde die „Kritik an der SPD-Mitbestimmung“, die der CGB hier vertritt, richtet nicht gegen die Mitbestimmungsgesetze, die von SPD und Gewerkschaftsführung verbreitet wird, sondern ist Hetze gegen die Gewerkschaften überhaupt, gegen diese Sammelbecken „der Systemveränderer aller Schattierungen, linksradikaler Agitatoren und Terroristen.“ Selbst die reaktionären SPD-Gewerkschaftsführer sind unter diesen Predikanten sogar miteinbezogen, wie etwa das „Handelsblatt“ andeutet. „Für die IG Metall wird die Gewerkschaften (1) im Kampf um die Durchsetzung ihrer Interessen zunehmend zum ganz selbstverständlichen Mittel.“ (S. 3/4).

Lisbienen Waten am Künstlerhaus, wo die Löwenthal-Veranstaltung stattfinden sollte, etwa 200 Antifaschisten. Von Anfang an herrschte ziemliche Unklarheit über das konkrete Ziel der Aktion und die Art des Vorgehens. Ein Teil der Demonstranten propagierte die Parole „Faschisten haben kein Redeerecht“, ein anderer Teil verhielt sich abwartend.

Es zeigte sich aber, daß auch der aktive Teil der Demonstranten nicht so radikal war wie sein Schlachtruf. Er war gespalten in diejenigen, die schon im Saal auf den Beginn der Veranstaltung warteten und die, die an der Tür Löwenthal abfangen wollten. Löwenthal erschien und wurde „Kampfflor“ durchgelassen. Lediglich im Vorraum des Künstlerhauses lief ein Gemosse „Löwenthal Faschist! Raus aus Hannover!“ Löwenthal drehte sich um und fragte: „Wer hat mich eben Faschist genannt? Ich werde Sie anzeigen!“ Sprachlos und drehte sich um und verschwand im Versammlungsraum. Im Vorraum hatte sich zuerst eine fast betretene Stille ausgebreitet. Löwenthal war schon aus der Reichweite, als die Überraschung über sein freches Auftreten überwunden war. Die Demonstranten stiegen während ein „Löwenthal – Faschist! Raus aus Hannover!“ Die Chance, Löwenthal am Betreten des Saals zu hindern, war vergeben.

Bis zum Erscheinen Löwenthals hatten nur vier bis fünf ältere Ordner vor der Tür des Versammlungs-

Oberhetzer Löwenthal am 1. Mai in Hannover

scheinbar friedlich Polizisten mit Dienstwaffen und ohne „Kampfabkürzung“ stiegen.

Ein Augenzeuge berichtet: „Nur wenige vor dem Künstlerhaus bemerkten die Ländchen, Bullen, die durch die Einfahrt neben dem Haus liefen. Ich rief: „Bullen am Seitenrampfen!“ und rannte hinterher. Die Bullen waren schon durch einen Keil eingeengt ins Haus. Ich lief auf den Hof und auf die Terrasse, die hinter dem Löwenthal-Saal lag. Drinnen war es unwahrscheinlich laut. Löwenthal kam gar nicht zum Reden. Einmal hörte ich ihn in dem Krach rufen: „mit einem Zitat von Kurt Schumacher! Die Kommunisten sind gelenkt von einer feindlichen Macht.“ Der Rest ging in Pfaffen und Rufen unter. Aber richtig los ging es erst, als er schrie: „Rote Faschisten!“ Die Saalordner wollten eine Schiebe-

thür zutreten, um unsere Leute, die hinten saßen, auszusperren. Da kam es zu Gedrängel, aber noch nicht zu Schlägerei. Plötzlich sprang eine Tür auf, die Bullen stürzten rein und knüppelten auf alle, die hinten saßen und stunden. Sie schlugen sofort auf Köpfe und Schultern der Demonstranten und trieben sie zur Saaltür raus. Wir schlugen die Fenster von außen ein und brachen die Terrassentür auf, damit einige aus da rauskommen. Vor der Saaltür standen nämlich auch Bullen, die allen, die da rauskamen, noch einen auf den Kopf oder ins Kreuz verpaßten.“

Nach der Räumung des Saals durch die Bullen wurde vor dem Künstlerhaus Bilanz gezogen: ein Juso hatte eine klaffende Platzwunde am Kopf, ein etwa 60jähriger ÖTV-Kollege war als Rädelführer

bezeichnet und brutal geschlagen worden, ein Mädchen war auf der Treppe vor dem Künstlerhaus festgenommen, in einen Seitenraum gerückt und dort brutal von zwei Bullen zusammengeschlagen worden. Später zogen etwa 125 Mann im Demonstrationszug durch die Stadt zum Unabhängigen Jugendzentrum Kornstraße unter Pulparollen wie „Löwenthal – Faschist! Raus aus Hannover!“, „Deutsche Polizisten schütten die Faschisten!“, „Polizei SA – SS!“ und Demokraten Kommunisten: einig gegen die Faschisten!“

Im UJZ Kornar wurde über die Aktion diskutiert. Nachdem Zeugen aussagen aufgenommen wurden, wurde eine Sache, die wir zu wenig Bedeutung beigemessen haben (!) – wurde versucht, die Ursachen des so häufigen Mißerfolges zu erkennen und das Auftreten Löwenthals und die Rolle des CGD richtig einzuschätzen. Gerade in Hannover gelang es dem „Christlichen Metallarbeiterverein“ bei VW einige Betriebsratsposten zu ergattern.

Es wurde der Vorschlag gemacht, die Aktion nicht einfach so im Sande verlaufen zu lassen, sondern die antifašistischen Ansätze fortzuführen. Es wurde dazu eine weitere Diskussion angesetzt.

Zu dieser Diskussionsveranstaltung erschienen 24 Personen. Wichtigste Frage war: „Was tun, wenn Löwenthal wiederkommt?“ Die Militanteren vertraten die Ansicht „Faschisten haben kein Redeerecht!“

Der gegensätzliche Standpunkt war relativ pazifistisch und prinzipiell dagegen, ein erneutes öffentliches Auftreten eines Faschisten nach Möglichkeit zu verhindern. Dieser Widerspruch konnte in der ersten Sitzung nicht geklärt werden.

Wir verstehen es als Aufgabe, innerhalb der hannoverschen Linken für größere politische Klarheit über die Fragen des antifašistischen Kampfes uns einzusetzen und nach Möglichkeit für den nächsten Löwenthal-Besuch in Hannover Ende Mai entsprechende Vorsorge zu treffen.

Am 3. Mai verkündete die „Hannoversche Presse“, der DGB wolle prüfen, „ob er möglicherweise Strafverfahren gegen den CGB und unter Umständen auch gegen die hannoversche Polizei erhebt.“ Das halten wir allerdings für bloßen Theater-Donner der Gewerkschaftsführer, wenn man z. B. bedenkt, daß ihre eigenen Parteikumpans (SPD) für den Polizei-Einsatz verantwortlich sind und Oberhetzer und Faschist Löwenthal nach wie vor Mitglied des DGB ist (und zu dessen Gründungsmitgliedern im Westberlin gehört). Der hannoversche DGB vermißt auch, auf den provokatorischen und faschistischen Charakter der CGB-Vorgangspläne hinzuweisen, sondern beklagt lediglich die „Unverhältnismäßigkeit der Mittel“ des Bullen-Terrors gegen „vermeintliche Störer“.

Sympathisanten des KB, Hannover

Welch ein Gestank!

Kripo breitet ihre schmutzige Wäsche aus



Grunert begrüßt Strauß als Gast auf dem BDK-Kongreß im Dezember 1971

In einem Vortrag vor leitenden Kripo-Leuten im September 1972 machte Hamburgs Kripo-Chef, Berling, die launige Bemerkung: „Es gibt bei uns Sachbearbeiter, die wissen alles besser. Die gehören am besten in den Gefasos.“

Diesem „Schers“ trug der Vorsitzende des „Bundes Deutscher Kriminalbeamter“ (BDK), Grunert, an die Öffentlichkeit. „Weil ihm sein Gewissen als Bürger keine Ruhe ließ“, wie Springer „Hamburger Abendblatt“ am 27./28.4.74 zu melden wußte.

Der BDK-Chef mit dem zarten demokratischen Gewissen ist uns allerdings kein Unbekannter mehr. Als im Dezember 1971 in Hamburg ein BDK-Kongreß stattfand, sagte Grunert in seiner Rede, daß die Gewerkschaften „die Wurzeln allen Übels“ und „die Totengrüber unseres Staates“ seien. Mit von der Partie war damals übrigens CSU-Boß F.J. Strauß (Vgl. AK 14, S. 3).

Als Grunert Berlings faschistisches „Witzchen“ bekannt gemacht hatte, verließ sich Berling zunächst auf die „Verschwiegeneheit“ seiner „Untergebenen“ und die Unterstützung seines Vorgesetzten, Polizei-Präsident Redding (SPD). Berling bestreitet alles und klagt seinerseits den Grunert wegen Verleumdung an.

Kedding gab Berling zunächst ohne weiteres Recht, und Grunert bekam eine Disziplinarstrafe, weil er „das Ansehen der Polizei geschädigt“ habe. Er sollte ein Dreißigstel seines Bruttogehalts (rund 2000 DM monatlich) über ein Jahr hin verlieren.

Grunert (von Springer-Presse und CDU kräftig unterstützt!) ging vor Gericht und setzte sich durch. Die aufmarschierenden Kripo-Geusen machten zwar überlegend eine klägliche Figur (von 50 Zeugen bestätigten nur neun die Äußerung Berlings, 20 hatten „nichts gehört“ und 20 meinten, die Äußerung sei „in ganz anderem Zusammenhang“ gemeint gewesen). Jedoch war die „Frei-

werden“ jedoch nach dem Gericht, auch aufgrund eines Teilgeständnisses von Berling überzeugt, daß die Äußerung mit dem „Gefasos“ so gefallen war (Grunert war le freigesprochen).

Über disziplinarische Konsequenzen gegen Berling wurde bisher nicht gesprochen. Grunert will sich nach Pressemeldungen 25.000 Mark Schadenersatz zahlen lassen.



So sehen Antifaschisten ihn besond. gern: „Gefasos Berling“ (links unten) auf allen Vieren

Maikundgebung des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB)

Gerhard Löwenthal: „Freiheit in Gefahr“

Die Kundgebung aller Schattierungen linksradikaler Agitatoren und Terroristen gegen die Freiheit in unserem Lande am Sonntag, 1. Mai 1974, um 11 Uhr in der Wolsburg, „Friedenskirche“, Pöhlstraße 10, Hannover. Die Kundgebung ist ein Teil der Maikundgebung des CGB. Die Kundgebung ist ein Teil der Maikundgebung des CGB. Die Kundgebung ist ein Teil der Maikundgebung des CGB.

Gerhard Löwenthal



Radikale prügeln Professoren

Die Gruppe um den Antifaschisten, linksradikalen Agitator und Terroristen, die die Freiheit in unserem Lande am Sonntag, 1. Mai 1974, um 11 Uhr in der Wolsburg, „Friedenskirche“, Pöhlstraße 10, Hannover. Die Kundgebung ist ein Teil der Maikundgebung des CGB. Die Kundgebung ist ein Teil der Maikundgebung des CGB.

Der DGB mißbraucht den 1. Mai

Die Funktionäre des Deutschen Gewerkschaftsbundes mißbrauchen den 1. Mai, den Tag der Arbeit, für die Durchsetzung ihrer ungesetzlichen Interessen. Sie wollen die Freiheit in unserem Lande am Sonntag, 1. Mai 1974, um 11 Uhr in der Wolsburg, „Friedenskirche“, Pöhlstraße 10, Hannover. Die Kundgebung ist ein Teil der Maikundgebung des CGB. Die Kundgebung ist ein Teil der Maikundgebung des CGB.

Gerhard Löwenthal, bekannter Fernsehjournalist und seit über 30 Jahren selbst Gewerkschaftsmitglied, wird zu diesen und anderen Fragen am 1. Mai

um 11 Uhr in Wolsburg, „Friedenskirche“, Pöhlstraße 10, Hannover. Die Kundgebung ist ein Teil der Maikundgebung des CGB. Die Kundgebung ist ein Teil der Maikundgebung des CGB.

Zu dieser Veranstaltung sind Sie eingeladen. Kommen Sie, damit wir uns über den Christlichen Gewerkschaftsbund und die Freiheit in unserem Lande unterhalten können. Kommen Sie, damit der Antifaschismus von radikalen Verbänden und Gruppen nicht ausgenutzt wird.

Christliche Gewerkschaften sind ein Teil der Christlichen Gewerkschaften. Die Christlichen Gewerkschaften sind ein Teil der Christlichen Gewerkschaften. Die Christlichen Gewerkschaften sind ein Teil der Christlichen Gewerkschaften.

Dieses provokatorische Flugblatt verteilten die CGB-Leute auf der gewerkschaftlichen 1. Mai-Kundgebung in Hannover

Mildes Urteil gegen faschistische Schläger

kreis der CSU. Verfasser einer ideologischen rassistischen Broschüre. Er stand zuletzt im November vor Gericht, als Helfer des braunen Professors Rubin, der 1971 seine eigene

„Einführung“ inszeniert hatte, um die Schuld auf die „Baader-Meinhof-Gruppe“ fallen zu lassen (Rieger bekam in jenem Prozess drei Monate mit Bewährung – vgl. dazu AK 36,



Hängt die Verräter

S. 26).

Die Urteile im jetzigen Prozeß Rieger wegen Körperverletzung 1500 Mark, Föbier 3000 Mark wegen Verstoß gegen das Versammlungs- und Versammlungsgesetz (diese Geldstrafen tun den Faschisten nicht weh, weil ungenügend wohlhabender Gönner diese Summen zweifelslos aus dem Kleingeld-Portemonnaie zahlen wird) 100 Mark gegen Hans Günther, der gerufen hatte „Brandt an die Wand“, Freispruch für P. Rieger.

Ein wesentlicher Teil der Anklagen auf Körperverletzung fiel offenbar unter den Tisch, da sich Polizisten fanden (hier einmal wirklich ganz Freund und Helfer!), die behaupteten, es habe gar keine Gewalttätigkeiten gegeben. Dies wird von der SPD-Zeitung „Deutsche Nachrichten“ (Ausg. vom 1. Februar) die wohl die einzige bürgerliche Zeitung ausfuhrlicher über den Prozeß berichtete, weidlich ausgeschlachtet. Während dasselbe Hetzblatt an anderer Stelle höflich zugibt, es habe damals in Wörsburg „einige kleinere Zusammenstöße“ gegeben.

Die Faschisten werden gegen das Urteil herausragend elegen und es ist nicht einmal ausgeschlossen, daß die Justiz sie dann heimlich still und leise völlig freisprechen wird.

Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt ging im Januar/Februar ein Prozeß gegen mehrere faschistische Schläger über die Bühne. Die vornehmlich gut drei Jahren an den Krawallen der „Aktion Widerstand“ in Würzburg beteiligt waren. Am 31. Oktober 1970 hatten sich einige tausend Faschisten in Würzburg zu einer Kundgebung der „Aktion Widerstand“ getroffen. Nach dieser Kundgebung waren faschistische Horden stundenlang durch Würzburg gezogen um Jagd auf einige GegenDemonstranten und auf kritische Bürger der Stadt zu machen.

Die Bourgeoisie ist offensichtlich bemüht, die Würburger Nazi-Krawalle in Vergessenheit ruhen zu lassen und die nun einmal notwendigen Prozesse so geschicklos wie möglich durchzuführen um nach außen das demagogische Bild von den „gefährlichen Rechtsextremen“ und „schwarzen Akteuren“ aufrecht zu erhalten.

Von Gericht standen Heinz Höter, Hans Günther, Jürgen Rieger, und das von Bruder Peter Rieger, Jürgen Rieger ist dieser braunen Krawalle der bekannteste. Als faschistischer Schläger in voller Kriegsbemalung bei fast jedem Nazi-Krawall dabei, führender Mitglied faschistischer Gruppen wie „AKON“ und „Leudes-

Hamburg:

Faschistischer Mordanschlag auf türkische Arbeiter!

Am 5. Mai '74 wurde in Norderstedt bei Hamburg der türkische Arbeiter Danis Nesmet von faschistischen Schlägern – im Auftrag des türkischen Konsulats – lebensgefährlich verletzt.

Danis war zusammen mit einer größeren Gruppe türkischer Antifaschisten zur Versammlung der türkischen Arbeitervereinigung gekommen, um an den für diesen Tag angesetzten Vorstandswahl teilzunehmen. Die Faschisten vom türkischen Konsulat, die bisher die Arbeitervereinigung vollkommen beherrschten, fürchteten zu Recht, dassmal von ihren angemaßten Vorstandssitzen abgelöst zu werden.

Vom Konsulat bestellte und auf geheizte Schlägerturps verweigerten den Antifaschisten den Zugang zum Versammlungsraum – und stürzten sich schließlich mit Stöcken und Totschlägern bewaffnet, auf Danis und seine Kollegen. Der Konsulatsattache selbst hatte mit dem Ruf „Jeder, der einen Gott liebt, soll die Kommunisten töten“ – das Startzeichen für den faschistischen Überfall gegeben.

Die konsulatshörigen Türken schlugen daraufhin mit ihren Waffen auf alle türkischen Arbeiter, deren Frauen und Kinder ein (manuskript) auf jene die ihnen die Konsulatsvertreter vorher bezwehnt hatten!

Danis Nesmet wurde besonders übel zugerichtet. Die Faschisten zertrümmerten mit mehreren Schlägen seine Schildecke und ließen nicht einmal von ihm ab, als er bereits zusammengebrochen am Boden lag.

Mehrere türkische Demokraten erlitten z.T. erhebliche Kopfverletzungen.

Als die Faschisten die Demokraten aus der Norderstedter Gaststätte getrieben hatten, rückte die Polizei an. Die Polizisten ließen sich von Konsulatsvertretern (den Faschisten also!) über die Ereignisse „informieren“ – und verhafteten auf deren Geheiß fünf Antifaschisten, die wie Danis Nesmet geschlagen worden waren.

Die faschistischen Schläger und Mörder aber wurden von den Bullen in der Gaststätte abgeschirmt – und schließlich sogar zu den Kleinbussen

gelotst, mit denen man sie vorher herangekarrt hatte. Mit Hilfe der westdeutschen Polizei konnten die Faschisten entkommen, ohne daß die Namen der Mörder ermittelt werden konnten. Mehr noch: Bei Revisionen, der korrekten Ermittlungen verlangte, wurde von den Polizisten geschlagen.

Die Vorgeschichte: Am 21. April wurden die Konsulatsvertreter abgewählt

In der türkischen Arbeitervereinigung, die nur dem Namen nach etwas mit einer Interessenvertretung der Arbeiter zu tun hat, kann nach der Satzung jeder türkische Kollege Mitglied werden.

Bisher wurde jedoch der Verein als Einrichtung des faschistischen türkischen Konsulats in Hamburg geführt – mit der offenkundigen Funktion, die türkischen Arbeiter zu bespitzeln und gleichzeitig mit Hilfe einiger Freizeitangebote ruhig zu halten.

Der Vorstand wurde vom Konsulat eingesetzt und machte eine entsprechende Politik: Ein bisschen Musik, ein wenig Sport, etc.

Aufklärung und Unterstützung der türkischen Arbeiter bei den zahlreichen Problemen, die sich ihnen herausstellten, wurde nicht gegeben.

Um diesem Zustand zu ändern, waren in den zurückliegenden Monaten zahlreiche fortschrittliche Kollegen dem Verein beigetreten.

Am 21.4.74 waren ca. 300 Kollegen im Haus der Jugend (in Hamburg-St. Georg) zur offiziellen Versammlung des „Arbeitervereins“ zusammengekommen. Die türkischen Demokraten übten massive Kritik an der faschistischen Konsulatspolitik, sie forderten die demokratische Wahl eines neuen Vorstands, der aus ihren Reihen gestellt werden sollte; sie forderten, daß der Verein zu einer Organisation gemacht werden müßte, die sich konsequent für die Interessen der türkischen Arbeiter und ihrer Familien einsetzt (d.h., daß er sich

um die Probleme des Arbeitsplatzes der Wohnverhältnisse und der Schulbildung der türkischen Kinder kümmert). Auf dieser Versammlung gelang es den Arbeitern einen Versammlungsort aus ihren eigenen Reihen zu bestimmen (auch das war bisher nicht Praxis). Regie führte immer das Konsulat!

Die Konsulatsvertreter erkannten recht bald, daß ihnen hier die Felle wegschwimmen würden. Stimmung und Kräfteverhältnis waren so, daß sich die Wahl eines anti-faschistischen Vorstands und die Festlegung der oben skizzierten Aufgaben nicht mehr verhindern ließen.

Als Ausweg blieb den Faschisten nur die Provokation. Sie zettelten eine Schlägerei an, um unter diesem Vorwand die Polizei rufen zu können und die Versammlung auflösen zu lassen.

Obwohl die Schläger längst beendet war, als die Bullen eintrafen, ordneten die Konsulatsvertreter die Räumung des Saales an – was von der sozialdemokratisch geführten Polizei auch prompt erledigt wurde.

Für die nächste Sitzung der Arbeitervereinigung hatten sich die

Konsulatsvertreter bewußt einen abgelegenen Ort (die Kneipe Zum tiefen Brunnen in Hamburg-Norderstedt) ausgesucht, wo sie die Radikalisierung von angeworbenen Schlägern fertigmachen lassen wollten.

Lügen in der bürgerlichen Presse wie üblich

Während der sozialdemokratischen „Morgenpost“ der faschistische Überfall von Norderstedt ganze 15 Zeilen wert war (siehe nebenstehender Abdruck), machten die Springer – Journalisten daraus eine rassistisch gefärbte Story.

Wie „wilde Kampfhähne“ hätten sich „unreife Kommunisten und gemäßigte (!) Rechte“ gegenübergestellt. „Wenn einer schlief guck (!) gib's Prangel“. „Der pol-faschistische Polizeieinsatz war nach dieser Darstellung geradezu geboten, da der durch zerstreute Fenster-scheiben pfeifende Wind „die erregten Türkengänger (!) nur unvollkommen abkühlte!“ (Hamburger Abendblatt, 6.5.74)

Da insgesamt die Vorgänge vom 5. Mai von der bürgerlichen Presse heruntergespielt und die Tatsachen völlig auf den Kopf gestellt worden waren, zum anderen immer noch fünf

Antifaschisten inhaftiert und von Abschiebung bedroht waren, war eine solche Öffentlichkeitsarbeit seitens der demokratischen und kommunistischen Organisationen zwingend geboten.

200 Türken prügelten sich

Norderstedt – Eine Massenschlägerei zwischen 200 türkischen Arbeitern gab es gestern nachmittag in Norderstedt. Vier Männer wurden krankenhaufschwebend geschlagen, einer von ihnen schwelgt in Lebensgefahr. Die Türken – Mitglieder des türkischen Arbeitervereinsverbandes e.V. Hamburg und Umgebung – hatten sich in einem Lokal versammelt, zu der Schlägerei kam es, als dreihundert weitere türkische Flugblätter mit sozialistischen Parolen verteilten.

„Mopo“, 6.5.74

Auf Initiative der türkischen Kollegen selbst kamen am 6. Mai Vertreter mehrerer fortschrittlicher westdeutscher und ausländischer Organisationen zusammen, um über geeignete Schritte zur gegenseitigen Unterstützung zu beraten.

Ein von türkischen Kollegen vorgelegter Flugblatt-Entwurf fand allgemein Zustimmung und wurde am darauffolgenden Tag (vom KB KBW und der „KPD“) in deutscher und türkischer Sprache verteilt. Von den (das Flugblatt) unterstützenden Organisationen wurde zugleich die Bereitschaft erklärt, „eine Aktions-einheit zur Unterstützung und Solidarität mit den türkischen Arbeitern zu bilden.“ (Flugblatt, vom 7.5.)

Während wir in den Gesprächen erfolglos vorschlugen, zunächst eine Informationsveranstaltung zu machen, führten KBW und „KPD ML“ eine Demonstration durch die mit kaum 250 Teilnehmern (darunter etwa 100 ausländische Kollegen), selbst gemessen an der geringen Stärke“ dieser beiden Gruppen in Hamburg ein Renfahl war.

Mitglieds-Komitee und Mitglieder der Bezirkszelle Hamburg-Wilhelmsburg, KB Gruppe Hamburg



Verletzte türkische Antifaschisten werden abtransportiert

Bremen: Mit den Faschisten diskutieren?

Im April fand in der Bremer Stadthalle eine Zusammenrottung der „Jungen Nationaldemokraten“, Jugendorganisation der neofaschistischen NPD statt.

Die Veranstaltung lief laut Lokalpresse ohne ernsthafte Zwischenfälle ab. Den etwa 200 erschienenen Antifaschisten gelang es nicht, den Saal zu besetzen und die faschistische Zusammenrottung zu verhindern. Dies wie man sagen muß, maßgeblich als Ergebnis der Politik des KBW, der mit den Faschisten lieber über sein Programm diskutieren wollte, statt ihnen militärisch entgegenzutreten.

Die „KPD/ML“ hatte zur Verhinderung der JN-Versammlung aufgerufen und stand mit etwa 50 Leuten vor der Stadthalle. Wenig später trafen noch etwa 150 KBW-Leute ein, die zuerst unschlüssig hin- und her liefen, weil ihre Führung sie bis da hin über das weitere Vorgehen im Unklaren gelassen hatte.

Während die „KPD/ML“-Leute und andere Antifaschisten sich formierten, um die Faschisten abzurufen, fuhr der KBW einen Lautsprecher auf, um einen Vortrag über sein Programm und über das angeblich „richtige Vorgehen“ gegen die Faschisten zu halten. Alles lief darauf hinaus, man dürfe die Veranstaltung der JN nicht verhindern, denn das wäre „undemokratisch“. „Wir dürfen uns nicht zum Scheidrichter über die Massen

(?) aufspielen und durch Verhinderung einer faschistischen Veranstaltung den Massen die Entscheidung abnehmen.“ Stattdessen möge man in die Veranstaltung hineingehen – was auch einige KBWler tatsächlich nach Entrichtung von einer DM Eintrittsgeld für die NPD-Kasse taten – und dort die Faschisten nach ihrer Meinung zur Wahlbarkeit der Offiziere durch das Volk und zur Abschaffung der indirekten Steuern befragen. Besonders groß scheint beim KBW das Interesse am antifaschistischen Kampf sowieso nicht zu sein, da nur 150 KBWler erschienen waren, während der KBW in Bremen sonst in der Regel 400 bis 500 Demonstranten auf die Beine bringt. Die geringe Beteiligung diesmal ist wohl Folge einer Politik, die mit penetranter Blindheit die faschistische Gefahr leugnet und selbst Wehlsiege der CDU noch als untrüglichen Beweis für die „Entwicklung im Volk“ feiert.

Es wäre richtig und vor allem bei stärkerer Mobilisierung – auch möglich gewesen, die faschistische Zusammenrottung zu verhindern und damit klar die Entschlossenheit zu zeigen, den Faschisten mit allen Kampfmitteln den Weg zu verlegen. Statt durch Zahlung von Eintrittsgeldern auch noch die NPD zu stärken.

Bremer Sympathisanten des KB

„Antifaschisten, die Faust geballt – gegen Faschismus hilft nur Gewalt!“

Diese und andere antifaschistische Parolen hielten 400 bis 600 Demonstranten, die am 17. Mai durch hermetische Abriegelung des „Hamburg-Hauses“ in Elsbüttel (einem Hamburger Arbeiterviertel) eine geplante NPD-Versammlung zum Thema „Kommunismus – Kapitalismus – Nationale Solidarität“ verhindern wollten. Nach zweistündiger Belagerung formierten sich die Antifaschisten zu einer spontanen Demonstration durch das Stadtteil, wobei sich erstaunlich viele Anwohner mit eingezeichneten (die „Rote Fahne“ der „KPD“ berichtet sogar von 800 Demonstranten).

Getragen wurde diese Aktion von der Elsbütteler Bezirkszelle des KB der Elsbüttel-Gruppe des RBJ und des KJV (Jugendgruppe der „KPD“), zwischen denen es zuvor zu Absprachen kam. Mit von der Partie waren auch etwa 30-40 Leute von der „KPD ML“, eine kleine „Beobachtergruppe der DKP (in sicherer in Mainz – versteht sich), vom KBW ward niemand gesehen.

Zur Taktik: Es gab zur Veranstaltung keine öffentliche Mitteilungsveranstaltung, stattdessen „von Mund zu Mund-Propaganda“, um das über-

raschungsmoment auf unserer Seite zu haben. Die eigentlich geplante Sprengung der Veranstaltung „von innen“, wurde kurzfristig zugunsten einer Abriegelung des gesamten Gebäudes aufgegeben, weil die Antifaschisten Elsbüttels in viel zu großer Zahl erschienen waren (womit wir gar nicht gerechnet hatten).

Angesichts der massiven Abriegelung erschienen die Bullen in großer Besetzung. Hundertschaften der Bereitschaftspolizei in voller Kriegsbemalung, Wasserwerfer, Großraum-Gefängniswagen („Grüne Minis“) und über 20 Sirenenwagen.

Angesichts der breiten Öffentlichkeit – einige hundert Anwohner beobachteten das Geschehen von Balkonen, Fenstern und Gehsteigen her – wagten die Bullen offenbar nicht die Abriegelung mit Bruchgewalt aufzubrechen. Stattdessen warteten sie auf die einbrechende Abenddämmerung und die Auflösung der Aktion, um dann – relativ ungestört auf „Fischfang“ zu gehen, d.h. zu knüppeln und zu verhaften. Das geschlossene „Abbrücken“ machte jedoch den Bullen einen Strich durch die Rechnung.

Die Bullen waren von der sponta-

nen Demo derart überrascht, daß sie mit Martinshorn und Blaulicht kreuz und quer durch den Stadtteil flitzten und auf diese Weise für unsere Demo noch mehr Öffentlichkeit schaffen konnten.

Am U-Bahn-Hof Schlump gab es eine kurze Abschlussschuldung. Mit dem Gesang der „Internationalen“ wurde die Aktion beendet. Leider blieb noch ein Teil der Demonstranten eine Zeitlang vorm Bahnhof stehen, statt sich schnell zu verdundeln. So hatten die jetzt erst erscheinenden Bullen Gelegenheit einen z.T. blutigen Knäuel-Überfall auf die Genossen zu machen. Es war ein böser taktischer Fehler unserer Genossen, nicht entschieden genug für eine schnelle und restlose Auflösung der Kundgebung geworrt zu haben.

Einzelnen politischen Fehler hatten wir, daß während der Absperung die Faschisten Häutungen, die vor den Ketten herumlieferten, relativ ungehindert bleiben – trotz eines für uns günstigen Kräfteverhältnisses. Es ist blanker Liberalismus und Pazifismus, wenn die Genossen sich wegziehen, während die von den Faschisten angepöbeln werden. Diese Leute hätten einen anständigen Dankzettel verdient.

Die „Rote Fahne“ (der „KPD“) schrieb, daß KJV und „KPD“ zur Aktion „aufgerufen“ und RBJ und KBW sich „angeschlossen“ hätten. Auf der kurzen Schlussschuldung der Aktion sprach ein KJV-Vertreter von der „Initiative“ einer Organisation. Wir hatten so etwas für eine unangebrachte und falsche Einheitsfront in der Aktion abgelehnt. Die Konkurrenzschritte „Anweisung“ der einzelnen Organe zu KJV und KBW solidarisch und entschlossen. Es ist Antifaschismus, wenn die Antifaschisten sich nicht gegenseitig in die Hand drücken, sondern die Antifaschisten wie in der Welt halt nicht mal erspielen. Eine solche Berichterstatterin sollte nach dem Bericht der „KPD ML“ überraschend mit publizistischen Geschrei und Schwandeln ihre falsche Beurteilungsgleichheit bewahren muß.

Bezirkszelle Elsbüttel
KB Gruppe Hamburg

Faschist im Öffentlichen Dienst

Dr. Wilhelm Stäglich Richter am Innengericht in Hamburg, ist Mitglied der NPD. Von welchen Vögeln gibt es im Staatsapparat viele, und es ist bekannt, daß der „extremste Terrorist“ nicht gegen uns sondern ausschließlich gegen Linke gemacht und angewandt wird.

Richter Stäglich allerdings zwang den Staat sich öffentlich mit ihm zu beschäftigen. In der faschistischen Zeitung „Nation Europa“ (von der italienische Faschisten beherrscht) und im Kontakt zu faschistischen Mord- und Terrorbanden in Italien hat Richter Stäglich die KZs und Lager der Nazis ins „rechte Licht

zu rücken versucht. Das „Wachposten“ SS-Mörder – sei „nachschützig gewesen, die Häftlinge seien mit Hasenmilch wohlversorgt worden und die Verbrennungsöfen hätten nur Bräcken gedient.“

In einem Dürghatn Verfahren wurde Stäglich verurteilt, auf zwei Jahre 10% seines Lohns einzubüßen, was ihn wohl bei seiner Gehaltssteigerung nicht treffen dürfte.

Neuzeitlich nach links – nach rechts – gegen die faschistischen Massen – das ist die Politik der NPD. Nicht die wehrhaften Demos

Kampf dem Faschismus

Nachdruck von Texten der Kommunisten aus den zwanziger und dreißiger Jahren zum Thema Faschismus

Neben den konkreten Untersuchungen über die heutige Welt, ist es uns besonders wichtig, daß wir uns heute wieder ernsthafter und gründlicher auch mit den Untersuchungen der Kommunisten der zwanziger und dreißiger Jahre auseinandersetzen. Schon 1931...

Apokalypse ist es nicht. Wir als ersten Beitrag in die Band nachdrucken in der Zeit die kommunistische Internationale. Leuchtend und fälschungsfähig. Die Faschismus...

Leuchtend und fälschungsfähig. Die Faschismus...

Leuchtend und fälschungsfähig. Die Faschismus...

Leuchtend und fälschungsfähig. Die Faschismus...

Leuchtend und fälschungsfähig. Die Faschismus...

Leuchtend und fälschungsfähig. Die Faschismus...

Leuchtend und fälschungsfähig. Die Faschismus...

Leuchtend und fälschungsfähig. Die Faschismus...

Leuchtend und fälschungsfähig. Die Faschismus...

Leuchtend und fälschungsfähig. Die Faschismus...

DM 6 50

Kundgebung gegen Faschist von Thadden in Nordhorn — Zunehmende Faschistentätigkeit

Am 27. April trat der ehemalige Bundesvorsitzende der NPD, Adolf von Thadden, zum Auftakt des niederrheinischen Wahlkampfes in Nordhorn auf. Das ist eine Provokation sowohl gegen die Nordhorner Bevölkerung als auch gegen die im zweiten Weltkrieg vom Hitler-Faschismus terrorisierte niederländische Bevölkerung. Im Bundestagswahlkampf 1969 erteilten Nordhorner und niederländische Antifaschisten der grenznahen Gebiete dem braunen Adolf eine tatkräftige Abfuhr als drangen in den Veranstaltungsort ein und zwangen den Neofaschisten Boß zur Flucht durch die Hintertür.

Gegen den Auftritt von Thadden am 27. 4. wurde eine Kundgebung vom Veranstaltungsausschuss organisiert, die allerdings nicht so erfolgreich verlief. Gegen die etwa hundert Kundgebungsteilnehmer waren vier Bundesrepublik-Polizeibeamtete aufmarschiert. Zumindest eine Gruppe von zehn meist jugendlichen Faschisten versuchte, die Kundgebung mit dem Sprechchor „Fest hinweg den roten Dreck!“ zu stören, später versuchten sie, ihren faschistischen Mist in Diskussionen an den Mann zu bringen. Bei allen Mängeln und der nicht sehr großen Teilnehmerzahl muß doch hervorgehoben werden, daß diese Nordhorner Genossen und demokratischen Jugendlichen nicht vor den Faschisten zurückgewichen sind. Dagegen spielten DKP- und SDAJ-Führer wieder eine erbärmliche Rolle: trotz anfänglicher Versprechungen der SDAJ, künftig für die Kundgebung zu mobilisieren, beteiligte sie sich nicht an der Aktion, sondern ging ihren „eigenen Geschäften“ (u.a. Wahlkampf) nach.

Faschistische Aktivität nimmt zu

Von Thadden witterte offenbar in Nordhorn die Chance, den Unmut breiter Teile der Bevölkerung mit den bürgerlichen Parteien und dem Staat (Kampf gegen den Bombenabwurfplatz Nordhorn-Ränge, Polizeimacht usw.) und mit der sich verschlechternden Lebenssituation (vor allem auch vieler Bauern) wenigstens teilweise auf die faschistischen Mühlen zu lenken. Auch hier dient das NPD-Standard-Motto

(vor allem auch vieler Bauern) wenigstens teilweise auf die faschistischen Mühlen zu lenken. Auch hier dient das NPD-Standard-Motto „Die Bonner Allparteien haben versagt, jetzt hilft nur noch die NPD!“

Wie die NPD und andere faschistische Horden „helfen“, zeigen einige Beispiele aus der ungebunden zu nehmenden Faschistentätigkeit in Nordhorn.

Ein Nordhorner Jugendlicher berichtete, daß er am Sonnabend vor Ostern von einer Faschisten-Truppe verprügelt wurde, eine Strafanzeige gegen die Faschisten wurde abgewiesen, weil es ja „keinen Sachschaden“ gegeben habe.

Zwei links jugendliche bezeichneten ein paar Faschisten als Faschisten. Daraufhin reichten die Faschisten eine Verleumdungsklage (!) ein, die na-

türlich behandelt wird.

Ein linker Schüler (KB-Sympathisant) wird von faschistischen Jugendlichen regelmäßig mit dem Geste des Hakenkreuzens und dem Ruf „A u s s c h l i e ß“ „begrüßt“. Die Faschisten stürzten ihn bereits einmal auf der Genosse — rechtzeitig informiert — schützte sich durch gemeinsamen Heimweg mit ca. 20 weiteren Jugendlichen.

Außerdem gab es zahlreiche faschistische Schmitzereien, u.a. an Freibad, Gymnasium, Betrieben, neuem Veche-Wehr. Daraus eine Auswahl: „Zick-Zack Sozi-Pack!“ „Königsberg heim ins Reich!“ „Fest hinweg den roten Dreck!“ „Freiheit für Hegel!“

Schon bei den letzten Kommunalwahlen gab es ähnliche Angriffe. Der Eingang des DKP-Büros wurde mit NPD-Plakaten verkleistert, die Briefkästen mit NPD-Material vollgestopft. Der Nordhorner NPD-Boß unternahm damals einen jämmerlichen Versuch der Distanzierung, als er die ganze Aktion der DKP selbst in die Schuhe schieben wollte. Außerdem wurde mit einem Luftgewehr ein Anschlag auf die Wohnung des 2. DKP-Vorsitzenden Blumenstein verübt, wobei eine Scheibe zu Bruch ging.

Auch eine Plakatwand der „Jugendinitiative Nordhorn“ wurde nicht von Schmierereien verschont. Neuen Datums ist ein Flugblatt „Kampf dem Bolschewismus“, das „Bundesvolkstruppe Jugend“ in der für Nordhorn äußerst hohen Auflage von 4.000 Exemplaren. Diese offen faschistischen „Vögel“ schreiben u.a. ganz ungeniert: „1945 wurde der nordische Herrenrasse von den Hunnenhorden aus dem Osten besiegt“. In letzter Zeit sind auch mehrere Flugblätter der faschistischen Organisation „Deutsch-Völkische Gemeinschaft (DVG)“ in Nordhorn verteilt worden.

Jüngst unternahm ein Jung-Faschist auch den vergeblichen Versuch, über eine Kandidatur in den Rat des Offenen Jugendzentrums zu kommen. Immerhin brachte er es aber auf 40 Stimmen.

Anonymer Hetzbrief gegen Genossen

Anonymer Hetzbrief gegen Genossen

Am Vormittag des 27. 4. erhielt jener Genosse, dem die Faschisten schon einmal aufgefressen hatten und der sich an der Organisation der antifaschistischen Aktion beteiligte, per Post einen anonymen Hetzbrief ins Haus. Aus diesem faschistischen Machwerk überlieferte der Brief, den wir im folgenden einen Satz zur Kostprobe: „Nur 1 Jahr Nationalsozialismus und die Unis sind frei vom Ruten Unrat und die BE ER DE (Bundesrepublik Deutschland) wird von Untergrundarbeit gründlich geäubert.“

KB/Gruppe Oldenburg mit Unterstützung Nordhorner Genossen

Rechtsentwicklung des „Stern“ Interview mit einer entlassenen Redakteurin

In der letzten Ausgabe dieser Zeitung berichteten wir ausführlich über die Rechtsentwicklung der auflagenstärksten Illustrierten der BRD dem „Stern“, über die Pläne zur weiteren Faschisierung der redaktionellen Beiträge dieser Zeitschrift, über die in diesem Zusammenhang erfolgten und weiter geplanten — Kündigungen aller der Redakteure, die die statutenmäßig vorgeschriebene „sozial-liberale“ Einstellung der „Stern“-Redakteure beim Wort nehmen und nicht nur als bloße Image-Pflege betrachten. Inzwischen gelang es uns, mit der gefeuerten Redakteurin, Ulla Köpfer, ein Interview zu machen.

Bezirkzelle St. Pauli, KB/Gruppe Hamburg

Frage: Wie der „Solidarität“, einem Hamburger Journalisten-Info, sowie der letzten Ausgabe unserer Zeitung zu entnehmen ist, sind Sie wegen „einseitiger Manipulation“ aus der „Stern“-Redaktion gekündigt worden. Wie beurteilen Sie diese Kündigung? — Ich muß Sie ganz sicher im Zusammenhang einer größeren politischen Flurbereinigung im „Stern“ sehen. Es wurden nicht nur sehr wenige Entlassungen angekündigt, sondern vier Kollegen sind schon aktuell von Kündigung bedroht. Im „Stern“ ist also eine regelrechte Säuberungswelle bereits in vollem Gang. Sie wird natürlich offiziell nicht als solche bezeichnet, sondern mit „redaktioneller Umstrukturierung“ erklärt. Allerdings hat der Chefredakteur dem Blatt, das sich selbst als „fortschrittlich-liberal“ charakterisiert, bei dieser Gelegenheit eine „differenziertere“ Linie verordnet.

Ich galle in der Redaktion von jeher als Linker, das Blatt geht aber mehr und mehr nach rechts. Da sollte angesichts dieser Pläne ein Exempel statuiert werden. — In dem schon erwähnten Journalisten-Info heißt es: Sie seien hauptsächlich wegen ihres aktiven Einsatzes als gewerkschaftliche Vertrauensfrau gekündigt worden. In diesem Zusammenhang wird auch der Vergleich zu mehreren politischen Entlassungen bei verschiedenen Hamburger Großbetrieben gezogen.

Wie beurteilen Sie diese Frage? — Bei diesen Entlassungen — konkret bei mir wie auch bei HSW, HDW, Texaco, Broschek usw. — sollte man jedoch nicht verkennen, daß es in diesen Fällen nicht um gewerkschaftliche Arbeit an sich geht.

Das Wesentliche ist der Charakter dieser gewerkschaftlichen Arbeit: konsequent die Interessen der Belegschaften zu vertreten, in diesem Zusammenhang auch Mängel in der jeweiligen Betriebsratsarbeit sowie der Praxis der eigenen Gewerkschaft aufzu-

zuweisen. In diesem Zusammenhang auch Mängel in der jeweiligen Betriebsratsarbeit sowie der Praxis der eigenen Gewerkschaft aufzu-

Her soll eine fortschrittliche und linke an den Interessen der Kollegen orientierte gewerkschaftliche Arbeit inquiriert werden. In dem Bereich der Presse kommt dann noch der bewußte Aspekt hinzu, daß Journalisten die im Gegensatz zu den Kollegen in den Industriebetrieben nicht Öl oder Stahl, sondern eine Meinung und zwar eine ganz bestimmte produzieren sollen: als „sozialistische Elemente“ aus den Redaktionsmühen entfernt werden wenn die nicht widerspruchsfähig und ohne große Diskussion Meinung im Sinne derer machen die sie bezahlen.

Gewerkschaftliche Aktivitäten spielen bei willkürlichen Maßregelungen oder Entlassungen von Journalisten erst in zweiter Linie eine Rolle. Frage: Es hat schon früher Kritikausagen in Blättern mit ähnlichem Anspruch wie dem „Stern“ gegeben. Und auch Ihre Kündigung hat eindeutig den Charakter politischer Zensur. Sehen Sie darin eine Entwicklung? — Ich sehe Rechtsentwicklung im „Stern“, der sich schon seit längerem ankündigt und jetzt systematisch wird in die

LESERBRIEF

Nach einer Demonstration zum Kampf bin ich noch einmal ins Hamburg-Heim gegangen, wo ca. 120 NPD-Hauptleute gerade beim Verlassen des Hauses waren. Zwischen den beiden Linien ging es wie ein kurzes Gespräch zwischen dem Einzelknecht der Bullen und dem NPD-Oberhauptling, das ich belauscht habe.

Einmalig war: —

Faschist: Heute vormittag hatte ich noch einmal ein Gespräch mit Dr. (Name ist mir entfallen) im Pö-

litzlich kein Einzelfall. Gerade die sozialdemokratische oder der SPD wenigstens nahestehende Presse ist schon seit einiger Zeit dabei, ihren bisherigen noch fortschrittlichen politischen Standpunkt aufzugeben (es sei da nur an die Berichterstattung zur RAF erinnert!). Bei dieser Bewegung „zur Mitte“ — wie das so schön heißt — wurden in diesem Zusammenhang bereits eine ganze Reihe fortschrittlicher Kollegen gefeuert. So hat es im „Spiegel“ regelrechte Entlassungswellen gegeben, aus denen ich nur mal das Beispiel Otto Köhler nenne, weil er in seinen Spalten beispielsweise kritisch über die Sprachregelung der bürgerlichen Presse steuerte, „drohen“, während tatsächliche Angriffe auf die demokratischen Grundrechte stets vermindert werden.

Dann gab es auch so einen Fall wie den Eckart Spoo, Münchner Korrespondent der „Frankfurter Rundschau“ („FR“) und Bundesvorsitzender der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier. Spoo sollte, sozusagen stellvertretend für alle Journalisten, die exemplarische Lektion erteilt werden, daß es geradezu „lebensgefährlich“ ist, wenn man als Journalist sich nur duldet, daß die politisch-ökonomischen Wechselbeziehungen speziell des Pressebetriebes, für den man arbeitet, einer kritischen Darstellung unterzogen werden, er flog raus, weil er als Herausgeber des Buches „Die Tabus der bundesdeutschen Presse“ einem der Co-Autoren eine entsprechende „FR“-kritische Fußnote nicht wegzulassen hatte! Spoo ging bis vors Bundesverfassungsgericht und muß jetzt von der „FR“ wieder als Korrespondent beschäftigt werden. Er wurde jedoch bei dieser Gelegenheit in die Provinz nach Hannover abgeschoben.

Besonders bezeichnend aber finde ich den Fall Udo Leuschner, der Lokalreporter im „Mannheimer Morgen“ war. Leuschner hatte zu offensicht-

Besonders bezeichnend aber finde ich den Fall Udo Leuschner, der Lokalreporter im „Mannheimer Morgen“ war. Leuschner hatte zu offensichtlich auf demokratischen Positionen beharrt und zwar sowohl nach innen in Bezug auf den Redaktionsbetrieb wie auch nach außen in seiner Berichterstattung. Der „Mannheimer Morgen“ feuerte ihn, wobei einer seiner Vorgesetzten — wenn auch nur mündlich die Kette aus dem Saß ließ — Leuschner mußte weg, weil es fast jedes Thema durch eine linke Brille“ sähe und deshalb als Journalist „nur noch beschränkt einsetzbar“ sei.

Darüber zeigt deutlich, wozu die Reise geht: als Journalist kann man in der Bundesrepublik nicht als „sozialistisches Element“ leben, sondern man muß sich als „bürgerliche“ Knecht stellen, der sich stets in die jeweils gewünschte politische Form bringt, wobei „links“ unter Androhung von Kündigung verboten ist.

Inzwischen wird der Begriff „links“ fast nur noch als politische Distanzierung mißbraucht, der man heute nicht nur in den Redaktionsstuben bereits dann ausgesetzt ist, wenn man „auf“ die stets so lauthals verkündeten Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, auf die „demokratischen Spielregeln“ pocht. Viele, und ganz besonders meine Berufskollegen stehen in politischen Kündigungen wie

den erwähnten — sofern sie als überaus solche begreifen — glücklicherweise Einzelereignisse. Deshalb habe ich es für notwendig, jede Gelegenheit für den Hinweis zu nutzen, daß es sich hierbei um eine inhaltlich zusammenhängende Entwicklung handelt, die Ausdruck und Motor des politischen Klimas insgesamt ist und die jetzt spürbar an Tempo und Schärfe zunimmt.

Frage: Wie sieht es dann mit dem „fortschrittlich-liberalen“ Image nach innen aus? — Bitter wie der „Stern“ und stolz darauf, daß die Redaktionsbeiräte und Statuten haben. Wie funktionieren diese Einrichtungen, wenn Entlassungen wie die Ihre anstehen?

uk: Redaktionsstatut und Redaktionsbeirat verhindern Entlassungen ebenso wenig wie den kalten Rechtsruck des B. ittes.

Der Sprecher des Beirates erklärte auf einer öffentlichen dju-Versammlung einfach: es gäbe keine politische Säuberung des „Stern“. Und in meinem Fall teilte der Beirat schriftlich mit, er habe die Inhalte der Kündigung gar nicht zu prüfen. Um zu diesem Ergebnis zu kommen, hat der Beirat zwar zwei Gespräche mit dem Chefredakteur geführt, mich jedoch nicht angehört. Als das eingangs erwähnte Hamburger Journalisten-Info erschienen war, hatten die Beiräte es allerdings sehr eilig, nach mir zu rufen und mich einem hochnotpeinlichen Verhör zu unterziehen.

Auch wenn in anderen Fällen mehr Gesprächsaufwand betrieben und die Betroffenen bzw. von Kündigung bedrohten Kollegen sogar angehört wurden, ist der Redaktionsbeirat vom Grundsatz her stets seinem eigenen Selbstverständnis wie auch der ihm zugemessenen Funktion gefolgt: er fungiert als Instrument und public relation-Agentur von Chefredaktion und Verlag. Als Beleg mag ein Ausspruch des Beirat-Sprechers auf der öffentlichen dju-Versammlung gelten, der die versammelten Kollegen wissen ließ: „Die Chefredaktion ist des Diskutierens müde. Ein Naturschutzpark kann bei uns nicht errichtet werden.“

Frage: Welche Lehren sind Ihrer Meinung nach aus Ihrem „Fall“ zu ziehen?

uk: Obwohl ich meinen Job verloren habe, darf ich nicht, wie ich es

Frage: Welche Lehren sind Ihrer Meinung nach aus Ihrem „Fall“ zu ziehen? —

uk: Obwohl ich meinen Job verloren habe und da der Betriebsrat meiner Kündigung nicht widersprochen hat, am 30. Juni wahrnehmlich auf der Straße liegen werde, weil ich als Journalist sicher so schnell keine Arbeit finde, mit mir klar geworden, daß es auch hier erst mal nicht um eine private individuelle Sache handelt.

Deshalb habe ich auch von vorn herein die Diskussion mit den Kollegen gesucht. „Fälle“ wie den meinen kann man erst verstehen, wenn man den Zusammenhang untersucht aus den Erfahrungen anderer, lernen, eigene Erfahrungen mitteilen.

Ich halte es für richtig und notwendig, demokratische Positionen zu verteidigen und zwar nicht vereinzelt und im stillen Kämmerlein oder der „inneren Emigration“, sondern da, wo man arbeitet und gemeinsam mit den Kollegen. Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen, auch wenn es schwer fällt.

Obwohl mit diesem Interview wahrscheinlich um die Ohren gehauen wird, weil Sie eine kommunistische Zeitung und habe ich es für notwendig und legitim, jede Möglichkeit zu nutzen, auf die Gefahr von rechts aufzuklären zu machen und die entgegenzusetzen.

Ein Genosse

Aufbruch des Schweizer Chile-Komitees

Chile Komitee Winterthur
Postfach 759
CH 8401 Winterthur Schweiz
Tel. 052 223618 (Du bis 18.00)

Winterthur, 12.5.1974

Kollegen,
Nachdem im vergangenen Jahr der Schah von Persien die „Majesty“ seiner We von Kriminellen präsentieren durfte, war der durchgehende Tagung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Anfang Juni in Genf auch eine Delegation der chilenischen Faschisten erwartet. Diese Delegation wird dort auftreten als Vertreter der chilenischen Arbeiterklasse.

Dies ist nicht nur eine Provokation für die Kollegen in der Schweiz, sondern für die ganze Gewerkschaftsbewegung.

Die Chile-Komitees in der Schweiz verfolgen gegenwärtig eine Resolution zur Lage der Arbeiterbewegung in Chile und der Forderung: SCHLUSS MIT DEN VERLEUMDUNGSKAMPFEN FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN! KEINE

VERTEILER DER MILITÄRJUNTA
IMMER DER TAGUNG DES INTERNATIONALEN ARBEITERSAMT!

Wir bitten Euch in Euren Publikationen darauf hinzuweisen, daß auch Delegierte der DGB an dieser Tagung teilnehmen werden. Wir hoffen, daß diese Delegierten eindeutig und unmissverständlich gegen den Auftritt der Faschisten Stellung nehmen werden.

Am 8. Juni wird in Genf eine Demonstration gegen die Anwesenheit der chilenischen und griechischen Delegation stattfinden, die das Ergebnis der anlaufenden Mobilisierung zum Ausdruck soll.

Wir würden es begrüßen, wenn Ihr als Organisation, Betreiberguppe, Vertrauensleutekörper oder Gewerkschaftsaktion diese Solidarität mit dieser Kampagne und unseren Forderungen ausdrücken würdet.

Korrespondenzen, Resolutionen usw. erreichen uns über die oben genannte Adresse.

Mit solidarischem Gruß
Chile Komitee Winterthur

zur Hamburger Antifa-Aktion am 17. Mai

Nach einer Demonstration zum Kampf bin ich noch einmal ins Hamburg-Heim gegangen, wo ca. 120 NPD-Hauptleute gerade beim Verlassen des Hauses waren. Zwischen den beiden Linien ging es wie ein kurzes Gespräch zwischen dem Einzelknecht der Bullen und dem NPD-Oberhauptling, das ich belauscht habe.

Einmalig war: —

Faschist: Heute vormittag hatte ich noch einmal ein Gespräch mit Dr. (Name ist mir entfallen) im Pö-

dem, der zwar auch mit Störungen rechnete, aber nicht in diesem Ausmaß.

Einzelknecht: Ja, Sie müßten aber zu geben, daß Sie mit dieser Anzahl von Störungen auch nicht gerechnet haben.

Faschist: Ja, das stimmt.

Einzelknecht: Aber es steht Ihnen ja frei, alsbald wieder eine Veranstaltung zu machen.

Faschist: Ja, natürlich, wir haben so wenig noch mehrere geplant.

Einzelknecht: Dann werden wir auch räumlich besser abdecken (es wurde

hat auch einen „Faschandruck“ der mit aber auch enthalten ist (genau eine flexible Taktik anwenden).

Faschist: Für Ihren hervorragenden Hinweis nochmal herzlichen Dank.

Andere Faschisten Hauptlinge bedankten sich ebenfalls beim Einzelknecht per Handhabe und lobenden Ausdrücken über den Einsatz der Polizei.

Stimmenanteil des Kandidaten der Links-Union in der französischen Präsidentschaftswahl fast 58%

Der Kampf geht weiter

Der neue Staatspräsident von Frankreich ist Giscard d'Estaing. Das letzte Ergebnis (Hochrechnung), das uns bis Redaktionsschluss vorlag, lautete auf 50,7% für Giscard d'Estaing und 49,3% für Mitterrand, den Kandidaten der Links-Union. Der Stimmenunterschied beträgt damit nur knapp 400.000 Stimmen.

1965, als Mitterrand gegen die Gaullisten im zweiten Wahlgang antrat, vereinte er 44,8% der Stimmen auf sich. Bei der jetzigen Präsidentschaftswahl hat er im ersten Wahlgang am 6. Mai bereits 43,5% der Stimmen erhalten, und die beiden Kandidaten der revolutionären Linken (Krivine und La Guillier) zusammen knapp 3,5%. Die wichtigsten Organisationen der revolutionären Linken hatten dann im zweiten Wahlgang am 19. Mai eben falls zur Wahl Mitterrands aufgerufen, ohne natürlich die Illusionen einer parlamentarischen Demokratie für einen parlamentarischen Weg zum Sozialismus mitzuführen. Der Stimmenanteil Mitterrands im zweiten Wahlgang geht also noch über den aller Kandidaten der (reformistischen und revolutionären) Linken im ersten Wahlgang hinaus – und stellt überhaupt den größten Wahlsieg dar, den ein Linkskandidat seit 1945 in Frankreich erzielt hat.

Um Giscard d'Estaing hatte sich im zweiten Wahlgang die gesamte Rechte gesammelt – nicht nur die Unabhängigen Republikaner (seine eigene Partei) und die Gaullisten (die im ersten Wahlgang auf nur wenig über 14% für ihren Kandidaten Chaban-Debras ihre größte Pleite seit Beginn der „gaullistischen Ära“ 1958 erlebten), sondern weiter vom rechten Rand des „demokratischen Zentrums“ über „Nostalgie“ des nazi-treuen Vichy-Regimes bis hin zu den Faschisten der ehemaligen (?) Geheimarmee OAS, der „Ordre Nouveau“ (Neue Ordnung) usw. Giscard d'Estaing hatte zahlreiche schillernde faschistische Organisationen und der gaullistischen Parallelspezies direkt als

daß dieser Wunsch durch das reformistische Programm der Links-Union nicht befriedigt werden könnte, und schon gar nicht durch Mitterrand, der gewachsene Bewußtsein der Arbeiterklasse und anderer Bevölkerungsteile zeigt und ihren Wunsch nach einer gesellschaftlichen Änderung zum Ausdruck bringt – unabhängig davon mit den angekündigten Maßnahmen für den erhofften Fall seiner Präsidentschaft noch weit hinter den sozialen und politischen Forderungen dieses Programms zurückgeblieben war.



Giscard d'Estaing, Präsident der Bourgeoisie mit geschultertem Gewehr

seine „Wahlheifer“ angestrichen – und allein dafür täglich 20.000 Francs (etwas mehr als 10.000 DM) ausgegeben.

Giscard d'Estaing wird als zukünftiger Präsident Frankreichs nicht „nur“ der engstirnige Vollstrecker der Kapitalinteressen sein, sondern er entspringt selbst der Bourgeoisie und gehört selbst zu ihr und seine Familie partizipieren an der Handelsbank S.F.F.O.M., der „Knäuscher-Industrie des Fernen Ostens“, der Eisenfabrik Klüber-Colombes, dem Elektrotechnik-Konzern Thomson-Houston-Hotchkiss-Brandt, der marokkanischen Zuckerfabrik, der lothringischen Kohlenindustrie, der Vereinigten Industriefabrik von Loing, dem Wasch- und Putzmittel-Konzern Trailler Gibbs et Hills France, der Promegroup Interfranco (die zahlreiche Provinzzeitungen kontrolliert) und dem Unternehmen Bergougnan.

Der Wahlsieg Giscard d'Estaings ist durch eine schäumende Hetzkampagne gegen die Links-Union und Mitterrand gebettet worden, in der alle traditionellen antikomunistischen Dämonen (vom Wirtschafts-Chaos bis zur Auslieferung Frankreichs an die Sowjetunion) zum Tode gebracht wurden. Besonders vor diesem Hintergrund muß der hohe Stimmenanteil Mitterrands als großer Erfolg angesehen werden, der das

vergehe Kommentatoren haben nach diesem Ausgang sofort davon gesprochen, daß man sich nun auf einen „dritten Wahlgang“ einrichten müsse, auf einen sozialen „Wahlgang“, auf eine gewalttätige Unruhe in der Arbeiterschaft. Die Bourgeoisie ist sich durchaus darüber im Klaren, daß die französische Arbeiterklasse, aufbauend auf ihre Erfahrungen in den Kämpfen gegen das



Francois Mitterrand

gaullistische Regime, auch dem neuen Regime Giscard d'Estaing Widerstand entgegenzusetzen wird – und das immer Widerstand, wie das Wahlergebnis schon andeutet, wahrscheinlich erheblich wachsen wird und möglicherweise auch sehr schnell loszuschlagen kann. Zudem ist abzusehen,

daß das Regime Giscard d'Estaing wahrscheinlich nicht die Stabilität des „traditionellen“ Gaullismus erreichen wird und die Auseinandersetzung innerhalb des Regimes über die einzuschlagende Politik nach dem Ende der „gaullistischen Ära“ schärfer wird.

Nicht desto weniger haben die französischen Arbeiter unter Giscard d'Estaing nicht die geringste Besserung ihrer Lage zu erwarten, sondern eine sowohl wirtschaftlich wie auch politisch verstärkte Offensive der Bourgeoisie Giscard d'Estaing und der Mann, der im vorherigen Regime als Finanzminister ohnehin schon direkt für die enorme Vertiefung des Lebens der französischen Arbeiterklasse verantwortlich war (Inflationssatz 21 über 15%).

Die Revisionisten und Reformisten der Links-Union haben ihrerseits sofort nach dem Wahlausgang erklärt, daß sie dieses Ergebnis „respektieren werden“ – was bei ihnen immer so zu verstehen ist, daß sie nicht daran denken, die Arbeiterkonsequenzen gegen dieses Regime zu mobilisieren, sondern beher noch einen weiteren Rückzieher in den Sumpf des bürgerlichen Wahlrechtsmanövers antreten. Hat es diesmal wieder nicht ganz geklappt, so wartet man eben geduldsig auf den nächsten Wahltermin. Vielleicht ein paar „Aktions-tage“, um die Fassade einer „Politik im Interesse der Arbeiterklasse“ reinzuhalten – aber ja keine „Unruhe“, über die man „die Kontrolle verlieren“ könnte. Das ist die Mentalität von Mitterrand, Marchais & Co.

Ob diese Rechnungen allerdings aufgehen, ist eine andere Frage, die die kommenden Kämpfe der französischen Arbeiterklasse selbst beantworten werden. Immer wieder ist die Arbeiterklasse auf den Weg der bürgerlichen Wahlen vertrieben worden, und immer wieder hat sich gezeigt, daß sich so keine tiefgreifende Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse herbeiführen läßt. Die Ent-

schung, die jetzt wiederum über die erneut verlorene Wahlschlacht in der Arbeiterklasse aufleben wird, kann auch ein guter Nährboden für eine zunehmende Ablehnung von den reformistischen Illusionen werden – ein Nährboden allerdings nur, zu dem noch die politische Agitation und Propaganda der revolutionären Linken hinzutreten muß, um das Bewußtsein innerhalb der Arbeiterklasse für den einzig gangbaren Weg zu schärfen: das Vertrauen nicht in das Wechselspiel des bürgerlichen Parlamentarismus, sondern einzig und allein in die Kraft der eigenen Klasse. In diesem Sinne hatte die OCR (Organisation Communiste Revolutionnaire) in der letzten Ausgabe ihrer Zeitung vor der Wahl geschrieben: „Wenn die Rechte gewinnt, ist nichts verloren. Wenn die Linke durchkommt, bleibt noch alles zu erobern. Die Arbeiter müssen wachsam bleiben und zum selbständigen Handeln übergehen – egal wie das Wahlergebnis ausfällt.“

Anzeige

Zur Aussenpolitik der VR China

Chinas Außenpolitik wird mehr und mehr zum Rätsel für seine Freunde. Das gilt gerade auch für das Verhalten der VR China gegenüber den imperialistischen Ländern Westeuropas und speziell gegenüber dem BRD Imperialismus. Da erfährt z.B. Tschu En-lai den Krupp-Manager Beltz mit der Bemerkung, „daß er nur Königsgelbes, kein Kaliningsrad“ (1) d.h. ohne eine Unterstützung der Forderung des deutschen Imperialismus und Revisionismus nach „Rückgabe der geraubten deutschen Ostgebiete“ und beim gleichen Anlaß vergibt Tschu En-lai nicht seinem „alten Freund“ Gerhard Schröder (CDU) durch Beltz Grüße zurück-

Frankreich: 30.000 demonstrieren am 1. Mai in Paris

'Kein Waffenstillstand im Klassenkampf!'

Die reformistischen Gewerkschaftsführungen der CGT und CFDT sagten in diesem Jahr die traditionelle Demonstration am 1. Mai ab. Sie wollten damit ihr „Verantwortungsge-wußtsein“ angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen zeigen, „nichts zu tun, was dem Ablauf und der Ruhe der Wahlkampagne schaden könnte“ (so Séguin, Vorsitzender der CGT und ZK-Mitglied der revisionistischen PCF).

Warum eine machtvolle proletarische Demonstration am 1. Mai schädlich sein soll, ist offenbar damit zu erklären, daß kleinbürgerliche Wähler Mitterrand und der „Linkenunion“ es übel nehmen könnten, wenn die Arbeiterklasse demonstriert. Diese erbärmliche rechtsopportunistische Philosophie läßt für die weitere Politik der „Linkenunion“ Schlüsse erwarten, nämlich die weitere Demobilisierung der Arbeiter, um die Kleinbürger nicht zu „erschrecken“ und die Bourgeoisie (und ihre Armee) nicht zu „provokieren“.

Jedoch auch in Paris ließen sich nicht alle Arbeiter ihren Kampfplan nehmen. Vorbereitet von einer Aktionskomitee verschiedener revolutionärer Organisationen (Revolution, Lutte Ouvrière und Ligue Communiste) demonstrierten 30.000 trotz der Enthaltsamkeitsverordnung der Gewerkschaftsführer durch die Straßen von Paris. 30.000 unter revolutionären Parolen – das war in der Tat eine Schlacht für die reformistischen Waffenstillstands-Fanatiker und ein Erfolg für die französische Arbeiterklasse. Vorwiegend marschierte ein Block von Arbeitern aus gegenwärtig bestreikten und z.T. besetzten Betrieben. an der Spitze Arbeiter des Druckbetriebs Darbois, die seit drei Monaten im aktiven Kampf stehen und wie zuvor bei Lap die Produktion in eigene Regie übernommen haben. Dies verdeutlichte den Sinn der Demonstration. Was mit

Demonstranten kaum über die eigenen Reihen hinaus. Die diesjährige Mai-Demonstration zeigt zum einen die seitdem wiederbelebte Kampfbereitschaft in der französischen Arbeiterklasse und sie liefert zum anderen den Beweis, daß der Reformismus zwar eine Strömung in der Arbeiterklasse ist, die energiegelokampft werden muß (und die ja auch in Frankreich noch die Hegemonie innerhalb der Arbeiterbewegung hat).

daß die revolutionären Organisationen diese Strömung aber nicht zu leichten brauchen, wenn sie verstehen, „im Herzen“ dieser Arbeiterbewegung eine Politik zu entwickeln, die einerseits die durch den Reformismus geförderte Mobilisierung mit-trägt und ausnutzt, und andererseits dem Reformismus gegenüber eine klare politische Alternative stellt. Natürlich ist es so, daß die „Linkenunion“ in gewissem Umfang eine Mobilisierung der Arbeiterklasse nötig hat (die sie natürlich aber auch oft genug wieder bremst) – daß sie aber (und das ist ihr Wesen) diese Mobilisierung auf die Irrwege des bürgerlichen Parlamentarismus zu fesseln versucht. Es wäre unmarxistisch und undialektisch, hier nur die sich daraus ergebenden Gefahren zu sehen – und nicht gleichzeitig auch die Chancen, die sich auf dieser Grundlage für die Entwicklung eines revolutionären Bewußtseins der Arbeiterklasse eröffnen wenn, wie gesagt, die revolutionären Organisationen die Kraft und die Fähigkeit herausbilden, in diesem „Zwischenraum“ von reformistischer Mobilisierung und reformistischem Irrweg eine Politik zu entwickeln. Der 1. Mai in Paris mit all seinen Zeichen dafür, daß dies möglich ist.



Übrigens: Am Freitag den 24.5 findet um 19.00 Uhr im Audimax (Uni) eine

IRLAND-VERANSTALTUNG statt

Rhodesien:

Die BRD-Konzerne sind immer dabei

Kurz nach Ostern drangen zaghafte Meldungen über ein „angebliches Engagement“ westdeutscher Konzerne in Rhodesien auch in die Spalten der bürgerlichen Presse („Welt“ 17.4).

Tatsache ist, daß das staatskapitalistische Minderheitenregime (von den 3 1/2 Millionen Einwohner Rhodesien und etwa eine Viertelmillion Weiße) unter Ian Smith sich nur an der Macht halten kann, weil es die Unterstützung der großen Konzerne vor allem aus Großbritannien, den USA, der BRD und anderer EG-Staaten erhält. Die reichhaltigen Bodenschätze – u.a. Kupfer, Uran, Platin, Nickel und Kupfer – sind Anreiz genug. Das Smith-Regime bietet eine große Zahl von Arbeitsplätzen und garantiert niedrige Löhne.

Die Kapitalisten sind aber bemüht, ihre Geschäfte mit den rhodesischen Rassenregimes zu halten, denn offiziell hält man sich ja an den Be-

schluß, der Sanktionen gegen alle jene Staaten vorseht, die Rhodesien unterstützen.

Jüngster bekannt gewordener Fall, in dem sich die kapitalistischen Konzerne einen Druck aus derlei Sanktionen kühnert, ist das Kredit der „European-American Banking“ in New York, die einen Investitionskredit von 12 Millionen Pfund Sterling an die „Rhodesian Iron and Steel Company“ gab. Damit soll die Stahlproduktion im Lande wesentlich erweitert werden. 13 Unternehmen aus kapitalistischen Ländern beteiligen sich daran, unter ihnen die Neunkirchner Eisenwerke (Otto Wolff Konzern) und die Duisburger Klockner AG, die über eine Schweizer Tanggesellschaft billigen rhodesischen Stahl beziehen will.

Metal-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



aber wohl so, daß Unsicherheit über die chinesische Außenpolitik besteht. Diese Broschüre soll einige Aspekte der Außenpolitik der VR China zu beleuchten versuchen. Neben dem Nachdruck unserer Artikelserie aus dem ARBEITERKAMPF sind zahlreiche Dokumente aus westdeutschen Zeitungen und der „Peking Rundschau“ beigelegt.

52 Seiten Preis DM 7,- zuzüglich Porto

zu bestellen über Verlag ARBEITERKAMPF
J. Ilieski
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

SÜDAFRIKA – WEISSE MINDERHEIT SICHERT FASCHISTEN- MEHRHEIT IM PARLAMENT

Ende April fanden in Südafrika Parlamentswahlen statt. Da die schwarze Bevölkerung jeglicher politischer und kultureller Rechte beraubt ist, durfte nur die weiße Minderheit (4 von 24 Millionen Einwohnern) sich ihre Regierung wählen.

Zur Wahl standen drei Parteien - die „Nationale Partei“ -

die „Vereinigte Partei“ - beide vertreten die faschistische Apartheidspolitik (Rassenentrennung und Unterdrückung der farbigen Bevölkerungsmehrheit) und unterscheiden sich nur durch die Namen der Kandidaten.

die „Progressive Partei“ - eine sozialdemokratische Variante der Apartheidpolitik. Sie vertritt die Ideologie der Klassenzusammenarbeit zwischen dem farbigen Proletariat und den weißen Unterdrückten. Die seit 1946 regierende „Nationale Partei“ erreichte wieder die absolute Mehrheit im Parlament.

Der Vorsitzende, Ministerpräsident Vorster (er war während des 2. Weltkriegs wegen „pro-historischer Aktivitäten“ inhaftiert) kündigte schon noch schärferen Kurs der faschistischen Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung an!

Kaum ein zweites Land der Erde bietet der nationalen und internationalen Bourgeoisie so viele Möglichkeiten, aus der Ausplünderung der Bodenschätze und der Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung gewaltige Profite zu erzielen. In Südafrika, sowie in dem von der Republik Südafrika besetzt gehaltenen UN-Mandat Namibia, befinden sich riesige Bodenschätze (die größten Diamanten- und Goldvorkommen der Welt, Kupfer, Zinn, Uran, Wolfram, Mangan etc.) und große Ländereien. Durch blutigen Terror - z.T.

heimischen Bevölkerung genommen! Jede „Zuwerdung“ wird blutig unterdrückt!

Am 11.9.73 wurden von 80 streikenden Arbeitern der Goldmine „Western Deep Level“ 12 auf der Stelle erschossen, weil sie für ihre Forderungen demonstrierten.

In den Reservaten von Namibia gibt es die Folterstrafe für oppositionelle Äußerungen.

Fast alle Führer schwarzer Oppositionsgruppen sitzen im Gefängnis oder sind ermordet.

Wie in Rhodesien haben sich viele Farmer zu Kommandos zusammengeschlossen. Sie halten regelmäßige Übungen ab. („Spiegel“, Nr. 18/74)

Zur Vorbereitung der Bourgeoisie und ihres faschistischen Staatsapparats auf kommende Auseinandersetzungen schrieb die „Welt“:

„Kein anderer Staat hat zudem eine Bevölkerung (die weiße Minderheit natürlich) auf unkonventionelle Erziehung im eigenen Land vorbereitet... Die beschlossene Lufttransportkapazität - auch ihr steht in Afrika nichts vergleichbares gegenüber - garantiert rasche Mobilität für den Fall, daß rebellierende Bevölkerungsteile niedergebrennt werden müssen.“

Das genau ist die Politik, mit der auch Vorster's „Nationale Partei“ der weißen Minderheit im eigenen Land und den Imperialisten im Ausland empfiehlt!

Die BRD-Imperialisten immer in vorderster Front

Entsprechend der Politik aller Imperialisten ist auch der BRD-Imperialismus an der Ausbeutung und

Entsprechend der Politik aller Imperialisten ist auch der BRD-Imperialismus an der Ausbeutung und Ausplünderung des afrikanischen Volkes beteiligt. Auch nach den USA und England steht die BRD an dritter Stelle der ausländischen Investoren in Südafrika - ca. 300 Konzerne und Firmen aus

daran klar, daß sich die BRD-Regierung direkt an der Ausbeutung und Unterdrückung der Afrikaner beteiligt (über die VFA, VW, VFW u.a.) und auf der anderen Seite die Verhinderung des Baus einer Sternwarte in Namibia als Unterstützung des schwarzen Widerstandes in Südafrika ausgiebt!

Der Widerstand des schwarzen Proletariats nimmt zu

Trotz der festen Entschlossenheit der faschistischen Machthaber, das unmenschliche Ausbeutersystem aufrechtzuerhalten, hat der Widerstand der schwarzen Bevölkerung in den letzten Jahren einen Aufschwung genommen.

Im Dezember 1971 legten ca. 40.000 Arbeiter in Namibia Fabriken, Minen und Farmen lahm.

Der Streik dauerte fast sechs Monate. Während des Streiks wehrten sich Afrikaner z.T. mit Pfeil und Bogen gegen die Angriffe der Polizei. Neben kleineren ökonomischen Zugeständnissen war es ein wesentlicher Erfolg des Kampfes, daß die SWAPO (die politische Widerstandsorganisation der Schwarzen Namibias) den Streik organisierte und ihm eine politische Stütze gab.

Die SWAPO selbst räumte 1966 mit der Illusion auf, die Faschisten mit friedlichen, parlamentarischen Mitteln aus Namibia vertreiben zu können.

Se ging daran, eine revolutionäre Organisation aufzubauen und den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Von den ca. 650.000 Schwarzen in Namibia sind heute schon ca. 100.000 in der SWAPO organisiert!

Namibia sind heute schon ca. 100.000 in der SWAPO organisiert! In den Fabriken und Minen Südafrikas selbst nehmen die Auseinandersetzungen und Streiks zu. In allen Landesteilen schließen sich mehr und mehr Afrikaner dem Befreiungskampf unter der Führung der SWAPO an.

Der wachsende Widerstand der einheimischen Bevölkerung wurde von den faschistischen Parteien genutzt, um der weißen, privilegierten Minderheit das Bild von der „schwarzen Gefahr“ recht gruselig an die Wand zu malen.

So schrieb der „Kölnischer Stadtanzeiger“ vom 23.4.74:

„Südafrika versteht sich heute als eine der letzten kapitalistischen Bastionen auf dem schwarzen Kontinent und nichts steht dem Volk (der weißen Minderheit - Anm. A.K.) mehr, als die Panikmache vor kommunistisch unterwanderten schwarzen Herden, die den weißen Mann ins Meer treiben wollen.“

Der Kampf der schwarzen Bevölkerung hat aber auch bei einem Teil der weißen Bourgeoisie Überlegungen hervorgerufen, wie man das Ausbeutersystem eventuell auch ohne das Mittel des offenen Terrors langfristig

Vor allem weiße Intellektuelle sammeln sich in der „Progressiven Partei“ (PP) und stellen ihr Wahlpotential. Ihnen geht es darum, auf die Fragen des Klassenkampfes mit der Ideologie der sozialen Partnerschaft zu antworten.

Ihr Ziel ist es, das schwarze Proletariat zu integrieren, indem man die schlimmsten Auswüchse der Unterdrückung „beseitigt“ (mehr Lohn, Stimmrecht bei Wahlen, „freie Gewerkschaften“ etc.). Hiervon versprechen sie sich, dem revolutionären Kampf die Spitze brechen zu können um sich bei der Bourgeoisie und den Imperialisten als Sachverständiger der Zukunft zu empfehlen!

Das wurde von der einheimischen Bevölkerung schon richtig erkannt. „Als Werber der Partei kürzlich in einem Wohnheim von afrikanischen sprechenden Studenten über „Alternativen zur Apartheidspolitik“ diskutierten wollten, wurden sie mit Eiern und Tomaten bombardiert.“

(Kölnischer Stadtanzeiger 23.4.74)

Daran wird deutlich, daß es bei den Widerständen innerhalb der weißen Bevölkerung nur darum geht, wie die „Herrenvölkergesellschaft“ am besten durchgesetzt werden kann, wie die Herrschaft über das schwarze Proletariat am besten aufrechterhalten wird!

(Obwohl die PP ihre Sitzzahl im Parlament von 1 auf 6 erhöhen konnte, gilt nach wie vor die Poststellung „Vorsteher“ der wiedergewählten Mehrheit als Auftrag zu noch unheimlicherem Durchgreifen, so fasst die „Kölnische Stadtzeitung“ zusammen.)

Der ganze Zynismus der imperialistischen Regierungspolitik wird



Die Kerker des rassistischen Vorster-Regimes sind überfüllt mit Gefangenen aus der einheimischen Bevölkerung.



Streikende südafrikanische Bergarbeiter einer Goldmine in Carttonville. Im August 1973 erschoss die faschistische Polizei 12 ihrer Kollegen während eines Streiks.

Italien

Ein 'No' zum Referendum - Ein 'No' zur Faschisierung!

Am 12. Mai fand in Italien nach monatelanger heftiger politischer Auseinandersetzung über das Scheidungsgesetz statt.

Die Christdemokratische Partei, die Neofaschisten und die Katholische Kirche hatten versucht, das vor einigen Jahren beschlossene - übrigens keineswegs sehr liberale - Scheidungsgesetz durch eine Volksabstimmung zu Fall zu bringen.

59,1 % der Wähler stimmten mit 'Nein', gegen den Anschlag der Reaktion. Für die Beibehaltung des Gesetzes. Im traditionellen roten Mittel Italien waren es gar 65,2 % die den Rechten ein klares 'Nein' entgegenbrachten. Im Mittel 67,3 %, in Lombar 79,8 %. Selbst im „schwarzen“ Südsüditalien konnten die Rechten nur in wenigen Gebieten eine Mehrheit gewinnen.

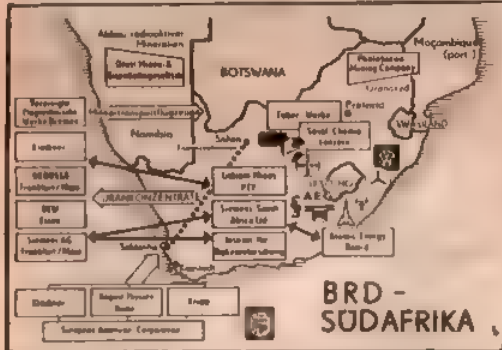
Bei dem Referendum ging es von Anfang an um mehr als das Scheidungsgesetz. Die DC, unterstützt von den Neofaschisten, machte die gesellschaftliche Kraftprobe, und zwar auf einem Feld, wo es relativ leicht möglich schien, die italienischen Werkstätten - losgerissen von ihrer sozialen Lage - entlang einer klerikalen Propaganda aufzuspalten, und wo die katholische Kirche das Gewicht von religiöser Verbundenheit, Aberglauben und Furcht mit sich führte.

Angst etc. voll in die Waagschale werfen wollte.

Entsprechend nahm die revolutionäre Linke die Herausforderung an. Sie führte die Kampagne zum Referendum unter der Parole: „Ein 'Nein' ist die Politik der Bourgeoisie und nicht nur dem Anschlag auf das Scheidungsrecht - ein 'No' entgegen zu zurechnen.“

Anders verhielten sich die Revisionisten, die in dem Referendum einen Anschlag auf ihr Lieblingskind, den historischen Kompromiß mit den Christdemokraten, sahen. „Ein 'Nein' ist die Politik der Bourgeoisie und nicht nur dem Anschlag auf das Scheidungsrecht - ein 'No' entgegen zu zurechnen.“

Die Christdemokraten vom alten aber ihre äußerste Rechte umfassen (Anfang 1974), mit Unterstützung der Neofaschisten des MSI, wollten eine politische und soziale Kraftprobe durch das Referendum. Dieser haben die sie aufleben, in ihnen nun ein versichern selbst auf den Fuß gefallen.



Der BRD-Imperialismus steht mit seinen Investitionen im faschistischen Südafrika an vorderster Front.

vaten Sie werden gezwungen, ihre Arbeitskraft an die weiße Siedler und Kapitalisten zu verkaufen. Eine von der weißen Regierung geschaffene Zentralstelle für Eingeborenenarbeit bestimmt dabei die Dauer des Arbeitsverhältnisses, den Lohn und andere Bestimmungen des Arbeitsvertrages. Außerdem ist es den schwarzen Arbeitern verboten, das Arbeitsverhältnis von sich aus zu kündigen!

Das durchschnittliche Verhältnis der Löhne zwischen den schwarzen und weißen Arbeitern ist in den Fabriken 1:5 und in den Bergwerken oft 1:10.

Manche Farmarbeiter erhalten neben Interim und Naturalien 20 Mark monatlich („Spiegel“ Nr. 18/74)

Da die Afrikaner in Reservaten leben müssen, leben die Arbeiter oft meilenlang getrennt von ihren Familien in dafür geschaffenen Lagern der Kapitalisten.

„Das Drembo-Lager in Kenia ist von einer hohen Mauer umgeben. Am Eingang fließen bewaffnete Polizisten alle Bewohner und Besucher. Die Arbeiter drängen sich in 16 Meter-Schlafkammern. Das Bett ist ein etwa 90 Zentimeter breiter Metallvorsprung. Johanneburg, Financial Mail“ wertet den auch eigenen ein Konzentrationslager („Spiegel“ Nr. 18/74)

Die elementarsten Rechte der Arbeiterklasse das Recht auf Streik auf gewerkschaftliche und politische Organisation und das Recht der freien Meinungsäußerung sind der ein

Hunderttausende im Streik



Die Werktätigen Dänemarks haben in den letzten Tagen mit zahlreichen Streiks und zahlreichen Demonstrationen gegen das 'Sparprogramm' der Minderheitsregierung Hartling protestiert. Bereits am 8. Mai '74 hatte die Regierung des 'Liberalen' Hartling ein Steuergesetz im Folketing (dem dänischen Parlament) eingebracht, das Konsumgüter drastisch verteuern und damit die Abwärtsbewegung im Lebensstandard der dänischen Arbeiterklasse noch beschleunigen wird.

Durch die neuen Maßnahmen werden die Autos um 25% und mehr teurer. Kühlschränke, Waschmaschinen, Staubsauger, Stark- und Alkohohlampen. Das Gesetz soll vor allem bewirken, daß das gegenwärtig bereits 25 Milliarden Kronen betragende (und täglich um 20 Millionen steigende!) Handelsbilanzdefizit der dänischen Bourgeoisie abgebaut wird. Die Importe von Konsumgütern werden durch eine Barriere erhöhter Steuern gedrosselt.

Die Zeche dieser Bourgeoisie-Politik soll allein die Arbeiterklasse tragen.

Im Folketing: 'Liberalen' und Rechtsradikale gemeinsam

Die Regierung Hartling, die sich im Folketing nur auf eine Minderheit der Abgeordneten stützen kann, knüpft ihr eigenes Schicksal an die Abstimmung über dieses Sparprogramm. Hätte sie die Gesetzesvorlage nicht durchgebracht, wäre sie zu rückgetreten und hätte Neuwahlen ausgeschrieben.

Als die Fraktion der Sozialdemokraten sich schließlich zur Ablehnung der Gesetzesvorlage durchringen hatte (unter dem Eindruck zunehmender Proteste der Arbeiterklasse!) blieb der Regierung nur noch das Bündnis mit dem faschistischen Provokateur Gistrup. Dieser Mann hatte sich bei den letzten Wahlen zum Folketing im Dezember '73 mit der demagogischen Parole 'Abschaffung aller Steuern' die Stimmen zahlreicher sozialdemokratischer Wähler ergaunert (16 Prozent!) und war mit seiner Fortschrittspartei als zweitstärkste Fraktion ins dänische Parlament eingezogen.

Jetzt ermöglichen die Gistrup-Leute mit ihren Stimmen am 15. Mai die Verabschiedung der drastischen Steuererhöhungen. Neben den Sozialdemokraten traten nur noch die revisionistische KP Dänemarks und die Volkssozialisten gegen die arbeitfeindliche Regierungsvorlage auf.

Die Arbeiter fordern: Weg mit der Gesetzesvorlage! Weg mit der Hartling-Regierung!

Die Regierungspäne, den Lebensstandard der werktätigen Massen durch Steuererhöhungen drastisch zu senken, stoßen vor allem natürlich bei den Hauptbetroffenen - den Arbeitern - auf stärksten Protest. Ausgerichtet auf die entscheidenden Beratungen des Folketing führen die Werktätigen in ganz Dänemark Streiks, Demonstrationen und

Protestkundgebungen durch. Bereits Ende letzter Woche zogen über 50.000 Menschen vor das Parlament in Kopenhagen, um ihre Kampftheorie zu demonstrieren - und Druck auf die Abgeordneten auszuüben, die gerade mit der 2. Lesung der Gesetzesvorlage befaßt waren. Parallel zu dieser Massenkundgebung streikten und demonstrieren in allen Teilen Dänemarks die Arbeiter für die gleiche Sache.

Neben den unmittelbaren Zweck (Verhinderung der Steuererhöhungen) trat auch immer stärker die Forderung nach Rücktritt der Regierung Hartling und nach Durchführung von Neuwahlen.

Obwohl sich die Kampfmaßnahmen der Arbeiterklasse gegen die Politik der amtierenden Regierung auch zu Beginn dieser Woche fortsetzten, verabschiedete der Folketing am 15. Mai das Gesetz (womit die Steuererhöhungen noch am selben Tag wirksam wurden).

Im gesamten Lande traten daraufhin hunderttausende von Arbeitern und Angestellten in den Streik. Druckereien mußten am 16. Mai dicht machen, Werften, Häfen und Betriebe des Maschinenbaus lagen still.

Auch der Transportbereich war betroffen. In verschiedenen Städten versammelten sich erneut Zehntausende zu Kundgebungen und Demonstrationen (allein in Kopenhagen mehr als 60.000 Menschen).

Obwohl noch zu sagen, daß die Arbeiter bei der kämpferischen Vertiefung ihrer Positionen und der Durchsetzung ihrer Forderungen nicht nur nicht von den Führern der Gewerkschaften unterstützt wurden, sondern auch noch in überlauer Weise beschimpft wurden. Gewerkschaftsboß Nielsen nannte die Streiks und Demonstrationen 'überzogen' und bezichtigte die Arbeiter der 'kommunistischen Mysterie'.

Die Gewerkschaftsführer hatten nichts Edleres zu tun, als nach der ersten Welle spontaner Streiks mit den Kapitalistenverbänden zusammenzukommen (14.5.74), 'um dem Konflikt die Schärfe zu nehmen' (FAZ, 17.5.1974).

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.5.74). Die Massenproteste dauerten bei. Redaktionsschluss noch am 17. Mai 1974. Metallkomitee KB/Gruppe Hamburg.



In mehreren Städten kam es (wie hier in Kopenhagen) zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und der Polizei.

Generalstreik und Eisenbahnerstreik in Indien

Anfang Mai traten die indischen Eisenbahner in den Streik. Laut Berichten der bürgerlichen Presse wollten die 1,5 Mio indischen Eisenbahner 75 % mehr Lohn. Tatsächlich lautet ihre Forderung auf Gleichstellung in Lohn und Arbeitsbedingungen mit den Industriearbeitern der Staatsbetriebe.

Die reaktionäre indische Kongressregierung, in zersplitterten und ungeschicklichen Parteien, reagierte mit Mobilisierung der Armee und Verhaftung tausender von Eisenbahnern. Dadurch dehnte sich der Eisenbahnerstreik aber noch weiter aus. Auch Elektrizitätsarbeiter traten in den Streik.

tionären Gruppierungen, die sich an die Spitze des Eisenbahner-Streiks gestellt hatten.

So kam es, daß die revisionistische 'KP' zum ersten Mal seit langen Jahren im indischen Parlament einen Mißtrauensantrag gegen die Kongressregierung - die aber immer noch über eine klare Mehrheit verfügt - unterstützte.

Am 15. Mai stand Indiens Arbeiterklasse im Generalstreik aus Solidarität mit den Kollegen von der Eisenbahn. Am indischen Parlament einen Mißtrauensantrag gegen die Kongressregierung - die aber immer noch über eine klare Mehrheit verfügt - unterstützte.



Streikende Eisenbahner in Indien

Die Kongressregierung fuhr fort mit den Massenverhaftungen, sie ließ Streikende brutal von der Polizei an die Arbeit zwingen und sie warf die Familien streikender Arbeiter aus ihren Wohnungen. Mitte Mai gab das Streikkomitee der Eisenbahner bekannt, daß etwa 25.000 Kollegen inhaftiert sind.

Die Kongress-Regierung hat bei ihrem Vorgehen zunächst versucht, die revisionistische 'KP' zu schwächen, die bisher mit dem 'Kongress' durch dick und dünn ging. Die Entwicklung zwang jedoch auch die Revisionisten klar Stellung zu nehmen, wenn sie ihren Einfluß in der Arbeiterklasse nicht aufs Spiel setzen wollten gegen über linkssozialistischen und revolu-

tionären Gruppierungen, die sich an die Spitze des Eisenbahner-Streiks gestellt hatten. So kam es, daß die revisionistische 'KP' zum ersten Mal seit langen Jahren im indischen Parlament einen Mißtrauensantrag gegen die Kongressregierung - die aber immer noch über eine klare Mehrheit verfügt - unterstützte.

In Indien, das von den Revisionisten als ein besonders fortschrittliches Land gepriesen und von der Sowjetunion liebestreu gegen die VR China zugewandt wird, zeigt sich jetzt das wahre Gesicht dieses halbfeudalen Staates: seiner herrschenden Klasse und seiner herrschenden Partei.

Das Massaker im israelischen Ort Ma'alot, wo 28 Menschen - meist Kinder - getötet und weitere 74 verletzt wurden, hat auf tragische Weise erneut weltweite Aufmerksamkeit auf das palästinensische Problem gelenkt.

Es gibt für den Kampf des palästinensischen Volkes andere, wirksamere und respektvollere Formen als die Gefährdung und Tötung von Kindern. Dennoch kommt die Verantwortung für die Töten von Ma'alot auf die israelische Regierung zu.

Die israelische Regierung hatte die Möglichkeit, durch die Freilassung von 20 politischen Gefangenen die Freilassung der Schüler zu erreichen. Dies aber hätte dem Prinzip des Zionismus widersprochen, sich keiner arabischen 'Erpressung' zu beugen. Es gehört zur Ideologie des Zionismus, daß Einzelle (unfreiwillig!) für das 'Interesse der Gemeinschaft' geopfert werden müssen. Deshalb mußten die Kinder sterben, die obwohl die Schule in Grenznähe liegt und die Anwesenheit palästinensischer Kämpfer in dieser Gegend bekannt war - vom zionistischen Polizei- und Militärapparat nicht geschützt worden waren.

Ungefragt wird bleiben, ob die israelische Regierung am Ende den Tod der Kinder durch ihr Verhalten nicht nur verschuldet, sondern auch unmittelbar verursacht hat. Es ist anzunehmen, daß die israelische Regierung durch die Fenster schießenden israelischen Soldaten und durch von israelischen Schwestern explodierendem Sprengstoff der drei Palästinenser getötet wurden.

Und schließlich, welcher Unterschied ist zwischen den toten Kindern von Ma'alot und den toten Kindern und Frauen die einen Tag später bei Terrorangriffen der israelischen Luftwaffe auf palästinensische Flüchtlingslager im Libanon starben? Sie sind, Araber und Juden, in gleicher Weise Opfer des verbrecherischen zionistischen Unternehmens, einen Staat auf der Vertreibung eines anderen Volkes aufzubauen und diese Vertriebenen zu verewigen.

Ein Unterschied allerdings ist: In der bürgerlichen Politik zwischen toten arabischen Kindern und toten jüdischen Kindern. Während nach dem Massaker von Ma'alot von einem neuen Gipfel an Panatismus und Dummheit (SPD/4)

Ma'alot

schäftsführer Börner) und von 'Empörung der ganzen zivilisierten Menschheit' (CDU-Fraktionsvorsitzender Carstens) geschwafelt wurde, können diese 'zivilisierten' Heuchler ihre Genugtuung über die israelischen 'Vergeltungsangriffe' (mit Dutzenden von Toten unter der Zivilbevölkerung) kaum verbergen.

Für die 'Aktion' von Ma'alot hat die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas (FDVP) die Verantwortung übernommen.

Das ist bemerkenswert, da gerade diese Organisation in der Vergangenheit eine sehr heftige Kritik an den sogenannten 'Außenaktionen' (Aktionen außerhalb Palästinas, wie z.B. die Teilnahme während der Olym-

pischen Spiele in München 1972) z.B. des 'Schwarzen Septembers' und der Volksfront für die Befreiung Palästinas (VFPP) geübt hat.

Diese Kritik hatte, besonders in den Interpretationen der linksliberalen Freunde der FDVP in der BRD vor allem der KBW! - einen stark demagogischen Zug. Ausgenommen solche Aktionen würden 'unschuldige treffen' und würden ein schlechtes Licht auf den palästinensischen Widerstand werfen. Wir würden nun von den Freunden der FDVP gern einmal hören, warum es 'verbrecherisch' gewesen sein soll, in München israelische Sportler (die meist Reserveoffiziere der Armee sind) als Geiseln zu nehmen, aber richtig, das Leben von Schulkindern in Ma'alot aufs Spiel zu setzen, die möglicherweise zu töten. Inwiefern und israelische Sportler in München 'unschuldiger' als Schulkinder in Ma'alot?

Chile - Reform oder Revolution? Revisionismuskritik Nr. 6

Die Revisionisten der DKP sagen, daß man die Erfahrungen der chilenischen 'Unidad Popular' Regierung nicht analysieren dürfe, daß das ausschließlich Sache der chilenischen Genossen selbst sei, daß Kritik die notwendige Solidarität beeinträchtigt, daß die sozialistischen Kritiker der 'Unidad Popular' Regierung mit den imperialistischen Feinden des Sozialismus gemeinsame Sache machen, und was dergleichen Albernheiten come come!

Vielmehr hat die internationale Arbeiterbewegung nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, einschneidende nationale Erfahrungen unter Wahrung der notwendigen Solidarität zu analysieren.

Der faschistische Putsch in Chile hat den Revisionisten Westeuropas, auch den Revisionisten der DKP, dies (vor dem Putsch) immer wieder als international gültig eingeprengene 'chilenische Beispiel' kaputt gemacht, und das ist der wahre Grund, warum die Revisionisten eine Diskussion über die chilenischen Erfahrungen so unangenehm ist. Denn

Chile ist der Maßstab, an dem die 'Strategien' aller revisionistischen Parteien zu messen sind.

Wir haben hier zur Vertiefung der Diskussion einige ältere Texte der chilenischen 'Unidad Popular', speziell der revisionistischen 'KP' Chiles zusammengestellt. Daneben stellen wir Ausführungen des italienischen Revisionismus (PCI) aus dem faschistischen Putsch in Chile, die zeigen, mit welcher Unverfrorenheit diese revisionistische Partei nach den chilenischen Erfahrungen den alten Weg weiterzugehen versucht.

Wir ergänzen dies durch eine Stellungnahme der albanischen Genossen und durch eine Reihe eigener Beiträge sowie durch Interviews mit dem MRH und der Sozialistischen Partei Chiles, die nach dem Putsch von den chilenischen Genossen gegeben wurden. ca. 65 Seiten Preis DM 2,50 (Großformat) zuzüglich Porto

Verlag ARBEITERKAMPF
J. Reimann
2 Hamburg 13
Bismarckstr. 28

Vorverlegung der Berufsverbote Staatliche Willkür nimmt zu

In letzter Zeit sind am Pädagogischen Institut in Hamburg und auch an anderen verschiedenen Stellen bekannt geworden, bei denen mit „gut“ oder mit „sehr gut“ bewertete schriftliche Hausarbeiten für die erste Lehrprüfung durch staatliche Kontrolle in fünf oder sechsen, oder sogar, wie in Hagen geschah, in die Note vier verwandelt werden. Diese erstaunlichen „Leistungsabfälle“ kamen durch von der Behörde betriebene Gutachter zustande.

Im folgenden soll auf die Frage eingegangen werden, inwieweit diese verstärkten Eingriffe ein weiteres Mittel der Disziplinierung der fortschrittlichen Studenten darstellen und damit die Willkürmaßnahmen des Staates um eine Variante bereichern.

In diesem Fall setzte die Behörde ihre durch Herrn Jepsen (Vorsitzender des Lehrprüfungsamtes) schon auf der Seminarleiterkonferenz vom 14.9.73 angekündigten Maßnahmen überraschend schnell in die Tat um. Jepsen hatte sich über die besonders schlimmen Verhältnisse an der Universität beklagt und Maßnahmen dagegen angekündigt. Jepsen sagte ausgemacht, man müsse überlegen, wie man die Sache schon an der Universität angehe, z.B. bei Prüfungen: „Er habe in letzter Zeit mehrere Arbeiten zu Gesicht bekommen, in denen der Staat als faschistisch bezeichnet oder an öbler Manier beschimpft werde. Zwei dieser Arbeiten habe er an Apel weitergeleitet. Er könne nicht verstehen, wie man solche Arbeiten mit „gut“ bewerten könne. Zu diesem Zweck werde man in Zukunft die Prüfungsarbeiten auswerten müssen, um handfeste Beweise für die Gewinnung der Radikalen zu haben.“ Im letzten Prüfungsdruck am Pädagogischen Institut kam es dann auch in verschiedenen Fällen zu behördlichen Kontrollen durch das Anfertigen von sog. Gutachten zu den schriftlichen Hausarbeiten. In einem Fall wurde eine Arbeit von zwei auf fünf gesetzt, in

anderen Fällen die Zeilen „gedruckt“. Dabei verfahren die zuständigen Behörden, nicht nur in Hamburg, in der Begründung für solche erstaunlichen „Leistungsabfälle“, ähnlich wie bei anderen zunehmenden Disziplinierungsmaßnahmen wie etwa der Verweisung mitleidiger Lehrer an andere Schulen – zweigleisig. Ein Teil der beurteilten Arbeiten wird offen als verfassungswidrig bezeichnet, so gehen z.B. beim DKP Mitglied F. Behrmann, dessen Arbeit durch den Einspruch eines Oberschulrates von „sehr gut“ auf „ungenügend“ rutschte, mit der Begründung, daß die „als Konsequenz der theoretischen Überlegenheit des Verfassers und differenziert geforderte Überführung der Produktionsmittel in sozialistisches Eigentum nicht den Bestimmungen des Grundgesetzes und der Bremer Verfassung entspreche“ („Rote Robe“ 5/73, S. 193) in anderen Fällen fuhrt die politische Zensur bzw. Disziplinierung unter dem Deckmantel der „Nichtbeachtung wissenschaftlicher Kriterien“, so geschah z.B. in Hamburg in diesem Semester. Nachdem die Prüfung mit dem Statistiken der mündlichen Prüfung bereits abgeschlossen war – die schriftliche Arbeit war mit „gut“ bewertet worden – wurden am Nachhinein von Jepsen drei weitere Gutachten, die alle zu dem Ergebnis „mangelhaft“ kamen, eingeholt und die Prüfung für nicht bestanden erklärt. Allein die Auswahl der Gutachter beweist, was die Behörde meint, wenn sie ständig im Zusammenhang mit Prüfungen von „Objektivität“ redet: Herr Tausch, seines Zeichens Psychologe, wurde von Herrn Jepsen als Gutachter für eine Arbeit eingesetzt, die den Bereich der Psychologie auch nicht mit einem Wort berührt. Der Hintergrund der Arbeit betraf eine Professorin, die seinen Doktor in Psychologie gemacht, auch für die Behörde ist es kein Geheimnis, daß zwischen den beiden Professoren schwerwiegende

Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, was „Wissenschaftlichkeit“ bedeutet. Hieran wird auch deutlich, daß die Behörde mit der Methode des Einsatzes bestimmter Gutachter versucht, ihr nicht genehme Professoren einzuschüchtern und unter Druck zu setzen, damit sie beim nächsten Mal von sich aus die Zensuren „drücken“. In anderen überprüften Arbeiten wurden Begriffe, deren Anwendung selbst in der bürgerlichen Wissenschaft gebräuchlich sind, wie etwa der „Schicht“-Begriff moniert und dem Verfasser „Einsseitigkeit“, „ideologische Befangenheit“ usw. vorgeworfen.

Neben der Verschärfung der Berufsverbote insgesamt durch die Ministerpräsidentenkonferenz vom 20.9.73, die mit der angeblich demokratischen „Prüfung“ in Wirklichkeit eine Ausdehnung der staatlichen Willkür auf alle Mitglieder des öffentlichen Dienstes bedeutet, reißt sich die zusätzliche Disziplinierungsmaßnahme ohne weiteres ein.

Neben dem zeitlichen Verteilen von fünf bis zehn Jahren hat die Behörde die Methode der „Stichprobenkontrolle“ verstärkt eingesetzt, um bewußt ein Klima der Unsicherheit zu erzeugen, denn die „Stichprobe“ kann schließlich jeden treffen. Hier wird nach dem Motto, wenige treffen, um viele einzuschüchtern, versucht, obigenkärstlichen Gehorsam und Untertanengeist zu verankern.

Spiel mit verteilten Rollen zwischen Gewerkschaftsführung und Schulbehörde

Die Bedeutung, die der reibungslosen Verankerung dieser Willkürmaßnahmen seitens der Behörde beigemessen wird, belegt die intensiv geführte „Diskussion“ in der „HLZ“ („Hamburger Lehrer Zeitung“ der GHW), wo sich die SPD-Oberen der Schulpolitik, Landesschulrat Neckel,

Schulsenator Apel und Jepsen z.B. die Hand reichen, der GHW-Vorsitzende Wunder gewährt Flankenschutz. Wunder übernimmt in diesem Spiel mit verteilten Rollen das Aufgabens „Besorgnis“ über die zunehmende staatliche Kontrolle bei Prüfungen zu äußern, scheindemokratische Forderungen aufzustellen (z.B. soll die Behörde einen öffentlichen Rechenschaftsbericht vorlegen, wo sie u.a. darstellen soll „Wie viele Arbeiten wurden überprüft?“ Nach welchen Kriterien wurden diese Arbeiten ausgewählt?“ usw. „HLZ“ 2/74, S. 44) um sich in der nächsten Runde von Apel und Jepsen darüber „aufzuklären“ zu lassen, daß es so was wie politische Kontrolle gar nicht gibt. „Ein Streitpunkt bei den Kontrollen“ ist es (der Marximus – d. Verf.) bisher nicht gewesen und wird es auch nicht sein.“ („HLZ“ 4/74, S. 153) behauptet Jepsen. Zudem gehöre es zu der „bei jeder Staatsprüfung selbstverständlichen Pflicht des Vertreters der zuständigen Behörde, jede Hausarbeit zu bewerten – und nicht zu kontrollieren“, „daher besteht keine Notwendigkeit, regelmäßige Rechenschaftsberichte über die Ausübung staatlicher Kontrolle bei der Bewertung von schriftlichen Hausarbeiten zu verfassen.“ („HLZ“, a.a.O.) Und wer sich trotz allem an die Tatsachen hält, die die politische Disziplinierung beweisen, der hat es nach Jepsens Meinung nur noch verdient, als Spinner hinstellt zu werden. „Bisher haben sich in jedem Fall die Gerichte über „zweifelhafte Verfahren“, „ungerechte Behandlung politisch mißliebiger Personen“, „politische Bewertung von schriftlichen Arbeiten“ u.a. m. als das herausgestellt, was sie sind: Wunschträume von „Frustrierten“ (!) Entschuldigungen für schlechte Leistungen und Hetze (!) gegen die Beachtung der Rechtsverordnungen.“ („HLZ“, a.a.O., S. 154) Um das Zynische dieser Aussage richtig zu würdigen, muß man sich noch einmal den Hintergrund vergegenwärtigen. Apel und Jepsen waren es u.a. selbst, die auf der Seminarleiterkonferenz z.B. eine schärfere politische Kontrolle der Prüfungsarbeiten gefordert hatten und sie – nur wenige Monate später –

auch in die Tat umzusetzen, diejenigen, die die Sache nun beim Namen nennen werden als frustrierte Spinner hingestellt.

Zweitgutachten für alle Studenten

Die Behörde hat nun die von ihr selbst initiierten Fälle zum Anlaß genommen, die Bestimmungen der Prüfungsordnung wieder anzuwenden und bei jeder Arbeit einen zweiten Gutachter zu fordern. Dabei soll sich der Student „nach Möglichkeit“ den zweiten Gutachter an der Universität selbst aussuchen dürfen. Mit diesem Vorgehen werden mehrere Ziele zugleich erreicht: Bessere Kontrolle der Professoren untereinander, das Erwecken der Illusion bei den Studenten, daß zwei Gutachter größere „Objektivität“ bedeuten, und daß man sich damit praktisch erkaufen kann, daß die Behörde auf weitere Gutachten verzichtet wird, wenn man auf diese Forderung eingeht. Die DKP nimmt gegenüber diesen Angriffen eine völlig kapitalistenhafte Haltung ein und sagt, dagegen könne man nichts machen, weil das Vorgehen der Behörde ja „rechtlich“ durch die Prüfungsordnung abgesichert sei. Die SSG dagegen witterte schon wieder die Möglichkeit für eine neue Aktion und wollte einen Boykott organisieren, d.h. die Studenten sollten keinen Gutachter von der Universität annehmen. Dieses Vorgehen wurde beim gegenwärtigen Stand des Bewußtseins unter den Studenten nur dazu führen, daß die fortschrittlichen sich der Behörde ausliefern. Es kommt jetzt erstmal darauf an, überhaupt über die von der Behörde beabsichtigten Ziele bei den Studenten Klarheit zu schaffen und diese Disziplinierungsmaßnahmen als einen beständigen umfassenden Plan der Bourgeoisie zu begreifen, alle fortschrittlichen Kräfte aus dem öffentlichen Dienst rauszuschieben und ein Bündnis der fortschrittlichen Intelligenz mit der Arbeiterklasse zu verhindern.

Gesamtes des SSB/Hamburg
(Sozialistischer Studentenrat)

„Lehrerausbildung“ im Dienst der Bourgeoisie

Die Maßnahmen der Schulbehörde gegen fortschrittliche Lehrer nehmen an Schärfe und Umfang zu. Kritische und diskussionsbereite Lehrer werden von der Behörde zuzust und einem politischen Vorbehalt unterzogen, sie werden an andere Schulen versetzt oder ganz aus dem Schuldienst entlassen. Ziel dieser Maßnahmen ist, alle fortschrittlichen Lehrer mundtot zu machen und Lehrer, Eltern und Schüler nachhaltig einzuschüchtern.

Konsequenterweise setzt dieses Vorgehen bereits an der Ausbildung der Lehrer an.

Schon bei den Examen der Lehramtskandidaten an der Universität greift die Schulbehörde immer mehr ein. Hausarbeiten mit politischen Inhalten, die von liberalen Professoren gut benotet werden, läßt die Behörde nicht mehr durchgehen. Erst vor kurzem wurde in Hamburg eine pädagogische Arbeit von der Uni mit Eins von der Behörde mit Fünf beurteilt – natürlich wurde die Fünf durchgezogen. Nach der Universitätsprüfung, wo bereits nach politischen Kriterien gewürdigt wird, müssen die Lehramtskandidaten eine schulpolitische Ausbildung ableiten, die von Kursten im sogenannten Studienseminar begleitet wird. In diesen Seminaren werden die Referendare dann genauens auf ihre politische Gesinnung hin beobachtet. Die Seminarleiter haben von der Schulbehörde den offenen Auftrag, linke, „radikal verdächtige“ Äußerungen von Referendaren zu protokollieren und der Behörde zur Verfügung zu stellen.

Referendare, die auf diese Weise als politisch verdächtig ermittelt wurden, lassen sich dann ohne große Schwierigkeiten durch die zweite Lehrprüfung ausbilden. Entweder man läßt sie gleich durch die Prüfung fallen, oder sie erhalten so schlechte Noten (auch wenn sie völlig von den bisherigen Leistungen und Leistungen der Referendare abweichen), daß man ihnen jederzeit die pädagogische Qualifikation absprechen und so einen Ausschluss vorbereiten kann. Das ist ein wesent-

lich „eleganteres“ Vorgehen, als es bei der Entlassung von fertigen Lehrern mit politischer Begründung möglich ist, wo häufig Proteste von Schülern und Eltern oder zumindest öffentlichen Aufsehen nicht zu vermeiden sind.

Bekannt geworden ist dieses Vorgehen auch bei dem Münchener Studienrat Rainer Osefeld, der seine Prüfungen indolent bestanden hatte an seinen pädagogischen Leistungen zweifelte niemand bis zu dem Augenblick, als seine Aktivität in der Lehrgewerkschaft und sein Einsatz für eine fortschrittliche gesellschaftliche Politik bekannt wurden. Inzwischen wurde Rainer Osefeld aus dem Schuldienst entlassen, Begründung: „Er genüge den pädagogischen Anforderungen nicht“ („Welt“, 18.4.74).

Aber nicht nur gegen Referendare, die politisch aktive, kritische Lehrer zu werden drohen, wendet sich die Behörde. Sie will insgesamt einen Apparat von „bestandenen Lehrern“ aufbauen, d.h. auch Referendare, die wenig selbstbewußt und sicher auf treten können, die etwas hilflos sind, läßt man durch die Prüfungen fallen. Diese Leute sind ebenso wenig wie linke Referendare im Sinne der Behörde zu gebrauchen. Denn dieser Staat braucht Lehrer, die die Schuttmass Individuell bewältigen können ohne Kritik zu üben und Mißstände offenkundig zu machen. Er braucht Lehrer, die die Nerven haben, ständig die Schüler in den überfüllten Klassen zu disziplinieren, die in der Lage sind, Eltern in ihre Schranken zu verwahren, wenn diese massiv für ihre Rechte und die Rechte ihrer Kinder eintreten.

Auf die Schaffung von Lehrern mit diesem „Qualität“ ist die Ausbildung ausgerichtet. Um einen Weg jedem Referendar durch systematisch geprüfte Prüfungsanforderungen Druck und Kontrolle von Anfang an klargemacht, daß er sich anpassen und keine kritischen Vorstellungen zu entwickeln hat. Um anderen führen auch die Inhalte der

Ausbildung in diese Richtung.

Da werden die Referendare in ihrem – leider zum Teil sowieso angelegten – Bewußtsein, eine besondere gesellschaftliche Stellung zu haben, bestärkt, da werden die Eltern als Leute mit merkwürdigen Ansichten und Interessen hingestellt, die in Ausbildung und Erziehung der Kinder reinreden wollen, obwohl sie doch völlig unqualifizierte Laien sind, da wird den Referendaren eingeschärft, daß sie die Fachleute sind, diejenigen, die überhaupt nur etwas von Erziehung verstehen, daß sie sich auf keinen Fall von den Eltern etwas vormachen und vor ihnen zurück stecken dürfen, da wird dann betont, wie laktonisch und diplomatisch der Lehrer vorgehen muß, um überhaupt mit Eltern klarzukommen. Hier wird ganz deutlich, worauf die angeblich so fortschrittliche Hamburger Lehrerausbildung wieder hinausläuft: Eltern werden weiterhin nur mit Herzklopfen in die Schule gehen, um dann von einem sich seiner Stellung bewußten Lehrer zwischen Tibi und Angel abgekanzelt zu werden. Andererseits sind die Eltern zur Zusammenarbeit mit Schülern und Eltern bereiten Lehrer auf Grund der miserablen Bedingungen an der Schule so überlastet, daß sie kaum Zeit und Kraft finden, um sich mit den Problemen der Eltern intensiv auseinanderzusetzen.

Denjenigen, die nicht bereit sind, diese Zustände einfach hinzunehmen, wird entweder gefeuert oder soll so eingeschüchtern werden, daß er resigniert und aufgibt. Die Eltern müssen begreifen, daß sie die wesentliche Kraft sind, die durch ein gemeinsames und einheitliches Vorgehen Verbesserungen an den Schulen erkämpfen kann. Alle fortschrittlichen Lehrer müssen sich entscheiden, ob sie sich auf die Seite dieser Eltern und ihrer Kinder stellen, oder ob sie vorzeitig der Arm der Behörde sein und bleiben wollen.

Bazerkwelle Hamburg-Weißensee
Kf/Gruppe Hamburg

Gesetz gegen Sozialarbeiter in Nordrhein-Westfalen

Aufgrund des sich einigen Wochen vorfindenden Gesetzes „Über die staatliche Anerkennung von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen“ und der ersten Lesung am nordrhein-westfälischen Landtag am 9. Mai, haben die Studenten fast aller Fachhochschulen und Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen die Durchführung von Warnstreiks beschlossen. Dem Streik fanden und finden zwischen dem 7. und 22. Mai statt.

„Die staatliche Anerkennung wird auf Antrag vom Regierungspräsidenten erteilt, in dessen Bezirk sich das Seminar befindet, wenn der Bewerber:

1. das Kolloquium erfolgreich abgeschlossen hat,
2. nicht wegen Schwäche seiner geistigen Kräfte oder Sucht außerstande ist, die Aufgaben eines Sozialarbeiters oder Sozialpädagogen eigenverantwortlich wahrzunehmen,
3. sich nicht eines Verhaltens schuldig gemacht hat, aus dem sich die Unzuverlässigkeit zur Ausübung des Berufs ergibt.“

(§ 4, Abs. 1).

Mit solcherlei Kriterien, deren inhaltliche Füllung dann den Behörden überlassen bleibt (man kennt deren Praxis von den Berufsverböten), soll die Zahl der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen drastisch eingeschränkt werden. Leidtragende sind wiederum hauptsächlich Kinder und Jugendliche in Kindergärten, Vorschulen und Jugendheimen.

Mehr noch soll aber durch dieses Gesetz eine geschnittene Auswahl „zuverlässiger“ Erzieher garantiert werden. Kritische und fortschrittliche Sozialarbeiter sollen auf diesem Wege ausgeschaltet werden. Dazu ist in dem Gesetz noch eine zusätzliche Sicherung eingehaut: Es heißt weiter:

„Dem erfolgreichen Abschluß des Kolloquiums steht die Befreiung vom Herkunftsstudium nach § 2 Abs. 1 gleich.“

(2) Die staatliche Anerkennung ist zu rücknehmen, wenn die Vorausset-

zung für ihre Erteilung nicht vorgelegen haben.

(3) Die staatliche Anerkennung kann widerrufen werden, wenn nachträglich eine der Voraussetzungen nach Absatz 1, Nr. 2 oder Nr. 3 weggefallen ist (siehe oben).

Ein Beispiel für die Anwendung des Gesetzes in der Praxis:

Ende letzten Jahres fanden in Dortmund Aktionen von Jugendlichen statt, die ein freies Jugendzentrum forderten. Als sie dies über Verhandlungen mit der Stadt nicht erreichen konnten, besetzten sie ein kreisförmiges Haus, das dann von der Polizei gewaltsam geräumt wurde. Den Sozialarbeitern aus den städtischen Jugendheimen, die die damaligen Aktionen unterstützten, wurde gekündigt. Nach dem neuen Gesetz wurden sie nicht nur gekündigt, sondern man könnte ihnen auch ihre Graduierung aberkennen, was einem Berufsverbot gleichkommt.

Hier kann sich eindeutig feststellen, daß die Berufsverböten im öffentlichen Dienst, zu den politischen Entlassungen und Jugendvertrieben zusammengefaßt werden. Der bürgerliche Staat verschärft im Einklang mit dem Vorgehen des Kapitalismus in den Fabriken seine Maßnahmen, um fortschrittliche Regungen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu unterdrücken.

Zu den Streiktagen ist zu sagen, daß die einzelnen Fach- und Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen in ständiger Kontakt zu einem streikenden und langfristig einen unbefriedigten Streik und eine gemeinsame Demonstration geplant haben. Die Demonstration zeigt, daß die Aktionäre nicht isoliert durchzuführen. Erste Forderungen sind: Die Hochschule anderer Fachbereiche, die sich von dem Streik erklärt haben und ebenfalls Streiktage beschlossen haben. Sie haben erkannt, daß dieses Gesetz auf einen weiteren Schritt auf dem Wege zu einer verschärften Prüfungsordnung und zum Landeshochschulgesetz ist.

Ein Gremium
von der Fachhochschule Hagen

Hannover

MEK räumt Jugendzentrum

In Hannover gibt es in fast jedem Stadtteil eine Gruppe, die sich um die Errichtung eines unabhängigen Jugendzentrums (UJZ) bemüht. Die so Arbeit hat in mehreren Fällen auch schon zum Erfolg geführt.

Im Stadtteil Oststadt ist bald eine Initiativegruppe dieser Stadtteil ist zur Zeit für die Kapitalisten von besonderem Interesse. Er liegt nämlich in direkter Nähe zur eigentlichen Innenstadt, die jetzt auf diesen Stadtteil ausgedehnt werden soll. Seit dem Plan der Stadt bekannt ist, hat eine ungeheure Welle von Bodenpreisen, Mietswucher und Wohnraumbeschneidung eingesetzt. Ein Quadratmeter Boden in Oststadt/Lust kostet heute schon bis zu 1.500,- DM.

Bundesvermögensstelle gehört. In den nächsten Tagen wurde sofort die praktische Arbeit angegangen. Hauptnachricht Instandsetzung des Bunkers und Öffentlichkeitsarbeit, aber auch die Bildung von Arbeitsgruppen (Kinder-, Theater- und Musikgruppe). Die Bevölkerung unterstützte das Jugendzentrum durch zahlreiche Spenden.

In der bürgerlichen Presse wurde die „Unzulänglichkeit der sozialen Anlagen“ im Bunker bemängelt. Dies „Argument“ diente dann auch als Vorwand, als der Bunker gestürmt wurde. Am Morgen des 4.4. schlichen sich mehrere Spezialisten des Mobilen Einsatzkommandos (MEK), getarnt als Installateure oder Passanten, in den Bunker. Sie zerstörten



Bullen verhaften Jugendliche, die sich in einem zum Jugendzentrum umgebauten Bunker aufhielten.

Um eine Abbruchgenehmigung zu erhalten, die Voraussetzung ist für den profitträchtigen Bau von Bürohäusern, lassen viele Hausbesitzer die Häuser nicht mehr reparieren, damit die Häuser möglichst schnell zerstört und an den Herren die Treppe heruntergezerrt, ein vor dem Bunker nachts abnehmender Jugendliche mit einem Knüttel niedergeschlagen und der Mörder, stellvertretender

ten das gespendete Mobiliar (Sofas, Plattenspieler, Lampen) und verprügelten die Besitzer. Ein schätzungsweise 15-jähriger Junge wurde geschlagen, ein Mädchen gegen Stacheldraht geworfen und an den Haaren die Treppe heruntergezerrt, ein vor dem Bunker nachts abnehmender Jugendliche mit einem Knüttel niedergeschlagen und der Mörder, stellvertretender



Kurz nach der Räumung des Bunkers werden dessen Eingänge zugemauert – damit die Räume wieder nutzlos verfallen können.

S. der Bewohner des Stadtteils sind Ausländer, die besonders auf billige Wohnungen angewiesen sind.

Die Initiativegruppe hatte das geforderte Jugendzentrum als politisches Zentrum für den Stadtteil geplant. Man wollte sich besonders mit der Kapitalisten von Summierung Verkäufen und Ausbeutung befassen. Die Initiativegruppe verhandelte mit der Stadt, die aber die Forderungen der Jugendlichen ablehnte. Als Begründung wurde angegeben, daß die Stadt schon zwei UJZ's finanziell unterstützt und erst nach einigen Erfahrungen mit diesen beiden Projekten entscheiden könne, ob weitere UJZ's unterstützt werden.

Am 30.1.74 veranstaltete die Gruppe ein Straßenfest, zu dem etwa 200 Jugendliche kamen. Im Anschluß daran besetzten die Jugendlichen nach einer Demonstration einen leerstehenden Bunker der der

Polizeipräsident von Hannover, freut sich darüber: „Mir fällt ein Stein vom Herzen, daß alles so gut geklappt hat und es keine Konfrontation gegeben hat.“ (Neue Hannoversche Presse vom 4.4.74)

Insgesamt wurden bei dieser Aktion die der erste Einsatz von MEK 1. Obelien in Hannover war 13. Bei letzter verhaftet. Gegen sie wurde inzwischen von der Bundesvermögensstelle Anzeige erstattet wegen „Jugendfriedensbruch, unerlaubter Aufnahme von elektrischem Strom und Sachbeschädigung.“ Am Nachmittag nach der Räumung wurde eine Demonstration veranstaltet, bei der sich eine große Menge Jugendliche beteiligten. Die Verhältnisse im Bunker waren sehr schlecht.

Sympathisanten des KB in Hannover

Kinderschule Grünhöfe (Bremerhaven):

KIRCHENBÜROKRATIE ENTLARVT SICH ENDGÜLTIG

Am 6. Mai faßte der Kirchenvorstand der Petruskirche in Bremerhaven Grünhöfe den Beschluß, das „Projekt Kinderschule-Finkenstraße“ endgültig einzustellen. Zwei fiktive Beschlüsse, um ihn „rechtskräftig“ werden zu lassen, noch die Zustimmung des „Ausschusses des ev.-luth. Gesamtverbandes Bremerhaven“, die aber angesichts der bisherigen Politik des Gesamtverbandes lediglich noch ein formaler Akt sein dürfte.

Diesem Beschluß vorausgegangen war der Beschluß des Gesamtverbandes vom 4. März, die Kinderschule „vorübergehend“ stillzulegen, um wie es hieß – eine Renovierung der Räume und Erweiterung des Personal vorzunehmen. Daraufhin besetzten Mitarbeiter und Eltern die Räume, denn sie erkannten zurecht, daß die wahre Absicht, die politisch unliebsame Initiative abzuwürgen.

Nach sieben Wochen Besetzung und nach mehreren Gesprächen mit Vertretern der Kirchenbürokratie, in denen diese eine mögliche Fingung, die Einrichtung vierteljährlich besetzter Verhandlungsgrenzen und den vorläufigen Verbleib aller Mitarbeiter zugesagt (Kirchenvorstand) Schulz „Das ist offiziell“, falls die Besetzung aufgegeben würde, beschlossen die

Mitarbeiter und Eltern, die Besetzung als solche aufzugeben, um den Weg für Verhandlungen und für eine Renovierung der Räume zu ebnen und die Kirche in Zugzwang zu bringen. In einem Brief an den Kirchenvorstand betonten sie noch einmal ihre Entschlossenheit und bezeichneten den Schritt, die Besetzung einzustellen, als Ausdruck ihres Willens, im Interesse der Kinder zu einer baldigen, akzeptablen Einigung zu kommen, da vor allem die Kinder unter den jetzigen Arbeitsbedingungen (keine finanzielle Unterstützung, keine hauptamtliche Kraft mehr) zu leiden haben.

Gleichzeitig wurde in dem Brief hervorgehoben, daß die Mitarbeiter einer Beschäftigung und Renovierung der Räumlichkeiten durch die Kirche nicht im Wege stehen würden.

Auf ihrer Sitzung am 6.5. stellten die Kirchenvorstande dann das Ultimatum auf, daß die Mitarbeiter binnen einer halben Stunde (1) den Schlüssel für die Kinderschule abliefern sollten.

Dies würde bedeuten, daß die Mitarbeiter die Kinderarbeit einstellen und daß die Kinder dann endgültig auf der Straße sitzen würden, was die Besetzung ja gerade verhindern sollte. Als auf dieses Ultimatum hin zwei

Mitarbeiter zu der Sitzung des Kirchenvorstandes gingen und dort nochmals die im Brief vertretene Position darlegten, u. a. daß man entschlossen sei, mit den Kindern bis zur Renovierung weiterzusuchen, und erklärten, daß der Schlüssel an dem Tage nicht mehr herausgegeben könne, weil die Mehrheit der Kirchenvorstandsmitglieder in ein schallendes Gelächter ausbrechen wolle, das in der Bremer Zeitung gipelte: „Naha, dann ist ja alles gelaufen!“ (11) Der Kirchenvorstand gab die Einstellung seiner „sozialen“ Arbeit im „Vogelsträuberten“ bekannt.

Die nächste Zukunft wird zeigen, zu welchen Mitteln die Kirche noch zu greifen bereit ist, um ihre menschenfeindliche Politik gegen den Widerstand der Betroffenen durchzuführen.

Für Mitarbeiter, Bewohner und Freunde der Kinderschule Finkenstraße kommt es jetzt darauf an, zu diskutieren, wie die Kinderarbeit auch ohne finanzielle Unterstützung des Staates oder der Kirchenbürokratie weiterzuführen ist.

Vertriebsorganisation des KB/Gruppe Bremerhaven

CDU und SPD Hand in Hand Angriff auf fortschrittlichen Schulunterricht in Bremerhaven

Am Schulpraktischen Institut in Bremerhaven (SPI) wurde im Rahmen eines Geographie-Seminars das Unterrichtsprojekt „Wohnen in Bremerhaven“ entwickelt. Ziel dieses Projekts war es unter anderem, die „Ungleichheit der Wohnverhältnisse“ festzustellen und die Ursachen dieser Ungleichheiten aufzudecken – so die Sprecher der betreffenden Lehrer.

Um am praktischen Beispiel festzustellen, wie sich die gesellschaftliche Stellung verschiedener Bremerhavener Einwohner auch auf ihre Wohnsituation auswirkt, wurden zwei Adressenlisten erstellt. Die eine enthielt Namen „wohlhabender“ Bremerhavener, deren Einkommen sich von DM 10.000,- bis zu DM 50.000,- monatlich bewegt. In der anderen Liste sind Werftarbeiter aufgeführt.

Theorien zu einer Klippschulvorstellung unserer Gesellschaft, die haarsträubend und lächerlich zugleich ist.“ (4.4.) Der Verfasser hat sich hier augenscheinlich größte Mühe gegeben, alle möglichen Vorurteile über „Linke, Soziologen, Intellektuelle“ usw. in einem Satz unterzubringen, um sie gegen das Unterrichtsprojekt und seine Initiatoren zu mobilisieren.

Es wird gefordert: „Es ist an der Zeit, daß sich die Schulbehörde energisch einschaltet und solchen Unsinn stoppt... vor allem aber das Schulpraktische Institut genauer unter die Lupe nimmt.“

Die „Bremerhavener Bürgerzeitung“ (SPD-orientiert) schlug in dieselbe Kerbe: „Wie großer Aufmerksamkeit pseudowissenschaftliche Experimente mit Kindern bedürfen, beweisen die Vorfälle im Bereich der Kinderschule... Wachsamkeit und

terworfener Einrichtungs (in diesem Fall das SPI), „genauer unter die Lupe“ genommen wird, auf weitere „Systemfehler“ durchgeschlüffelt.

Die Bourgeoisie will die proletarischen Eltern aufheben, indem sie gegen „Indoktrination“ und „Experimente mit Kindern“ polemisiert. Wo in Wahrheit nur eine Handvoll Lehrer sich mutig gegen die reaktionäre Flut stemmt, malt die Bourgeoisie das Bild einer Schule, die von „kommunistischen Agitatoren“ beherrscht wird.

Und er ist es, das Verbrechen, kleine Kinder zu indoktrinieren! Und dieses Verbrechen begeht die bürgerliche Schule.

Das klarste Beispiel dafür ist der „Religionsunterricht“, oft schon an den (sich immer mehr ausbreitenden) kirchlichen Kindergärten betrieben. Oder ist es keine Indoktrination, wenn da den Kindern Geschichten

Lieta sind Werftarbeiter aufgeführt.

Das Bekanntwerden dieses Projekts löste sofort Gegenmaßnahmen der Schulbehörde aus. SPD-Oberschulrat Kytlich verbot die Verwendung der Liste mit den Namen der Kapitalisten, da sie die „Privataphäre der Genannten“ berühre und „Emotionen gegen sie auslösen“ könne. Die örtliche Presse nutzte die Gelegenheit, um gegen „umstürzlerische Unterrichtsmethoden“ im Allgemeinen zu Felde zu ziehen.

Nach Ansicht der „Nordseezeitung“ (CDU-orientiert) vermischen sich in dem Unterrichtsprojekt „schlecht verdauene Sozialismus, vor allem in der Sprache von Fachidioten, mit marxistischen Uralt

Kinderschule... Wachsamkeit und rasches Handeln ist vonnöten, um eine den Prinzipien unserer freiheitlichen Grundordnung zuwider laufenden Emotionalisierung und Indoktrination von Schulkindern im Kern zu ersticken!“ (Rehberg SPD-Stadtverordneten in der „Bremerhavener Bürgerzeitung“ vom 29.3.)

Wie das konkret aussieht, haben wir am Beispiel der „Kinderschule im AK gezeigt (zuletzt AK 42).

So wird schwerstes Geschütz gegen diejenigen aufgeführt, die als Lehrer ihre Aufgabe darin sehen, den Kindern etwas mehr Bewußtsein gegenüber ihrer Lage zu vermitteln. Die Bourgeoisie bleibt nicht bei der Forderung stehen, „den Unwesen zu stoppen (also den unmittelbaren Stein des Anstoßes zu beseitigen), sondern fordert zugleich, daß die ganze „un

GEW Hamburg:

KNAPPE MEHRHEIT FÜR GEWERKSCHAFTSFÜHRER

nehmen wollen.

De facto hatte der Vorstand des Gewerkschaftsbundes (GB) bereits vorher praktiziert. Die GB-Mitglieder der Mayr-Bühler Hauswacht und Laus waren von ihm ausgeschlossen worden, weil sie nicht bereit waren, eine antikommunistische Abgrenzung von einem Flugblatt des Komitees „Kampf den Berufsverboten gegen fortschrittliche und kommunistische Lehrer“ vorzunehmen. Der Ausschluß wurde von der Vertrauenskommission bei Mayr und Laus offensichtlich mit den Stimmen der PKP bestätigt. Bei Hauswacht und Laus stimmten die Revizionisten dagegen. Dennoch konnte lediglich Laus eine Mehrheit für sich gewinnen während auch der Ausschluß

von Hauswacht mit hauchdünner Stimmenmehrheit besiegt wurde.zynisch berichtet die „Hamburger Arbeiterzeitung“ (6/74) „Hauswacht befand zwar den Inhalt des Flugblattes „nicht für gut“, eine ausdrückliche Distanzierung war jedoch seinen Ausführungen nicht zu entnehmen. Lediglich Laus gelang es, den Eindruck zu erwecken (1), sich inhaltlich vom Flugblatt distanzieren zu haben.“

Das zeigt noch einmal, daß diese Maßnahme nichts anderes als eine Warnung ist und, daß sie durch und durch undemokratisch willkürlich und demagogisch und mehr als beschämend mit aber auch die Haltung der PKP. Kein ehrlicher Demokrat würde es festhalten, eine Haltung, die den demokratischen Grundsätzen widerspricht. (2) (3) (4) (5) (6) (7) (8) (9) (10) (11) (12) (13) (14) (15) (16) (17) (18) (19) (20) (21) (22) (23) (24) (25) (26) (27) (28) (29) (30) (31) (32) (33) (34) (35) (36) (37) (38) (39) (40) (41) (42) (43) (44) (45) (46) (47) (48) (49) (50) (51) (52) (53) (54) (55) (56) (57) (58) (59) (60) (61) (62) (63) (64) (65) (66) (67) (68) (69) (70) (71) (72) (73) (74) (75) (76) (77) (78) (79) (80) (81) (82) (83) (84) (85) (86) (87) (88) (89) (90) (91) (92) (93) (94) (95) (96) (97) (98) (99) (100) (101) (102) (103) (104) (105) (106) (107) (108) (109) (110) (111) (112) (113) (114) (115) (116) (117) (118) (119) (120) (121) (122) (123) (124) (125) (126) (127) (128) (129) (130) (131) (132) (133) (134) (135) (136) (137) (138) (139) (140) (141) (142) (143) (144) (145) (146) (147) (148) (149) (150) (151) (152) (153) (154) (155) (156) (157) (158) (159) (160) (161) (162) (163) (164) (165) (166) (167) (168) (169) (170) (171) (172) (173) (174) (175) (176) (177) (178) (179) (180) (181) (182) (183) (184) (185) (186) (187) (188) (189) (190) (191) (192) (193) (194) (195) (196) (197) (198) (199) (200) (201) (202) (203) (204) (205) (206) (207) (208) (209) (210) (211) (212) (213) (214) (215) (216) (217) (218) (219) (220) (221) (222) (223) (224) (225) (226) (227) (228) (229) (230) (231) (232) (233) (234) (235) (236) (237) (238) (239) (240) (241) (242) (243) (244) (245) (246) (247) (248) (249) (250) (251) (252) (253) (254) (255) (256) (257) (258) (259) (260) (261) (262) (263) (264) (265) (266) (267) (268) (269) (270) (271) (272) (273) (274) (275) (276) (277) (278) (279) (280) (281) (282) (283) (284) (285) (286) (287) (288) (289) (290) (291) (292) (293) (294) (295) (296) (297) (298) (299) (300) (301) (302) (303) (304) (305) (306) (307) (308) (309) (310) (311) (312) (313) (314) (315) (316) (317) (318) (319) (320) (321) (322) (323) (324) (325) (326) (327) (328) (329) (330) (331) (332) (333) (334) (335) (336) (337) (338) (339) (340) (341) (342) (343) (344) (345) (346) (347) (348) (349) (350) (351) (352) (353) (354) (355) (356) (357) (358) (359) (360) (361) (362) (363) (364) (365) (366) (367) (368) (369) (370) (371) (372) (373) (374) (375) (376) (377) (378) (379) (380) (381) (382) (383) (384) (385) (386) (387) (388) (389) (390) (391) (392) (393) (394) (395) (396) (397) (398) (399) (400) (401) (402) (403) (404) (405) (406) (407) (408) (409) (410) (411) (412) (413) (414) (415) (416) (417) (418) (419) (420) (421) (422) (423) (424) (425) (426) (427) (428) (429) (430) (431) (432) (433) (434) (435) (436) (437) (438) (439) (440) (441) (442) (443) (444) (445) (446) (447) (448) (449) (450) (451) (452) (453) (454) (455) (456) (457) (458) (459) (460) (461) (462) (463) (464) (465) (466) (467) (468) (469) (470) (471) (472) (473) (474) (475) (476) (477) (478) (479) (480) (481) (482) (483) (484) (485) (486) (487) (488) (489) (490) (491) (492) (493) (494) (495) (496) (497) (498) (499) (500) (501) (502) (503) (504) (505) (506) (507) (508) (509) (510) (511) (512) (513) (514) (515) (516) (517) (518) (519) (520) (521) (522) (523) (524) (525) (526) (527) (528) (529) (530) (531) (532) (533) (534) (535) (536) (537) (538) (539) (540) (541) (542) (543) (544) (545) (546) (547) (548) (549) (550) (551) (552) (553) (554) (555) (556) (557) (558) (559) (560) (561) (562) (563) (564) (565) (566) (567) (568) (569) (570) (571) (572) (573) (574) (575) (576) (577) (578) (579) (580) (581) (582) (583) (584) (585) (586) (587) (588) (589) (590) (591) (592) (593) (594) (595) (596) (597) (598) (599) (600) (601) (602) (603) (604) (605) (606) (607) (608) (609) (610) (611) (612) (613) (614) (615) (616) (617) (618) (619) (620) (621) (622) (623) (624) (625) (626) (627) (628) (629) (630) (631) (632) (633) (634) (635) (636) (637) (638) (639) (640) (641) (642) (643) (644) (645) (646) (647) (648) (649) (650) (651) (652) (653) (654) (655) (656) (657) (658) (659) (660) (661) (662) (663) (664) (665) (666) (667) (668) (669) (670) (671) (672) (673) (674) (675) (676) (677) (678) (679) (680) (681) (682) (683) (684) (685) (686) (687) (688) (689) (690) (691) (692) (693) (694) (695) (696) (697) (698) (699) (700) (701) (702) (703) (704) (705) (706) (707) (708) (709) (710) (711) (712) (713) (714) (715) (716) (717) (718) (719) (720) (721) (722) (723) (724) (725) (726) (727) (728) (729) (730) (731) (732) (733) (734) (735) (736) (737) (738) (739) (740) (741) (742) (743) (744) (745) (746) (747) (748) (749) (750) (751) (752) (753) (754) (755) (756) (757) (758) (759) (760) (761) (762) (763) (764) (765) (766) (767) (768) (769) (770) (771) (772) (773) (774) (775) (776) (777) (778) (779) (780) (781) (782) (783) (784) (785) (786) (787) (788) (789) (790) (791) (792) (793) (794) (795) (796) (797) (798) (799) (800) (801) (802) (803) (804) (805) (806) (807) (808) (809) (810) (811) (812) (813) (814) (815) (816) (817) (818) (819) (820) (821) (822) (823) (824) (825) (826) (827) (828) (829) (830) (831) (832) (833) (834) (835) (836) (837) (838) (839) (840) (841) (842) (843) (844) (845) (846) (847) (848) (849) (850) (851) (852) (853) (854) (855) (856) (857) (858) (859) (860) (861) (862) (863) (864) (865) (866) (867) (868) (869) (870) (871) (872) (873) (874) (875) (876) (877) (878) (879) (880) (881) (882) (883) (884) (885) (886) (887) (888) (889) (890) (891) (892) (893) (894) (895) (896) (897) (898) (899) (900) (901) (902) (903) (904) (905) (906) (907) (908) (909) (910) (911) (912) (913) (914) (915) (916) (917) (918) (919) (920) (921) (922) (923) (924) (925) (926) (927) (928) (929) (930) (931) (932) (933) (934) (935) (936) (937) (938) (939) (940) (941) (942) (943) (944) (945) (946) (947) (948) (949) (950) (951) (952) (953) (954) (955) (956) (957) (958) (959) (960) (961) (962) (963) (964) (965) (966) (967) (968) (969) (970) (971) (972) (973) (974) (975) (976) (977) (978) (979) (980) (981) (982) (983) (984) (985) (986) (987) (988) (989) (990) (991) (992) (993) (994) (995) (996) (997) (998) (999) (1000) (1001) (1002) (1003) (1004) (1005) (1006) (1007) (1008) (1009) (1010) (1011) (1012) (1013) (1014) (1015) (1016) (1017) (1018) (1019) (1020) (1021) (1022) (1023) (1024) (1025) (1026) (1027) (1028) (1029) (1030) (1031) (1032) (1033) (1034) (1035) (1036) (1037) (1038) (1039) (1040) (1041) (1042) (1043) (1044) (1045) (1046) (1047) (1048) (1049) (1050) (1051) (1052) (1053) (1054) (1055) (1056) (1057) (1058) (1059) (1060) (1061) (1062) (1063) (1064) (1065) (1066) (1067) (1068) (1069) (1070) (1071) (1072) (1073) (1074) (1075) (1076) (1077) (1078) (1079) (1080) (1081) (1082) (1083) (1084) (1085) (1086) (1087) (1088) (1089) (1090) (1091) (1092) (1093) (1094) (1095) (1096) (1097) (1098) (1099) (1100) (1101) (1102) (1103) (1104) (1105) (1106) (1107) (1108) (1109) (1110) (1111) (1112) (1113) (1114) (1115) (1116) (1117) (1118) (1119) (1120) (1121) (1122) (1123) (1124) (1125) (1126) (1127) (1128) (1129) (1130) (1131) (1132) (1133) (1134) (1135) (1136) (1137) (1138) (1139) (1140) (1141) (1142) (1143) (1144) (1145) (1146) (1147) (1148) (1149) (1150) (1151) (1152) (1153) (1154) (1155) (1156) (1157) (1158) (1159) (1160) (1161) (1162) (1163) (1164) (1165) (1166) (1167) (1168) (1169) (1170) (1171) (1172) (1173) (1174) (1175) (1176) (1177) (1178) (1179) (1180) (1181) (1182) (1183) (1184) (1185) (1186) (1187) (1188) (1189) (1190) (1191) (1192) (1193) (1194) (1195) (1196) (1197) (1198) (1199) (1200) (1201) (1202) (1203) (1204) (1205) (1206) (1207) (1208) (1209) (1210) (1211) (1212) (1213) (1214) (1215) (1216) (1217) (1218) (1219) (1220) (1221) (1222) (1223) (1224) (1225) (1226) (1227) (1228) (1229) (1230) (1231) (1232) (1233) (1234) (1235) (1236) (1237) (1238) (1239) (1240) (1241) (1242) (1243) (1244) (1245) (1246) (1247) (1248) (1249) (1250) (1251) (1252) (1253) (1254) (1255) (1256) (1257) (1258) (1259) (1260) (1261) (1262) (1263) (1264) (1265) (1266) (1267) (1268) (1269) (1270) (1271) (1272) (1273) (1274) (1275) (1276) (1277) (1278) (1279) (1280) (1281) (1282) (1283) (1284) (1285) (1286) (1287) (1288) (1289) (1290) (1291) (1292) (1293) (1294) (1295) (1296) (1297) (1298) (1299) (1300) (1301) (1302) (1303) (1304) (1305) (1306) (1307) (1308) (1309) (1310) (1311) (1312) (1313) (1314) (1315) (1316) (1317) (1318) (1319) (1320) (1321) (1322) (1323) (1324) (1325) (1326) (1327) (1328) (1329) (1330) (1331) (1332) (1333) (1334) (1335) (1336) (1337) (1338) (1339) (1340) (1341) (1342) (1343) (1344) (1345) (1346) (1347) (1348) (1349) (1350) (1351) (1352) (1353) (1354) (1355) (1356) (1357) (1358) (1359) (1360) (1361) (1362) (1363) (1364) (1365) (1366) (1367) (1368) (1369) (1370) (1371) (1372) (1373) (1374) (1375) (1376) (1377) (1378) (1379) (1380) (1381) (1382) (1383) (1384) (1385) (1386) (1387) (1388) (1389) (1390) (1391) (1392) (1393) (1394) (1395) (1396) (1397) (1398) (1399) (1400) (1401) (1402) (1403) (1404) (1405) (1406) (1407) (1408) (1409) (1410) (1411) (1412) (1413) (1414) (1415) (1416) (1417) (1418) (1419) (1420) (1421) (



Hamburg-Eimsbüttel

SPEKULATIVE WOHNRAUM-ZERSTÖRUNG

Misere wird Haus über dem Kopf abgerissen und abgebrannt

Im Hermann-Behn-Weg 13/15 wird seit einer Woche ein bewohntes Haus „schwarz“ abgerissen.

Es liegt zwar eine Abbruchgenehmigung vor, diese ist aber seit einem gerichtlichen Ortstermin vom 6.5.74 ausgesetzt – bis eine statische Berechnung über die Tragfähigkeit der Zwischenwand vorliegt. Der Eigentümer (Bauntennehmer A. Möhring) legte seine – ihm von der Behörde automatisch erteilte – Abbruchgenehmigung bis dahin so aus, daß der rechte Teil von Hermann-Behn-Weg 13/15, der bereits unbewohnt ist, abgerissen werden kann, ohne daß der linke Teil, der noch von einer alten Mieterin bewohnt wird, ebenfalls zusammenfällt. Bis dahin verließ sich die Behörde statisch auf die vom Eigentümer vorgelegten „Gutachten“. Der von der Mieterinitiative Eimsbüttel gestellte Rechtsschutz erwarg mit der Mieterin diesen Ortstermin, bei dem auch dem Gericht und der Behörde offensichtlich wurde, daß die nur einen halben Stein starke Zwischenwand nicht tragfähig ist.

Trotzdem sind die von Möhring gekauften Abbruchtrupps dabei abzubrechen. Sie werden zwar von der immer wieder gerufenen Polizei zu kurzen Verschnappspausen veranlaßt, dann geht der Abbruch weiter.

Am 10.5., 20 Uhr, eine halbe Stunde nach Abbruch der Abbruchtrupps, schlugen meterhohe Flammen aus dem Dachstuhl. Nur das Eingreifen der Feuerwehr verhinderte, daß Möhring sein Ziel schon an diesem Tag erreicht. Dafür wurde mit den Zerstörungen durch den Brand und durch die Löscharbeiten das Haus weiter ruiniert.

Die Mieterinitiative Eimsbüttel (unterstützt von der Mi.Eppendorf) reagierte sofort. Noch in der Nacht wurde der Bauzaun wie vorher

die Mieterinitiative Eimsbüttel (unterstützt von der Mi.Eppendorf) reagierte sofort. Noch in der Nacht wurde der Bauzaun wie vorher schon das ganze Haus – mit Parolen „markiert“. Am nächsten Morgen wurde die Bevölkerung des Stadtteils mit einem Flugblatt über diesen kriminellen Abbruch informiert.

Hermann-Behn-Weg 13/15 ist ein plastisches Beispiel für die Zusammenarbeit von Spekulant, Behörde und Polizei. Was in anderen Städten schon gang und gäbe ist (z.B. in Frankfurt) soll auch in Hamburg allgemeine Praxis werden: Illegal werden Häuser abgerissen, Wohnungen demoliert, Mieter schikaniert; „versehentlich“ wurde am vergangenen Freitag nun auch die Telefonleitung der alten Mieterin vom Bulldozer zerstört. Alles unter den Augen und oft genug unter ausdrücklicher Duldung von Behörde und Polizei.

Dies ist die kurzsichtige Geschichte des Hauses Hermann-Behn-Weg 13/15.

Möhring, der das Haus mit Abbruchschiff gekauft hatte, erhielt im Sommer 73 vom Bezirksamt Eimsbüttel ohne weiteres die wohnungswirtschaftliche Abbruchgenehmigung. Möhrings Begründung seines Abbruchantrages für das völlig intakte Haus: Der Ertragswert stehe in keinem Verhältnis zu den notwendigen Renovierungskosten, und die elektrischen Leitungen seien defekt. Die Begründung der Behörde für die Genehmigung des Abbruchs: Das Haus sei überaltert, das Leitungsnetz sei nicht mehr in Ordnung, das Haus entspräche mit seiner „störenden“ Hinterhofbebauung nicht mehr den heutigen Wohnbedürfnissen. Mit dieser Begründung können man Altona, weite Teile von Eimsbüttel und andere Hamburger Stadtteile abbrechen.

Möhring gelang es, den Bewohnern

schweigend erteilt worden war, wurde das den Mietern gegenüber (das Haus ist noch zur Hälfte bewohnt), die sich bei der Behörde die Hacken abließen, bewußt verschwiegen. Kreck & Co. will jedoch inzwischen die Finger von diesem Projekt lassen. Das Haus wurde einem Makler zum Verkauf angeboten. Für Kreck & Co. immer noch gewinnbringend, da er ja eine behördliche Abbruchgenehmigung mitverkaufen kann. Der Firma selbst ist der Boden hier zu heiß geworden. Es sei „zu viel Öffentlichkeit entstanden“, die Mieter und die Mieterinitiative machten zu viel Schwierigkeiten.

Weitere Beispiele für die Wohnraumzerstörung in Eimsbüttel, für die Zerstörung dieses Stadtteils, der Vertreibung der Altmietern, der Abbruchdrohungen, dem Leerstehen notwendig benötigten Wohnraums und des Mietwuchers sind:

□ Eichstr. 48: hier preßt der „König Althauskäufer“ Kausen aus den rd. 150 Ausländern 500 DM für ein Zimmer heraus

□ Nonnenstieg 30/Ecke Inster. Gegen den Protest der Mieterinitiative wurde das Haus inzwischen abgerissen. Die Millionäre Anna M. Vogel will hier mit Eigentumsappartements („Wohnklos mit Kuchenschale“) eine höhere Rendite erzielen

□ Kuhndorfstr. 4 - 6 (Eigentümer Ruppert, der über 50 Häuser in Eppendorf hat) läßt die Wohnungen wegen angeblichen Umbau seit Jahren leerstehen

□ Lehmweg 7b und 8: vom Abbruch bedroht, die Bundespost hat die Häuser von der Sags („Neue Heimat“) gekauft, will sie niederreißen und die 50 Mieter vertreiben, weil sie das Gelände für eine Zufahrt zu einem geplanten Post- und Fernmeldeamt braucht, und hat auch schon Wohnungen demoliert

□ Hammerstr. 1-3: seit Jahren leerstehend

□ Haynstr. 1+3, Hegestr. 41: Vom Abbruch bedroht, (Eigentümer: JHA Hausbau GmbH), die Mieter begeben sich in 2. Instanz des Räumungsprozesses

□ Falkenberg (vgl. Artikel dazu)

□ Bornstr. 31: (Eigentümer: Bauntennehmer Döpp) Abbruchgenehmigung bereits erteilt; das Haus ist akut gefährdet, weil es bis auf ein älteres Ehepaar und einige ausländische Kollegen bereits leersteht.

□ Moltkestr. 20: hier stehen drei große Wohnungen (insges. 250 qm) seit 6 Jahren leer. Der Eigentümer – E. Paschert, der alleine in dem Haus wohnt, muß einen besonders großen Druck zur Behörde haben: Obwohl das Äußere des Hauses miserabel aussieht, herunterfallende Fensterhebel, Nachbarn gefährdet und heute noch kaputt sind, obwohl Wohnraum leersteht, obwohl die Bewohner in unzähligen Beschwerden seit Jahren an die Behörde wenden, bisher ist nichts passiert.

Leerstehen von Wohnraum ist an sich durch die „Zweckentfremdungsverordnung“ verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite keine

verordnung“ verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite keine

verordnung“ verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite keine

verordnung“ verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite keine

verordnung“ verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite keine

verordnung“ verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite keine

verordnung“ verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite keine

verordnung“ verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite keine

verordnung“ verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite keine

verordnung“ verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite keine

verordnung“ verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite keine

verordnung“ verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite keine

verordnung“ verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite keine

verordnung“ verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite keine

verordnung“ verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite keine

verordnung“ verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite keine

verordnung“ verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite keine

verordnung“ verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite keine

verordnung“ verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite keine

verordnung“ verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite keine

HAMBURG St. Pauli-Süd: SAGA im Angriff

Seit Mitte März lassen die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft SAGA und die Bezirksämter Mitte und Altona in St. Pauli-Süd eine sogenannte „Voruntersuchung nach dem Städtebauförderungsgesetz“ durchführen. Die Untersuchung wird als „erstes Schritt“ einer „städtischen Erneuerung“ bezeichnet und soll, „ausdrücklich“ betont, es ging z.T. nur darum, „die Grundlage für eine Entscheidung zusammenzutragen. Niemand braucht zu befürchten, daß schon jetzt in die baulichen oder sozialen Verhältnisse eingegriffen wird.“

Die SAGA versichert darüber hinaus, es gebe darum, die „Mitwirkung“ der Betroffenen zu „gewinnen“, die notwendig sei, „um einwandfreie Ergebnisse zu erzielen“. Nach ersten „Grobabschätzungen“ soll dann zu „Informations- und Diskussionsabenden“ eingeladen und „Vorschläge für die Entwicklung des Viertels kritisch besprochen“ werden.

SAGA und Bezirksämter möchten den St. Pauli-Mietern weismachen, die Sanierung werde die Interessen jedes einzelnen Mieters berücksichtigen, unter ihrer Mitwirkung kämen die Pläne für die Sanierung erst zustande. Um diesen Eindruck, daß um jedes Haus im Interesse der Mieter gerungen wird, zu verstärken, werden schon seit Wochen verschiedene Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Im jetzigen Ankündigungsschreiben für die Untersuchung wurden darüber hinaus Modernisierungen (Bad, Heizung) in Aussicht gestellt.

Tatsächlich aber betreibt die SAGA schon seit Jahren in St. Pauli-Süd eine Politik der „Städterneuerung der kleinen Schritte“ – planmäßig und ohne die Betroffenen um ihre „Mitwirkung“ gebeten zu haben – nämlich des Pinnas wurde bereits gekündigt, geräumt, z.T. schon abgerissen

– rund um den Heil Köllisch-Platz wurden „Empfehlungen“ von der SAGA verschickt, sich nach neuen Wohnungen umzuziehen

– in verschiedene Wohnungen werden nur noch Mieter mit sogenannten Nutzungsverträgen aufgenommen, die unter Umgehung des Mieterrechtes praktisch von heute auf morgen kündbar sind. Dabei handelt es sich meist um Studenten, ausländische Arbeiter, neuerdings Obdachlose aus dem Lager Eggenstedtstraße.

Hinter diesem Vorgehen steht der Plan, das Gebiet südlich des Pinnas völlig abzureißen und durch ein Gewerbeviertel zu ersetzen. Die heutige Pinnasberg/Bernhard-Nochstraße

so soll zum Zubringer ausgebaut werden etc. Entgegen allen Beteuerungen erstrecken sich die praktischen Sanierungsarbeiten auch schon in den Teil nördlich des Pinnas. Mehrere Häuser stehen bereits leer, das Haus Langstraße 52 soll z.B. in ca. drei Wochen abgerissen werden.

Wer wurde bisher danach gefragt? Laut Bebauungsplan soll die Sanierung St. Pauli-Süd, hauptsächlich drei Interessengruppen zugute kommen: dem Groß- und Kleinhändler durch Ausbau der Kal-Mauer und Verlegung des Fischmarkts, dem Einzelhandel durch Errichtung eines Einkaufszentrums und Pflege des touristenwirksamen „Lokalcolorits“, dem Großunternehmen Tichibow bzw. einem vergleichbar „potenten Baubetrieb“. Wessen Interessen die städteplanerischen Überlegungen des Senats bestimmen, hat Bauensorator und Vorstandsvorsitzender der SAGA, C. Meiser unverbittelt in der Bürgerschaft dargelegt: „...für die Planung konkreter werdend ergibt sich aber doch wohl sehr deutlich, daß es zuerst darauf ankommt, sicherzustellen, daß Hafen, Handel, Dienstleistungsgewerbe und Industrie aller Art – kurz: die Wirtschaft – sich tatsächlich in unumkehrbarem Sinne in unserer Stadt entwickeln können.“ (TBürgerschaftsdrucksache 4607/8)

Die Mieterinitiative hat folgende Forderungen aufgestellt, die bereits von über 1000 Unterschriften unterstützt wurden:

■ Gegen Mietwucher und Boden Spekulation

■ Erhaltung menschenwürdigen, preiswerten und zentral gelegenen Wohnraums

■ Keine Vertreibung in Trabantenstädte und Wohnklos

■ Keine Genehmigung für spekulative Abrisse

■ Bei systematischem Verfallender von Häusern müssen diese unter Zwangsverwaltung gestellt werden

■ Sofortige Rücknahme der Abbruchgenehmigung Heinrich Barth-Str. 32/34 und Hermann-Behn-Weg 13/15

■ Sofortige Renovierung und Belegung der Häuser Bornstr. 31 und Moltkestr. 20

■ Leerstehende Wohnungen müssen bedürftigen Wohnungsuchenden vermietet werden

■ Häuser und zum Wohnen da, nicht zum Spekulieren

Bezirksämter Eimsbüttel, BK-Gruppe Hamburg

set sich langfristig an dem Ziel aus, Hamburg und Umgebung zu einem zusammenhängenden Groß-Industrie-Gebiet auszubauen. Hamburg wird dabei die Funktion des Management-Zentrums zugesagt. D.h. grob gesagt: Geschäfts-, Verwaltungs- und öffentliche Gebäude rein in die Stadt – Wohngebiete raus an den Stadtrand, wo auch die neuen Industrien angesiedelt werden.

Wie wenig ernstzunehmen die Instandhaltungs- und Modernisierungsversprechen der SAGA sind, bzw. wie oberflächlich die Instandhaltungen etc. bleiben, wird aus der Tatsache deutlich, daß der Senat für „dringende Instandhaltung“ ganze 6,2 Mio DM über einen Zeitraum von drei (!) Jahren für alle (!) Sanierungsgebiete Hamburg – mit besonderem Schwerpunkt (!) St. Pauli – Süd zur Verfügung gestellt hat! Davon könnten nicht einmal die notwendigen Arbeiten in einem Viertel bestritten werden – sondern lediglich Einzelreparaturen, die die SAGA nach irgendwelchen nur ihr bekannten Maßstäben durchführt.

So wenig den Beteuerungen der SAGA und des Senats zu glauben ist, es werde „nicht in die baulichen Verhältnisse eingegriffen“, so wenig ernst ist das Interesse der SAGA an der „Bestandsaufnahme“ des Viertels durch die Befragung, soweit es den „Baubestand, die Nutzung, persönliche und geschäftliche Bindungen“ an den Stadtteil angeht. Die SAGA besitzt mindestens 87 % des Bodens und der Häuser in St. Pauli-Süd. Sie braucht also nur in ihren eigenen Miet-, Pacht- und Nutzungsverträgen nachzubillern. Fragen, die sie stellen heißt, nach: Mietvertrag, Datum des Einzugs, Name des Hauptmieters, Höhe der Miete (!), Anzahl der qm, hat die Wohnung Bad, Heizung etc.? – und einfach ein Hohn! Allenfalls zeugen sie davon, wie wenig sich die SAGA bisher um den Zustand der Häuser gekümmert hat.

Die wirkliche Absicht der Befragung wird aus den letzten Fragen klar: Sind sie mit der Wohnung zufrieden? Wieviel Miete könnten sie zahlen, wenn eine neue Wohnung nötig wird? Ob eine Neubauwohnung bevorzugt wird? Ob man in der Gegend wohnen bleiben will. Und schließlich: ob sich die Mieter an öffentlichen Veranstaltungen zum Sanierungsproblem beteiligen, ob sie dort nur zuhören oder ob sie auch aktiv mitreden!

die Befragung ist eine politische Schnöfferei mit dem Ziel zu testen, welchen Widerstand die SAGA bei der beabsichtigten Beschleunigung ihrer Sanierungsmaßnahmen zu erwarten hat, und wo evtl. „Querschnitten“ stöken. Gegebenenfalls kann sie versuchen, durch Zugeständnisse wie individuelle Behandlung bei der Instandsetzung oder Druck den möglichen Widerstand einzuschläfern und so spalten.

Die Bevölkerung St. Paulis muß sich darauf gefaßt machen, daß die SAGA jetzt sehr zügig an die Verwirklichung ihrer Pläne in St. Pauli herangest. Das bedeutet erheblich schärferen Druck auf die Mieter.

Eine offizielle Erklärung von St. Pauli-Süd zum Sanierungsgebiet würde der Bevölkerung die Möglichkeit geben, die Bestimmungen des Städtebauförderungsgesetzes (Ersatzwohnungen, Umzugshilfen) zur Abwehr der überhöhten Folgen der Sanierung auszunutzen. Darüberhinaus aber wird es entscheidend darauf ankommen, in diesen Abwehrkämpfen den grundsätzlichen menschenfeindlichen Charakter dieser Sanierungspolitik zu enthüllen, um die Einsicht in die Notwendigkeit eines über die Sanierung hinausgehenden grundsätzlichen Kampfes gegen eine Gesellschaftsordnung zu entwickeln, die eine solche Sanierungspolitik immer wieder hervorbringt, wenn sie nicht von Grund auf gelöst wird.

Genossen des KB im Initiativkomitee Arbeitshilfe (IKAH)

Das gesamte städtepolitische Konzept, innerhalb dessen die Sanierung St. Paulis mit ein Teil ist, ist

Uni Hamburg: „Demokratischer Kampf“ schlägt Revisionisten

Die Wahl des Fachschaftsrats (FSR) am Pädagogischen Institut in Hamburg am 9. Mai endete mit einem Sieg der „Liste demokratischer Kampf“ über die Revisionisten von MSB (Studentenverband der DKP) und SHB (ehemaliger, inzwischen verstoßener Studentenverband der SPD), die mehrere Jahre lang den FSR hielten. Die „Liste demokratischer Kampf“ wurde vom SSB (Sympathisanten des KB) und vom KSV (Studentenverband der „KPD“) getragen.

Der FSR ist ein Organ studentischer Interessenvertretung und wird von der Vollversammlung der Studenten des betreffenden Fachbereichs direkt gewählt. Der FSR am Pädagogischen Institut (PI) ist der wichtigste an der ganzen Uni – nicht nur weil das PI mit ca. 9.000 Studenten der größte Fachbereich ist, sondern auch, weil hier die Widersprüche zwischen der kapitalistischen Hochschulform und der breiten Masse der Studenten am schärfsten zutage treten.

Der Bereich der Lehrerausbildung ist in den letzten Jahren unter immer stärkerem politischen Druck gebracht worden. Die Berufsverbote im Öffentlichen Dienst, ein paralleler „Radikalerlebens“ auch in der Lehrergewerkschaft GEW, politische Bespitzelung schon in der Zeit der Ausbildung, politische Bewertung von Prüfungsarbeiten – all das erfordert dringend den geschlossenen Kampf der Studenten am PI.

MSB/SHB aber sind am Kampf gegen die politische Repression nur interessiert, soweit ihre eigenen Mitglieder von Verfolgungsmaßnahmen betroffen sind. Sie wollen die vom Berufsverbot bedrohten Lehrer spalten in gute Demokraten (das sind MSB/SHB) und in böse Chaoten, denen ganz recht geschieht, wenn sie nicht Lehrer werden dürfen. Der Kampf gegen mehrere Angriffe auf Lehrer wurde vom MSB/SHB sabotiert, weil die Angegriffenen „Chaoten“ waren. In der GEW aktiv für die Revisionisten aktiv für den Ausschluss von „Chaoten“ ein. Ein DKPler schlug auf einer GEW-Versammlung

sogar vor, auch den KB ausdrücklich in den „Unvereinbarkeitsbeschluss“ aufzunehmen (was bisher noch nicht der Fall ist).

Gegen die Einführung des sogenannten „Zweitgutachten“, das einer schärferen politischen Zensurierung der Prüfungsarbeiten dienen soll, mochten MSB/SHB ebenfalls keinen Kampf führen.

Um der zunehmenden Unzufriedenheit mit dieser Politik unter den PI-Studenten eine Alternative zu geben, einigten sich SSB und KSV auf eine gemeinsame Kandidatur zu den FSR-Wahlen. In diese Liste sollte auch die SSG (Gruppe des KBW) einbezogen werden, die bisher am PI ihre „Hochburg“ hatte. Die SSG lehnte aber die Forderungen der Liste „Gegen den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes“ und „Für freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf“ mit den üblichen schwächlichen „Begründungen“ ab. Stattdessen sei die Forderung nach „Wahl der Lehrer durch das Volk“ die einzige richtige Antwort auf das Berufsverbot – eine Forderung, die absurd ist und aus gutem Grund in keinem sozialistischen Land verwirklicht ist!

Da die SSG diese Forderung zur Vorbereitung einer gemeinsamen Liste machte und damit nicht durchkam, standen schließlich am 9. Mai drei Listen zur Wahl: „Demokratischer Kampf“ (SSB und KSV), MSB/SHB und SSG. Im ersten Wahlgang bekamen MSB/SHB etwa 400 Stimmen, die Liste „Demokratischer Kampf“ 250 und die SSG 180 Stimmen. Dadurch wurde, wie vorher festgelegt, eine Stichwahl zwischen den beiden stärksten Listen, also zwischen MSB/SHB und „Demokratischer Kampf“ notwendig. Die SSG unterstützte in der Stichwahl die „Liste demokratischer Kampf“. Als bei der Auszählung durch „Hammelsprung“ die Stimmen der Revisionisten bereits ausgezählt waren, während an der anderen Tür noch eine lange Schlange stand, kam Stimmung im Audimax auf. Das Ergebnis von 497 zu 444

Stimmen für die „Liste demokratischer Kampf“ wurde begeistert gefeiert.

Dieses Wahlergebnis ist auch für die SSG eine politische Schlappe, die bisher nach den Revisionisten die zweitstärkste politische Tendenz am PI war. Aber nur mit Sprücheklappelei und wirklichkeitsfremden Schnacks auf eben auch unter den Studenten auf die Dauer keine Politik zu machen.

Der neue FSR hat in seinem ersten „Info“ betont, daß er in dem Wahlergebnis nicht nur Zustimmung für sein Programm sieht, sondern mehr noch ein klares Votum der PI-Studenten für die demokratische Aktionseinheit und für eine Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Studentenorganisationen gegen Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen und politische Repression. In diesem Sinne richtet der neue FSR eine Aufforderung zur Zusammenarbeit an alle PI-Studenten, im besonderen auch an die anderen demokratischen Studentenorganisationen.

Der MSB zeigte sich gleich nach der Wahl als besonders schlechter Verlierer. Er hinterließ seinen Nachfolgern im FSR-Raum einen Schweinstall, verzögerte die Übergabe von Material, Akten etc. und noch in der Nacht nach der Wahl wurde der MSB/SHB eine Knechtung von wachsamsten Studenten dabei ertappt, als er in den FSR-Raum eindringen wollte, um dort Dinge zu entwenden. Der vom MSB/SHB gestellte ASIA (Gesamtvertretung der Studenten) will dem neuen PI-FSR die Zusammenarbeit verweigern. In einem Flugblatt giffelt der MSB die FSR-Wahl als „Show“ und „politischen Betrug“ an. Der KSV wurde als „Rathausstürmer“ bezeichnet, der KB als „Haufen von Aufklärern, dem praktische Politik fremd ist“. Der neue FSR werde, so verkünden die MSB-Führer raschichtig, in den nächsten Wochen gestürzt werden.

wird.

war. (Die SDAJ hatte u.a. von einem Jugendvertreter bei HDW behauptet, er würde seine „Denkstöße“ im „schön gemachten Bett einer Studentin“ erhalten, und war deswegen von den Lehrlingen verurteilt worden – siehe AK 37 und 38.)

Am besagten Morgen nun wurde auch der „Rotstift“ bei der FSG verteilt, u.a. von Bernd Sorge, Mitglied des SDAJ-Landesvorstandes Schleswig-Holstein. Dieser ließ nun gegenüber den Vertretern des KB folgende Drohung los: „Gib mal her das Schmierblatt!“ (Er meint den METALLARBEITER). „Wenn du was drinsteht oder meckergemachte Betten und das nicht abhaut, hau ich die was aufs Maul!“ „Wenn du nicht gleich abhaut, siehst du mal, wie es ist, wenn ein Maschinenschlosser was aufs Maul haut, du Rotzme!“ „Es ist besser, wenn ihr abhaut!“

Als sich unsere Genossen nicht einschüchtern ließen, forderte Sorge die Kollegen auf, den METALLARBEITER wegzuerwerfen, womit er allerdings auch keinen Erfolg hatte.

KB/Gruppe Flensburg

Westeuropäische Chile-Konferenz in Frankfurt

Vom 23.-26. April fand in der Nähe von Frankfurt eine Chile-Konferenz statt, an der Delegationen von rund 30 politischen Organisationen Westeuropas sowie verschiedener Chile-Solidaritätskomitees teilnahmen. Der chilenische Widerstand war durch Genossen des MAPU, der Sozialistischen Partei und der „Christen für den Sozialismus“ vertreten. Der MIR, der nicht mit eigenen Genossen an der Konferenz teilnehmen konnte, hatte eine Grußbotschaft und einen schriftlichen Diskussionsbeitrag geschickt.

Die Themen der Konferenz waren: eine Analyse der chilenischen Entwicklung unter der Unidad Popular und des heutigen Widerstands nach dem faschistischen Militärputsch vorzunehmen, die Lehren daraus für den Klassenkampf in Westeuropa zu ziehen und die Weiterentwicklung der Solidarität mit dem revolutionären Widerstand des chilenischen Volkes zu diskutieren. Insgesamt ist zu sagen, daß eine tatsächliche Auseinandersetzung über diese Fragen nur sehr ungenügend zustande kam. Das hängt zum einen mit der sehr heterogenen Zusammensetzung der Konferenz und den unterschiedlichen Vorstellungen der einzelnen Organisationen über eine solche Auseinandersetzung zusammen, vom Verzicht einer präzisen und weitreichenden Analyse des chilenischen Prozesses (insbesondere durch die italienischen Genossen von „Lotta Continua“), über weitgehend oberflächlich-plakative „Positionsparaden“ bis hin zum Nachbeten der reformistischen Rechtfertigungsversuche (vor allem durch das „Sozialistische Büro“) ein ziemlich breites Spektrum vertreten war. Zum anderen sind die Schwierigkeiten der Auseinandersetzung auf dieser Konferenz auch darauf zurückzuführen, daß es das erste Mal war, daß sich verschiedene Organisationen der westeuropäischen Linien in dieser Weise zusammengekommen haben. Was unsere Organisation

betrifft, so haben wir es auf dieser Konferenz auch nicht verstanden, eine solche Diskussion um die tatsächlich wichtigsten Fragen der chilenischen Erfahrung zu fördern, sondern mit unserem mündlichen Beitrag auch eher den Ausdruck einer noch sehr mangelhaften und plakativen Diskussion geliefert.

In einer Schlußresolution der Konferenz wurde auf diese Schwierigkeiten hingewiesen und die Notwendigkeit betont, angesichts der Gemeinsamkeit im Kampf gegen den Imperialismus in allen westeuropäischen Ländern zukünftig stärker einen Erfahrungsaustausch und eine politische Diskussion unter den verschiedenen Organisationen zu führen. Gleichfalls wurde scharf kritisiert, daß eine große Anzahl von Organisationen (insbesondere die nur „IV. Internationale“ zählenden trotzkistischen Gruppen, verschiedene dem Namen nach „marxistisch-leninistische Parteien“, und hierzulande beispielsweise auch der KBW) sich selbst aus diesem internationalen Erfahrungsaustausch und der internationalen Auseinandersetzung ausgeschlossen und gegen die Chile-Konferenz polemisiert haben, statt das ihrige zu tun, um diese Diskussion möglichst fruchtbar und lehrreich zu machen.

Wir werden in den nächsten Ausgaben unserer Zeitung UNSER WEG und DIE INTERNATIONALE ausführlicher Dokumente von der Konferenz abdrucken und über die Diskussion berichten.

Neben der Arbeitstagung der Delegationen fanden in der Frankfurter Universität an zwei Tagen Diskussionsveranstaltungen statt, sowie ein Solidaritätsabend mit lateinamerikanischen Liedern in der Offenbacher Stadthalle. Die Konferenz wurde am 27. April durch eine Demonstration und Kundgebung beendet, an der über 3.000 Menschen teilnahmen. ●

schlug auf einer GEW-Versammlung

auf. Das Ergebnis von 497 zu 444

Politische Auseinandersetzung à la DKP

In letzter Zeit hat die DKP in Flensburg offener ihr wahres Gesicht gezeigt. Das Verhalten von DKP- bzw. SDAJ-Mitgliedern zeigt, was von diesen Leuten zu halten ist.

Denunziation...

Derselbe Thomsen (Jugendvertreter an der FSG), der schon eine vom Gewerkschaftsausschuss bedrohte Vertrauensfrau von Danfoss als angebliche Vertreterin des METALLARBEITER denunzierte, ließ sich nicht beirren und betätigte sich konsequent weiter in dieser Richtung des Denunziantentums.

Dies wurde zuerst deutlich daran, wie Thomsen den Wahlkampf zur Jugendvertreterwahl bei der FSG auf seine Weise führte. Er als angeblicher „Kommunist“ lief mit dem kommunistischen „Schreckgespenst“ durch den Betrieb und erzählte fast jedem Lehrling (und bestimmt auch einigen

älteren Kollegen), daß zwei der acht Kandidaten zur Jugendvertreterwahl im KB seien, und daß diese „bewußt die Spaltung der Lehrlinge herbeiführen wollen“ („Rotstift“).

Doch das war nur der Anfang. Der (vorläufige?) Höhepunkt wurde mit einer Jugendversammlung erreicht. Hier behauptete Thomsen öffentlich, die beiden oben angesprochenen Kandidaten seien Mitglieder des KB.

Bei dieser „Enthüllung“ von Thomsen handelt es sich um eine Denunziation, die glasklar auf gewerkschaftlichen Ausschluss und Entlassung zielt.

... Pöbeleien und Drohungen

Am Morgen der Jugendvertreterwahl wurde von uns der METALLARBEITER verteilt, in dem auch die Resolution der Kieler HDW-Lehrlinge über die SDAJ-Politik abgedruckt

wird.

KBW – Koloß auf tönernen Füßen

Der KBW, der so stark ist, daß er Aktionseinheit und sachliche politische Auseinandersetzung mit anderen Organisationen schon nicht mehr nötig zu haben glaubt, hat in einem Rechenschaftsbericht des ZK aufschlüssende Zahlen über seine „betriebliche Verankerung“ bekanntgegeben.

Der KBW kann auf die stolze Zahl von 120 „Betriebszellen“ im Gebiet der BRD blicken – es sind hier nur Zellen im industriellen Bereich gemeint; dazu kommen noch 39 Zellen im öffentlichen Dienst und vier im Bereich von Handel, Banken, Versicherungen.

Von den genannten 120 „Betriebszellen“ bleiben 90, die überhaupt „Zellen“ im Betrieb sind. Die übrigen 30 sind offenbar, wie der KBW es nennt, „Zellen a m Betrieb“ also „Zellen“, die keinen einzigen Genossen im Betrieb haben. Von den verbleibenden 90 Zellen sind 29 Ein-Mann-Zellen, die bei uns auch nicht als Zellen bezeichnet werden, da ein Genosse allein noch keine Zelle ist. Es bleiben 61 Betriebszellen. Etwa die Hälfte davon, nämlich 32, haben nur zwei Genossen im Betrieb, wofür u.B. die Bezeich-

nung „Zelle“ gleichfalls Humbug ist. 13 haben drei, und 16 Zellen haben mehr als drei Genossen im Betrieb. Hieraus dürfte sich, um einmal eine Vergleichszahl zu nennen, ergeben, daß wir allein im Bereich der Hamburger Metallindustrie mehr Genossen in Betriebszellen mit – selbstverständlich! – mehr als drei Mitgliedern organisiert haben als der KBW in der gesamten Industrie der BRD.



Leserbriefe zum Artikel „Kommunisten und „deutsche Wiedervereinigung““ in AK 43

Am 6.4.74 hat die KPD/ML (RM) in einer Kreuzberger Kneipe eine Veranstaltung mit dem Thema: „Deutschland dem deutschen Volk“ durchgeführt, auf der sich die „Genossen“ zu der Bemerkung verstiegen, in der BRD herrsche „Parlamentarische Demokratie“, in der DDR herrsche „Demokratie“. Auf einer Straßendiskussion in Kreuzberg stimmte ein RM-Verkäufer einem rechten SPD-Mann ein, daß er behauptete, in der „Ostzone“ sei es schlimmer als bei Hitler.

Im Arbeiterkampf 43 habt ihr die KPD/ML angegriffen, weil der Rote Morgen geschrieben hat, daß sich die Wesensart der Deutschen durch Fleiß und Ordnungsgemäßigkeit auszeichnet. Wie dem beiliegenden Zeitungsausschnitt aus der Frankfurter Rundschau vom 9.5. zu entnehmen ist, entspricht die KPD/ML mit dieser Feststellung aber genau den Wünschen der Massen. Aber von den Massen haltet ihr wohl nicht viel!

Deutsche halten Deutsche für fleißig

Der Deutsche sieht den „typischen Bundesbürger“ vor allem als fleißig, pflichtbewußt und sauber an. Dies geht aus einer Repräsentativbefragung eines Hamburger Marktforschungsinstituts hervor, die der Bundesverband Deutscher Marktforschungsinstitute seiner

„hultivierten“ führten knapp die Hälfte an, während so schlechte Züge wie „primäver“ oder „unzuverlässig“ unter anderem nur von 10 Prozent der Befragten gefunden wurden. Zwei Prozent der Befragten fanden solche Eigenschaften bei den Bundesbürgern. dpa

Zur Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der „KPD“

Brief eines Genossen an die AK-Redaktion

Liebe Genossen!
Nach Lesen der „Roten Fahne“ Nr. 19 („KPD“) „Zur Hamburger Aktionseinheit“ möchte ich Euch um Rat bitten, möglichst bald einen fundierten, sachlichen (d.h. wenig polemisch) und deutlichen Artikel zu den Unterstellungen einerseits und andererseits zu den tatsächlichen Differenzen zu veröffentlichen. D.h. ja nicht, daß ihr alle Eure Positionen grundätzlich darstellt, sondern daß ihr die Vorredungen richtig stellt und einige zentrale Punkte der „KPD/AO“ „linke“ kritisiert, aber möglichst genau! Ihr habt vieles zur „KPD/ML“ gebracht; ich meine, daß die „KPD/AO“ eine Grenze zu neh-

mende Gruppe als die „ML“ ist. Von daher bietet sich auch eine Auseinandersetzung an.

Sozialistische Grüße
M.H. 14.3.74, Bielefeld

Antwort der Redaktion

Liebet Genosse,
herzlichen Dank für Deinen Hinweis. Es ist geplant, einen ausführlichen Artikel zur „KPD“ in der nächsten Nummer von UNSER WEG zu bringen. Es ist ja so, daß wir die Zusammenarbeit mit der „KPD“ nicht als kurzfristige Sache betrachten, sondern hoffen, daß es längerfristig zu einer erspürlichen Zusammenarbeit kommt. Das setzt natürlich eine in der Sache scharfe, aber in der Form sachliche Auseinandersetzung von

beiden Seiten voraus. Der von Dir angesprochene Artikel der „Roten Fahne“ ist in dieser Hinsicht sogar ein relativer Fortschritt gegenüber früher, ist aber doch, wie Du richtig schreibst, nicht ohne Unterstellungen, mit denen die Genossen vom „KPD“ ZK offenbar hoffen, die Zusammenarbeit mit uns in ihrem Sinne ausschalten zu können und uns Dinge zu unterstellen, die wir nicht vertreten, z.B. in der Gewerkschaftsfrage, oder auch die kühne Behauptung, wir hätten wegen unserem Wahlauftritt für die SPD 1972 Selbstkritik geübt. Es muß sicher noch einiges Wasser die Spree runterfließen, bevor es zu einer wirklich gefestigten, solidarischen Zusammenarbeit und Auseinandersetzung kommt.

mit herzlichem ROTFRONT!
AK-Red.

Texaco – ein Gewerkschaftsführer als „Schlichter“ in eigener Sache

Im ARBEITERKAMPF, zuletzt in AK 42, haben wir darüber berichtet, wie bei der Hamburger Texaco drei linke Gewerkschafter aus dem Vertrauenskörper im Werk Grashbrook ausgeschlossen wurden, von denen dann einem gekündigt wurde; wie dann der Betriebsratsvorsitzende der Hauptverwaltungsstelle (HV), der sich für die drei Vertrauensleute einsetzte, Gegenstand einer Hetzkampagne wurde, wie schließlich von Rechten, offensichtlich aus dem Bereich der Hamburger IG-Chemie-Führung, drei anonyme Hetzschreiben verteilt wurden, in denen der BR-Vorsitzende der HV als geisteskrank beschimpft wurde usw.

Dann aber trat plötzlich die IG-Chemie-Führung scheinheilig als „Schlichter“ in eigener Sache auf. Mit einem Schreiben vom 1.2. wurden alle Texaco-Vertrauensleute aufgefordert, „ab sofort alle Formen öffentlicher Auseinandersetzungen zu unterlassen“, speziell „die Verbreitung von Flugblättern“, das „Abfassen von Resolutionen“ (!!), „die Einleitung gerichtlicher Schritte“ (der BR-Vorsitzende hat gegen die anonymen Verleumdungsschriften Strafantrag gestellt) und last not least „Veröffentlichungen in Blättern des sogenannten ‚KB‘ und ‚KBW‘“ (!).

Der Zweck liegt auf der Hand: nachdem die IG-Chemie-Führung die linken Vertrauensleute bei Texaco angegriffen hatte, sollte diesen das Recht abgesprochen werden, sich durch „Resolutionen“, „Flugblätter“ etc. gegen politische Angriffe und persönliche Verleumdungen zur Wehr zu setzen.

Im Schreiben der IG-Chemie-Führung vom 1.2. wurden dann „zur Beilegung der Streitigkeiten zwischen Mitgliedern bei Texaco, umgehend geeignete Schritte“ angekündigt.

Dies waren dann zwei „Schlichtungsverfahren“ (nach § 9 der Satzung) und eine „Aussprache“.

Im ersten „Schlichtungsverfahren“ waren die drei linken Vertrauensleute vom Werk Grashbrook eingeladen. Ihnen wurde noch einmal zynisch vorgehalten, sie seien ja in Vertrauensleute gewesen, sondern nur „Gäste“ auf den Sitzungen des VK. Der Tatsache, daß die drei an allen, teilweise sehr knappen Abstimmungen im VK teilgenommen hätten, wollte der Vorstand „keine Bedeutung beimessen“. Die Protokolle, die die rechtmäßige Nachwahl der drei bewiesen hätten, existierten angeblich „leider“ nicht mehr (verschunden wie gewisse Tonbänder Nixons? !).

Daß die Rechten auf der „Rauschmission“ des VK die drei Kollegen als „Kojoten“ beschimpft hatten, „denen man stundenlang in den Arsch treten müßte“ usw. fiel bei dieser „Schlichtung“ natürlich nicht ins Gewicht. Die „Schlichter“ bemängelten nur, daß diese drei Kollegen über diese Vorgänge mit einer Erklärung informiert hätten, „da dies (und nicht etwa die Anpöbelung von linken Gewerkschaftern als „Kojoten“ und „Geisteskranken!“ – Anm. AK) dem Ansehen der Gewerkschaft schade!“.

Als einer der drei darauf hin richtig feststellte, daß dies kein „neutrales Schlichtungsverfahren“, sondern „Teil einer Kampagne gegen Linke“ ist, wurde die Sitzung abgebrochen, da der Vorstand „jetzt völlige Klar-

heit über den politischen Standort von euch drei“ habe.

Im zweiten „Schlichtungsverfahren“ war der BR-Vorsitzende der HV vorgeladen. Er sollte gezwungen werden, ein Flugblatt des Vertrauenskörpers (!) der Texaco-Hauptverwaltung zu „bedauern“, in dem die übelsten Angriffe von rechts zurückgewiesen worden waren. Über die Berechtigung des Inhalts wollten die „Schlichter“ nicht diskutieren, sondern nur, „daß innergewerkschaftliche Dinge nicht veröffentlicht werden dürfen“. Der BR-Vorsitzende verwies dagegen darauf, daß 1. der Angriff (z.T. mit übelsten persönlichen Verleumdungen) von den Rechten ausgegangen war; daß 2. er prinzipiell eine sachliche öffentliche Auseinandersetzung, wie im Flugblatt des VK, für legitim hält; und daß 3. das Flugblatt des VK natürlich nur in diesem Gremium diskutiert und allenfalls dort zurückgenommen werden kann.

Damit war auch dieses „Schlichtungsverfahren“ gescheitert.

Im Anschluß daran versuchten die anwesenden IG-Chemie-Funktionäre noch, den BR-Vorsitzenden einzuschüchtern: der Verwaltungsvorstand beobachte „schon seit langem mit Sorge“, daß der BR-Vorsitzende „den Chaoten-Gruppen sehr, sehr nahe steht“. Es sei zu befürchten, daß er den Chaoten „praktisch schon verfallen“ sei und „nicht mehr die Kraft“ habe, „sich von ihnen zu lösen“.

Am 21.2. war Termin der „Aussprache“ zwischen dem gesamten VK der HV und dem Verwaltungsvorstand. Aus Hannover war Plumeyer, Mitglied des Hauptvorstands der IG Chemie, angereist.

Dem VK wurden vor allem die beiden Resolutionen vorgehalten, in denen er sich mit den gerechtfertigten und ausgeschlossenen gewerkschaftlichen Vertrauensleuten von Reichold und Texaco solidarisiert hatte.

Als die Diskussion dann aber darauf gelenkt wurde, daß der IG-Chemie-Führer „Lügenbar“ von Kodolitsch in seinen Schriften und Äußerungen deutlichste Parallelen zu Hitler „Mein Kampf“ und zum Nazi-

„Stürmer“ aufweist, meinte ein Vorstandsmitglied, daß „das Verhör falsch herum läuft“. Um die politische Diskussion vom Tisch zu bringen, griff der geschulte Mann vom Hauptvorstand, Plumeyer, ein. Er meinte, es komme nicht auf „Details“ an, sondern auf den „Kern“ – und das sei die „mangelnde Zusammenarbeit“ des VK der Texaco-HV mit dem Verwaltungsvorstand. Wer sich „in eine andere Richtung entwickeln (will) als die vorgegebene (!)“, muß sich entfernen und eine neue Gewerkschaft gründen“. Und ein für allemal, gewerkschaftsschädliches Verhalten stellt allein der Hauptvorstand fest, sonst keiner.“

Diese „Aussprache“ sei, so Plumeyer, „die letzte Chance“ für den VK der Texaco-HV.

Die „Aussprache“ endete ohne konkretes Ergebnis. Offenbar wollen die IG-Chemie-Führer zunächst einmal die Einschüchterung wirken lassen, in der Hoffnung, auf die weiche Tour noch einige Vertrauensleute „anzuknurren“, um dann später einen harten Schlag wie bei Reichold (Auflösung des VK und Gewerkschaftsausschlüssen) gegen den Rest führen zu können.

Betriebszelle Texaco, KB-Gruppe Hamburg

Texaco, Hamburg: Einstweilige Verfügung gegen IG-Chemie-Sekretär v. Kodolitsch

Das Landgericht Hamburg hat per einstweiliger Verfügung am 14. Mai dem IG-Chemie-Sekretär und stadtbekannten Antikommunisten, Philipp Freiherr von Kodolitsch, verboten, seine bisherigen Verleumdungen gegen den Betriebsratsvorsitzenden Kynast aufrecht zu erhalten oder zu wiederholen.

Wie wir im AK 42 berichteten, tauchten in den Hamburger Texaco-Werken eine Reihe anonymer Flugblätter auf mit eindeutig rechtsradikaler, faschistischer Stoßrichtung und der Aufgabe einer Verleumdung und Verächtlichmachung profilierter linker Vertrauensleute und Betriebsräte. In zumindest einem Fall konnte die Urheberchaft nachgewiesen werden: Trotz anfänglichen Leugnens war Kodolitsch schließlich geständig, um aber gleich wieder abzuweigen: Das Flugblatt sei nicht ernst gemeint, „bloß ein Spieß“, es sei doch eindeutig „satirisch“ usw.

Kynast ist gegen Kodolitsch auch gerichtlich vorgegangen, ist aber offensichtlich im ersten Anlauf nicht durchgekommen. Jetzt allerdings konnte er – aufgrund einer ausfüh-

lich formulierten Antragschrift – dem Gericht „glaubhaft machen“, daß dem Flugblatt durchaus „kein Scherz“ war und „von Eingeweihten durchaus ernstgenommen wird“ (Einstw. Verf.), als auch, daß „Wiederholungsgefahr“ (Einstw. Verf.) bestehe, der man vorbeugen müsse.

Der politische Wert dieser Einstweiligen Verfügung besteht nicht darin, daß hiermit womöglich die Flut antikommunistischer und rechtsradikaler Provokationen gestoppt würde (Kodolitsch hat viele Strohmannen), sondern daß die Schweinereien des notorisch antikommunistischen Schmierlinken Kodolitsch öffentlich-gerichtlich gebrandmarkt wurden. Ein Urteil, auf das jeder Gewerkschafter in der Auseinandersetzung mit Kodolitsch & Co. seelenruhig zurückgreifen kann.

Bleibt anzumerken, daß Kodolitsch die Gerichtskosten zu tragen hat. Wir sind gespannt, ob er dies aus eigener Tasche besorgt (genug bekommt er ja als freigesetzter Sekretär), oder ob's ein Griff in die Gewerkschaftskasse auch tut. Diese Einstweilige Verfügung kann durchaus interessant werden im Zusammenhang mit den anrollenden Prozessen gegen die Reichhold-Linken.

Betriebszelle Texaco KB/Gruppe Hamburg

Westberlin: Prozeß gegen vier Palästinenser

Unter extrem scharfen „Sicherheitsvorkehrungen“, – vor dem Gericht off. Mannschaftswagen der Polizei, im ganzen Haus umwachte es von 2.7. mit Maschinenpistolen bewaffneten Polizisten und Verfassungsschützern; Anwesenheitskontrolle und Abstreifen nach Waffen bei den Besuchern – begann am 11. März ein Schlußprozeß gegen vier Palästinenser im Kriminalgericht West-Berlin.

Ali Salem, Salem Hamdem, Ali Hassan Chahade und Mohammed Zaher, von denen behauptet wird, sie seien Mitglieder der palästinensischen Organisation „Schwarzer September“, sind angeklagt wegen „geplanter Verbrechen mit Sprengstoffverwendung“ und Sprengstoffbesitz.

Gleichzeitig setzte eine massive Hetzkampagne der bürgerlichen Presse ein. Die Tatsache, daß bei dem 17jährigen Zaher 4,75 kg Sprengstoff gefunden wurde, wälzte sie in einer Manier breit, die uns schon bekannt ist aus Zeiten der Baader-Meinhof-Hysterie. Axel Casar Springer erlangt extra ein in West-Berlin bislang unbekanntes Hotel mit dem exotisch klingenden Namen „Haifa“, das laut „BZ“ vom 26.3. von den Palästinensern in die Luft gesprengt werden sollte. Mit ihrem Geschrei vom „Mordkomplott“ („BZ“ vom 26.3.) und „Befreiungsaktion mit viel Blut“ („BZ“ 19.4.), versuchte Springer die Bevölkerung in Panik zu versetzen und den Ruf nach dem starken Mann zu wecken.

Am 22.4. endete der Prozeß mit der Verurteilung von Ali Salem und Mohammed Zaher wegen „Besitz von Explosivstoffen“ und Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen“. Dabei konnte im Prozeß nur bewiesen werden, daß Zaher Sprengstoff mit sich führte und diesem Sprengstoff an einen Kontaktperson abließerte. Die anderen drei wußten nicht einmal etwas von dem Sprengstoff. Trotzdem wurde Ali Salem zu vier Jahren Haft verurteilt, Zaher bekam drei Jahre! Ali Salem Hamdem und Ali Hassan Chahade wurden freigesprochen.

Im Prozeß zeigte sich wieder einmal die hervorragende Zusammenarbeit von Ausländerpolizei und Verfassungsschutz. Zwei der gefangenen Palästinenser waren von einem gebrochen arabisch sprechenden Mann telefonisch verhört worden. Laut „Extra Dinnel“ (ED) 24 vom 22.3.

ist dieser Unbekannte in Palästinenserkreisen ein Begriff: Er arbeitet in einer dubiosen „zentralen Registrierungsstelle“, wohin öfter Asylsuchende von der Ausländerpolizei zum Verhör geschickt werden. „Mir munkelt, diese „Stelle“ sei dem amerikanischen Geheimdienst „minderstens genauso nahe wie dem deutschen.“ (ED 24) An dieser Stelle tauchte eines Tages auch der asylsuchende Syrer Thome – heute Hauptbestzeugzeuge im Palästinenserprozeß – auf. Hier wurde er zum bezahlten Agenten des Verfassungsschutzes. Während der Verhandlung saß er hinter kugelsicheren Scheiben und wurde zudem noch von einem Angehörigen der Anti-Terroristen-Brigade der Polizei schärfsten bewacht. Während des Prozesses stellte sich heraus, daß er nicht nur für den bundesrepublikanischen Verfassungsschutz arbeitete, sondern auch nach Siegen und Kaiserslautern zum US - Geheimdienst geschickt wurde, um dort über die Palästinenser auszuspähen.

Schon im AK 20 berichteten wir, daß nach einer Gesetzesänderung im Juni 1972 die „Überwachungsstätigkeit“ des Verfassungsschutzes sich nun offiziell auch auf ausländische Organisationen oder auch einzelne Ausländer in der BRD ausdehnte. Schon damals zeigten wir, daß Ausländer auch gerade an Regimes ausgetrieben wurden, die ihren Tod verlangten. Diese ausländischen Arbeiter und Studenten, die sich in der BRD für den Freiheitskampf ihrer Völker einsetzen, weil dieser Befreiungskampf natürlich eine „Belastung der Beziehungen“ zwischen dem westdeutschen Imperialismus und seinen reaktionären und auch faschistischen Helfershelfern in Jordanien, Libanon u.a. bedeutet.

Speziell im Nahen Osten wollen die westdeutschen Imperialisten ihren Einfluß erweitern und da ist der gemeinsame Feind des westdeutschen Imperialismus wie des Zionismus und der reaktionären, faschistisch geprägten Regimes im Nahen Osten die palästinensische Befreiungsbewegung, die für ein Palästina kämpft, das als volkdemokratischer Staat von Arabern und Juden unabhängig ist von Kapitalismus und Imperialismus.

Bezirksorganisation des KB/Westberlin

Inhalt

Bericht und Gewerkschaft			
EDW, Hamburg: Die große Störung	6	Bremen: Mir den Faschisten diktiert?	20
DEP - Von den Kollegen gefeuert, von den Bonnen gewißt (zur Politik der DEP auf der HDV)	6	Oberbürgermeister von Mainz: 1. Mai in Hannover - Bullen schützen die Funktionäre	18
HSE/Prolet: Ein Kunde an die Kollegen	3	Hamburg-Altona: Spitzel malträtiert	12
Farburg, NWB: Die entlassenen Betriebsräte wurden wieder eingekerkert	6	Faschistischer Geheimdienst terrorisiert die Bevölkerung in Kassel	17
Hamburg: Entlassung bei Heinrich & Harbeck	6	Bayern: Alte Widerstandskämpfer warnen vor Neofaschismus	19
West: Schwere Arbeitsunfälle - das Leben eines Arbeiters in den Kapitalisten eines Druck	3	Mit Unrecht gegen faschistische Schläger	18
Gegen Gewerkschaftsausschlüsse - der Revolver-Entscheidung - Nachdruck eines Artikels aus der „Roten Fahne“ der KPD (Nr. 70/74)	6	Neu-Mörder freigesprochen	19
West: Schwere Arbeitsunfälle - das Leben eines Arbeiters in den Kapitalisten eines Druck	3	Faschist auf öffentlichen Grund	20
Hamburg: OTV-Arbeitskreis Gesundheitspolitik aufgefordert Reichhold, Hamburg: Merkmal für die Linke? - Die Prozesswelt rollt an	6	Welch ein Gestank! - Kripo breitet über schwarze Wälder aus	18
Texaco, Hamburg: Gewerkschaftsführer als „Schlichter“ in eigener Sache	8	Faschisierung in der Bundeswehr - ein Leserbrief	70/74
Texaco, Hamburg: Einstweilige Verfügung gegen IG-Chemie-Sekretär v. Kodolitsch	22	Intensivstation und intensive Kunst-Arten - Zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD	19
NB, Hamburg: Statt Klagen gegen die Antikommunisten	33		
3. Bundesjugendkongress der KJ Druck und Papier	2	Der 1. Mai in der BRD	
Druckerei Severin Schmidt (Flensburg): 3. Lehrjahr auf die Straße gesetzt	3	Berichte aus Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Göttingen, Wertheim, Flensburg, Frankfurt, Lübeck, Hannover, Kassel, Oldenburg, Kiel, Rostock	10
Bruchbach, Hamburg: VK-Sprengstoff gewinnt in erster Instanz	7	EW gegen Antikommunisten	10
Auer-Druck, Hamburg: BR-Mitglied soll frisches geländig und am der DUBA ausgeschlossen werden	7	Zahlen-Akrobatik - Der KRW moorgestern mit Niederlage (Hamburg)	19
George Napey war hier	5	Sammlung am 1. Mai verpasst (Hamburg)	10
Mörs, Hamburg: „Von euch Hochhülpen würde ich kassiert!“ (zu den Gewerkschaften) - Was bei ihnen, Verleumdung-Graubildern	4	Zum Verhältnis von DEP/SDA auf der Hamburger Mai-Demo - ein Leserbrief	11
GER-Hamburg: Enappe Mehrheit für Gewerkschaftsführer	26	DOB-Führer und Bullen - Hand in Hand (Hamburg)	11
Rationalisierungen in der BRD		Erleuchtet das KRW (Göttingen)	11
Stimmen da Profile nicht, machen die Kapas den Lärm nicht	13	Westdeutsche Linke	
Kapitalistische Rationalisierung im Brauerei-Gewerbe	8	„Linker“ Kleinbürger über Spionage empört	2
Politik der bürgerlichen Parteien		EW - Kolb auf ideologischem Pfad	31
Schmidt - neuer Kanzler des Kapitals	1	Lehrkräfte zum Artikel „Kommunisten und „deutsche Widerbewegung“ im AK 43	31
Mittelstandsmacht - Krise-Streit am Kräfteverhältnis des Kapitalismus	1	Zur Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der KPD - Brief eines Genossen an die KPD-Zentrale und Antwort darauf	31
Flüster im Werk (KPD „Jewus“) - Massenentwertung der bürgerlichen Mittelstandsmacht (Theorien durch blaue Flüchtlings)	2	(Un-)Hamburg: „Demokratischer Kampf“ schließt Revisionisten	31
Internationale		Politische Auseinandersetzung mit der KPD	31
Frankreich:		Westeuropäische Chalk-Konferenz in Frankfurt	31
Wahlen	24	Meist laut: Eine Stellungnahme westdeutscher Kommunisten zum politischen Wandel	28
„Kern Waffensystem in Klassenkampf“ - 30.000 demonstrieren am 1. Mai in Paris	24	Kommunistenpolitik in der BRD	
Indien:		Wie sieht ein Kommunist in ein „Rechtschiffchen“ geschaut wurde	2
Ein „Neu“ von Referendum - Ein „Neu“ zu Festschreibung	25	Klassenpolitik in der BRD	
Brasilien:		Westberlin: Prozeß gegen vier Palästinenser	72
Ein Teil des Befreiungskampfes der Arbeiter Volkes, 2. Teil	1	Kapitalistische Propaganda	
Der Zeitpunkt ist richtig für den Aufbau einer revolutionären Führung	22	Rechtsanwaltschaft beim „Sturm“ - Interview mit einer entlassenen Arbeiterin	28
Braunstein:		Kapitalistische Ausbeutungspolitik	
Hauptverwaltungsstelle im Streit	26	CDU und SPD Hand in Hand - Angriff auf fortschrittlichen Schulunterricht in Bremerhaven	28
Schweiz:		Verleumdung der Bundeswehr - Staatliche Wälder nimmt zu	27
Machtwechsel in Portugal	1	Gewerkschaften gegen Faschisten in Nordrhein-Westfalen	27
Gründungsakt:		Jugendpolitik in der BRD	
Gewerkschaften Genossen verheißt! - Antwort der E.K.B.	21	Kinderrechte (Göttingen) (Bremerhaven) Kinderrechte (Göttingen) erklärt sich empört	28
Schweiz:		Hannover: HEK rufen Jugendstreik aus	28
Auftrag des Schweizer Chalk-Union, Winterthur	21	Gewerkschaftspolitik im Kapitalismus	
Indien:		Entwicklung in der BRD	
Gewerkschaft und Arbeiterstreik in Indien	26	§ 218: Die Hochbegüter der Medien klappten um ihren Privilegien (7. Teil)	14
Rhodesien:		Wahlrechtspolitik in der BRD	
Die BRD-Konferenz und immer dabei	24	Hamburg: 1. Pauli-Str. NAGA im Angriff	29
Kampf dem Faschismus		Hamburg-Eimsbüttel: Spekulative Wohnraumvermehrung - Mieter wird Haus über dem Kopf abgesaugt und abgegraben	29
Kampf dem Faschismus		Kapitalistische Wohnraumpolitik - Zur sogenannten „Sanierung“ im Palästina (Hamburg-Eimsbüttel)	30
Antifaschische die Front gegen - gegen Faschismus hilft nur Gewalt	20	ABG/Frankfurt: Ein Beispiel für die Bewehrung des sozialen Wohngeldes	30
Antifaschische Aktion in Hamburg-Eimsbüttel	20		
Lehrkräfte für Hamburger Antifa-Aktion	21		
Cuxhaven: Spontane Aktion gegen Faschisten	20		
Hamburg: Faschistischer Mordanschlag auf türkische Arbeiter	21		
Kundgebung gegen Faschisten v. Tschaden in Nordhorn - faschistische Faschisten-Flagge	21		